This is a digital copy of a book that was preserved for generations on library shelves before it was carefully scanned by Google as part of a project to make the world's books discoverable online.

It has survived long enough for the copyright to expire and the book to enter the public domain. A public domain book is one that was never subject to copyright or whose legal copyright term has expired. Whether a book is in the public domain may vary country to country. Public domain books are our gateways to the past, representing a wealth of history, culture and knowledge that's often difficult to discover.

Marks, notations and other marginalia present in the original volume will appear in this file - a reminder of this book's long journey from the publisher to a library and finally to you.

Usage guidelines

Google is proud to partner with libraries to digitize public domain materials and make them widely accessible. Public domain books belong to the public and we are merely their custodians. Nevertheless, this work is expensive, so in order to keep providing this resource, we have taken steps to prevent abuse by commercial parties, including placing technical restrictions on automated querying.

We also ask that you:

+ *Make non-commercial use of the files* We designed Google Book Search for use by individuals, and we request that you use these files for personal, non-commercial purposes.

+ *Refrain from automated querying* Do not send automated queries of any sort to Google's system: If you are conducting research on machine translation, optical character recognition or other areas where access to a large amount of text is helpful, please contact us. We encourage the use of public domain materials for these purposes and may be able to help.

+ *Maintain attribution* The Google "watermark" you see on each file is essential for informing people about this project and helping them find additional materials through Google Book Search. Please do not remove it.

+ *Keep it legal* Whatever your use, remember that you are responsible for ensuring that what you are doing is legal. Do not assume that just because we believe a book is in the public domain for users in the United States, that the work is also in the public domain for users in other countries. Whether a book is still in copyright varies from country to country, and we can't offer guidance on whether any specific use of any specific book is allowed. Please do not assume that a book's appearance in Google Book Search means it can be used in any manner anywhere in the world. Copyright infringement liability can be quite severe.

About Google Book Search

Google's mission is to organize the world's information and to make it universally accessible and useful. Google Book Search helps readers discover the world's books while helping authors and publishers reach new audiences. You can search through the full text of this book on the web at `http://books.google.com/`

Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

Nutzungsrichtlinien

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

+ *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.

+ *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.

+ *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.

+ *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter `http://books.google.com` durchsuchen.

UC-NRLF
$B 178 098

Gewerkschafts-bewegung und Sozialdemokratie

von

PAUL HAMPFFMEYER

MÄNNER UND VÖLKER
VERLAG ULLSTEIN & CO. BERLIN

BERKELEY
LIBRARY
UNIVERSITY OF
CALIFORNIA

coll. Soh.

Männer und Völker

Arbeiterbewegung
und
Sozialdemokratie

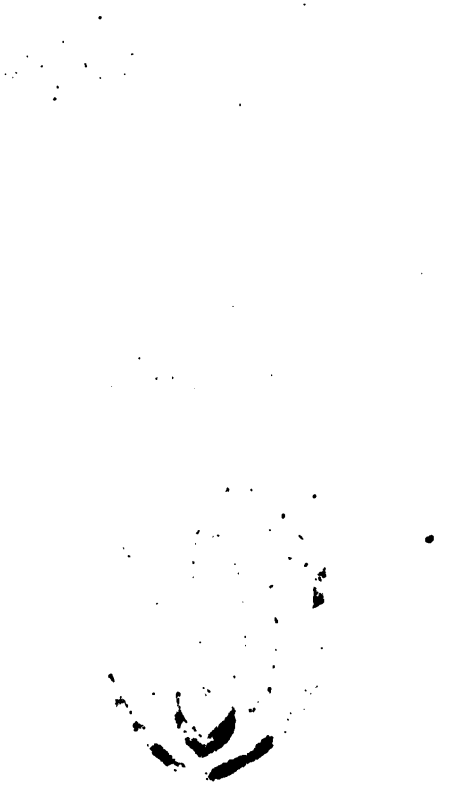
Arbeiterbewegung
und
Sozialdemokratie

von

Paul Kampffmeyer

1919

Verlag Ullstein & Co, Berlin



Alle Rechte, insbesondere das Recht der Übersetzung, vorbehalten
Amerikanisches Copyright 1919 by Ullstein & Co, Berlin

HX276
K15

Inhalt

Vorwort 11
Arbeiterbewegung und Marxismus . . 17
Die Idee des Arbeiterstandes 45
Die Eroberung der politischen Macht . . 63
Ökonomische und politische Macht . . . 87
Die Gewerkschaftsbewegung 95
Gewerkschaft und Zunft 97
Die gewerkschaftlichen Richtungen in Deutschland 108
Ein Einblick in die Gewerkschaftsdemokratie . 125
Umwälzung des Kapitalismus, und Gewerkschaftswesen 137
Die sozialdemokratische Arbeiterbewegung und die Intellektuellen 159
Der nationale und internationale Gedanke in der Arbeiterbewegung 171
Von der 1848er Revolution bis zum Jahre 1866 173
Vom Bruderkrieg bis zur zweiten Internationale 187
Von der zweiten Internationale bis zum Weltkrieg 205
Vom Weltkrieg bis zur dritten Internationale 215

Inhalt

Die Quinteſſenz des Sozialismus . . . 251
Unbewußte Sozialiſierungstendenzen . . . 258
Der Staat und der Sozialismus . . . 264
Die Frau und der Sozialismus . . . 269
Bewußte Sozialiſierung, Staats- und Gemeindeſozialismus 271
Der Sozialismus von unten auf und die Güterverteilung 278
Arbeiterbewegung, Führertum und Perſönlichkeitskultur 285

Vorwort

Die vorliegende Schrift will keine Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung sein. Eine solche Arbeit, wollte sie nur einigermaßen den Anspruch auf Vollständigkeit erheben, würde mindestens den dreifachen Umfang erfordern. Diese Geschichte müßte sich in die tausend Einzelheiten des parteipolitischen Alltages versenken. Viele dieser Einzelheiten erzählen uns aber nur Menschliches, Allzumenschliches und ergreifen nicht die Köpfe und Herzen unserer Zeitgenossen, die auf die Feierstunden einer großen Weltwende gestimmt sein sollen. An die Ideen- und Gefühlswelt eines aufsteigenden neuen Menschentums müssen wir uns heute wenden. Wir haben den Werkleuten an der Geschichte einer neuen Gesellschaft — und zu Werkleuten sind wir alle berufen — zu zeigen, welche Gedanken die Führenden der Massen befruchteten, die heute handelnd auf die geschichtliche Bühne getreten sind. Das, was heute wirtschaftlich und politisch Form und Gestalt gewinnt, hat nämlich oft schon ein halbes Jahrhundert in dem Bewußtsein der führenden Männer der deutschen Arbeiterschaft gelebt.

Die nachfolgenden Blätter bemühen sich, vor allem nachzuweisen, daß der heutigen Revolution schon in zahlreichen einzelnen wirtschaftlichen,

politischen und sozialen Umwälzungen in gigantischem Umfange vorgearbeitet war, daß von unten bereits eine neue Gesellschaft aufstieg. Diese zersprengte die völlig versteinerte politische Form der Gesellschaft. Die alte politische Verfassung wurde mit brutaler Gewalt ein halbes Jahrhundert noch aufrechterhalten, indes sich schon eine neue ökonomische und soziale Verfassung gebildet hatte. Preußen trug, nein, ertrug sein Dreiklassenwahlrecht siebzig Jahre — ein Wahlrecht, dem schon bei seiner Geburt greisenhafte Züge anhafteten.

Diese Schrift von dem Grundgedanken der demokratisch-sozialistischen Arbeiterbewegung stellt einen ganz neuen Typus des Arbeiters in das helle Licht des Tages. Das Werden dieses sich selbst befreienden Arbeiters hebt sich plastisch aus der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung heraus — des Arbeiters, der aus der kleinbürgerlichen Enge der Zunftstube in die große weite internationale Welt tritt. Wir haben die Gedanken dieser Bewegung, die schließlich in die Proklamation einer wirtschaftlichen Demokratie, einer Vergenossenschaftlichung der Weltökonomie, ausklingt, eingehend gewürdigt.

In der deutschen Arbeiterbewegung leben von ihrer Geburtsstunde an neue leuchtende ethische und kulturelle Ideale. Sie klar ausgesprochen zu haben, ist die geschichtliche Tat Ferdinand Lassalles. Er gab dem deutschen Proletariat in seiner „Idee des Arbeiterstandes" ein weltbewegendes neues Kulturprogramm.

In das Verständnis der geschichtbildenden wirtschaftlichen Kräfte führte Karl Marx die deutschen Arbeiter ein. Er lehrte sie, die sich im Schoße der Gesellschaft vollziehenden Umwälzungen treu zu erfassen und sich nicht durch politische Augenblickserscheinungen, mögen sie sich auch noch so glänzend in Szene setzen, blenden zu lassen. Der Politiker ist kein Weltschöpfer, der Funkelnagelneues ins Leben ruft, er ist nur ein Geburtshelfer, der eine neue Gesellschaft entbinden hilft. Aber die Geburtshilfe ist schon eine große Kunst im menschlichen Alltagsdasein. In wieviel höherem Maße ist sie es im politischen Leben! Ein weiser Politiker wird nicht sofort bei den ersten Wehen einer kreißenden Gesellschaft mit Zangen und Instrumenten eingreifen. Er wird des berühmten Ausspruches von Karl Marx stets gedenken: „Auch wenn eine Gesellschaft dem Naturgesetz ihrer Bewegung auf die Spur gekommen ist — und es ist der letzte Endzweck dieses Werkes, das ökonomische Bewegungsgesetz der modernen Gesellschaft zu enthüllen —, kann sie naturgemäße Entwicklungsphasen weder überspringen noch wegdekretieren. Aber sie kann die Geburtswehen abkürzen und mildern."

Mitte März 1919

Paul Kampffmeyer

Arbeiterbewegung und Marxismus

Am 17. Juli 1869 erschien in dem von Wilhelm Liebknecht redigierten demokratischen Wochenblatt ein Aufruf an die deutschen Sozialdemokraten, der einen allgemeinen deutschen sozialdemokratischen Kongreß zum 7., 8. und 9. August 1869 nach Eisenach berief. Dieser Eisenacher Kongreß schuf die sozialdemokratische Arbeiterpartei, fügte aber keineswegs die Lassalleaner, die Mitglieder des von Lassalle geschaffenen Deutschen Arbeitervereins, und die Anhänger von Liebknecht und Bebel zu einer allgemeinen einheitlichen Kampfesfront zusammen. Immerhin legte der Kongreß das tragfähige Fundament zu der später geeinten rein sozialdemokratischen Partei.

Seit dem Eisenacher Kongreß ist nicht einmal ein halbes Jahrhundert verflossen. In diesem kurzen Zeitraum, der kaum einen Atemzug in der unendlichen Geschichte der Menschheit bedeutet, erlebte die Welt wohl bisher die größte geschichtliche Umwälzung. Deutschland sprengte die Formen des alten Agrarstaates, wuchs sich im Rahmen des preußisch-deutschen Nationalstaates zu einem weltbeherrschenden großkapitalistischen Staat aus und schritt durch die Katastrophe des Weltkrieges zur sozialen Republik fort. Großbritannien gliederte

sich ganze Erdteile an und sprang nach einem langwierigen manchesterlichen Beharrungszustand ziemlich plötzlich und mit beiden Füßen in den Staatssozialismus. Fernasien erwachte ökonomisch und politisch, und das dunkelste Afrika rückte in die Tageshelle der Geschichte. Absolutistische Regierungsformen zerbrachen — und zahlreiche neue demokratische nationale Staaten sproßten unter dem Blutregen des Weltkrieges auf.

Das Proletariat warf die traurigen Lumpen eines Bettlers ab und betrat als wohlgekleideter Vollbürger die historische Bühne. Die mißachteten Proletarier der englischen Docks begannen Weltgeschichte zu machen. Die Jünger von Karl Marx bezogen die Ministerien und Botschaftspalais des europäischen Kontinents.

Revolutionär-sozialistische Grund- und Kernideen, die Marx und Engels noch fast unverstanden vor einem halben Jahrhundert einsam in ihrem Kopfe wälzten, sind Massengedanken geworden. Natürlich gingen nicht die abstrakten Ideengänge des Marxschen „Kapitals" in die Köpfe des arbeitenden Volkes über, wohl aber strömten Marxsche Grundgedanken in die Parteiprogramme, Wahlflugblätter und Massenbroschüren über. So erfaßten die Arbeiter den kolossalen Warenreichtum unserer Märkte, Magazine und Kaufläden als eine Schöpfung der lebendigen gesellschaftlichen Arbeit. Millionen Köpfe drangen durch Marx in den wertegeschaffenden Charakter der menschlichen Arbeit ein. Sie fühlten sich als die eigentlichen Schöpfer des

kolossalen Warenreichtums, der die Adern der bürgerlichen Gesellschaft durchströmt. Das stolze Bewußtsein von seiner Bedeutung in der gesellschaftlichen Güterproduktion ergriff mächtig den Proletarier, und mit der Forderung, Vollbürger einer freien Gesellschaft zu sein, trat er kühn hervor. Volkstümliche Darstellungen der Marxschen Lehren öffneten ihm die Augen für seine Pariastellung in der bürgerlichen Gesellschaft. Die heutige kapitalistische Wirtschaftsweise prägte ihm den Charakter einer „Ware" auf, und mit Leidenschaft rang er nun um die Wiederherstellung seines Menschentums. Nur in einer Organisation, in der sich die schaffenden „Hände" die Produktionsmittel einverleibt hatten, sich ihrer gleichsam als eigene Glieder bedienten, war der Proletarier der Zwangsknechtschaft entrückt, seine Arbeitskraft auf dem Markte an die privaten Besitzer der Arbeitsmittel verkaufen zu müssen. Die Kampfesparole der sozialistischen Arbeiter beider Welten wurde jetzt: Fort mit der kapitalistischen Warenproduktion und Vergesellschaftung der Produktionsmittel.

In seinen wuchtigen Flugschriften führte Karl Marx dem Arbeiter die ganze wirtschaftliche Ohnmacht vor Augen, zu der er als isolierter Arbeiter verdammt war, und über die ganze Welt brauste nun das aufrüttelnde kettensprengende Wort: Proletarier aller Länder, vereinigt euch! Die Anfänge einer internationalen Organisation legte Karl Marx schon in den Sturm- und

Drangjahren der Revolutionen von 1848 und 1849. Fünfzehn Jahre später schuf er dann mit seiner berühmten „Inauguraladresse" ein Programm für die Arbeiter der ganzen Welt. Hier leuchtet schon klar der Gedanke einer von den Arbeitern überwachten Weltpolitik auf, die vollkommen mit den Mysterien der bisherigen Diplomatie gebrochen hat, hier wird die Fabrikgesetzgebung als eine tief in das Leben der bürgerlichen Produktion einschneidende Gesetzgebung charakterisiert, und hier ist die genossenschaftliche Produktion als der Vorbote einer kommenden freien sozialistischen Produktion begrüßt.

Ein weltumwälzender Erzieher wurde Marx den Arbeitern, als er deren Augen für den werdenden Sozialismus der Gegenwart öffnete. Marx war kein Konstrukteur utopistischer ökonomischer und politischer Institutionen. Er vollzog — so kann man mit einem gewissen Rechte sagen — die „Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft".

Mit lebensprühender Kraft stellte Marx den Arbeitern die ungeheuren sozialen und politischen Umwälzungen dar, die sich an die Anwendung der Dampf- und Werkzeugmaschinen knüpften. Neue Fabrikstädte wuchsen da aus dem Boden, neue soziale Klassen entstanden aus den in diese Städte flutenden ländlichen Massen und aus den bodenständigen Gruppen ruinierter Kleinbürger. In den neuen Dampfkräften schossen neue „Produktivkräfte", neue schöpferische Kräfte empor, die

fast mit elementarer Gewalt die alten Produktionsverhältnisse, das kleine handwerkliche Eigentum des Zunftmeisters, zerstörten. Der Arbeiter blickte nun tief in die Ideengänge der Marxschen ökonomischen Geschichtsauffassung hinein. Mit den Umwälzungen der Wirtschaft gingen Hand in Hand erbitterte Kämpfe der neuen aufkommenden Klassen, der bürgerlichen, proletarischen und mittelständischen, so daß die Gesellschaft fast völlig von dem heißen Ringen sozialer Klassen erfüllt schien. Und dieses Ringen verfolgte nun Karl Marx durch die ganze Geschichte hindurch, so daß er den Arbeitern in seiner so hervorragenden revolutionärgeschichtlichen Arbeit: in dem „Kommunistischen Manifest" den Satz einprägen konnte: „Die Geschichte aller bisherigen Gesellschaft ist die Geschichte von Klassenkämpfen." Als revolutionäres Tagesprogramm — es war eine Arbeit voll flammenden Aufrührergeistes — ist selbstverständlich diese für die proletarische Erhebung des Jahres 1848 geschriebene Schrift längst veraltet. Andere Kampfesformen entwickelten sich in der Arbeiterschaft, neue, den veränderten Zeitverhältnissen angepaßte Tagesforderungen wurden erhoben.

So ist denn Karl Marx der internationalen Arbeiterschaft ein Bahnbrecher zu neuen Zielen, ein mächtiger Aufrüttler, ein vorbildlicher Weltorganisator und ein großer geschichtlicher Lehrmeister gewesen. Er lebt als weltgestaltende Kraft in Millionen und aber Millionen Arbeitern fort.

Aber nicht alle Proletarier, die sich in der modernen Arbeiterbewegung betätigen, sind von diesen Marxschen Ideen ergriffen worden.

Die moderne Arbeiterbewegung hat nicht nur sozialistische, sondern christlich-soziale und liberal gerichtete Proletarier in sich aufgenommen. Aber die getrennt marschierenden Heerhaufen dieser Bewegung, so leidenschaftlich sie auch mitunter gegeneinander anstürmten, haben doch wieder in großen brennenden Tagesfragen enge Fühlung miteinander gehalten. In zahlreichen Streiks zum Beispiel schlossen sie sich zur Erkämpfung besserer Arbeitsbedingungen zusammen. Der Gedanke der Befreiung des Arbeiters vom lastenden kapitalistischen Druck lebt auch in den Organisationen der christlichen Arbeiter; aber er wirkt sich nicht vollkräftig aus, weil er sich dem Rahmen einer kirchlich autoritären Weltanschauung einfügen muß. Auch die Emanzipationsbestrebungen des liberal organisierten Arbeiters finden eine Schranke in den liberalen Ideen einer individualistischen Gesellschaftsepoche. Völlig ungehemmt entfaltet sich das Prinzip der Befreiung der Arbeit nur in der sozialistischen Bewegung. Man wird von liberaler Seite deshalb vielleicht den Einwand der Einseitigkeit gegen diese Bewegung erheben, jedenfalls strahlt sie aber die Emanzipationsidee des Proletariats am reinsten und ungebrochensten aus. Deshalb muß jeder Darsteller der Freiheitskämpfe der Arbeiterschaft vor allem die Geschichte des demokratischen Sozialismus ins Auge fassen.

Der Sozialismus deckt sich also nicht mit der Arbeiterbewegung. Es gibt eben Arbeiter, die nicht Sozialisten sind, und es gibt Sozialisten, die nicht Arbeiter sind. Der Sozialismus schließt eine grundstürzende Umgestaltung der ganzen Gesellschaft ein: er ändert nicht nur die soziale Stellung des Arbeiters, sondern auch die des Wissenschaftlers, Künstlers, Staats- und Gemeindebeamten usw.

Die großen französischen Sozialisten St. Simon und Fourier haben völlig außerhalb der proletarischen Strömungen gestanden, die mit der französischen Revolution schon starke Bruchteile der großstädtischen Arbeiterschaft ergriff. Die deutschen bahnbrechenden Sozialisten gingen aus dem Bürgertum hervor. Sie sind in ihrer geistigen Entwicklung wesentlich von der deutschen Philosophie beeinflußt worden. Und immer wieder tauchen aus den Kreisen der Intellektuellen Männer und Frauen auf, die mächtig von dem sozialistischen Freiheitsgedanken gepackt wurden. Und weshalb? Weil der Liberalismus nicht die wirtschaftliche Befreiung des Menschen brachte. Der Liberalismus schuf nur die formale rechtliche Gleichheit der Individuen, ließ aber alle ökonomischen und sozialen Ungleichheiten noch fortbestehen. Der wirtschaftlich unfreie, in ärmlichen proletarischen Verhältnissen lebende Mensch konnte auf der sozialen Stufenleiter nicht emporsteigen, da jener Aufstieg durchschnittlich große wirtschaftliche Mittel erforderte, über die der Arbeiter nicht verfügte. Der Liberalismus läßt die Klassen und die mit

ihnen zugleich gesetzten sozialen Scheidewände fortbestehen. Der Sozialismus will den Individuen möglichst gleiche äußere Entwicklungsbedingungen setzen, um allen Befähigten die freie Entfaltung ihrer Veranlagung zu gewährleisten.

Der Sozialismus strebt die Beherrschung der Natur durch vergesellschaftete, vom sozialen Klassendruck befreite Menschen an. Er setzt technisch die denkbar größte Steigerung der Leistungsfähigkeit der Produktions- und Verkehrsmittel voraus, wirtschaftlich-sozial das gesellschaftlich geregelte harmonische Zusammenarbeiten großer Produktions- und Konsumtionsverbände, politisch die Beseitigung jeder Klassenherrschaft.

Der Sozialismus will den allgemeinen Wohlstand begründen, das geistige und sittliche Gesamtniveau der Gesellschaft heben und den Gesellschaftsmitgliedern eine vielseitige harmonische Entwicklung sichern. Dieses hohe Kulturziel kann eben nur durch eine hochgradige Beherrschung der Wirtschaft und durch eine tiefgründige Kenntnis der sozialen Gesetzmäßigkeiten erreicht werden. Die Menschen will der Sozialismus nicht nur fortpflanzen, sondern emporpflanzen, und die geistig gehobene Menschheit will sich die „Natur", und die in eine gesellschaftliche Form gebrachte Natur, die Wirtschaft, in größtem Umfange dienstbar machen, damit ergiebige wirtschaftliche Quellen zur Sättigung aller kulturellen Bedürfnisse der Menschheit fließen. Deshalb hat der Sozialismus direkt ein Lebensinteresse an allen Fortschritten der

schöpferischen, die Natur- und Sozialgesetze beherrschenden Wissenschaft. Diese Wissenschaft ist und soll schaffendes Wissen, vorwärts drängendes, die Wirklichkeit umgestaltendes Wissen sein. Wahre Wissenschaft steht dem Leben nie fern, sie ist Leben für Lebende.

Im Jahre 1848 wurden die Köpfe einer kleinen Gruppe der deutschen Arbeiterschaft durch die flammende Agitationsschrift von Karl Marx und Friedrich Engels revolutioniert: „Das kommunistische Manifest". Triumphierend kündete es den katastrophalen Zusammenbruch der kapitalistischen Produktion und damit der bürgerlichen Gesellschaft an.

Marx und sein großer Freund und Mitkämpfer Friedrich Engels sahen bereits in der industriellen Welt neue gesellschaftliche Produktionsformen entstehen. Die kleine Werkstatt wurde durch die auf gesellschaftlicher Arbeit beruhende Fabrik verdrängt. Hunderte, ja Tausende von Proletariern arbeiteten hier zusammen. Es wurde schon gesellschaftlich produziert, das gesellschaftliche Erzeugnis aber noch individuell vom Einzelkapitalisten angeeignet. Ein gewaltiger Umwälzungsprozeß vollzog sich überall in der Produktion. Großbetriebe, kollektivistische Betriebe schossen massenhaft empor. Eine Sozialisierung der Produktion brach sieghaft durch.

Nach Marx stellt der Mensch in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung ungeheure Produktivkräfte in seinen Dienst: die vereinigten, die

vergesellschafteten Menschenkräfte, die Wasser- und Dampfkräfte, die Elektrizität usw. Eine gesellschaftliche Produktion großen Stiles organisiert der Mensch unbewußt. Die Verfügung über diese Produktivkräfte und ihre Erzeugnisse ist aber nicht gesellschaftlich, sondern rein individuell. Kapitalistische Einzelunternehmer stellen Hunderte und Tausende von Arbeitern in ihren Betrieb ein und eignen sich die Erzeugnisse ihrer gemeinsamen Arbeit an. Die einzelnen Kapitalisten produzieren völlig unabhängig voneinander und suchen sich in industriellem Wetteifer den Rang abzulaufen. Infolge der individualistisch-kapitalistischen Aneignung der gesellschaftlichen Arbeitsprodukte können die Massen der erzeugten Waren nicht aufgezehrt werden. Das Gros der Gesellschaft, das millionenköpfige Proletariat kann sich infolge seiner knappen proletarischen Eigentumsverhältnisse nicht das gesellschaftliche Produkt aneignen. Die Arbeiterschaft muß eben, da sie vom Besitze der Produktionsmittel ausgeschlossen ist, ihre Arbeitskraft an die Eigentümer dieser Mittel, an die Kapitalisten, verkaufen. Ihre Arbeitskraft wird dadurch zu einer Ware, deren Produktionskosten nur auf dem Warenmarkte von dem einkaufenden Kapitalisten erstattet werden. Die Produktionskosten des Arbeiters sind aber in den Kosten der Lebensmittel gegeben, die den Arbeiter dauernd auf dem Warenmarkte erhalten. „Die Summe der Lebensmittel," führt Marx in seinem Hauptwerk, dem „Kapital", aus, „muß also hinreichen, das

arbeitende Individuum als arbeitendes Individuum in seinem normalen Lebenszustand zu erhalten. Die natürlichen Bedürfnisse selbst, wie Nahrung, Kleidung, Heizung, Wohnung usw., sind verschieden je nach den klimatischen und anderen natürlichen Eigentümlichkeiten eines Landes. Andererseits ist der Umfang sogenannter notwendiger Bedürfnisse wie die Art ihrer Befriedigung selbst ein historisches Produkt und hängt daher großenteils von der Kulturstufe eines Landes, unter anderem auch wesentlich davon ab, unter welchen Bedingungen und daher mit welchen Gewohnheiten und Lebensansprüchen die Klasse der freien Arbeiter sich gebildet hat."

Auf dem Arbeitsmarkte werden dem Proletarier im Lohne nur die Produktionskosten seiner Arbeitskraft erstattet. Diese Produktionskosten nehmen aber nur einen Teil der Arbeitszeit in Anspruch, die der Arbeiter im Dienste des Kapitalisten bei der Produktion der Waren verbraucht. Während er in der kapitalistischen Werkstatt zehn Stunden schafft, erzeugt er die Kosten seiner Arbeitskraft, die Lebensmittel für seinen Unterhalt, vielleicht in f ü n f Stunden. Nur fünf Stunden erhält er somit in seinem Lohne bezahlt, das Erzeugnis der anderen fünf Arbeitsstunden eignet sich der Kapitalist an. Auf dem Warenmarkte wird dieses Produkt in Geld verwandelt und fließt in die Tasche der Kapitalisten. Durch seine Arbeit erzeugt der Arbeiter m e h r W e r t, als die Kosten seiner Arbeitskraft, seiner ihn dauernd auf dem

Arbeitsmarkte erhaltenden Lebensmittel betragen. Die Erzeugung des Mehrwertes wird die eigentliche Seele der kapitalistischen Produktion. Der Profit des Kapitals entstammt diesem Mehrwert.

Der Arbeiter erstreitet sich nach Marx in der kapitalistischen Produktion bloß seinen Unterhalt, bloß seine geschichtlich gegebene proletarische Existenz. Mit seinem Lohne kann er sich nur einen geringen Teil der auf dem Warenmarkte lagernden Arbeitserzeugnisse erkaufen. Eine große Masse von Produkten, die selbst der gesteigerte Bedarf der Kapitalisten und Mittelklassen nicht erfassen kann, treibt sich als unverkäuflich auf dem Markte herum. Sie sperrt schließlich den immer neu produzierten Waren den Weg zum Markte. Die Produktion gerät ins Stocken. Die Wirtschaftskrise ist da. Sie erklärt sich aus der gigantischen Leistungsfähigkeit der schaffenden gesellschaftlichen Kräfte, aus der völlig ungeregelten Produktion und aus der Engheit der kapitalistischen Eigentumsverhältnisse, die den Proletarier nur auf das Lebensnotwendige anweisen. Die kapitalistischen Eigentumsverhältnisse sind zu eng für die Riesenmassen der produzierten Waren geworden. Die schaffenden Kräfte, die Produktivkräfte, sind über die kapitalistischen Eigentumsverhältnisse hinausgewachsen. Und dieser Gegensatz zwischen Produktivkräften und den Eigentumsverhältnissen verschärft sich mit der kapitalistischen Gesellschaft ständig, und er sprengt schließlich die kapitalistischen Eigentumsverhältnisse.

Tatsächliche greifbare Verhältnisse der kapitalistischen Wirtschaft lassen nach Marx den Sozialismus erstehen: es schießt eine ausgedehnte gesellschaftliche (sozialistische) Produktion der Waren in den kapitalistischen Fabriken empor, es entfalten sich machtvoll die schöpferischen wirtschaftlichen Potenzen, die allen arbeitenden Gliedern der Gesellschaft eine ausreichende Existenz gewährleisten können. Der Sozialismus wird lebensnotwendig, weil diese Kräfte die kapitalistischen Eigentumsverhältnisse auseinandertreiben, weil die Anarchie der schaffenden Kräfte die gesellschaftliche Leitung und Beherrschung der Produktion gebieterisch erzwingt. Der Produzent selbst, der Arbeiter, wird durch die kapitalistische Wirtschaft zu deren radikalem Umsturz aufgepeitscht. Die heutige kapitalistische Güterherstellung kann nämlich nach Marx dem Arbeiter nicht einmal seine dürftige proletarische Existenz gewährleisten. Die mechanische, auf der Verwendung der Dampf- und Werkzeugmaschinen eingestellte Produktion ermöglicht die massenhafte Beschäftigung von Frauen und Kindern in den Fabriken. Diese ungelernten Arbeiter strömen in die Produktion ein und drücken die Arbeitslöhne auf ein Niveau herab, das den Proletariern nicht mehr das nackte Leben läßt. „Der Arbeiter," so heißt es in dem „Kommunistischen Manifest", „wird zum Pauper, und der Pauperismus entwickelt sich noch schneller als Bevölkerung und Reichtum. Es tritt hier offen hervor, daß die Bourgeoisie unfähig ist, noch länger die

herrschende Klasse der Gesellschaft zu bleiben und die Lebensbedingungen ihrer Klasse der Gesellschaft als regelndes Gesetz aufzuzwingen. Sie ist unfähig, zu herrschen, weil sie unfähig ist, ihrem Sklaven die Existenz selbst innerhalb seiner Sklaverei zu sichern, weil sie gezwungen ist, ihn in eine Lage herabsinken zu lassen, wo sie ihn ernähren muß, statt von ihm ernährt zu werden." Die kapitalistische Herrenklasse treibt den Arbeiter in die revolutionären Organisationen hinein, und sie bereitet dadurch ihren eigenen Untergang vor. Der Kapitalismus erzeugt eine gesellschaftliche (sozialistische) Produktion und zugleich revolutionär-sozialistische Produzenten. So steigt denn das Fundament des Sozialismus aus der kapitalistischen Gesellschaft selbst empor. In dem „Kommunistischen Manifest" von Marx und Engels sind die äußeren und inneren Bedingungen für die neue sozialistische Organisation der Gesellschaft dargelegt. Der Kapitalismus bricht katastrophal zusammen, weil die neuen gesellschaftlichen Produktivkräfte die kapitalistischen Eigentumsverhältnisse auseinandersprengen und weil die verpauperten, verelendeten Produzenten, gesellschaftlich durch ihre Organisationen zusammengefaßt, gegen diese Eigentumsverhältnisse anstürmen.

Das durch sein Massenelend zur Revolution aufgepeitschte Proletariat gewinnt in der katastrophal zusammenbrechenden Gesellschaft die Herrschaft und bildet durch diktatorische Maßnahmen den Kapitalismus in den Sozialismus um.

Im Hinblick auf das „Kommunistische Manifest" hat man wohl von einer Marxschen Verelendungs- und Katastrophentheorie gesprochen. Diese Theorie ist gleichsam nur eine Widerspiegelung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse Englands vor dem Ausbruch der Februarrevolution. Ein Klassenstaat wie der Englands, kann der noch langsam umgestaltet, muß der nicht gewaltsam durch die Diktatur des Proletariats umgeworfen werden? Marx hat sich durch Engels und dann durch eigene Anschauungen so tief in das ökonomisch und sozial zerklüftete Leben Englands hineingedacht und hineingefühlt, daß er geistig mit ihm völlig verwuchs und von ihm theoretisch beherrscht wurde. Die Marxsche „Verelendungstheorie", die eben nicht ausdrücklich als Theorie niedergeschrieben ist, die aber überall aus den dramatischen Schilderungen des Kommunistischen Manifestes spricht, ist die Theorie des sozial verelendeten Englands, die Marxsche Katastrophentheorie ist die Theorie des einer sozialen Katastrophe zusteuernden Englands. Von dem Geist des „Kommunistischen Manifestes" lebt nun aber noch genug im Marxschen „Kapital", ja im ganzen Marxismus fort. Die mit dem kapitalistischen Reichtum wachsende industrielle Reservearmee, die Armee der Unbeschäftigten, deren ungeheure Ausdehnung Marx so lebendig gezeichnet hat, muß notwendig die proletarischen Massen verelenden. Aber damit wir gar nicht über die verelendende, den Massenpauperismus zeitigende Tendenz der

industriellen Reservearmee im unklaren sind, spricht Marx im „Kapital" das allgemeine Gesetz der kapitalistischen Akkumulation (Anhäufung) folgendermaßen aus: „Die verhältnismäßige Größe der industriellen Reservearmee wächst also mit den Potenzen des Reichtums. Je größer aber diese Reservearmee im Verhältnis zur aktiven Arbeiterarmee, desto massenhafter die konsolidierte Übervölkerung, deren Elend im umgekehrten Verhältnis zu ihrer Arbeitsqual steht. Je größer endlich die Lazarusschicht der Arbeiterklasse und die industrielle Reservearmee, desto größer der offizielle Pauperismus. Dies ist das absolute allgemeine Gesetz der kapitalistischen Akkumulation. Es wird gleich allen anderen Gesetzen in seiner Verwirklichung durch mannigfache Umstände modifiziert, deren Analyse nicht hierhergehört." Das heißt doch: Das allgemeine Gesetz bleibt in seiner Tendenz bestehen und wird nur nach Maßgabe der obwaltenden Verhältnisse, aber ohne wesentliche Umgestaltung, geändert.

Man muß übrigens den ganzen Abschnitt „Verschiedene Existenzformen der relativen Übervölkerung", „Das allgemeine Gesetz der kapitalistischen Akkumulation" des Marxschen „Kapitals" lesen, wenn man die Marxsche Theorie von der durch die industrielle Reservearmee bedingten Verelendung der proletarischen Massen klar erkennen und präzis darstellen will. Da weist noch Marx darauf hin, daß der Konsum der Arbeitskraft durch das Kapital so rasch sei, daß sich der Arbeiter im

mittleren Alter meist schon mehr oder minder überlebt hat, daß ferner das platte Land fortwährend latent übervölkert sei. Nach Marx wird eben mit jedem Steigen der Produktivkraft der Arbeit der Druck der Arbeiter auf ihre Beschäftigungsmittel größer, werden ihre Arbeitsbedingungen prekärer. Alle Mittel zur Entwicklung der Produktion schlagen nach Marx in Mittel zur Beherrschung und Ausbeutung des Arbeiters um, verunstalten die Bedingungen, unter denen er arbeitet, und verwandeln seine Lebenszeit in Arbeitszeit. Und so wird denn schließlich die Akkumulation von Reichtum auf dem einen Pol zugleich Akkumulation von Elend, Arbeitsqual, Sklaverei, Unwissenheit, Brutalisierung und moralischer Degradation auf dem Gegenpol, auf der Seite der Klasse, die ihr eigenes Produkt als Kapital produziert.

Die Produktion stellt sich gleichsam auf eigene Füße. Sie schreitet über die Köpfe der Menschen hinweg. Sie wird eine übermächtige, alle menschlichen Verhältnisse gestaltende Kraft. Diese Anschauung von Karl Marx gebar die sogenannte materialistische oder richtiger die ökonomische Geschichtsauffassung. Rein wirtschaftliche, sich auf die Produktion des materiellen Lebens beziehende Momente bedingen alle politischen, sozialen und rechtlichen Erscheinungen.

Marx hat im „Kommunistischen Manifest" die materiellen Faktoren zu erfassen gesucht, die die bürgerliche Gesellschaft umgewandelt haben und

weiterumwandeln werden. Er schreibt: „Der ostindische Handel, die Kolonisierung von Amerika, der Austausch mit den Kolonien, die Vermehrung der Tauschmittel und der Waren überhaupt gaben dem Handel, der Schiffahrt, der Industrie einen nie gekannten Aufschwung und damit dem revolutionären Element in der zerfallenen feudalen Gesellschaft eine rasche Entwicklung ...

Die große Industrie hat den Weltmarkt hergestellt, den die Entdeckung Amerikas vorbereitete. Der Weltmarkt hat dem Handel, der Schiffahrt, den Landkommunikationen eine unermeßliche Entwicklung gegeben. Diese hat auf die Ausdehnung der Industrie zurückgewirkt, und in demselben Maße, wie Industrie, Handel, Schiffahrt, Eisenbahnen sich ausdehnten, in demselben Maße entwickelte sich die Bourgeoisie, vermehrte sie ihre Kapitalien, drängte sie alle vom Mittelalter her überlieferten Klassen in den Hintergrund. Wir sehen also, wie die moderne Bourgeoisie selbst das Produkt eines langen Entwicklungsganges, einer Reihe von Umwälzungen in der Produktions- und Verkehrsweise ist. Jede dieser Entwicklungsstufen der Bourgeoisie war begleitet von einem entsprechenden politischen Fortschritt ...

Die Bourgeoisie, wo sie zur Herrschaft gekommen, hat alle feudalen, patriarchalischen, idyllischen Verhältnisse zerstört. Sie hat die buntscheckigen Feudalbande, die den Menschen an seine natürlichen Vorgesetzten knüpften, unbarmherzig zerrissen und kein anderes Band zwischen Mensch

und Mensch übrig gelassen als das nackte Interesse, als die gefühllose „bare Zahlung“ ... Die Bourgeoisie hat alle bisher ehrwürdigen und mit frommer Scheu betrachteten Tätigkeiten ihres Heiligenscheines entrissen ... Die Bourgeoisie hat dem Familienverhältnisse seinen rührend sentimentalen Schleier abgerissen und es auf ein reines Geldverhältnis zurückgeführt ...

Die moderne Industrie hat die kleine Werkstube des patriarchalischen Meisters in die große Fabrik des industriellen Kapitalisten verwandelt. Arbeitermassen, in der Fabrik zusammengeballt, wurden soldatisch organisiert.

Aber mit der Entwicklung der Industrie vermehrt sich nicht nur das Proletariat; es wird in größeren Massen zusammengedrängt, seine Kraft wächst, und es fühlt sie mehr.

Seit Dezennien ist die Geschichte der Industrie und des Handels nur die Geschichte der Empörung der modernen Produktivkräfte gegen die modernen Produktionsverhältnisse, gegen die Eigentumsverhältnisse, welche die Lebensbedingungen der Bourgeoisie und ihrer Herrschaft sind ... Die bürgerlichen Verhältnisse sind zu eng geworden, um den von ihr erzeugten Reichtum zu fassen ... Aber die Bourgeoisie hat nicht nur die Waffen geschmiedet, die ihr den Tod bringen, sie hat auch die Männer gezeugt, die diese Waffen führen — die modernen Arbeiter, die Proletarier ... Diese Arbeiter, die sich stückweise verkaufen müssen, sind eine Ware wie jede andere Ware und daher

gleichmäßig allen Wechselfällen der Konkurrenz, allen Schwankungen des Marktes ausgesetzt ...

Die Arbeiter beginnen damit, Koalitionen gegen die Bourgeoisie zu bilden, sie treten zusammen zur Behauptung ihres Arbeitslohnes ... Und die Vereinigung, zu der die Bürger des Mittelalters mit ihren Vizinalwegen Jahrhunderte bedurften, bringen die modernen Proletarier in wenigen Jahren zustande ... Sie (die Organisation der Arbeiter zur Klasse) erzwingt die Anerkennung einzelner Interessen der Arbeiter in Gesetzesform, indem sie die Spaltungen der Bourgeoisie unter sich benutzt.

Die nationalen Arbeiterabsonderungen und Gegensätze der Völker verschwinden mehr und mehr schon mit der Entwicklung der Bourgeoisie, mit der Handelsfreiheit, dem Weltmarkt, der Gleichförmigkeit der industriellen Produktion und der ihr entsprechenden Lebensverhältnisse. Die Herrschaft des Proletariats wird sie noch mehr verschwinden machen. Vereinigte Aktionen, wenigstens der zivilisierten Länder, sind eine der ersten Bedingungen seiner Befreiung. In dem Maße, wie die Exploitation (Ausbeutung) des einen Individuums durch das andere aufgehoben, wird die Exploitation einer Nation durch die andere aufgehoben. Mit dem Gegensatz der Klassen im Innern der Nation fällt die feindliche Stellung der Nationen gegeneinander ...

Bedarf es tiefer Einsicht, um zu begreifen, daß mit den Lebensverhältnissen der Menschen, mit

ihren gesellschaftlichen Beziehungen, mit ihrem gesellschaftlichen Dasein, auch ihre Vorstellungen, Anschauungen und Begriffe, mit einem Wort auch *ihr Bewußtsein* sich ändert? Was beweist die Geschichte der Ideen anders, als daß die geistige Produktion sich mit der materiellen umgestaltet? *Die herrschenden Ideen einer Zeit* waren stets nur *die Ideen der herrschenden Klassen*... An die Stelle der alten bürgerlichen Gesellschaft mit ihren Klassen und Klassengegensätzen tritt eine Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist."

In diesen Sätzen hat Karl Marx nicht nur den nach seiner Ansicht notwendigen Zusammenbruch der kapitalistischen Gesellschaft dargelegt, sondern auch die Grundgedanken seiner „*materialistischen Geschichtsauffassung*" entwickelt. Die Umwälzung in der materiellen Produktion erzeugt nach Marx die großen Revolutionen in der politischen und in der geistig-kulturellen Welt. Die Produktivkräfte zersprengen jeweilig die Produktions- oder Eigentumsverhältnisse, unter denen sie entstanden sind. Die Ideen in den Köpfen der Menschen sind nur Widerspiegelungen der sich vollziehenden wirtschaftlichen und sozialen Umgestaltungen. Mit seinen sozialen Lebensverhältnissen ändert der Mensch seine Vorstellungen und Begriffe. Ein neues gesellschaftliches menschliches Sein schafft jeweilig ein neues menschliches Bewußtsein. Das Ideelle ist das im Menschenkopf

umgesetzte Materielle. Da sich außerhalb des menschlichen Bewußtseins die Produktion sozialisiert, taucht im menschlichen Bewußtsein die sozialistische Idee auf. Die Idee ist nach Marx eben der Reflex greifbarer materieller Verhältnisse.

In seiner vielzitierten Schrift: „Zur Kritik der politischen Ökonomie" hat Marx seiner Geschichtsauffassung folgende Formulierung gegeben: „In der gesellschaftlichen Produktion ihres Lebens gehen die Menschen bestimmte, notwendige, von ihrem Willen unabhängige Verhältnisse ein, Produktionsverhältnisse, die einer bestimmten Entwicklungsstufe ihrer materiellen Produktivkräfte entsprechen. Die Gesamtheit dieser Produktionsverhältnisse bildet die ökonomische Struktur der Gesellschaft, die reale Basis, worauf sich ein juristischer und politischer Überbau erhebt und welcher bestimmte gesellschaftliche Bewußtseinsformen entsprechen. Die Produktionsweise des materiellen Lebens bedingt den sozialen, politischen und geistigen Lebensprozeß überhaupt. Es ist nicht das Bewußtsein der Menschen, das ihr Sein, sondern umgekehrt ihr gesellschaftliches Sein, das ihr Bewußtsein bestimmt. Auf einer gewissen Stufe ihrer Entwicklung geraten die materiellen Produktivkräfte in Widerspruch mit den vorhandenen Produktionsverhältnissen oder, was nur ein juristischer Ausdruck dafür ist, mit den Eigentumsverhältnissen, innerhalb deren sie sich bewegt hatten. Aus Entwicklungsformen der Produktiv-

kräfte schlagen diese Verhältnisse in Fesseln derselben um. Es tritt dann eine Epoche sozialer Revolution ein. Mit der Veränderung der ökonomischen Grundlage wälzt sich der ganze ungeheure Überbau langsamer oder rascher um."

Nur so viel über die sogenannte „materialistische Geschichtsauffassung" von Karl Marx, in deren Kritik wir hier nicht näher eintreten. Den Geist dieser Auffassung geben aber plastisch die hier reproduzierten Ausführungen des „Kommunistischen Manifestes" wieder.

Den ganzen Marxismus beherrscht der Gedanke: Der Sozialismus ist keine bloße Erfindung eines geistreichen Kopfes, sondern ein Stück greifbarer Wirklichkeit. Der Sozialismus gestaltet sich außerhalb des menschlichen Bewußtseins objektiv. Ob er aber in der Katastrophe einer gewaltsamen Sprengung der Produktions- oder Eigentumsverhältnisse, ob er in der sozialen Revolution eines verelendeten Proletariats zur Reife gelangt, darüber gehen die Ansichten in der Sozialdemokratie auseinander. Alle sozialdemokratischen Richtungen aber unterstreichen die Marxsche Idee, daß sich in der gesellschaftlichen Zusammenarbeit von Hunderten und Tausenden proletarischer Arbeiter die neue gesellschaftliche, die sozialistische Produktion schon regt. Unbewußt strebt aus der kapitalistischen, von der menschlichen Gesellschaft noch unbeherrschten Produktion eine neue sozialistische Grundlage der Wirtschaft empor.

In welchem Umfange nun unbewußte oder bewußte Momente an der Gestaltung des Sozialismus arbeiten, darüber gehen die Meinungen in der sozialistischen Theorie auseinander. Für eine große Gruppe deutscher Sozialdemokraten war der Untergang der bürgerlichen Gesellschaft aus dem sich katastrophal zuspitzenden Gegensatze zwischen den schöpferischen Kräften und den Eigentumsverhältnissen des Kapitalismus zum Dogma geworden. Von der Katastrophen- und Verelendungstheorie rückten nach und nach die Theoretiker der Sozialdemokratie ab, die als Revisionisten oder Reformisten angesprochen werden. Aber auch die sozialdemokratischen Theoretiker, die auf Grund der neuesten Entwicklung des Kapitalismus die Katastrophen- und Verelendungstheorie glaubten ablehnen zu müssen, haben von Marx und Engels eine sehr wertvolle neue Erkenntnis gewonnen — die Erkenntnis, daß sich der Sozialismus selbst in der kapitalistischen Gesellschaft organisiert: daß sich selbst ohne die bewußte Leitung und Steuerung der Menschen die persönlichen und sachlichen Bedingungen der sozialistischen Produktion bilden.

Neben den unbewußten Sozialismus hat sich der bewußte gestellt. Heute zeigt sich in der planvollen Tätigkeit der großen politischen und wirtschaftlichen Massenverbände die Wirksamkeit bewußt ordnender gesellschaftlicher Mächte. Der ökonomische Sozialismus ist nichts anderes als die planmäßige Erzeugung von Gütern durch

gesellschaftliche, auf weitgehende Selbstverwaltung ruhende Körperschaften. Diese Körperschaften, diese Verbände schießen überall aus dem Boden der kapitalistischen Gesellschaft hervor. Zahllose individuelle Willensströme verschmelzen zu einem bewußt handelnden Gesamtwillen.

Eine bewußt sozialisierende Macht hat die sozialdemokratische Arbeiterschaft in den zur Erkenntnis ihrer Klassenlage gelangten Massen geschaffen. Und zielklar und wuchtig formt und gestaltet diese Macht in den Massen, die sich selbst befreien und den Staat aus einem Klassenausbeutungsinstitut in ein Institut der planmäßigen sozialen und politischen Hebung der arbeitenden Klasse wandeln, in den Massen, die gewerkschaftlich das ökonomische Arbeitszwangsverhältnis in ein genossenschaftlich geregeltes Arbeitsverhältnis umgestalten, in den Massen, die ihre eigene Konsumtion organisieren, die soziale Hygiene in den Zwangs- und freiwilligen Versicherungskörperschaften fortbilden und eigene wissenschaftliche und künstlerische Bildungsanstalten ins Leben rufen. Das eigentliche Sein der Sozialdemokratie, das ist das gigantische Wirken und Schaffen der sozialdemokratischen Massen auf allen Lebensgebieten.

Die Idee des Arbeiterstandes

Das große geschichtliche Verdienst in den sechziger Jahren des verflossenen Jahrhunderts, eine selbständige politische Klassenorganisation der deutschen Arbeiterschaft ins Leben gerufen zu haben, gebührt dem „Denker und Kämpfer" Ferdinand Lassalle.

Am 12. April 1862 hielt er in Berlin im Handwerkerverein der Oranienburger Vorstadt einen Vortrag: „Über den besonderen Zusammenhang der gegenwärtigen Geschichtsepoche mit der Idee des Arbeiterstandes", einen Vortrag, in dem er das deutsche Proletariat zur Verwirklichung eines neuen weltgeschichtlichen Prinzips: eines neuen sozialen Staates und eines neuen sittlichen Gedankens, der Solidarität der Interessen, aufrief. In seinem Vortrag wies Lassalle im einzelnen nach, wie die ökonomisch-sozialen Machtverhältnisse die Verfassungsverhältnisse gestalten. Im Mittelalter baut sich nämlich der Staat auf der Landwirtschaft auf. Die Bodenbesitzer sind daher die eigentlichen Beherrscher des Staates. Die Großgrundbesitzer halten zahlreiche Ritter und Bauern dadurch von sich in Abhängigkeit, daß sie an diese sozialen Gruppen Grundstücke verleihen, sie ihnen zu

„Lehen" übergeben (Lehnswesen). Die Beliehenen, die „Lehnsleute", müssen den Großgrundbesitzern nun zahlreiche wirtschaftliche und politische Dienste erweisen. Diese wirtschaftlichen Herrschafts- und Abhängigkeitsverhältnisse bringt die Verfassung des Mittelalters treu zum Ausdruck. „Auf den deutschen Reichstagen war der Fürstenstand und der große Grundbesitz der Reichsgrafenschaft und der Geistlichkeit vertreten. Die Städte selbst genossen nur dann dort Sitz und Stimme, wenn es ihnen gelungen war, das Privilegium einer freien Reichsstadt zu erwerben" (Lassalle). Der große Grundbesitz befreite sich als herrschender Stand von der Steuerlast und legte diese einseitig auf die Schultern der beherrschten Klasse. Als in Frankreich im Jahre 1641 die Geistlichkeit zur Steuer herangezogen werden sollte, tat der Erzbischof von Sens folgenden charakteristischen Ausspruch: „Der alte Brauch der Kirche während ihrer Blüte war, daß das Volk beisteuerte für die Bedürfnisse des Staates seine Güter, der Adel sein Blut, die Geistlichkeit ihre Gebete." Sozial wurde jede Arbeit für den Adel als entehrend bewertet, die nicht mit der Beherrschung des Grund und Bodens in Berührung stand. Der arbeitende, Handel und Industrie treibende Adelige galt als standesunwürdig und schloß sich damit von selbst von den Ehren seiner Korporation aus. Nur der Grund und Boden sicherte seinem Besitzer einen Anteil an der Beherrschung des Staates.

Mit dem Zeitalter der Entdeckungen kamen Handwerk und Handel mächtig empor. Beweglicher Besitz häufte sich in den Händen des Bürgertums. Neben den grundbesitzenden Adeligen stellte sich der reich gewordene Bourgeois (Großbürger). Neue Produktionsmittel und Produktionsmethoden führten sich ein. Die erste Maschine war nach Lassalle „an und für sich eine Revolution, denn sie trug in ihren Hämmern und Rädern, sowenig ihr dies auch bei der äußerlichen Betrachtung anzusehen gewesen wäre, bereits im Keime den ganzen auf die freie Konkurrenz gebauten neuen Zustand der Gesellschaft in sich, der sich mit der Kraft und Notwendigkeit des Lebens aus diesem Keime entwickeln mußte".

Der dritte Stand, der besitzende Bürgerstand (die Bourgeoisie), betrat die politische Bühne. Wirtschaftlich war er alles — politisch nichts. Die große französische Revolution rief ihn zur Herrschaft, und sofort richtete er politisch Schranken zwischen sich und dem arbeitenden Volke auf. Ein neuer privilegierter Stand schwang sich empor, der den Zensus einführte, mit indirekten Steuern die Schichten des Volkes bedrückte und geringschätzig auf alle Arbeitenden herabblickte. „Der bürgerliche Besitz oder der Kapitalbesitz war die Bedingung zur Herrschaft über den Staat geworden, wie im Mittelalter der adelige Besitz oder der Grundbesitz" (Lassalle). In Preußen zwang die Krone im Jahre 1849 dem Volk ein Zensuswahlrecht, das Dreiklassenwahlrecht,

auf. Nach dem preußischen Wahlgesetz verfügte zum Beispiel ein Reicher über das gleiche Wahlrecht wie siebzehn Nichtbesitzende.

In Frankreich brach am 24. Februar 1848 die Morgenröte einer neuen Geschichtsperiode an. Die Revolution rief an diesem Tage einen Arbeiter in die provisorische Regierung, sprach als Zweck des Staates die Verbesserung des Loses der arbeitenden Klasse aus und proklamierte das allgemeine und gleiche Wahlrecht für jeden Bürger, der das einundzwanzigste Jahr erreicht hatte. Der arbeitende Stand, der letzte und äußerste, der enterbte Stand kann kein neues Privilegium mehr aufstellen. Er trägt in seinen Herzfalten keinen unterdrückten Stand, keinen Keim einer neuen Bevorrechtung mehr. „Arbeiter sind wir alle, insofern wir eben den Willen haben, uns in irgendeiner Weise der menschlichen Gesellschaft nützlich zu machen." Die Idee des Arbeiterstandes wird aus sich einen neuen Staat gebären, der mit völligem Bewußtsein und völliger Klarheit die sittliche Natur des Staates zur Darstellung kommen läßt und die Entwicklung des Menschengeschlechts zur Freiheit vollbringen wird. Das Prinzip des Arbeiterstandes als der herrschenden Idee der Gesellschaft verwirklicht einen neuen sittlichen Inhalt. Die sittliche Idee des Arbeiterstandes ist nach Lassalle „die, daß die ungehinderte und freie Betätigung der individuellen Kräfte durch das Individuum noch nicht ausreiche, sondern daß zu ihr in einem sittlich geordneten Gemeinwesen

noch hinzutreten müsse: die Solidarität der Interessen, die Gemeinsamkeit und die Gegenseitigkeit in der Entwicklung".

Lassalle sah in dem Arbeiter den Träger einer höheren Kultur, einer höheren Gesittung. Und aus dieser Auffassung heraus tat er den bezeichnenden Ausspruch: „Ich bin der erste, zu erklären, daß jede soziale Verbesserung nicht einmal der Mühe wert wäre, wenn auch nach derselben — was zum Glück objektiv ganz unmöglich — die Arbeiter persönlich das blieben, was sie in der großen Masse heute sind." In die allerengste Verbindung brachte stets Lassalle die Wissenschaft mit dem Arbeiter. In seiner berühmten Rede: „Die Wissenschaft und die Arbeiter", in der er seine Thesen über den „besonderen Zusammenhang der gegenwärtigen Geschichtsperiode mit der Idee des Arbeiterstandes" vor dem Berliner Kriminalgericht verteidigte, ruft er seinen Richtern zu: „Zwei Dinge allein sind groß geblieben in dem allgemeinen Verfall, der für den tiefsten Kenner der Geschichte alle Zustände des europäischen Lebens ergriffen hat, zwei Dinge allein sind frisch geblieben mitten in der schleichenden Auszehrung der Selbstsucht, welche alle Adern des europäischen Lebens durchdrungen hat: die Wissenschaft und das Volk, die Wissenschaft und der Arbeiter. Die Vereinigung beider allein kann den Schoß europäischer Zustände mit neuem Leben befruchten. Die Allianz der Wissenschaft und der Arbeiter, dieser beiden entgegengesetzten Pole der

Gesellschaft, die, wenn sie sich umarmen, alle Kulturhindernisse in ihren ehernen Armen erdrücken werden — das ist das Ziel, dem ich, solange ich atme, mein Leben zu weihen beschlossen habe."

Die hohe Wertschätzung der Wissenschaft übernahm die deutsche Sozialdemokratie von Ferdinand Lassalle. Sie bemühte sich heiß, ihr Lehrgebäude auf wissenschaftlicher Grundlage aufzuführen. Friedrich Engels bezeichnete die deutsche Arbeiterbewegung als die Erbin der deutschen klassischen Philosophie. Die deutschen Sozialisten stammten nach seiner Ansicht nicht nur von Saint Simon, Fourier und Owen, sondern auch von Fichte und Kant ab. Der Sozialismus war nach Bebels Ansicht „die mit klarem Bewußtsein und voller Erkenntnis auf allen Gebieten menschlicher Tätigkeit angewandte Wissenschaft". In diesem Ausspruch offenbarte sich prächtig Bebels glühendes Bekenntnis zur Wissenschaft als zu einer großen schöpferischen Macht der Zeit.

Lassalle hat in dem Arbeiter stets den Träger einer neuen Kulturepoche gesehen, eines neuen Zeitalters der Bildung und Gesittung. Und für diese weltgeschichtliche Wendung hat Lassalle den Arbeiter zu entflammen gesucht, als er an ihn diese gewaltigen ethischen Worte richtete: „Nichts ist mehr geeignet, einem Stande ein würdevolles und tief sittliches Gepräge aufzudrücken, als das Bewußtsein, daß er zu herrschendem Stande bestimmt, daß er berufen ist, das Prinzip seines Standes zum Prinzip des gesamten Zeitalters zu

erheben, seine Idee zur leitenden Idee der ganzen Gesellschaft zu machen und so diese wiederum zu einem Abbilde seines eigenen Gepräges zu gestalten.

Die hohe weltgeschichtliche Ehre dieser Bestimmung muß alle Ihre Gedanken in Anspruch nehmen. Es ziemen Ihnen nicht mehr die Laster der Unterdrückten, noch die müßigen Zerstreuungen der Gedankenlosen, noch selbst der harmlose Leichtsinn der Unbedeutenden. Sie sind der Fels, auf welchem die Kirche der Gegenwart gebaut werden soll.

Der hohe sittliche Ernst dieses Gedankens ist es, der sich mit einer verzehrenden Ausschließlichkeit Ihres Geistes bemächtigen, Ihr Gemüt erfüllen und Ihr gesamtes Leben als ein seiner würdiges, ihm angemessenes und immer auf ihn bezogenes gestalten muß. Der sittliche Ernst dieses Gedankens ist es, der, ohne Sie je zu verlassen, vor Ihrem Innern stehen muß, in Ihrem Atelier bei der Arbeit, in Ihren Mußestunden, Ihren Spaziergängen, Ihren Zusammenkünften; und selbst wenn Sie sich auf Ihr hartes Lager zur Ruhe strecken, ist es dieser Gedanke, welcher Ihre Seele erfüllen und beschäftigen muß, bis sie in die Arme des Traumgottes hinübergleitet. Je ausschließlicher Sie sich vertiefen in den sittlichen Ernst dieses Gedankens, je ungeteilter Sie sich der Glut desselben hingeben, um so mehr werden Sie wiederum — dessen seien Sie sicher — die Zeit beschleunigen, innerhalb welcher unsere

gegenwärtige Geschichtsperiode ihre Aufgabe zu vollziehen hat, um so schneller werden Sie die Erfüllung dieser Aufgabe herbeiführen."

Die Rede Lassalles über den „Zusammenhang der gegenwärtigen Geschichtsperiode mit der Idee des Arbeiterstandes" ist später mit Recht das Arbeiterprogramm genannt worden. Von der weltgeschichtlichen Bedeutung dieser Rede ist selbst der kritisch gestimmte Biograph Ferdinand Lassalles durchdrungen, der vielfach die Unhaltbarkeit der historischen Grundlegungen der Rede des großen Agitators nachzuweisen gesucht hat: Professor Oncken. Für ihn „ist das Arbeiterprogramm ein eminent historisches Ereignis, denn nicht in der Einsicht und Theorie, sondern in der Absicht, in der Tat des politischen Kopfes liegt sein Schwergewicht. Eine große und unbestreitbare Tendenz des neueren Geschichtsverlaufes der europäischen Kulturvölker hatte Lassalle richtig erkannt: das war die Wahrheit, die hinter seiner schiefen und gewaltsamen Ansicht der Geschichte verborgen war. Und daß er diese Erkenntnis der geschichtsphilosophischen und ökonomischen Studien nun der preußischen Arbeiterschaft in schärfster Formulierung zu vermitteln begann, um ihr das Bewußtsein einer sozialen Klasse und einer politischen Macht zu erwecken, darin lag das Ereignis." Sehr fein deutet Oncken die große ethisch-ideale Seite des Programms, die besonders umwälzend auf die Köpfe der damaligen Generation einwirken mußte. Lothar Bucher hatte

einst zu Lassalle im Hinblick auf Mazzinis Schlachtruf: Dio e popolo! (Gott und Volk!) gesagt: „Es fehlt dem popolo der Dio und uns das, wofür man mit Ehren untergehen kann." Diesen Dio brachte nun nach Oncken der große Agitator dem popolo. Er schreibt von Lassalle: „Klug genug verstand er das agitatorische Ziel zu idealisieren, indem er nicht etwa die massive Begehrlichkeit dem Nichtbesitzenden aufstachelte oder das alte Spiel mit republikanischen Velleitäten wieder anhob, sondern auf dem Hintergrund großer geschichtlicher Zusammenhänge die Notwendigkeit der neuen Klasse mit eigenen hohen Idealen und tiefer ethischer Berechtigung, im innerlichsten Zusammenhange mit dem Staat der Zukunft zeigte. Das war der Dio, den Bucher von ihm verlangte..." Und das allgemeinmenschliche, sozialethische Ziel der Befreiung aller Arbeitenden, das sich hoch über dem Boden eines nur proletarischen Programms emporhob und die Sache der Arbeiterklasse zur Sache der ganzen Menschheit machte, mußte der jungen sozialdemokratischen Bewegung einen mächtigen Impuls geben und ihr zahlreiche nichtproletarische Elemente zuführen. Wenn man aus den Schilderungen Bahlteichs das geistige Milieu der deutschen Arbeiterschaft der Lassalleschen Zeit kennengelernt hat, so versteht man wohl das heiße Bemühen Lassalles, möglichst viel geistig hochstehende Elemente, namentlich ideologische, an seine Fahne zu ketten. Das Gefühl, daß die Arbeiter noch

nicht recht auf eigenen Füßen gehen könnten, war eben damals noch weit verbreitet. Niemals aber ließ sich Lassalle von diesem Gefühle derartig in Besitz nehmen, daß er die staatlich autoritären Reformwege eines Rodbertus beschritt. Lassalle glaubte eben, daß die Arbeiter für ihr eigenes Befreiungswerk reif seien. Sein „Arbeiterprogramm" war ja eine politische Mündigkeitserklärung des Proletariats.

Das praktische Programm Lassalles beweist übrigens dessen ganze politisch-agitatorische Genialität. Marx rechnete ihm wohl als Versündigung an, daß er gegen den „Zwerg" Schulze-Delitzsch zu Felde zog und das allgemeine Wahlrecht zu dem Schlachtruf der Arbeiterklasse erhob. Aber der kleine Schulze mit seinen engbrüstigen Selbsthilfegedanken war noch in den sechziger Jahren des verflossenen Jahrhunderts ein „Riese", ein „König im sozialen Reich". Gerade Lassalles Eingehen auf den Schulzeschen Genossenschaftsgedanken war ein genialer taktischer Griff. Noch genialer allerdings war die ebenfalls von Marx heftig gescholtene Lassallesche Wahlrechtspropaganda. Von jedem sektenhaften Zug ist die Lassallesche Agitation so lange durchaus frei gewesen, als sie der Verfasser des weitsichtigen „Arbeiterprogramms" selbst steuerte.

Lassalle griff eben die Frage auf, die am Anfang der sechziger Jahre des vorigen Jahrhunderts alle zum politischen Leben erwachten Preußen auf den Kampfplatz rief: die Verfassungsfrage,

um das Volk zur Beseitigung des in Preußen bestehenden Scheinkonstitutionalismus aufzupeitschen. In seiner Rede: „Über Verfassungswesen" suchte er schlichte Handwerker und Arbeiter in den Werdeprozeß der Verfassungen einzuführen. Er schilderte mit dramatischer Kraft die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Machtverhältnisse als die großen Schöpferinnen der politischen Verfassungen. Die Verfassungsverhältnisse eines Landes sind nichts anderes als die aufgezeichneten ökonomischen und sozialen Machtverhältnisse des Landes. „Man schreibt allerdings", so belehrte Lassalle seine Zuhörer, „nicht in die Verfassungsurkunden hinein: der Herr Borsig ist ein Stück Verfassung, der Herr Mendelsohn ist ein Stück Verfassung, sondern das drückt man auf eine viel gebildetere Art und Weise aus. Will man also zum Beispiel feststellen: die wenigen großen Industriellen und großen Kapitalisten in der Monarchie sollen so viel Macht haben als alle Bürger, Arbeiter und Bauern zusammengenommen, so wird man sich hüten, das in dieser offenen und unverhüllten Form niederzuschreiben. Aber man erläßt ein Gesetz, wie zum Beispiel das oktroyierte Dreiklassenwahlgesetz vom Jahre 1849, durch welches man das Land in drei Wählerklassen einteilt, gemäß der Höhe des Steuerbetrages, den die Wähler entrichten, und der sich natürlich nach ihrem Kapitalbesitz bestimmt."

In der Lassalleschen Rede: „Über Verfassungswesen" regt sich schon die neue Demokratie, die

mit dem preußischen Dreiklassenwahlrecht grundsätzlich bricht und den bestehenden Halbabsolutismus zu einem Waffengang auf Leben und Tod herausfordert. Noch wendet sich Lassalle in dieser Rede an die gesamte Demokratie, denn er zieht keine Scheidelinie zwischen bürgerlicher und proletarischer Demokratie. Erst in seinem „Offenen Antwortschreiben" spricht Lassalle zu den unbemittelten Klassen, die zu neunundachtzig bis sechsundneunzig Prozent die Gesellschaft zusammensetzen. Hier macht er die Wahlrechtsfrage gleichsam zu einer Messer- und Gabelfrage oder, wie er selbst ausführt, zu einer „Magenfrage". „Man kann," so schreibt er in seinem „Offenen Antwortschreiben" an das Zentralkomitee zur Berufung eines allgemeinen deutschen Arbeiterkongresses zu Leipzig, „man kann von seiten der Regierungen mit der Bourgeoisie über politische Rechte schmollen und tadeln. Man kann selbst Ihnen politische Rechte und somit auch das allgemeine Wahlrecht verweigern, bei der Lauheit, mit welcher politische Rechte aufgefaßt werden. Aber das allgemeine Wahlrecht, von neunundachtzig bis sechsundneunzig Prozent der Bevölkerung als Magenfrage aufgefaßt und daher auch ‚mit der Magenwärme' durch den ganzen nationalen Körper hin verbreitet — seien Sie ganz unbesorgt, meine Herren, es gibt keine Macht, die sich dem lange widersetzen würde." Das Wahlrecht wird hier von Lassalle als das wirksamste Mittel zur Lösung der sozialen Frage, zur Beseitigung des proletarischen Klassenelends

angesprochen. Es soll den alten bürgerlichen Klassenstaat von Grund auf umwälzen und den neuen sozialen Staat aufbauen, der die Arbeiter zu gesellschaftlichen Besitzern der Produktionsmittel erhebt, den Arbeiterstand zu seinem eigenen Unternehmer macht. Wieder schlägt Lassalle die ethischen Grundtöne an, die in seinem „Arbeiterprogramm“ so voll ausklangen.

Als die Aufgabe und Bestimmung des Staates bezeichnet Lassalle wieder, „die großen Kulturfortschritte der Menschheit zu erleichtern und zu vermitteln. Das ist sein Beruf. Dazu existiert er, hat er immer gedient und dienen müssen.“ Nur der Staat kann vermittels seiner großen Machtmittel eine rettende Tat an der Arbeiterschaft vollbringen. Nicht Selbsthilfe, sondern Staatshilfe erlöst den Arbeiter aus einem sozialen Knechtschaftszustande. In diesem Punkte setzt sich Lassalle mit dem Anwalt der Selbsthilfe, mit Schulze-Delitzsch, grundsätzlich auseinander. Die Kredit-, die Vorschuß-, die Produktivgenossenschaften können wohl dem Kleinbürger, nicht aber dem besitzlosen Arbeiter helfen. Aber selbst die mit eigenem hinreichendem Kapital ausgerüsteten Handwerksmeister können nicht die Konkurrenz des großen Kapitals und der fabrikmäßigen Massenproduktion aushalten. Die Konsumvereine sind nicht imstande, den Arbeiter von dem Druck des ehernen Lohngesetzes zu befreien, das den Arbeitslohn auf den notwendigen Lebensunterhalt reduziert, der in einem Volk gewohnheitsmäßig

zur Führung der Existenz und zur Fortpflanzung erforderlich ist. „Dies ist der Punkt," so setzt Lassalle auseinander, „um welchen der wirkliche Tageslohn in Pendelschwingungen jederzeit herumgravitiert, ohne sich jemals lange weder über denselben zu erheben, noch unter denselben herunterfallen zu können. Er kann sich nicht dauernd über diesen Durchschnitt erheben — denn sonst entstünde durch die leichtere bessere Lage der Arbeiter eine Vermehrung der Arbeiterehen und der Arbeiterfortpflanzung, eine Vermehrung der Arbeiterbevölkerung und somit das Angebot von Händen, welches den Arbeitslohn wieder auf und unter seinen früheren Stand herabdrücken würde. Der Arbeitslohn kann auch nicht dauernd tief unter diesen notwendigen Lebensunterhalt fallen, denn dann entstehen — Auswanderungen, Ehelosigkeit, Enthaltung von der Kinderzeugung und endlich eine durch Elend erzeugte Verminderung der Arbeiterzahl, welche somit das Angebot von Arbeiterhänden noch verringert und den Arbeitslohn daher wieder auf den früheren Stand zurückdrängt."

Hinter diesem von Lassalle formulierten Lohngesetz steht das Malthussche Bevölkerungsgesetz. Mit diesem steht es und fällt es. Dieses Gesetz löst sich in nichts auf, wenn es dem Arbeiter gelingen sollte, seine eigene Fortpflanzung zu regeln. Ein Zustand, dem das zwanzigste Jahrhundert mit seiner künstlichen Einschränkung der natürlichen Fortpflanzung mit Riesenschritten zustrebt. Doch

hier ist nicht der Ort zu einer Auseinandersetzung mit Malthus und Lassalle.

Der große Agitator warf das „eherne Lohngesetz" in die Debatte, um einer grundsätzlichen Umgestaltung der bestehenden Produktionsordnung das Wort zu reden, die den Arbeiter in eine völlige Abhängigkeit von den Besitzern der Produktionsmittel setzt. Dieser Abhängigkeit können die Arbeiter nur entfliehen, wenn sie selbst in den Besitz der Produktionsmittel, der Fabriken, gelangen. Dazu aber kann ihnen nur der Staat die Hand bieten — der Staat des allgemeinen Wahlrechts, der ganz von der „Idee des Arbeiterstandes" erfüllt ist. Der Staat soll Produktivgenossenschaften ins Leben rufen. Die ganze soziale Arbeiterfrage wandelt sich bei Lassalle schließlich in eine politische Frage, in eine Frage der Beherrschung des Staates. Der Staat erscheint bei Lassalle als der soziale Heiland, der das große Erlösungswerk an der arbeitenden Klasse zu vollbringen hat. Und er kann zu dieser Befreiungstat schreiten, wenn die gesetzgebenden Körper Deutschlands aus dem allgemeinen und direkten Wahlrecht hervorgehen. Das allgemeine Wahlrecht wird von Lassalle nicht nur als das politische Grundprinzip, sondern als Grundbedingung der sozialen Hilfe gefeiert. „Es ist das einzige Mittel, um die materielle Lage des Arbeiterstandes zu verbessern" (Lassalle).

In die Gedankengänge Lassalles spielt überall die Hegelsche Staatsidee hinein, die Idee einer

sich über den Klassen entwickelnden selbständigen sittlichen Macht, die positiv die Erziehung des Menschen zur Freiheit vollbringt. Durch den Zwang der Dinge erfüllte bisher der Staat diese große sittliche Aufgabe. Jetzt soll er von dem Arbeiterstande bewußt in den Dienst dieser Aufgabe gestellt werden. In diesem Sinne spricht Lassalle in seiner Rede „Über den besonderen Zusammenhang der gegenwärtigen Geschichtsperiode mit der Idee des Arbeiterstandes" den Gedanken aus: „Ein Staat also, welcher unter die Herrschaft der Idee des Arbeiterstandes gesetzt wird, würde nicht mehr, wie freilich auch alle Staaten bisher schon getan, durch die Natur der Dinge und den Zwang der Umstände unbewußt und oft sogar widerwillig getrieben, sondern er würde mit höchster Klarheit und völligem Bewußtsein diese sittliche Natur des Staates zu seiner Aufgabe machen."

Die Eroberung der politiſchen Macht

In den Ideengängen des Agitators Ferdinand Lassalle, die doch sonst in so starker Abhängigkeit von denen des Theoretikers Marx stehen, lebt tatsächlich nicht der Zentralgedanke des Marxschen Systems: der Kapitalismus geht an seinen eigenen Widersprüchen zugrunde. Den Staat, dem Marx eigentlich kein eigenes Leben verleiht und der nur passiv von ökonomisch-sozialen Faktoren gestaltet wird, erhebt Lassalle zu einer schöpferischen selbständigen Macht. Der Staat erfüllt bei Lassalle die Rolle eines Befreiers der unteren Volksmassen, er wird unter der Herrschaft des allgemeinen Wahlrechtes der Organisator der neuen sozialistischen Volkswirtschaft, er schafft die neuen Produktivgenossenschaften und vollbringt die eigentliche Entwicklung des Menschen zur Freiheit. Gegen einen derartigen Kultus des Staates empörte sich Marx auf das heftigste. War doch nach seiner Ansicht der Staat immer nur ein Klassenstaat, der gewaltsam von dem Proletariat erobert werden muß und sich dann nach kurzer diktatorischer Herrschaft dieser Klasse in sich selbst auflöst.

Wirtschaftliche Kräfte treiben nach Marx die kapitalistische Eigentumsordnung auseinander,

wirtschaftliche Kräfte zwingen dem Proletariat eine politische Massenorganisation auf und peitschen es in erbitterte Klassenkämpfe und schließlich in die soziale Revolution hinein. Der Staat erscheint in der Marxschen Theorie nicht als eine außerhalb der sozialen Klassen stehende, die soziale Lage der Arbeiterschaft vollständig umgestaltende Macht.

In dem Gothaer Programm der Sozialdemokratie vom Jahre 1875 wird der Demokratisierung des Staates und einer durchgreifenden Arbeiterschutzgesetzgebung das Wort geredet. Zum Überleiter der kapitalistischen Gesellschaft in die sozialistische werden die Produktivgenossenschaften mit Staatskredit aufgerufen. Dem Staat legt also das Programm eine positive durchgreifende Reformarbeit auf. Er soll sich tatsächlich als Förderer der Arbeiterklasse auswirken. In diese Fußtapfen des Gothaer Programms tritt später auch das Erfurter Programm der deutschen Sozialdemokratie.

Beide politischen Bekenntnisse zum demokratischen Sozialismus beseelt der Gedanke an die Notwendigkeit der Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse. Diese Eroberung kann nun auf zwei Wegen zu ihrem Ziele gelangen: durch einen katastrophalen Zusammenbruch der kapitalistischen Wirtschaft und des kapitalistischen Klassenstaates oder durch ein allmähliches Vordringen der Arbeiterschaft von Posten zu Posten.

Der letztere Weg schien anfänglich durch eine antiparlamentarische Strömung verbaut zu sein, die besonders durch Wilhelm Liebknecht gespeist wurde. Liebknecht hielt nämlich am 31. Mai 1869 im Berliner demokratischen Arbeiterverein einen Vortrag über „die politische Stellung der Sozialdemokratie, insbesondere mit Bezug auf den Reichstag" — einen direkt gegen den Lassalleschen „Götzendienst" des allgemeinen Stimmrechtes gerichteten Vortrag. Das allgemeine Wahlrecht ist nach Liebknecht keine wundertätige, den Enterbten die Pforten der Staatsgewalt öffnende Springwurzel. Viele leben in dem Wahn, sich mitten im Polizei- und Militärstaat an dem allgemeinen Stimmrecht, wie weiland Münchhausen an seinem Zopf, aus dem Sumpf des sozialen Elendes herausheben zu können. Im absolutistischen Staat könne das allgemeine Wahlrecht nur Spiel- und Werkzeug des Absolutismus sein. Dort diene das allgemeine Wahlrecht nur als Täuschungsmittel des Volkes, nicht als Hebel der Demokratie, sondern als Waffe der Reaktion. „Als Bonaparte die Republik gemeuchelt hatte, proklamierte er das allgemeine Stimmrecht." Und Bismarck folgte seinem Beispiel, nachdem er durch seine „1866er Erfolge" das liberale Bürgertum in Preußen überwunden hatte.

Eine allmähliche politische Machteroberung durch den wachsenden Einfluß der sozialdemokratischen Arbeiterschaft im Parlament ist nach

Liebknecht ausgeschlossen. Das Parlament, der Reichstag, ist kein durchgreifendes Organ des Volkswillens. Der Reichstag ist ohnmächtig, eine Kompagnie Soldaten kann die sozialdemokratische Parlamentsmehrheit zum Tempel hinausjagen, „Revolutionen werden nicht mit obrigkeitlicher Erlaubnis gemacht: die sozialistische Idee kann nicht innerhalb des heutigen Staates verwirklicht werden; sie muß ihn stürzen, um ins Leben treten zu können. Kein Friede mit dem heutigen Staat und weg mit dem Kultus des allgemeinen und direkten Wahlrechtes!"

Liebknecht schätzte selbst den agitatorischen Wert der parlamentarischen Tätigkeit sehr gering ein. „Einen direkten Einfluß auf die Gesetzgebung kann unser Reden nicht ausüben. Den ‚Reichstag' können wir durch unsere Reden nicht belehren. Durch unsere Reden können wir unter die Massen keine Wahrheiten werfen, die wir anderweitig nicht viel besser verbreiten könnten. Welchen ‚praktischen' Zweck hat also das Reden im ‚Reichstag'? Keinen! Und zwecklos reden ist Torenvergnügen. Nicht ein Vorteil! Und auf der anderen Seite die Nachteile: das Prinzip geopfert, der ernste politische Kampf zur parlamentarischen Spiegelfechterei herabgewürdigt, das Volk zu dem Wahne verführt, der Bismarcksche Reichstag sei zur Lösung der sozialen Frage berufen. — Und wir sollen aus praktischen Gründen parlamenteln? Nur der Verrat oder die Kurzsichtigkeit kann es uns zumuten."

Der antiparlamentaristische Standpunkt Liebknechts fand einen energischen und sieghaften Bekämpfer in August Bebel. Dieser räumte die Hindernisse aus dem Wege, die der politische Doktrinarismus dem parlamentarischen Aufstieg der sozialdemokratischen Arbeiterschaft entgegenwarf. Die Eroberung von Reichstagsmandaten wurde nun von den sozialdemokratischen Massen als ein politischer Machtgewinn und nicht als eine Machtillusion gewürdigt. Das heiße Ringen der Arbeiterschaft um alle politisch wichtigen Posten begann.

Bevor die Sozialdemokratie aber eine die Gesellschaft umwälzende Macht wurde, mußte sie den Sektencharakter abstreifen, der namentlich der Lassalleanischen Bewegung anhaftete. Diese zerfiel nach dem Tode des großen Agitators in die Bewegung der Lassalleaner der männlichen und der weiblichen Linie. Die „Schürzenpartei" der Gräfin Hatzfeldt, der Freundin Ferdinand Lassalles, sandte eigene Abgeordnete in das norddeutsche Parlament, die streng auf das Wort ihres Meisters schworen und dessen Redewendungen wie Bibelsprüche herbeteten. Die Lassalleaner der männlichen Richtung hatten in J. B. von Schweitzer einen weitsichtigen Führer, der einen ersten Schritt zur Begründung der Gewerkschaftsbewegung tat und einen Arbeiterschutzgesetzentwurf dem Reichstag vorlegte. In scharfer Fehde mit den Lassalleanern beider Richtungen lebte die Anhängerschaft Liebknecht-

Bebels, die 1869 in Eisenach die „sozialdemokratische Arbeiterpartei" gründete. Von diesem Kongreß an bezeichnete man die Parteigänger Bebel-Liebknechts kurz als „Eisenacher".

Erst im Jahre 1875 verschmolzen sich die Eisenacher und Lassalleaner zur sozialdemokratischen Partei zusammen. Aber nur wenige Jahre konnte die Sozialdemokratie in der breiten Öffentlichkeit Anhänger werben. Die Attentatsperiode 1878 mißbrauchte Bismarck, um ein drakonisches Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokratie im deutschen Reichstage durchzudrücken. Der eiserne Kanzler führte nun einen förmlichen Ausrottungskrieg gegen die Sozialdemokratie und ließ bis zum 30. Juni 1879 allein 217 Vereine, 5 Kassen, 127 periodische und 278 nichtperiodische Flugschriften verbieten. Das Ausnahmegesetz drängte der Sozialdemokratie eine Geheimorganisation und einen organisierten Schriftenschmuggel auf. Im Auslande mußte sie ihre Kongresse abhalten. So 1882 in Wyden, 1884 in Kopenhagen, 1887 in St. Gallen. Mit diesen Kongressen schossen die Geheimbundprozesse üppig empor. Nach dem berüchtigten Freiberger Prozeß, in dem alle namhaften Führer der Sozialdemokratie, Auer, Bebel, von Vollmar, Frohme, zu langwierigen Gefängnisstrafen verurteilt worden waren, wurden in dritthalb Jahren fünfundfünfzig Geheimbundprozesse eingeleitet.

Aber allen gehässigen Verfolgungen zum Trotz verstärkte und vertiefte die Sozialdemokratie

ihren politischen Einfluß auf das deutsche Volk in einem gigantischen Umfange. Am 20. Februar 1890 wurden auf die Kandidaten der Sozialdemokratie 1427298 Stimmen abgegeben.

Das Ausnahmegesetz, durch das im ganzen 1300 periodische und nichtperiodische Druckschriften und 332 Arbeiterorganisationen der einen oder der anderen Art verboten wurden, fiel Ende Oktober 1890, und die Sozialdemokratie entwickelte sich nun zu einer großen Massenbewegung. Mit dieser Massenbewegung kam der praktische und theoretische Revisionismus empor. Sein erster zielklarer Vertreter war Georg von Vollmar. Von Vollmar betonte in seiner Rede: „Über die nächsten Aufgaben der Sozialdemokratie" scharf, daß sich die gesellschaftlichen Ordnungen nicht plötzlich als abgeschlossene, unvermittelte Einheiten ablösen. Die heutige Form zu benutzen, um auf die Gestaltung der morgigen Einfluß zu üben — das müsse die Aufgabe der Sozialdemokratie sein. Von Vollmar sprach von einer stückweisen Eroberung der politischen Macht und regte eine Verstaatlichung der Betriebe im großen Stile an. Nach Vollmar trat Bernstein der Marxschen Theorie von der katastrophalen Entwicklung des Kapitalismus in den Sozialismus entgegen. Er widersprach in seinem Buch: „Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie" der Lehre, daß der Kapitalismus an den in seinem Wesen liegenden Gegensätzen naturnotwendig untergehen müsse. Die

kapitalistische Wirtschaft läßt sich nach Bernstein auch durch das Genossenschafts- und Gewerkschaftswesen, durch eine tiefgreifende Arbeiterschutzgesetzgebung und durch die Ausgestaltung der gemeinnützigen Funktionen der Gemeinde sozialistisch umgestalten. In der Demokratie ist nach Bernstein die politische Form gegeben, in der und durch die sich der Kapitalismus zum Sozialismus bewegen muß. Aus der Bernsteinschen Arbeit klang eine scharfe Absage an die Diktatur des Proletariats heraus. Gegenüber Bernstein hielt Kautsky an der Marxschen Theorie von der naturnotwendigen Sprengung der kapitalistischen Produktionsform durch die sich machtvoll entfaltenden Produktivkräfte fest.

Der theoretische Streit um die Berechtigung des Revisionismus hinderte aber keineswegs die Verbreitung und Vertiefung der praktischen sozialdemokratischen Reformbestrebungen.

In der sozialdemokratischen Massenbewegung befestigte sich der Gedanke, daß der parlamentarische Kampf wohl die Arbeiterschaft dem Siege des Sozialismus näherführe, wenn auch nicht deren schließlichen Triumph entscheiden werde. Diese Idee kam dann in dem Erfurter Programm klar zum Ausdruck. Das Programm sah die notwendigen Bedingungen für die Verwirklichung des Sozialismus in der Zuspitzung der in der kapitalistischen Wirtschaft liegenden Gegensätze. Die ökonomische Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft führt nach dem Erfurter

Programm mit Naturnotwendigkeit zum Untergang des Kleinbetriebes, sie trennt die Arbeiter von ihren Produktionsmitteln und macht diese zum Monopol einer verhältnismäßig kleinen Zahl von Kapitalisten und Großgrundbesitzern. Diese Umwandlung bedeutet für das Proletariat und die versinkenden Mittelschichten wachsende Zunahme des Elends, des Druckes, der Knechtung, der Erniedrigung und Ausbeutung. Der wachsende Gegensatz zwischen Proletariern, Großkapitalisten und Großgrundbesitzern zerreißt die ganze Gesellschaft in zwei Heerlager. Immer leidenschaftlicher und heißer entbrennt zwischen beiden der Klassenkampf. Tief im Wesen des Kapitalismus begründete Krisen erheben die allgemeine Unsicherheit zum Normalzustand der Gesellschaft: riesenhafte Warenmassen treiben sich auf dem Markte herum und bringen die Produktion zum Stocken. Die Produktivkräfte erzeugen mehr Warenmassen, als der Marktmagen verzehren kann. Sie sind der heutigen Gesellschaft über den Kopf gewachsen. Immer größere Betriebe — kollektivistische ihrem ganzen Charakter nach — entstehen.

Neben dieser unbewußten Sozialisierung der Produktion laufen nun bewußte Sozialisierungsakte der sich demokratisierenden Gesellschaft. Der zweite Teil des Erfurter Programms eröffnet die Aussicht auf eine allmähliche Sozialisierung und Demokratisierung der kapitalistischen Gesellschaft.

Die Sozialdemokratie fordert in diesem Programm *zunächst*: das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht für alle parlamentarischen und kommunalen Körperschaften, die direkte Volksgesetzgebung, die Volkswehr, die Unentgeltlichkeit (Sozialisierung) des Schulunterrichtes, der Rechtspflege und der ärztlichen Hilfeleistungen, eine nationale und internationale Arbeiterschutzgesetzgebung mit dem Achtstundentag, eine Verstaatlichung und Demokratisierung der Arbeiterversicherung usw. usw. Die Verwirklichung dieser „nächsten" Forderungen hat eine allmähliche Umgestaltung des Staates durch die Arbeiterschaft zur Voraussetzung. Der Klassencharakter des Staates ist also eine veränderliche bildsame Größe. In diesem Sinne hat Wilhelm Liebknecht 1890 in seiner Programmrede auf dem Parteikongreß in Halle von *einem allmählichen Hineinwachsen des Kapitalismus* in den Sozialismus gesprochen, und da gerade dieser Gedanke, immer wieder von neuem aufgegriffen, bald lebhaft verteidigt und bald heftig bekämpft wurde, so müssen wir ihn kurz an der Hand der Liebknechtschen Rede wiedergeben. Liebknecht wehrte sich dagegen, daß man die Programmforderungen der Sozialdemokratie in sozialistische Zukunftsforderungen und in Gegenwartsforderungen unterschied. „Die Forderungen selbst," so führte er aus, „in Forderungen schlechthin und in solche innerhalb des heutigen Staates zu trennen, ist sicherlich nicht zu rechtfertigen.

Wo soll die Grenzlinie sein? Stellen wir nicht alle unsere Forderungen innerhalb des heutigen Staates? Und wo fängt der heutige Staat an? Wo hört er auf? Ist eine Grenzlinie zu ziehen zwischen dem heutigen Staat und dem sogenannten Zukunftsstaat — um einmal das viel mißbrauchte Wort zu gebrauchen. Gehen beide nicht ineinander über?" Und an anderer Stelle seiner Schlußrede lehnte er sich abermals gegen eine willkürliche Trennung der Programmforderungen in Gegenwarts- und in Zukunftsforderungen auf. „Wer kann den heutigen Staat," so betonte er, „von dem künftigen Staate scharf abgrenzen? Der heutige Staat wächst in den Zukunftsstaat hinein, gerade wie der Zukunftsstaat schon in dem heutigen Staat drinsteckt. Es geht nicht wie beim Fall des Sozialistengesetzes. Nachts zwölf Uhr hört der alte Staat auf und fängt der neue an. Dieser kindischen Auffassung, der unsere Gegner huldigen, indem sie fürchten, wir wollen tabula rasa machen — als ob das möglich wäre! —, dürfen wir uns nicht schuldig machen, und wir täten es, wenn wir eine bestimmte Grenze zwischen dem heutigen und dem sogenannten Zukunftsstaat ziehen wollten." Die Marxsche Theorie von einer sich in ständig zuspitzenden Gegensätzen und Widersprüchen bewegenden kapitalistisch-sozialistischen Entwicklung scheint hier von Liebknecht verlassen zu sein. Das Instrument der kapitalistischen Wirtschaft, der kapitalistische Staat, kann nicht allmählich in den sozialistischen übergehen,

wenn die kapitalistische Wirtschaft selbst in erbittertem Kampfe wirtschaftlicher Gegensätze katastrophal zugrunde geht.

Praktisch hatte der Streit über eine allmähliche oder eine plötzlich katastrophale Entwicklung des sozialdemokratischen Staates keine Bedeutung für die politischen Tageskämpfe der deutschen Sozialdemokratie. Radikale und Revisionisten bemühten sich in gleicher Weise, der vorwärtsdrängenden Arbeiterschaft die Eingangspforten zu allen Parlamenten, zu allen Gemeinderäten und Verwaltungskörperschaften zu öffnen. Die „Eroberung aller Posten" wurde die Kampfesparole der gesamten sozialdemokratischen Körperschaft.

Obenan stand in diesem Feldzug der Arbeiterschaft für die Eroberung der politischen Macht der Reichstagswahlkampf. Diesen Kampf betrachtete selbst der Waffenbruder und Freund von Karl Marx, Friedrich Engels, als eine Aktion von grundsätzlicher Bedeutung für den Sieg der Arbeiterschaft in Deutschland. Angesichts der Wahlen von 1890, die ja die Sozialdemokratie zur größten Partei Deutschlands erhoben, prophezeite Friedrich Engels bereits den nahen Sieg der Sozialdemokratie. Diese Partei stehe, so verkündete er, „auf dem Punkte, wo sie mit fast mathematischer genauer Berechnung die Zeit bestimmen kann, in der sie zur Herrschaft kommt". Engels stellte der Bourgeoisie den angenehmen Jahrhundertschluß vor Augen, der die Sozial-

demokratie im Besitz von dreieinhalb bis vier Millionen Stimmen erscheinen lassen werde. Die Sozialdemokratie mit ihren stets anschwellenden Stimmen sieht sich nur gespaltenen bürgerlichen Parteien gegenüber. Das bedeutet nach Engels eine Lage, in der eine solide Partei, die über zweieinhalb Millionen Stimmen verfügt, jede Regierung zur Kapitulation bringen kann.

„Die Hauptstärke der Sozialdemokratie," so fährt dann Engels in seinem Aufsatze: „Der Sozialismus in Deutschland" (Neue Zeit, 10. Jhrg., 1. Bd.) wörtlich fort, „liegt aber keineswegs in der Zahl ihrer Wähler. Bei uns wird man Wähler erst mit fünfundzwanzig Jahren, aber schon mit zwanzig Soldat. Und da gerade die junge Generation es ist, die unserer Partei ihre zahlreichen Rekruten liefert, so folgt daraus, daß die deutsche Armee mehr und mehr vom Sozialismus angesteckt wird. Heute haben wir einen Soldaten auf fünf, in wenigen Jahren werden wir einen auf drei haben, und gegen 1900 wird die Armee, früher das preußischste Element des Landes, in ihrer Majorität sozialistisch sein. Das rückt heran, unaufhaltsam wie ein Schicksalsschluß. Die Berliner Regierung sieht es kommen, ebensogut wir, aber sie ist ohnmächtig. Die Armee entschlüpft ihr."

Engels sieht also prophetischen Blickes den Sieg des Sozialismus in der sich im wachsenden Maße der sozialdemokratischen Partei zuwendenden Armee. Der sozialistischen Springflut gegenüber

werden nach Engels die Bourgeoisie und die Regierung nicht mit verschränkten Armen zuschauen. Sie werden zur Gewalt greifen, aber eine Partei von zwei oder drei Millionen Menschen könne man nicht ausrotten. Alle konterrevolutionäre Übermacht könne den Triumph des Sozialismus vielleicht nur um einige Jahre verzögern, aber nur, „damit er dann um so vollständiger und endgültiger wird".

Die Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterschaft ist also nach Engels in der wachsenden Durchdringung der Volksmassen, namentlich des Heeres, durch den Sozialismus gegeben. Die Armee „entschlüpft" der Regierung.

Der Friede sichert nach Engels den Sieg der deutschen sozialdemokratischen Partei in ungefähr zehn Jahren, der Krieg bringt ihr entweder den Sieg in zwei oder drei Jahren oder vollständigen Ruin, wenigstens auf fünfzehn bis zwanzig Jahre. „Dieser Krieg," so prophezeit Engels weiter, „dieser Krieg, wo fünfzehn bis zwanzig Millionen Bewaffnete sich untereinander abschlachten und ganz Europa verwüsten würden wie nie vorher — dieser Krieg muß entweder den sofortigen Sieg des Sozialismus bringen oder aber die alte Ordnung der Dinge derartig von Kopf zu Fuß umstürzen und einen solchen Trümmerhaufen hinterlassen, daß die alte kapitalistische Gesellschaft unmöglicher würde als je, und daß die soziale Revolution

zwar um zehn oder fünfzehn Jahre hinausgeschoben würde, dann aber auch siegen müßte, nach um so rascherem und gründlicherem Verlauf."

Die Vorstellung, daß der Sozialismus die Armee von innen zersetzen würde, ist übrigens altes sozialdemokratisches Besitzgut. Der Marxismus bestrebte sich stets, in der kapitalistischen Gesellschaft greifbare Momente für deren sicheren Untergang zu entdecken. Er untersuchte unter diesem Gesichtspunkte wiederholt die Machtinstitutionen der heutigen Gesellschaft. So z. B. den Militarismus. Friedrich Engels betrachtete in seiner Streitschrift gegen Eugen Dühring den Militarismus als einen sich selbst zerstörenden Machtapparat. Der Militarismus charakterisiert sich in Europa als ein System ununterbrochener nationalstaatlicher Wettrüstungen. Dieses System bringt einerseits die einzelnen Staaten an den Rand des Bankrotts, es schult andererseits mit der Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht das ganze Volk im Gebrauch der Waffen. Das Volk wird dadurch befähigt, in einem gewissen Moment seinen Willen gegenüber der kommandierenden Militärherrlichkeit zum Durchbruch zu bringen. Dieser Moment ist da, sobald die Masse des Volkes — die Masse der städtischen Proletarier, Bauern und Landarbeiter — einen eigenen Willen erhält. Diesen Willen senkt der Sozialismus in die Massen — einen Willen, der der Klassenanlage der Massen entspricht. Das frühere Fürstenheer wandelt sich in ein

Volksheer, und der Militarismus wird von innen heraus gesprengt.

Die politische Eroberung durch die sozialdemokratische Arbeiterschaft ist also objektiv an die Entwicklung bestimmter bürgerlicher Machteinrichtungen gebunden — an eine Entwicklung, die nur zum Teil von der Sozialdemokratie abhängt. Subjektiv ist der Wille der Arbeiterschaft auf die Eroberung aller Posten eingestellt. In diesem Geiste wurde und wird das Wahlrecht von der Sozialdemokratie benutzt.

Mit Recht rühmt Friedrich Engels in einem seiner letzten Schriftchen: „Die Klassenkämpfe in Frankreich" den deutschen Arbeitern nach, daß sie das Stimmrecht von einem Mittel der Prellerei in ein Werkzeug der Befreiung verwandelt hätten. Mit der erfolgreichen Benutzung des allgemeinen Stimmrechtes trat nach Engels eine „neue Kampfesweise des Proletariats in Wirksamkeit". „Man fand," so führt Engels aus, „daß die Staatseinrichtungen, in denen die Herrschaft der Bourgeoisie sich organisiert, noch weitere Handhaben bieten, vermittels deren die Arbeiterklasse diese selben Staatseinrichtungen bekämpfen kann. Man beteiligt sich an den Wahlen für Einzellandtage, Gemeinderäte, Gewerbegerichte... Und so geschah es, daß Bourgeoisie und Regierung dahin kamen, sich weit mehr zu fürchten vor der gesetzlichen als vor der ungesetzlichen Aktion der Arbeiterpartei, vor den Erfolgen der Wahl als vor denen der Rebellion." Die Rebellion alten

Stiles, der Straßenkampf mit Barrikaden, sei nach Engels veraltet. Die Zeit der Überrumplung ist dahin. Es trat daher selbst in den romanischen Ländern eine Zeit der Revision der alten Taktik ein. Das deutsche Beispiel der Wahlrechtsbenutzung, die Eroberung aller Posten, wurde überall nachgeahmt. In allen Ländern, mit Ausnahme Rußlands, marschierte die Wahlbeteiligung rüstig vorwärts. Damit werden „unsere" ausländischen Genossen nicht auf ihr Recht auf Revolution verzichten. „Das Recht auf Revolution ist ja überhaupt das einzige wirkliche historische Recht. Was aber auch in anderen Ländern gewesen sein möge, die deutsche Sozialdemokratie hat eine besondere Stellung und demnach zunächst auch eine andere Aufgabe." Friedrich Engels prophezeite bis Ende des neunzehnten Jahrhunderts die Eroberung der größeren Teile der Mittelschichten durch die Sozialdemokratie. „Dies Wachstum ununterbrochen im Gang zu halten, bis es dem herrschenden Regierungssystem von selbst über den Kopf wächst, das ist unsere Hauptaufgabe." Bei den gesetzlichen Mitteln gedeihe die Sozialdemokratie prächtig, sie bekomme dabei pralle Muskeln und rote Backen. Von der anderen Seite aber schreie man nach Ungesetzlichkeiten und Umsturz, man fordere gebieterisch Umsturzgesetze, den Bruch der Verfassung, die Diktatur, die Rückkehr zum Absolutismus.

Und Friedrich Engels gemahnt dann die absolutistischen Befürworter der Umsturzgesetze an

das Schicksal des alten römischen Reiches. In ihm wurde die heidnische Staatsgewalt von innen durch die Partei der Christen zersetzt. Diese Umsturzpartei hatte eine starke Vertretung im Heere. Und trotz aller Ausnahmegesetze drang diese Partei sieghaft vor und riß die sie politisch entrechtenden Ausnahmegesetze herunter. Darob leitete der Kaiser eine Christenverfolgung ein. „Sie war die letzte ihrer Art. Und sie war so wirksam, daß siebzehn Jahre später die Armee überwiegend aus Christen bestand und der nächstfolgende Selbstherrscher des gesamten Römerreiches, Konstantin, von den Pfaffen der Große genannt, das Christentum proklamierte als Staatsreligion." (Engels.)

Wieder wird den Staatslenkern der kapitalistischen Gesellschaft die drohende innere Auflösung des Militarismus vor Augen gestellt — dieses Militarismus, der den sicheren Untergang des Kapitalismus herbeiführen muß, namentlich wenn er die furchtbare Katastrophe eines Weltkrieges heraufführt. Dieser Gedanke hat auch vollständig von dem temperamentvollen Führer der Sozialdemokratie, August Bebel, Besitz ergriffen. Bebel bringt in seinen Reden und Schriften vielfach den Untergang des Kapitalismus in einen mittelbaren Zusammenhang mit einem durch den Militarismus angezettelten Weltkrieg in Verbindung. Er sieht aus der Blutsaat des Weltkrieges die soziale Revolution aufsteigen. Das ganze kapitalistische

System werde zusammenbrechen, und die Erschütterungen der Produktion werden ungeheuerliche Notstände zeitigen, die förmlich die Massen in die soziale Revolution hineinwerfen werden. In seiner Züricher Rede: „Unsere wirtschaftliche und politische Lage" am 20. Dezember 1892 kündete Bebel die soziale Revolution als Begleiterscheinung des Weltkrieges an: „Nun ist ein Krieg," so führt er aus, „ein Ereignis, das im allerhöchsten Grade dazu geeignet sein wird, die großen Massen zum Denken und zur Vernunft zu bringen. Wenn einmal die Dinge so liegen — und so werden sie kommen —, dann wird mit einemmal in millionenstimmigem Ruf die Frage gestellt werden: Für wen und für was denn das alles? Und wird die Frage gestellt, so folgt ihr die Antwort auf dem Fuße, dann ist es mit der herrschenden Gesellschaft zu Ende. Der Gang der Dinge wird sich so gestalten."

Die klare Erwägung der Möglichkeit eines katastrophalen Zusammenbruches der kapitalistischen Gesellschaft brachte jedoch die Sozialdemokratie keineswegs aus der Bahn einer gesetzlichen Eroberung der politischen Macht heraus. In der Tat organisierte die Sozialdemokratie überall die Wahlen zu den staatlichen Vertretungs- und kommunalen und zwangsgenossenschaftlichen Verwaltungskörperschaften, um die politische Macht der Partei planmäßig zu steigern. Alle Bedenken gegen die Beteiligung der Sozialdemokratie an den Kommunalwahlen

wurden nach und nach überwunden. Der hartnäckige Widerstand der radikal-sozialdemokratischen Elemente gegen die Benutzung des preußischen Dreiklassenwahlrechtes zur Steigerung des politischen Einflusses der Sozialdemokratie brach endlich nach langjährigen heftigen Diskussionen zusammen. Und die Sozialdemokratie bildete nun im Preußischen Abgeordnetenhause eine kleine rührige Stoßtruppe, die unermüdlich gegen die ostelbische Herrenkaste und die rheinländisch-westfälische Schwerindustrie anstürmte. Sie brachte den weitesten Kreisen des preußischen Volkes die Notwendigkeit eines vollständig neuen Aufbaues des Preußischen Staates auf der Grundlage des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes zum Bewußtsein.

Die Sozialdemokratie setzte ihren Fuß in die zwangsgenossenschaftlichen Organisationen der Arbeiterversicherungen, in die Krankenkassen und Landesversicherungsanstalten. Sie stellte eine ganze Armee von Beisitzern der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte. Ihr sozialistischer Puls schlug lebendig in zahlreichen Staats- und Verwaltungsinstitutionen. In den Reichstag rückte sie 1912 mit 110 Abgeordneten ein, hinter denen 4250329 Stimmen standen. In den deutschen Einzellandtagen verfügte sie 1912 über 30 Mandate in Bayern, über 17 in Württemberg, über 20 in Baden, über 26 in Sachsen, über 6 in Preußen, über 8 in Hessen, über 12 in Oldenburg, über 4 in Sachsen-Weimar, über 9 in Gotha, über 9 in

Sachsen-Meiningen, über 9 in Schwarzburg-Rudolstadt, über 20 in Hamburg, über 12 in Lübeck, über 16 in Bremen, über 11 in Elsaß-Lothringen, über je 1 Mandat in Reuß j. L., in Lippe-Detmold und in Anhalt. Im Jahre 1912 gebot die Sozialdemokratie in 470 Städten über 2531 Stadtverordnetenmandate. In 2680 Landgemeinden waren 7593 Gemeindevertreter für die Sozialdemokratie gewonnen. In 50 Städten hatte die Sozialdemokratie 104 Vertreter in die Magistrate gewählt und in 157 Gemeinden 204 Vertreter in den Gemeindevorstand.

Angesichts des in einem gigantischen Umfang wachsenden Einflusses der Sozialdemokratie konnte ich 1913 schon die Zeilen niederschreiben: „Eine schier ungeheuere Fülle von ‚praktischer' Arbeit leisten Vertreter der Sozialdemokratie in öffentlichen Körperschaften. Das eigentliche Wesen der Sozialdemokratie ist aber ihr tausendfältiges Wirken. Die Sozialdemokratie lebt und webt bereits in allen politischen und ökonomischen Körperschaften und Vereinigungen Deutschlands. Und dieser sich allseitig auswirkende sozialistische Geist kündet die sichere Umwandlung Deutschlands in ein freies, demokratisch-sozialistisches Gemeinwesen."

Im Jahre 1918 trat als Folge des Weltkrieges die von der Sozialdemokratie angekündigte Revolution ein. Die Basis, auf der bisher die kapitalistische Gesellschaft geruht hatte, brach in der Militärrevolte des Volkes in Waffen

zusammen. Das Volk hatte einen „eigenen" Willen erhalten. Die Staatsgewalt fiel in die Hände der Sozialdemokratie. Die Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse erfolgte sprunghaft, weil sich der Geist der Sozialdemokratie schon in den grundlegenden Staatseinrichtungen Deutschlands verkörperlicht hatte. Wer das Werden der politischen und sozialen Revolution des Jahres 1918 richtig verstehen will, der muß in die mehr als fünfzigjährige, kampferfüllte Geschichte der Eroberung der politischen Macht durch die deutsche Sozialdemokratie eindringen.

Ökonomische und politische Macht

Die ökonomisch herrschenden Klassen sind bisher auch die politisch herrschenden Klassen gewesen. Den Bankier Mendelssohn, den Großindustriellen Borsig nennt daher Lassalle zutreffend einmal ein Stück Verfassung. Immer ist in der Geschichte politischer Machtbesitz an den ökonomischen gebunden gewesen. Eine wirtschaftlich einflußlose Klasse wird auch politisch einflußlos sein. Wenn ein wirtschaftlich niedergedrücktes Proletariat nur das formale Wahl- und Vereinigungsrecht besitzen würde, so könnte es sich mit diesen Rechten allein nicht die politische Befreiung erkämpfen. Die richtige Handhabe des Wahlrechtes setzt die Verfügung über wirtschaftliche Machtmittel voraus, denn Wahlzettel, Zeitungsblätter, Flugschriften usw. fallen nicht vom Himmel herunter, und Versammlungslokalitäten werden zur Wahl nicht gratis von den Gastwirten den politischen Parteien eingeräumt. In Deutschland mußten die sozialdemokratischen Arbeiter nicht selten die Gastwirte und Bierbrauer erst mit Hilfe von Boykotten zur Überlassung der Versammlungssäle zwingen.

Einen gewissen Grundstock wirtschaftlicher Macht muß sich die Arbeiterschaft erst erworben haben,

damit sie ihre politischen Rechte mit Erfolg anwenden kann. Starke Gewerkschaftsverbände sicherten zum Beispiel erst den Arbeitern oft den zweckmäßigen Gebrauch des Koalitionsrechtes. Selbst in der freien Schweiz verboten die Unternehmer wiederholt den Arbeitern, Vereinigungen beizutreten, die mit Umsicht die Interessen des Proletariats vertraten. Nur wirtschaftliche Mittel, Streike, verhalfen hier den Arbeitern zu ihrem Vereinigungsrecht.

Die Emanzipation des Proletariats ist von Lassalle gar zu einseitig als eine rein politische Frage betrachtet worden. Nur mit Hilfe des allgemeinen Wahlrechtes wollte er die Produktionsmittel in den Besitz der Arbeiter überleiten. Gegen alle außerhalb der politischen Sphäre liegenden Machtmittel verschloß er sich. In den gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Organisationen erachtete er keine Mittel zur Verbesserung der Lage der arbeitenden Klassen. Wie ein Fatum stand nach seiner Ansicht über dem Arbeiter das eherne Lohngesetz, das diesen durchschnittlich auf seinen und seiner Familie gewohnheitsmäßigen Unterhalt beschränkte. Mit politischen Machtmitteln, mit dem Stimmrecht, mit dem Vereinsrecht, glaubte er eben den kapitalistischen Staat aus den Angeln heben zu können. Er erkannte nicht, daß die Politik tief in der Wirtschaft wurzelte, und daß politische Rechte nur dann eine durchschlagende Wirkung erzielen, wenn sie von ökonomisch starken sozialen Gruppen und Klassen gehandhabt werden.

Arbeiter, die Träger einer starken wirtschaftlichen Macht sind, beeinflussen in ganz anderer Weise die staatliche Gewalt als hungerleidende Hausweber, die sich wegen ihrer Bettelarmut nicht eine Zeitung halten und nicht einem Verein beitreten können. Daß städtische Arbeiter, die als Genossenschaftler im Besitz von Bäckereien, Fleischereien, Tischlereien, Großmühlen und landwirtschaftlichen Betrieben sind, ein „Stück Verfassung" bilden, ist selbstverständlich.

Die große Bedeutung, die der Erwerb ökonomischer Macht für die arbeitende Klasse hat, ging am Ende des neunzehnten Jahrhunderts den sozialdemokratischen Massen auf. So gründeten Hamburger Arbeiter 1898 die Genossenschaft Produktion und 18 Jahre später, 1916, verfügten sie über 205 Verkaufseinrichtungen, darunter 110 Verkaufsstellen, 31 Schlächterläden, 59 Brotläden, 5 Grünwarenläden, 1 großes Kohlenlager, 1 Mühle, 1 großlandwirtschaftlichen Betrieb und Grundstücke im Gesamtwerte von 7705760 Mark in Hamburg und in Vororten.

Neben den Genossenschaften erhoben sich als wirtschaftliche Machtorganisationen die Gewerkschaften. Gestützt auf beide wirtschaftliche Grundlagen kann die Arbeiterschaft so förmlich als politische Macht in den Staat hineinwachsen. In ihrer bekannten Schrift über die britische Genossenschaftsbewegung sieht Mrs. Beatrice Webb in dem wirtschaftlichen Aufstieg der Arbeiterschaft direkt den Weg zur politischen Herrschaft. Sie

schreibt nämlich: „Zum Schluß möchte ich nachdrücklich wiederholen, daß die sozialen, administrativen und ökonomischen Grenzen des Genossenschaftsstaates die Macht der Genossenschaften in unserem nationalen Leben keineswegs begrenzen. Die Vereinigung der ganzen Arbeiterklasse zu einem Genossenschaftsverband einerseits und einer Föderation von Gewerkvereinen andererseits würde den Arbeitern tatsächlich die Herrschaft im Staate einräumen. Die Organisation von Arbeitern als Konsumenten würde jedem Versuche von seiten der Kapitalinhaber und Grundherren wirksam entgegentreten, wenn sie es versuchten, gewisse Abteilungen der arbeitenden Klassen durch Versprechungen hoher Geldlöhne zu bestechen, auf daß sie eine Schutzpolitik, sei es durch Gesetze, in der Form von Einfuhrzöllen, sei es wirtschaftlich in der Form von Trusten und Koalitionen der Kapitalisten zur Erhöhung der Preise unterstützen. Und wenn die Beamten dieser uranfänglichen Interessen des Verbrauches und der Produktion vertretenden Zwillingsföderationen sich in einem feierlichen Vertrage verbänden, dann würde es verhältnismäßig leicht sein, diejenigen aus der Gesellschaft auszumerzen, welche verbrauchen, ohne selbst zu produzieren, die Schmarotzer aller Klassen; während diejenigen, welche gegenwärtig produzieren, ohne ihren vollen Anteil zu verbrauchen, auf einen höheren Platz am nationalen Gastmahl rücken würden. Daß dieses Resultat nicht erreicht werden kann, ohne daß man seine Zuflucht zu der

Gesetzgebung, dem Ausdruck der Zwangsgenossenschaft, nimmt, hat, wie ich glaube, der Erfolg deutlich bewiesen. Ehe wir eine vollkommen entwickelte Demokratie haben können, muß die gesamte Nation jene moralischen Eigenschaften besitzen, welche die Genossenschaften in den Stand gesetzt haben, demokratische Selbstregierung in einem Teil des Gewerbes, des Handels und der Finanzen der Nation einzuführen."

Diese Ausführungen verknüpften die Besitzergreifung der politischen Gewalt auf das engste mit der wirtschaftlichen Machteroberung. Starke gewerkschaftliche und genossenschaftliche Verbände der Arbeiter können gemeinsam den Staat beherrschen. Diese Herrschaft könnte allerdings nicht ohne das Eingreifen der Gesetzgebung angebahnt werden. Die folgerichtige Demokratisierung der Gesellschaft setzt deshalb eine hohe moralische Befähigung der Nation zur Selbstregierung voraus.

Hier bricht der Gedanke durch, daß die Genossenschaften ein wesentliches Stück der Erziehung der Arbeiter zum demokratischen Sozialismus zu vollbringen haben.

Diese Aufgabe fällt aber vielleicht in größerem Umfange den Gewerkschaften als den Genossenschaften zu.

Die Gewerkschaftsbewegung

Gewerkschaft und Zunft

Die Gewerkschaftsbewegung verknüpft die Lohnarbeiter eines Gewerbes zu festen wirtschaftlichen, auf die Sicherung und Hebung der proletarischen Lebenshaltung gerichteten Verbänden.

Die moderne Gewerkschaftsbewegung ist eine allgemeine Bewegung frei organisierter Arbeiter, die sich mit ihren Berufsgenossen solidarisch verbunden fühlen. Der Arbeiter muß vom Zunftzwange befreit sein, wenn er zum Gewerkschafter aufsteigen will. Die Zunft regelte nämlich durch tiefgreifende Zwangsbestimmungen die Lebensverhältnisse des Arbeiters. Sie nahm ihm eigentlich jede freie Entscheidung über sich selbst. In der Zunft fand der Geselle seinen Lohn, seine Arbeitszeit genau bestimmt. Die Lehrzeit, die Wanderzeit, der Aufstieg zur Meisterschaft waren in dem Zunftstatut genau festgelegt. Die Zünfte sonderten sich streng voneinander ab, und der Handwerksgeselle fühlte sich vor allem als Glied seiner örtlichen Zunft. So konnte denn kein rechtes Solidaritätsgefühl zwischen den Mitgliedern der einzelnen zünftigen Handwerker aufkommen. Zu gemeinsamem Handeln verbanden sich die getrennt marschierenden kleinen Heereshaufen der zünftigen Gesellen sehr selten.

Erst die Zersprengung der Zunft machte den Kopf und das Herz des Gesellen von zünftigen Sondergedanken und Sondergefühlen frei. Und zu dieser Befreiung half die Gewerkschaftsbewegung kräftig mit. Selbst in den großstädtischen Handwerken erhielten sich bis in die neunziger Jahre des verflossenen Jahrhunderts noch Zunfteinrichtungen. Das galt vor allem von dem Steinsetzergewerbe. Dieses feste Wurzeln zünftiger Anschauungen und Gefühle in den Steinsetzergesellen machte diese zu einem sehr interessanten sozialen Studienobjekt. Selten können wir mit eigenen Augen so klar das langsame Absterben des Zunftmenschen beobachten wie in der Berliner Steinsetzergesellenschaft. Und sozialpolitisch und sozialkulturell zählt daher die lebensvolle Darstellung, die der Gewerkschaftsführer A. Knoll in seinem Werk: „Die Berliner Steinsetzergesellenschaft 1732 bis 1893" über die Ära des Altgesellen Nolte gibt, zu den interessantesten Kapiteln der Geschichte der Berliner Arbeiterschaft. „Noltes Wirken", so schreibt Knoll, „hat in der Steinsetzergesellenschaft tiefe Spuren gezogen. Er war es, der den Zunftgedanken unter den Berliner Steinsetzern noch einmal zur vollen Blüte zu entfachen verstanden hat — allerdings auch zu seiner letzten Blüte. Nolte stand der inzwischen erwachten modernen Arbeiterbewegung sicher nicht so verständnislos gegenüber wie die meisten seiner Kollegen. Und daß er ihres Geistes einen Hauch verspürt, läßt sich daraus schließen, daß er vielfach versucht

hat, das Zunftwesen der Steinsetzer mit neuzeitlichen gewerkschaftlichen Gedanken zu verbinden. Wenn man für seine Auffassung nach einer Formel suchen wollte, so könnte man ihn als durch und durch zünftlerischen Nichts-als-Gewerkschafter bezeichnen. Er wollte das Zunftwesen retten und doch auf gewerkschaftliche Mittel nicht ganz verzichten, dabei aber die Gesellenschaft streng vor dem Verdacht bewahren, eine Gewerkschaft zu sein."

Ein Dokument der sozialen Zeitgeschichte, eine Urkunde des versteinerten Zunftwesens in der Berliner Steinsetzergesellenschaft ist der Abschnitt des Knollschen Werkes über das „hundertfünfzigjährige Jubiläum der Gesellenschaft", das, am 5. August 1882 gefeiert, noch einmal die ganze zünftige Herrlichkeit in einem großen Festzuge der staunenden Millionenstadt Berlin darbot. Und dieser Zug mit den Junggesellen im Schurz und Handwerksstock, mit den Fahnenschwenkern in altspanischem Kostüm; mit den Trägern der Gewerkskissen und Gewerksembleme war durchaus noch nicht die prunkvolle Leichenparade des Zunftwesens der Steinsetzer; denn erst am 11. Februar 1894 hauchte dieses seinen letzten Atem aus, als das Lossprechen der Junggesellen abgeschafft und die „Gesellenschaft" offiziell aufgelöst wurde. Aber vorher hatte sich schon die „Gesellenschaft" an Haupt und Gliedern gewandelt. Der Gewerkschaftsgedanke lebte schon zum Teil in diesen Gesellen, und den prächtigen Korpsgeist, der sich in

vielen Kämpfen bekundete, setzt Knoll mit Recht zum Teil auf das Ehrenkonto der Zunft der Ära Nolte. Das Werden einer neuen gewerkschaftlichen Zeit hat 1890 noch der alte Nolte klar erfaßt, als er in seinem Jahrbuch die Zeilen niederschrieb: „Auch in unserer Berliner Gesellenschaft hat das Streben, sich der allgemeinen Arbeiterbewegung, welche über ganz Deutschland unter den Arbeitern herrscht, immer mehr anzuschließen, Platz gegriffen, und so hat auch die Berliner Gesellenschaft in die von den Arbeitern ins Leben gerufene Streikkontrollkommission zwei Kollegen zur Wahrnehmung ihrer Interessen ... entsendet — denn auch wir Steinsetzer haben das Bedürfnis, geregelte Verhältnisse in betreff der Streike in unserer Gewerkschaft zu pflegen." Die Gesellenschaft schlief ein, und der Verband lebte auf. Seine Entwicklung hat vor allem zielklar der Verfasser der „Steinsetzergesellenschaft" gefördert: Alexander Knoll. An der Geschichte dieser Gesellenschaft kann man vorzüglich die Entwicklung des Zunftgesellen zum modernen organisierten Arbeiter studieren.

Bis in die siebziger Jahre hinein geht auch noch der alte Geist der Zunft in dem Töpfergewerbe um. In seiner Geschichte der Töpferbewegung verfolgt Drunsel die Geschichte dieser Arbeiter bis zu den Tagen der Zunft. Am 30. Juli 1873 berief ein Komitee der Töpfer im „Neuen Sozialdemokrat" und im „Volksstaat" einen Töpferkongreß nach Dresden, und der Aufruf zum Kongreß hält es noch besonders für nötig, festzustellen, daß die

Zeit der Zunft dahin sei, sie schütze nicht mehr gegen den Geist der Neuzeit. Der Produktivgenossenschaftsgedanke, der in den ersten Jahren der deutschen Gewerkschaftsbewegung auf den Tagungen und in den Zeitungen lebhaft erörtert wurde, hat auf die Töpfer keine tatenweckende propagandistische Kraft ausgeübt. In der ersten Generalversammlung des Allgemeinen deutschen Töpfervereins 1874 in Dresden betonte schon Wilcke: „Die Genossenschaften können nur einzelnen, nicht der Gesamtheit helfen." Nicht ganz frei von engen zünftlerischen Berufsinteressen waren selbstverständlich diese ersten Töpfergewerkschafter. So erhob sich gegen den Antrag, die „Porzelliner" und Steingutarbeiter in den Töpferverband aufzunehmen, noch eine sehr starke Minorität: nämlich dreihundertundachtundzwanzig Stimmen gegen dreihundertundfünfundsechzig. Und Wilcke führte zur Begründung des Antrages charakteristischerweise aus: „Der Antrag sei geeignet, den Kastengeist zu verdrängen, auch sei der Antrag sozialistisch." Interessieren dürfte den Sozialpsychologen der eigenartige Beschluß, „über die Abschaffung der Brüderschaft, d. h. ob die Anrede mit du oder Sie erfolgt, solle eine Urabstimmung entscheiden". Schon auf dem ersten konstituierenden Kongreß der Töpfer war diese Frage mit einem gewichtigen Ernst besprochen worden. Und Drunsel macht zu der Frage des gewerkschaftlichen Duzkomments die bezeichnende Bemerkung: „Auf dem Kongreß spielte auch noch

die Brüderschaft, die Frage, ob die Töpfer ‚du' oder ‚Sie' zueinander sagen sollen, eine Rolle, jedenfalls ist diese Anregung dem Wunsche entsprungen, mit der Zünftelei zu brechen." Übrigens beschäftigte dieselbe Frage auch in interessanter Weise eine sozialdemokratische Vereinsversammlung in Dresden im Jahre 1869. Da wurde beschlossen, gegenseitig die Anrede „Bürger" zu gebrauchen, weil „Herr" nur im Gegensatz zu „Knecht" gedacht werden könne. Außerdem sei die „einzig vernünftige und grammatikalische Anrede" das Fürwort „du", und das ungrammatikalische und abgeschmackte „Sie" solle unter den Sozialdemokraten abgeschafft werden. „Neue Richtungen suchen eben auch äußerlich nach neuen Formen."

Dem Allgemeinen deutschen Töpferverein bemühte sich der Vorstand der Töpferinnung von Hamburg, Altona und Umgegend einen halbzünftigen Gesellenverein entgegenzuwerfen. Er spekulierte offenbar dabei nicht ungeschickt auf den sich noch stark in den Gesellen regenden Zunftgeist. Der Hamburger Gesellenverein „Einigkeit" setzte sich den Zweck, „an der Reorganisation und Entwicklung des Töpfergewerbes tätig mitzuarbeiten durch geeignete Fortbildung der Mitglieder und durch legale Regelung der Arbeitsverhältnisse im Wege friedlicher Vereinbarung mit der Meisterschaft. Zugleich soll der Verein ein Freundschaftsbündnis unter seinen Mitgliedern stiften, die sich in allen Lebensverhältnissen durch Rat und Tat treu zur Seite stehen und unterstützen". In den

Gesellenverein sollten als Mitglieder nur Töpfergesellen aufgenommen werden, die „als ehrenhafte und ruheliebende Leute bekannt sind". Der gewerkschaftlich organisierte Töpfer war ausdrücklich durch das Vereinsstatut von der Mitgliedschaft ausgeschlossen. Und das ganze Programm dieser Gesellenvereine war schließlich auf die Versimpelung des Töpfergesellen durch Festlichkeiten und Vergnügungen halbzünftlerischen Anstrichs eingestellt. Der Vorstand der Hamburger Töpferinnung plante übrigens zielklar eine Kampforganisation der Töpfermeister über ganz Deutschland, und zu diesem Zweck berief er — es ist wohl einer der ersten Versuche zur Begründung eines zentralistischen nationalen Unternehmerverbandes — eine Delegiertenversammlung am 17. August 1874 nach Hamburg. Für die soziale Zusammensetzung eines derartigen Unternehmerverbandes ist aber die Tatsache äußerst bedeutungsvoll, daß diesen Unternehmern noch als Ziel ein „festgeschlossener deutscher Innungsverband" vorschwebt, da sich „nur auf Grund eines solchen Verbandes Institutionen schaffen lassen, die eine ruhige Fortentwicklung des Handwerkes vor gänzlichem Verfall retten ..." Diese Töpfermeister können sich selbstverständlich den modernen Arbeiter nur als gegängelten Zunftgesellen denken. Und die völlige Bevormundung des Gesellen erscheint ihnen noch als eine selbstverständliche Forderung des Meisterstandes. „Steht der reisende Geselle," so heißt es in dem Aufruf der Töpfermeister,

„aber überall im Deutschen Reiche auf dem Boden eines einheitlichen Gewerkverbandes, so bleibt er stets in seiner Heimat, und es läßt sich, ohne einen Zwang auszuüben, schon eine geeignete Kontrolle erzielen, wie sich andererseits eine befriedigende Stellung zwischen Meister, Gesellen und Lehrlingen wird ermöglichen." Übrigens versuchen die Hamburger Töpfermeister bereits eine Aussperrung durchzuführen. Das ist eine für die Geschichte der Gewerkschaftsbewegung sehr wichtige Tatsache.

Die Anschläge der Hamburger Töpfermeister auf die Selbständigkeit der Gesellenbewegung bringen uns klar die noch halbzünftigen Verhältnisse des Töpfergewerbes zum Bewußtsein. Und wir verstehen nun auch, weshalb auf Grund dieser Verhältnisse keine machtvolle gewerkschaftliche Bewegung emporkommen konnte. Außerordentlich hoffnungslos ist noch die Lage der Töpferorganisation, als Fräßdorf im Jahre 1876 nach Dresden kam. Als er seine Gewerkschaftsbeiträge zahlen wollte, fand er keine Mitgliedschaft vor. „Auch in der sozialistischen Partei und in dem Arbeiterbildungsverein war kein Töpfer mehr vertreten." Die Signatur der Dresdener Töpfer war „Saufen und Raufen", wie Fräßdorf schreibt, „und die Folgen davon waren Lohnabzug auf Lohnabzug ... Die Arbeitszeit war eine wilde, früh um vier Uhr über den Bauzaun zu klettern und bis abends acht Uhr zu arbeiten, war an der Tagesordnung, dazu kam die Branntweinpest."

Aus diesen verkommenen Verhältnissen erlöste erst die freie Gewerkschaft die Arbeiter.

Die Gewerkschaftsbewegung knüpft da und dort an die Bewegung der Zunftgesellen an. Das zeigt uns zum Beispiel die „Geschichte der deutschen Schmiedebewegung" Emil Basners. Es sind zumeist Zunftgesellen, wie Basner hervorhebt, die im Vordergrund der Lassalleschen Bewegung stehen. Als im Frühjahr 1869 in Berlin die Lohnbewegung der Schmiede ausbricht, da verhandelte der Ausschuß des Ortsvereins der Berliner Schmiede und der „Altgeselle" Hartkopf mit den Meistern. Der Dunst der alten Zunftstube lag noch lange auf dem Denken und Empfinden der Schmiedegesellen. Und deshalb mußte die Leitung der modernen Gewerkschaftszeitung („Amboß") noch 1876 die derbe Mahnung der Danziger Altgesellen einstecken, daß es deren Wunsch wäre, den „alten Kasten wieder zu öffnen", damit die „alte Zunft wieder ins Leben treten möchte", denn die Danziger seien „keine Schwindler und Politiker" und „liebten eher das Alte als das Neue". Das Gewerkschaftsorgan „Amboß" sprühte allerdings schon das Feuer der modernen Arbeiterbewegung weit um sich. Es erinnerte schon mit Nachdruck daran, daß die Zeit, „wo die Zunft noch regelnd in unsere Verhältnisse eingriff", mit der freien Konkurrenz zu Grabe getragen würde. Am 21. und 22. August 1876 trat in Leipzig der erste moderne Kongreß der Schmiedegesellen zusammen und schuf den „Verband der deutschen Schmiede". Das beschlossene Statut des

Verbandes charakterisierte diesen als eine moderne gewerkschaftliche Vereinigung, und dieser Kampfcharakter allein genügte 1878 schon der Polizei für das Verbot des Schmiedeverbandes auf Grund des Sozialistengesetzes. Die bewegte Zeit des Ausnahmegesetzes schildert Basner lebendig. In den Tagen der sogenannten milden Handhabung des Gesetzes, 1885, trat die Vereinigung der deutschen Schmiede wieder ins Leben, und am 2. Juli 1887 erschien als Organ der deutschen Schmiede „Bruder Schmied". Er erklärte, daß er sich „grundsätzlich" von allen politischen Fragen fernhalten werde, weil diese „nicht in ein Fachblatt hineingehören" und „weil wir mit Altmeister Goethe der Meinung sind, daß ein politisch Lied ein garstig Lied sei". Mit dieser billigen Phrase suchte sich natürlich „Bruder Schmied" nur die Erlaubnis für sein Weitererscheinen unter dem Ausnahmegesetz zu erkaufen. Wir können natürlich hier nicht die Geschichte des Schmiedeverbandes erzählen und müssen uns mit diesen charakteristischen Zügen aus der Schmiedebewegung begnügen.

Über die Anfänge der deutschen Gewerkschaftsbewegung der sechziger Jahre des verflossenen Jahrhunderts erhalten wir Aufschlüsse aus den Lebenserinnerungen J. Bellis, die dieser als Einleitung zu seinem Buch: „Die rote Feldpost unter dem Sozialistengesetz" herausgegeben hat. Anschaulich, zum Teil derb drastisch schildert Belli die Arbeits- und Lebensverhältnisse der Schuhmacher der sechziger Jahre. Die finsteren

Werkstätten, die überlange Arbeitszeit, die Halbstückbezahlung. Das erste Arbeitervereinsleben blüht in den katholischen Gesellenvereinen auf, in denen sich die jungen Handwerker oft mit den Schriften Lassalles bekannt machten. In Heidelberg organisierte sich bereits eine flotte Gewerkschaftsbewegung, eine Fachvereinsbewegung der Schuhmacher, und hier im Verein werden „Sozialdemokrat" und „Demokratisches Wochenblatt" gelesen und diskutiert. Die junge Fachvereinsbewegung wirkt bereits kulturell auf die Schuhmachergesellen ein und hebt sie aus dem Sumpf der Süffelei und des Blaumachens. Zu den Gewerkschaftszusammenkünften am Montag will keiner „benebelt" erscheinen. Die Streikbewegung nach dem Kriege 1870/71 beleuchtet Belli durch viele selbsterlebte Züge. Im Münchener Fachverein im Kreuzbräu wird feierlich beschlossen, jedes Blaumachen mit einem halben Gulden zu ahnden. Die kulturellen Ansprüche der Schuhmacher stehen noch auf tiefer Stufe, und Belli lernt noch massenhaft Schuhmachergesellen kennen, „die nur die dürftigste Wäsche und außer dem Arbeitsgewand keine Kleidung hatten. Nicht einmal Stiefel, nur die Werkstattschlappen". In diese noch kulturlosen Gesellen trägt nun die junge Fachvereinsbewegung neue Lebensansprüche. Die Gesellen wollen nicht mehr beim Meister wohnen und essen, sondern eine selbständige Wohnung haben und sich anständig kleiden. In der Literatur haben wir wenige so lebenswahre Skizzen aus den ersten Jahren der Gewerkschaftsbewegung wie die J. Bellis.

Die gewerkschaftlichen Richtungen in Deutschland

Der Schwerpunkt der gewerkschaftlichen Tätigkeit liegt in Deutschland in den „freien Gewerkschaften". Die weiter links stehenden gewerkschaftlichen Vereine, die unabhängig-sozialistischen oder anarcho-sozialistischen Vereine offenbaren nur eine geringe Anziehungskraft bei der deutschen Arbeiterschaft, und die weiter rechts stehenden Gewerkschaften kommen nicht recht vom Flecke, wie die Hirsch-Dunckerschen und die christlichen Gewerkschaften. In den anarcho-sozialistischen Verbänden verschmelzen anorganisch politische und gewerkschaftliche Zwecke miteinander. Das eigentliche Ziel dieser Gewerkschaften ist ein rein politisches: der Sturz der bestehenden Staats- und Wirtschaftsordnung, und ein Mittel zu diesem Zweck ist der Generalstreik. Auf dem anarcho-sozialistischen Gewerkschaftskongreß am 26. März 1910 wurde der Generalstreik als hervorragendstes Kampfmittel stark unterstrichen. Die anarcho-sozialistischen Gewerkschaften bekämpfen grundsätzlich alles, was nur irgendwie mit dem heutigen Staate — und sei es selbst die soziale Reform — zusammenhängt, und sie drängen daher die Arbeiter vom politisch-parlamentarischen Boden planmäßig fort und befürworten nur die revolutionär-gewerkschaftliche Aktion. Die Bindung großer Arbeitermassen an die anarcho-sozialistischen Gewerkschaften scheint schon deshalb ausgeschlossen,

weil diese das Unterstützungswesen, dieses Rückgrat der modernen Gewerkschaften, fanatisch befehden, obwohl sie doch wieder wichtige Zugeständnisse an das „versumpfende" Unterstützungswesen machen müssen. So erklärte sich der anarcho-sozialistische Kongreß von 1910 wohl heftig gegen die Einführung der Arbeitslosenunterstützung, da diese nur dazu beitrage, „das heutige Ausbeutungssystem zu stützen oder zu verlängern", er faßte jedoch keine bindenden Beschlüsse im Hinblick auf die Wanderunterstützung. Der Kongreß müsse es „den einzelnen Berufsorganisationen selbst überlassen, diese Materie auf ihren einzelnen Konferenzen zu regeln".

Die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine stagnierten oder gingen gar im allgemeinen zurück; das bewies der gedruckte Bericht, der dem 17. Verbandstage der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine vorgelegt wurde. Nach diesem Bericht „über die Tätigkeit und Entwicklung der deutschen Gewerkvereine und ihres Verbandes" ist die Mitgliederzahl von 1907 bis 1910 um zirka 9000 zurückgegangen.

Die Hirsch-Dunckerschen Vereine traten 1868 in direkter Auflehnung gegen den von dem Sozialdemokraten von Schweitzer proklamierten sozialen Krieg ins Leben. Sie sind von dem fortschrittlichen Sozialpolitiker Dr. Max Hirsch gegründet worden. Sie lehrten die Harmonie der Interessen von Kapital und Arbeit und sprachen daher offen ihre Antipathie gegen den Streik aus. Für den

von der Sozialdemokratie organisierten Klassenkampf zeigten sie nicht das geringste Verständnis. In ihre liberal-manchesterliche Weltanschauung fügte sich der von der Sozialdemokratie mit grundsätzlicher Schärfe vertretene Gedanke der Staatshilfe nicht ein. Schon in ihrem Statut brachten sie ihren unversöhnlichen Gegensatz gegen die ganze Ideenwelt der Sozialdemokratie dadurch zum Ausdruck, daß sie ihre Mitgliedschaft zu ihren Vereinen nur solchen Personen öffneten, die durch einen Revers mit Namensunterschrift ausdrücklich bekundeten, weder Mitglied noch Anhänger der Sozialdemokratie zu sein. Erst der 16. Verbandstag des Hirsch-Dunckerschen Vereins im Jahre 1907 räumte mit diesem Reverse auf und unterstrich fest seinen Gegensatz zu dem Arbeitgebertum. Überhaupt beschritt der Verein mit dem Tode seines Gründers Max Hirsch im Jahre 1905 radikalere Bahnen. Dafür liefert den handgreiflichen Beweis eben jener 16. Verbandstag, aus dessen freiheitlichem Programm besonders folgende Punkte hervorleuchten: „Die Gewerkvereine stehen auf nationalem Boden; sie erwarten daher die Besserung der Arbeitslage nicht von einer internationalen Verbrüderung, wohl aber erstreben sie den Austausch der Erfahrungen mit ausländischen Gewerkvereinen und die gegenseitige Förderung der Arbeiterinteressen. Die Gewerkvereine sollen, um die Durchführung ihrer Aufgabe wirksam zu fördern, alle Arbeiter ohne Unterschied des parteipolitischen und religiösen Bekenntnisses

umfassen. Sie sind mithin religiös neutral und parteipolitisch unabhängig. Die grundlegende Richtung der Gewerkvereine ist eine volkstümlich freiheitliche.

Die Gewerkvereine fordern die soziale und wirtschaftliche Gleichberechtigung beider Geschlechter. Die Gewerkvereine erstreben in wirtschaftlicher Hinsicht für den Arbeiter einen wachsenden Anteil an dem Ertrage der Arbeit. Die Festsetzung der Arbeitsbedingungen hat unter gleichberechtigter Mitwirkung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu erfolgen. Der geeignetste Weg hierzu ist der Abschluß von Tarifverträgen. Sie geben grundsätzlich hierbei dem Wege der Verständigung den Vorzug, scheuen aber den Kampf nicht, wo ihren berechtigten Forderungen die Anerkennung versagt wird oder ihre Rechte und Interessen verletzt werden.

Die Gewerkvereine verlangen von der Gesetzgebung: umfassende Sicherung des allgemeinen Arbeiterschutzes und Ausbau in gesundheitlicher und sittlicher Beziehung, Erweiterung der Fürsorge, insbesondere für Kranke, alte und invalide Arbeiter, Beseitigung aller Gesetze, die die Aufwärtsbewegung der Arbeiterschaft hemmen, sowie ausgedehnte Einwirkung auf bessere geistige und sittliche Erziehung des Volkes.

Die Durchführung dieser Forderung verlangt eine entschiedene Beteiligung aller Gewerkvereiner am politischen Leben und im Sinne dieser Grundsätze.

Zur Durchführung ihrer Aufgaben auf dem Wege der Selbsthilfe bedienen sich die Gewerkvereine folgender Mittel:

1. gemeinsames Vorgehen bei der Vertretung der Arbeiterinteressen gegenüber den Arbeitgebern und der Gesetzgebung,
2. Arbeitsvermittlung durch eigene oder paritätische Nachweise,
3. materielle Unterstützung der Mitglieder in allen Notlagen des Lebens,
4. Förderung der beruflichen und allgemeinen Bildung,
5. genossenschaftlicher Zusammenschluß zur gemeinsamen Beschaffung der Wohn- und Wirtschaftsbedürfnisse."

Im letzten Jahrzehnt brachen sich in den Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereinen politische Tendenzen immer wuchtiger Bahn. Die Gewerkvereine hielten zum Beispiel am 7. Februar 1910 in Berlin eine Versammlung ab, in der sie gegen das preußische Dreiklassenwahlrecht sehr entschieden protestierten, das Reichstagswahlrecht forderten und an alle volksfreundlichen Parteien das dringende Ersuchen richteten, keiner Wahlreform zuzustimmen, die nicht neben der direkten auch die gleiche und geheime Wahl einführe.

Für die stärkere politische Färbung der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine ist auch die Annahme der Resolution, die der Sozialpolitiker Stadtrat Dr. Flesch (Frankfurt am Main) dem Hirsch-Dunckerschen Verbandstage 1910 vorlegte, charakteristisch.

Die Resolution trat in den entschiedensten Gegensatz zum heutigen kapitalistischen Herrschaftsverhältnis, das die Unterordnung des Arbeiters unter den Kapitalbesitzer grundsätzlich fordert. Diese Resolution kehrte sich zielklar gegen alle politischen Parteien, die an der heutigen Gestaltung des Arbeitsverhältnisses prinzipiell festhalten. In der Resolution Dr. Fleschs heißt es unter anderem: „Die Arbeiter können keiner Partei angehören, die die gegenwärtige, zur Herrschaft des Produktionsleiters über den Arbeiter führende Gestaltung des Arbeitsverhältnisses unverändert aufrechterhalten will." Hier wurde im Hirsch-Dunckerschen Verein eine ausgesprochene Arbeiterklassenforderung entschieden vertreten, die eine Umgestaltung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung ins Auge faßte. Im Einklang mit dem Geiste dieser Resolution stand in der Diskussion über die Frage der parlamentarischen Vertretung der Gewerkvereine wohl auch die Anregung: Man solle eine verbindlichere Haltung gegenüber der Sozialdemokratie empfehlen.

Die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine gebärden sich durchaus nicht als Nurgewerkschaftsvereine, sie streben eine Verbreitung und Vertiefung ihrer sozialpolitischen Tätigkeit an. So forderte eine Resolution auf dem Verbandstage 1910 eine tatkräftigere Beteiligung der Gewerkvereine an den „sozialen Wahlen": an den Wahlen zu den Gewerbegerichten, Krankenkassen, unteren Verwaltungsbehörden, Landesversicherungsanstalten und Schiedsgerichten.

Es ist nicht zu bestreiten, daß sich die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine vielfach — so bei der Aussperrung der Bauarbeiter und Werftarbeiter, so bei der Lohnbewegung der rheinisch-westfälischen Bergarbeiter — als wirkliche Arbeitergewerkschaften erwiesen haben und das Prinzip der proletarischen Klassensolidarität nicht verletzten. Ganz anders dagegen die *christlichen Gewerkschaften*, die häufig theoretisch den Gewerkschaftsstandpunkt verleugneten und praktisch den gewerkschaftlichen Arbeitern durch Organisation des Streikbruches direkt in den Rücken fielen.

Die christliche Gewerkschaft ist keine spontane Schöpfung der deutschen Arbeiterschaft. Sie ist unter starker Beihilfe des katholischen Klerus von bürgerlichen Sozialpolitikern des Zentrums als Schutzwehr gegen die Sozialdemokratie geschaffen worden. Im Sommer 1899 regte Dr. Julius Bachem auf der Generalversammlung des Augustinusvereines die Förderung beruflicher Organisationen an. „Für die Zentrumspartei," so führte er aus, „ist es meines Erachtens die höchste Zeit, in der Förderung der beruflichen Organisation es der Sozialdemokratie gleichzutun. Die Bewegung ist unaufhaltsam, sie wird sich vollziehen mit uns oder ohne und dann gegen uns!" Als Bachem diese Worte sprach, bestanden wohl schon einige christliche Gewerkschaften, aber erst 1899 kam eine stärkere Bewegung in die christliche Gewerkschaftsgründung hinein. In diesem Jahre trat der erste Kongreß der christlichen Gewerkschaften zusammen, der

die Interkonfessionalität der christlichen Gewerkschaften proklamierte. Über die eigentlichen Inspiratoren der christlichen Gewerkschaftsbewegung kann man nicht im unklaren sein, wenn man nur folgende Zeugnisse richtig versteht. So schreibt der Pater Pesch in seiner Schrift: „Ein Wort zum Frieden in der Gewerkschaftsfrage": „Wenn die christlichen Gewerkschaften größere Erfolge aufzuweisen haben, so verdanken sie das in erster Linie dem organisatorischen Talente ihrer katholischen Begründer, der kräftigen Beihilfe katholischer Organisationen und katholischer Geistlicher." In der 1908 in katholischen Kreisen kursierenden Denkschrift, die in der Broschüre: „Köln eine innere Gefahr für den Katholizismus" zitiert ist, heißt es: „Tatsächlich ist München-Gladbach der Schöpfer und geistige Leiter der christlichen Gewerkschaften." Die Denkschrift weist dann auf die Tatsache hin, daß neben der offiziellen Selbständigkeit eine sehr enge Fühlung und Beratung von seiten der Zentrumsführer und der sozialpolitischen Zentrale München-Gladbach stattfindet. Im Oktober 1891 veröffentlichte die Kölnische Volkszeitung im Hinblick auf den internationalen Sozialistenkongreß in Brüssel einen Artikel, in dem es unter anderem hieß: „Es gilt zunächst den gewaltigen Einfluß, den die Sozialdemokratie in richtiger Würdigung der Gewerkschaftsbewegung, namentlich in Deutschland, auf dieselbe gewonnen hat, zu brechen und eine auf christlich-monarchischer Grundlage beruhende Organisation der

Gewerkschaften anzubahnen ..." Ganz nüchtern betrachtete die Kölnische Volkszeitung die Gründung derartiger antisozialdemokratischer Gewerkschaften als eine rein politische Frage, eine Frage der Beseitigung des sozialdemokratischen Einflusses in den Gewerkschaften; und sie wollte vor allem den Volksverein für das katholische Deutschland mit der Lösung dieser schwierigen Aufgabe betrauen. Über die Entstehung und Entwickelung der sogenannten interkonfessionellen christlichen Gewerkschaftsbewegung unter dem maßgebenden Einflusse des Zentrums unterrichtet uns vor allem in zahlreichen interessanten Details August Erdmann in seinem Werke: „Die christlichen Gewerkschaften, insbesondere ihr Verhältnis zu Zentrum und Kirche." Der Kölnischen Volkszeitung mochte wohl zuerst eine rein katholische Gewerkschaftsbewegung vorgeschwebt haben, aber aus sehr klugen sozialpolitischen Erwägungen gingen die eigentlichen Schöpfer der christlichen Gewerkschaftsbewegung von diesem Plane ab. Das rheinisch-westfälische Industriegebiet ist zum Teil konfessionell stark gemischt, und deshalb empfahl sich eine interkonfessionelle Grundlage der Gewerkschaften. Das Zentrum wollte ferner vermeiden, daß den neuen Organisationen sofort der Charakter einer Zentrumsschutztruppe aufgeprägt wurde, und so verbündeten sich denn die Herren vom Volksverein mit den Herren vom Evangelischen Bunde. Am 28. Oktober 1894 konstituierte sich der Gewerkverein

christlicher Bergleute für den Oberamtsbezirk Dortmund. Dieser Verein trug eigentlich nach seiner ganzen Struktur nicht die Grundzüge eines selbständigen Arbeitergewerkvereins; denn er umgab sich „zur Überwachung seiner ganzen Geschäfte" mit einem Ehrenrat, dem anfänglich der Kaplan Oberdörfer (Köln), der Vikar Brauns (Borbeck), der Lizenziat Weber (München-Gladbach) und der Kaufmann Legewitt (Essen) angehörten. Erst später schüttelte der Verein den Ehrenrat, diese Bevormundungsbehörde, von sich ab.

Die christlichen Gewerkschaften haben vom Tage ihrer Geburt an hart gegen die strenggeistlichen Einflüsse kämpfen müssen, die fanatisch das Prinzip der christlichen Interkonfessionalität befehdeten. Schon 1894 waren berufliche Fachabteilungen innerhalb der katholischen Arbeitervereine ins Leben gerufen worden. Zwischen diesen Fachabteilungen und den christlichen Gewerkschaften tobte jahrelang ein leidenschaftlicher, mit den Waffen gemeinster Beschimpfung und niederträchtigster Verleumdung geführter Kampf. So warfen im Anfang des Jahres 1908 christliche Gewerkschaftsblätter den Fachabteilungen „Erziehung zur Hundedemut" und „Sklavenmoral", „hündisches Winseln" gegenüber dem Unternehmertum vor. Und der „Bergknappe", der im August 1908 von erschreckender Charakterlosigkeit, ja Hundsföttischkeit der angeblichen Arbeitervertreter der Fachabteilungen schrieb, wollte in seiner polnischen Ausgabe 1909 direkt die Fachabteilungen aus

Oberschlesien hinausfegen. Zornflammend schrieb er: „Hinweg mit den katholischen Fachabteilungen aus Oberschlesien, hinweg mit der schmarotzerischen Organisation insbesondere inmitten der Berg- und Hüttenarbeiter." Im August 1908 führte Giesberts auf der Internationalen Konferenz christlicher Gewerkschaftsführer in Zürich aus: „Die Fachabteilungen sind unter der Protektion einzelner Bischöfe begründet worden zum Zweck des Kampfes gegen die christlichen Gewerkschaften. Sie verwerfen den Streik, ja sie werden selbst Streikbrecher, und wirtschaftlich kann man sie heute mit den berüchtigten gelben Gewerkschaften auf eine Stufe stellen."

Bis zum Jahre 1909 verschmähten es die christlichen Gewerkschaften, sich zu einer Schutztruppe der Unternehmer gegen die Sozialdemokratie gebrauchen zu lassen. Auf dem ersten deutschen Arbeiterkongreß 1903 in Frankfurt am Main wies Giesberts weit den Gedanken von sich, die christlichen Gewerkschaften als „Sturmbock gegen die Sozialdemokratie ausbeuten zu lassen", und er machte sich sogar zum Anwalt des proletarischen Solidaritätsgefühls, denn er rief mit Leidenschaft in den Kongreßsaal: „Wir sind Arbeiter, und alle Arbeiter sind unsere Klassengenossen, mit denen wir gemeinsam unter den sozialen Übelständen leiden." Die christlichen Gewerkschaften betonten stark ihre Unabhängigkeit in der wirtschaftlich-sozialen Politik von der kirchlichen Obrigkeit. Bekannt ist das Wort, das der christliche

Gewerkschaftsführer Schiffer in Zürich 1908 sprach: „Hochwürdigste Herren Bischöfe, bis hierher und nicht weiter!" Und Stegerwald hieb in die gleiche Kerbe wie Schiffer und führte in Zürich aus: „Solange die Kirchenfürsten den Unternehmern nicht verbieten, sich mit Andersgläubigen zu wirtschaftlichen Zwecken zusammenzuschließen, so lange hat kein Papst und kein Bischof das Recht, den Arbeitern vorzuschreiben, wie sie sich gewerkschaftlich zu organisieren haben."

Neben dem Gedanken der Selbständigkeit und Unabhängigkeit der wirtschaftlichen Organisationen der christlichen Arbeiter wurde in christlichen Gewerkschaftsorganen sogar die Klassenkampfidee laut. So wagte sich am 17. Oktober 1908 das Verbandsblatt der christlichen Maler mit einem Artikel: „Klassenbewußtsein" hervor, in dem es heißt: „Im Gedanken an unsere Arbeiterklasse fällt mir immer das gewaltige Wort des Franzosen ein: ‚Was ist der dritte Stand? Nichts! Was könnte er sein? Alles!' Den Schlüssel, daß der Arbeiter alles werde, haben wir in der Hand. Bringt ihm Klassenbewußtsein bei! Richtet euch doch auf, ihr Arbeitermassen, im Gedanken an die Macht, die in euch schlummert, erweckt sie zum Leben! Fort mit der ergebenen Miene, dem gebeugten Nacken, aufrecht sollt ihr stehen!"

Aus diesen Zeilen redet der Geist des Klassenkampfes. Und gerade im Hinblick auf die mitunter hervortretenden proletarischen Tendenzen der christlichen Gewerkschaftsbewegung warf der

streitbare J. Windolph in seiner Arbeit: „Das Christentum der Gewerkschaften" (im Kommissionsverlag des „Arbeiters", Berlin, erschienen) diesen Gewerkschaften vor, sie hätten verhängnisvolle Bahnen betreten, wären Reih' in Reih' mit den Sozialdemokraten marschiert, hätten einen Terrorismus schlimmster Art in den Arbeitskämpfen und in den Fehden mit den Männern der Fachabteilungen betätigt. Windolph forderte schließlich die direkte Unterwerfung der christlichen Gewerkschaften unter die kirchliche Autorität, die auch in den Organisationen ihres Hirtenamtes walten müsse. Unleugbar hat die christliche Gewerkschaftsbewegung bis zu den Jahren 1911 bis 1912 eine gewisse, wenn auch beschränkte Selbständigkeit gehabt. In der programmatischen München-Gladbacher Schrift: „Christliche Gewerkschaften" wird zwar stark betont, daß sich eine wirtschaftlich-gewerkschaftliche Organisation eigentlich nur eine rein-wirtschaftliche Aufgabe stellen soll, aber eine Gewerkschaft hat doch insoweit gewisse Berührungspunkte mit der Religion, als diese die Grundlage und Voraussetzung für eine gesunde Gestaltung und Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse bietet. Dazu gehört der „Glaube an Gott und die Anerkennung einer natürlichen, sittlichen und rechtlichen Ordnung". Die Schrift stellte den Grundsatz auf: „Eine Gewerkschaft muß politisch parteilos sein," und dennoch sagte sie der Sozialdemokratie prinzipiell den Kampf an. Dieser Kampf nahm allerdings in der Zeit, in der die christlichen

Gewerkschaftsführer in einem gewissen Gegensatz zu der scharfmacherischen Unternehmerschaft beider Konfessionen standen und von dieser fast mit der gleichen Heftigkeit wie die freien Gewerkschaften befehdet wurden, nicht die gehässigen Formen an wie in den Tagen der großen Bergarbeiterstreiks, als die christlichen Gewerkschaften direkt den Streikbruch gegen ihre eigenen Klassengenossen organisierten.

Anfang Dezember 1910 konnte der Kardinal Fischer in einem Hirtenbrief verkünden, daß der Papst Frieden zwischen den christlichen Gewerkschaften und den katholischen Fachabteilungen geboten habe. Der Papst lobte den Eifer der Bischöfe für die katholische Sache und anerkannte freudig, daß diese zur Beseitigung der heftigen Gegensätze und Fehden für beide Verbände „gewisse gemeinsame Gesetze" aufgestellt haben, „damit sie sich in beiderseitigen Gebieten auch ferner für den wahren Vorteil der Arbeitgeber und Arbeiter zum Heile der Religion und der bürgerlichen Gesellschaft bemühen."

Praktisch zerstörten die christlichen Gewerkschaften nun ihre früheren, allerdings sehr bescheidenen Ansätze zu einer selbständigen Arbeiterklassenpolitik. In der Bergarbeiterbewegung des Ruhrgebietes, die am Schlusse des Jahres 1910 einsetzte, erhoben die drei Organisationen der Bergarbeiter: der alte Verband, der Hirsch-Dunckersche und der polnische Verband die gleichen Lohnforderungen. Der christliche Gewerkschaftsverein

dagegen durchbrach das solidarische Vorgehen der Bergarbeiterverbände und ließ so die Lohnbewegung scheitern. Ja, im Jahre 1910 ermunterten die Christlichen bei dem Streik auf der Zeche Lukas ihre Mitglieder offen zum Streikbruch. In der Bergarbeiterbewegung in Hausham in Oberbayern organisierten sie direkt den Streikbruch. Und der christliche Gewerkschaftsführer Funke begrüßte auf dem Parteitag des bayerischen Zentrums freudig einen direkt arbeiterfeindlichen Antrag, der den Eisenbahnern das Streikrecht grundsätzlich abstritt und die Sozialdemokraten von der Aufnahme in den Staatsdienst ausschließen wollte.

Eine förmliche Unterwerfung der christlichen Gewerkschaften unter die Autorität der Bischöfe erfolgte damals, und diese unterschrieben wohl die Grundsätze, die der Jesuitenpater Joseph Biederlack in seiner Schrift: „Theologische Fragen über die gewerkschaftliche Bewegung" entwickelt hatte. Biederlack räumte der kirchlichen Autorität, als der Trägerin des Lehr- und Hirtenamtes, ohne weiteres das Recht und die Pflicht ein, für die gewerkschaftlichen Bestrebungen allgemeine Verhaltungsmaßregeln behufs Einhaltung der Sittenvorschriften zu erlassen. „Sollten die Träger dieser Bewegung ihr Ziele anweisen, die mit dem christlichen Sittengesetz sich nicht vereinigen lassen, z. B. ungerechte hohe Arbeiterlöhne oder sonstige ungerechte Arbeitsbedingungen fordern, oder sollten sie auch behufs Erreichung sittlich erlaubter Zwecke zu

Mitteln ihre Zuflucht nehmen, die das christliche Sittengesetz untersagt, z. B. zu ungerechter oder wenigstens die christliche Liebe verletzender Boykottierung von Geschäften oder einzelner Personen, so muß jeder Katholik nicht nur grundsätzlich der kirchlichen Autorität das Recht zuerkennen, gegen solche Verletzung des Sittengesetzes ihre Stimme zu erheben, sondern auf diese Stimme hören und ihr Gehorsam leihen."

Dr. August Erdmann hat in seiner Arbeit: „Die christlichen Gewerkschaften, insbesondere ihr Verhältnis zu Zentrum und Kirche" die Wandlung in der Taktik der christlichen Gewerkschaften, ihre offene Absage an den Klassenkampfgedanken, den einige ihrer Organe wiederholt klar zum Ausdruck gebracht hatten, ihre Annäherung an die Regierung und die Unternehmerschaft, ihren Verzicht schon auf den bloßen Schein einer selbständigen Gewerkschaftsbewegung an der Hand zahlreicher unleugbarer Tatsachen dargelegt. Die christliche Gewerkschaftsbewegung war eben mit einem Geburtsfehler behaftet, und dieser zwang ihre Entwicklung in eine ganz bestimmte rückschrittliche Richtung hinein. Die geistlichen katholischen Geburtshelfer dieser Bewegung lebten in den Ideenkreisen einer streng klerikalen Weltanschauung, und sie konnten daher nicht der schon von Kindesbeinen an verkrüppelten Bewegung den nötigen freien Spielraum für die Entfaltung ihrer Kräfte geben. Überdies mußten sich die christlichen Gewerkschaftsführer von ihren fanatischen Glaubensgenossen

sagen lassen, daß sie offen gegen den Geist und die Worte der Enzyklika Rerum novarum rebellierten. Eine selbständige, sich der geistlichen Autorität nicht unterordnende interkonfessionelle Bewegung war eben unverträglich mit dem Grundsatze der päpstlichen Enzyklika, daß das religiöse, und zwar das christlich-katholische Element die Grundlage jedes Arbeitervereins sein müßte. Um die Arbeiter über die „Irrtümer der Zeit" und die „Trugschlüsse der Glaubensfeinde" aufzuklären, sollte man sie nach der Enzyklika Rerum novarum zu christlich-katholischen Organisationen zusammenfügen. „Man lehre den Arbeiter die Kirche Gottes als allgemeine Mutter verehren und lieben, ihre Gebote befolgen und die göttlichen Gnadenmittel ihrer Sakramente, welche die Seele reinigen und zur Heiligkeit führen, öfters empfangen."

Wenn wir ganz unparteiisch die von Erdmann angeführten Enzykliken und deren Interpretationen durch die Bischöfe prüfen, so müssen wir uns eingestehen, daß die katholische Kirche nie grundsätzlich die interkonfessionelle selbständige Gewerkschaftsbewegung anerkennen, sie höchstens nur dulden kann. In die Hände der kirchlichen Obrigkeit ist immer die Entscheidung gelegt, ob „gemischte" Gewerkschaften „in Anbetracht der Ortsverhältnisse" und „unter gewissen Vorsichtsmaßregeln" zugelassen werden. Eine selbständige christliche Gewerkschaftsbewegung ist so lange unmöglich, als folgende Sätze der Enzyklika Singulari quadam als Richtschnur für den gläubigen christlichen

Arbeiter bestehen: „Die soziale Frage und die mit ihr vermischten Streitfragen über Charakter und Dauer der Arbeit, über die Lohnzahlung, über den Arbeiterstreik sind nicht rein wirtschaftlicher Natur und somit nicht zu denen zu zählen, die mit Hintansetzung der kirchlichen Obrigkeit beigelegt werden können ..." Mit einem Wort: alle Betätigungen einer kämpfenden Gewerkschaft sind dem Richteramt der Kirche unterworfen.

Im Weltkriege legten sich in Deutschland vielfach alle gewerkschaftlichen Richtungen auf eine gemeinsame gewerkschaftliche Taktik fest. In der Frage des Hilfsdienstgesetzes, der Arbeitslosenunterstützung, des Arbeiterkammergesetzes gingen sie gemeinsam vor.

Ein Einblick in die Gewerkschaftsdemokratie

Ein freier gewerkschaftlicher Zentralverband sucht heute gestaltend auf die ganzen Arbeits- und Lebensverhältnisse seiner Mitglieder einzuwirken. Er erschöpft sich nicht in Kämpfen für höhere Arbeitslöhne und für kürzere Arbeitszeiten, nein, er entfaltet eine soziale Fürsorgetätigkeit großen Stils, die der Hilfsbedürftigkeit des Arbeiters weitsichtig und durchgreifend beizukommen sucht. Die gewerkschaftlichen Zentralverbände haben das soziale Unterstützungswesen in ganz umfassender Weise ausgebaut. Im deutschen Holzarbeiterverband dürfen z. B. die unterstützungsberechtigten Mitglieder beanspruchen: Gemaßregeltenunterstützung,

Krankenunterstützung, Unterstützung in Sterbefällen, Umzugsunterstützung, Fahrgeldunterstützung zum Antritt auswärtiger Arbeitsstellen, Arbeitslosenunterstützung, Notfallunterstützung, Reiseunterstützung und Rechtsschutz.

Diese Unterstützungen bedingen ein weitverzweigtes Kassenwesen mit einem sachverständigen Beamtentum.

Mit dem Augenblick, da zum Teil Gewerkschaften soziale Versicherungsinstitute wurden und über die frühere enge lokale und provinziale Basis hinausstrebten, brach ein Stück urwüchsiger demokratischer Gewerkschaftsverfassung zusammen. Die Gewerkschaften eines Ortes konnten noch in Urabstimmungen über alle Aktionen selbständig befinden. Mit der Ausweitung des Gewerkschaftsvereins zu einem nationalen Verbande, ja zu einem Industrieverbande ging die Autonomie der organisierten Lokalgruppen von selbst aus den Fugen. An die Stelle der selbstherrlichen gewerkschaftlichen Massenversammlungen des Ortes trat die Repräsentativversammlung des ganzen Landes, an die Stelle der Lokalbehörde die Zentralbehörde, an die Stelle eines ehrenamtlichen und nur zeitweilig funktionierenden Beamtentums ein *festbesoldetes Berufsbeamtentum*.

Mit dem Wachstum der Gewerkschaften und der Erweiterung ihrer Funktionen verbreitet sich notwendig die Grundlage für die Tätigkeit eines sachverständigen besoldeten und unbesoldeten Beamtentums. Wie vielseitig und schwierig werden

schon die Aufgaben eines Werkstattvertrauensmannes der Gewerkschaften! Schon sieht sich der deutsche Holzarbeiterverband gedrängt, ein eigenes Schriftchen zur Information dieser Vertrauensmänner herauszugeben: „Der Vertrauensmann, die Tätigkeit der Werkstattvertrauensmänner." Mit dem Siegeszuge des kollektiven Arbeitsvertrages häufen sich in der Werkstatt die Streitfragen über die Anwendung und Auslegung des Tarifvertrages. In der geschickten sachverständigen Lösung dieser Fragen hat sich der Vertrauensmann als brauchbares Vertretungsorgan seiner engeren Betriebskameraden und seiner Gewerkschaft zu erweisen. In ihm muß ein tüchtiger Kassierer und Agitator, ein exakter Beobachter des Betriebes und ein gewissenhafter Erforscher der Fabrikmißstände stecken. Kurz, nur der befähigte Arbeiter kann die umfangreichen Funktionen eines Werkstättenvertrauensmannes erfüllen. Neben den unteren Posten dieser Vertrauensmänner erstehen aber neue Beamtenposten, die ein großes Maß volkswirtschaftlicher und technischer Kenntnisse erfordern. Mit Recht betont Dr. Ad. Braun in seinem trefflichen Aufsatz: „Gewerkschaftliche Verfassungsfragen": „Ich bin überzeugt, daß die Leitung der Gewerkschaften noch manche Veränderung durchmachen wird. Wir werden auch zu technischen Sachverständigen, zu Verfolgern der neuen Erfindungen, des technologischen Fortschrittes, zu Überprüfern des Kalkulationswesens in den Fabriken kommen. Neben

den administrativen, diplomatischen, agitatorischen und organisatorischen Sachverständigen in den Hauptvorständen, neben den speziellen Sachverständigen für das Kassen- und Unterstützungswesen, neben den Referenten über die Streiks werden eben andere durch besondere Fähigkeiten ausgezeichnete Sachverständige: also Ökonomen, Technologen, Statistiker — es können dies natürlich immer Berufsgenossen sein — den Vorstand bilden, so daß er zu einem in jeder einzelnen Person vom Vertrauen der Mitglieder notwendigerweise getragenen Kollegium von Sachverständigen werden muß."

Die richtige Bewertung der Sachverständigentätigkeit beamteter Organe wird auf dem Gebiete der Gewerkschaftsdemokratie zu dem Gedanken leiten, daß man bei der Entscheidung über wichtige Kampfesfragen die beamteten Vorstandsmitglieder nicht ausscheiden darf.

Die Frage der Gestaltung der Gewerkschaftspolitik durch die Mitglieder selbst wird dadurch so sehr kompliziert, daß auf der einen Seite die befriedigende Lösung der Aufgaben dieser Politik von der sachverständigen Beherrschung vieler gewerkschaftlichen, wirtschaftlichen und beruflichen Details abhängt, und daß auf der anderen Seite die große Masse der Gewerkschaftsmitglieder nur höchst oberflächlich diese gewerkschaftliche Politik verfolgt.

Die Gewerkschaften setzen sich noch heute aus großen Massen von nur äußerlich an dem Leben und Weben der Organisation interessierten Männern und Frauen zusammen. Diese verwachsen nicht

mit ihrer Organisation und hängen nur lose mit ihr zusammen. So stellte v. Elm in seinem Aufsatz: „Führer und Massen" in dem Korrespondenzblatt der Gewerkschaften von dem größten deutschen Gewerkschaftsverband: dem Metallarbeiterverband fest, daß von 1906 bis 1908 210 565 Arbeiter dem Metallarbeiterverbande beitraten; der Mitgliederabgang betrug aber 1906 60 Prozent, 1907 83 Prozent, 1908 sogar 100 Prozent. Noch trifft das in Gewerkschaftskreisen kursierende Wort zu: die Gewerkschaft ist ein Taubenschlag. Diese in die Gewerkschaft hinaus und hinein fliegenden Mitglieder beteiligen sich nicht aktiv an den Entscheidungen über große und kleine Gewerkschaftsfragen. Bernhard Schildbach macht daher in seinem Aufsatz: „Verfassungsfragen in den Gewerkschaften" darauf aufmerksam, daß die Leiter der Verbandsfilialen der Gewerkschaften mit 5000 und mehr Mitgliedern überglücklich sind, wenn kleine Versammlungssäle, die kaum 500 Personen Platz bieten, noch einigermaßen gefüllt sind. Ein überaus tüchtiger und rednerisch gewandter Vorsitzender eines der größten Gewerkschaftsverbände sprach in dem über 1000 Mitglieder zählenden Zweigverband vor 70 Mitgliedern. „Man beachte in diesem Zusammenhange auch die Beteiligung an Urabstimmung, Wahlen, Erhebungen und so weiter. Unaufhörliche Klagen, aber nirgends ein Versuch, dem Mißstand energisch zu Leibe zu gehen." Die Masse der Gewerkschaftsmitglieder besucht nicht die Gewerkschaftsversammlungen,

verfolgt nicht in den Verbandszeitungen die Artikel über grundlegende Gewerkschaftsfragen. Kurz, Beitragszahlung und Bezug der Gewerkschaftsleistungen bilden den einzigen Berührungspunkt dieser Mitglieder mit der Organisation. Und doch erleichtern die Gewerkschaften diesen die Mitwirkung am Gewerkschaftsleben in jeder Weise.

In ihren Verbandszeitungen schufen nämlich die deutschen Gewerkschaften demokratische Organe, um großen Massen der lesenden Gewerkschaftsmitglieder die Beteiligung an den Aktionen der Verbände zu ermöglichen. Die Zeitung weckt das Verständnis der Gewerkschaftsmitglieder für die Wichtigkeit und Notwendigkeit bestimmter taktisch-gewerkschaftlicher Handlungen. Sie wird unter Umständen das wichtigste Bildungsmittel für die Gewerkschafter durch belehrende wirtschaftliche, technische und beruflich organisatorische Artikel. In der Zeitung können sich die verschiedenen Strömungen in der Gewerkschaft Gehör verschaffen und ideell die Haltung des Verbandes mitbestimmen. Aus diesem Grunde stellten auch z. B. Mitglieder des Malerverbandes die Forderung auf: das Verbandsorgan steht allen Mitgliedern zur freien Meinungsäußerung offen.

Die tätige Mitwirkung aller Verbandsmitglieder an der Gewerkschaftsleitung wird nun ein unerreichbares Ideal bleiben. Bestimmte intelligente und energische Persönlichkeiten, die sich in den Filialen der Gewerkschaften schon durch ihre lebendige Anteilnahme an allen gewerkschaftlichen

Bewegungen auszeichnen, werden besonders stark die Richtung der gewerkschaftlichen Politik beeinflussen, und diesen muß vor allem in den Gewerkschaftsverbänden eine führende Stellung gesichert werden. Die Vorschläge der Gewerkschaftsführer zum Ausbau der demokratischen Institutionen der Gewerkschaften laufen auf eine stärkere Mitwirkung delegierter Gewerkschaftsmitglieder an der Verbandsleitung hinaus. „Es kann," so schreibt v. Elm in seinem Aufsatz: „Massen und Führer", „für die Gewerkschaften momentan nur der Ausbau des Repräsentativsystems in Frage kommen, bei dem am besten die notwendigste Rücksicht genommen werden kann auf die oft sehr divergierenden Interessen der einzelnen Orte und Gruppen." Die gleichen auf die Kräftigung des Repräsentativsystems gerichteten Gedanken bringt auch K. Kautsky in seiner Schrift: „Parlamentarismus und Sozialdemokratie" zum Ausdruck: „Es liegt ebenso im Interesse der Führer wie der Massen," so schreibt Kautsky, „daß diese nicht bloß das Recht der Wahl ihrer Führer haben, sondern nicht minder das Recht und die Möglichkeit, Einfluß auf jede einzelne Aktion zu nehmen, deren Erfolg doch von ihrer eigenen Tatkraft, Opferwilligkeit und Einsicht abhängt. Je weniger eine solche Einflußnahme auf direktem Wege erfolgen kann, je mehr dieser durch die wachsende Größe der Organisation ungangbar gemacht wird, desto notwendiger wird der indirekte Weg durch Ausbildung des Repräsentativsystems, durch Ausdehnung und

Vervollkommnung seiner Anfänge, die ja in den Jahreskongressen und anderen Institutionen bereits vorliegen. Praktische Vorschläge in dieser Richtung zu machen, ist nicht meine Aufgabe. Ich darf aber darauf hinweisen, daß gewerkschaftliche Praktiker bereits für Schaffung repräsentativer Einrichtungen in den Gewerkschaften eingetreten sind. Auf jeden Fall müßten die neuen Repräsentativversammlungen kleinere Körperschaften sein, mit etwa 50 bis 100 Mitgliedern, die ohne große Kosten öfter zusammentreten und in vertraulicher Weise mit den leitenden Beamten beraten, über Krieg und Frieden entscheiden könnten."

Anfang Mai 1911 trat der Vorstand des Bergarbeiterverbandes mit Anträgen zur Demokratisierung der Verbandsleitung hervor, die in der Begründung einer Repräsentativkörperschaft, eines Aktionsausschusses wurzeln. Die Anträge berücksichtigen gebührend das sachverständige Element in der Verbandsleitung. Zum Aktionsausschuß sollen nämlich der Gesamtvorstand, die Redakteure der Bergarbeiter-Zeitung, die Bezirksleiter gehören. Dieser sachverständigen Führergruppe ist eine Delegiertengruppe „praktisch tätiger" Verbandsmitglieder beigesellt. Jeder Organisationsbezirk ist zur Wahl von Delegierten berechtigt. Der Ausschuß setzt sich schließlich aus vierzig angestellten Vorstandsmitgliedern, Redakteuren und Bezirksleitern und siebenundvierzig „gewählten Delegierten" und den „in Arbeit stehenden Beisitzern des Vorstandes" zusammen. Zur Aufstellung des

Aktionsprogrammes, zur Beilegung der Differenzen über die Taktik bei größeren Streiks und Aussperrungen tritt der Aktionsausschuß zusammen. Auf den Generalversammlungen des Verbandes soll der Aktionsausschuß Sitz und Stimme haben.

Die deutschen Gewerkschaften haben durchweg die lokale Form der Gewerkschaften überwunden und das zentralistische Organisationsprinzip folgerichtig durchgeführt. Die Vorteile dieses Prinzips sprechen sich vor allem aus: in der Einheit der Aktion, in der Erzielung möglichst großer Wirkungen bei der Verwendung finanzieller Hilfsmittel der Gesamtorganisation, in der Schulung der Arbeiter zu wachsender, durch lokale und berufliche Besonderheiten nicht beschränkter Klassensolidarität, in der leichten Eroberung rückständiger Landesteile durch die Organisation.

Indem die Gewerkschaft den engen Rahmen lokaler und provinzialer Berufsgruppen sprengt, wächst sie sich zu einem ordnenden Faktor der sozialen Verhältnisse eines ganzen nationalen Industriezweiges aus. Und diese Bedeutung der Gewerkschaft geht sogar weit über die Gegenwart hinaus, sie streift hier schon die soziale Zukunftsentwicklung. Im Keime stellt die zentralistische Gewerkschaft, oder noch besser der gewerkschaftliche Industrieverband, eine Art demokratisch-genossenschaftlicher Regelung der Arbeits- und Lebensbedingungen einer großen nationalen Arbeitsbranche dar.

Die Struktur der Gewerkschaften und ihre berufliche und sozialpolitische Tätigkeit ist seinerzeit von einer Delegation belgischer Gewerkschaftsbeamten eingehend studiert worden. Unter ihnen verfaßte der Gewerkschaftsführer de Man eine scharfsinnige, wissenschaftlich bedeutende Analyse über den Einfluß gewerkschaftlicher Zentralisation auf die Verwirklichung gewerkschaftlicher Zwecke. In seinem Gutachten, das in einzelne Thesen zergliedert, einstimmig von sämtlichen gewerkschaftlichen Studiengenossen angenommen wurde, heißt es unter anderem: „Wir legen besonderes Gewicht auf die Betonung der Vereinfachung der Verwaltungsgeschäfte und der Leichtigkeit der finanziellen Kontrolle in den Zentralverbänden. Außerdem ermöglicht es diese Organisationsform, die bewußte und ständige Teilnahme der organisierten Arbeitermassen am Leben und an der Führung der Organisation zu sichern, wodurch den persönlichen und örtlichen Beeinflussungen entgegengearbeitet und dem Proletariat ein mächtiges Mittel zur Selbsterziehung geboten wird. Als eines der Mittel, diese Teilnahme der Massen am Wirken der Organisationen, die Propaganda für den Organisationsgedanken unter den Indifferenten und den ständigen Kampf für die Arbeiterinteressen in all seinen Formen zu fördern, hat insbesondere die in den deutschen Gewerkschaften nahezu allgemeine Einrichtung eines vollständigen Vertrauensmännersystems unser Interesse erweckt. Wir empfehlen daher die Verallgemeinerung

dieses Systems in den belgischen Gewerkschaften. — Wir empfehlen auch die in Deutschland allgemein übliche obligatorische und unentgeltliche Lieferung der von den Zentralverbänden herausgegebenen Blätter für die gewerkschaftliche Propaganda und Erziehung an alle Verbandsmitglieder."

Ein sehr feines Auge bewies der belgische Kritiker unseres zentralisierten Gewerkschaftswesens durch seine Hervorkehrung der Arbeitsteilung zwischen den deutschen Gewerkschaften und der politischen sozialdemokratischen Partei. Die Gewerkschaft befaßt sich mit den wirtschaftlich sozialen Interessen des Lohnarbeiters, mit dem Arbeitsvertrag, mit den aus der sozialen Mangelhaftigkeit dieses Vertrages heraus geborenen Arbeiterschutz- und Arbeiterversicherungsbestrebungen, mit der Begründung sozial-wirtschaftlicher Vertretungskörperschaften der Arbeiter (Arbeiterkammern usw.), mit der Einführung demokratischer, die freie wirtschaftliche Entwicklung der Arbeiter gewährleistender Verfassungs- und Verwaltungsformen. Der Sozialpolitiker ist wirklich nicht in das Wesen der Gewerkschaften eingedrungen, der die abgegriffene Wendung von der Notwendigkeit unpolitischer Gewerkschaften wiederholt; denn die Gewerkschaft wurzelt tief im Politischen und berührt in ihrem Werden und Wachsen ständig die politischen Verhältnisse der Nation. Aber die Gewerkschaft betritt für gewöhnlich nicht das Gebiet der Politik, und dann kämpft sie nur für

ein wirtschaftlich soziales Programm des Lohnarbeiters, sie streitet durchweg mit wirtschaftlichen Mitteln für ökonomisch-soziale Ziele. Ganz anders die Sozialdemokratie, die in jeder Faser ihres Wesens politisch ist und deren politisches Programm weit über das des Nur-Lohn-Proletariers hinausgeht. Die Sozialdemokratie, die noch neben ihren gigantischen politischen Kämpfen auf allen Lebensgebieten den wirtschaftlichen Kampf führen wollte, würde an Überarbeit zugrundegehen. Daher sind in Deutschland an die Seite der politischen Partei, der Sozialdemokratie, die selbständigen Gewerkschaften getreten. Nur bei der kleinen syndikalistischen Gruppe der anarcho-sozialistischen Gewerkschaften in Deutschland verschmilzt das Politische mit dem Wirtschaftlichen, da erfüllen die Gewerkschaften politische und gewerkschaftliche Aufgaben — oder genauer gesagt: da erfüllen sie beide Aufgaben nicht. In dem Gutachten des Gewerkschaftsführers de Man heißt es wörtlich: „Als eine weitere Ursache der Superiorität der deutschen Gewerkschaftsorganisation betrachten wir die absolute Funktionsteilung zwischen den verschiedenen Formen der Arbeiterorganisation, insbesondere zwischen der politischen und der gewerkschaftlichen Organisation des Proletariats. Diese Funktionsteilung wäre unseres Erachtens in Belgien nur dann durchzuführen, wenn wir eine eigentliche spezialisierte politische Organisation als Kern der belgischen Arbeiterpartei hätten, wodurch es den Gewerkschaften möglich

gemacht würde, sich ganz ihren eigentlichen gewerkschaftlichen Aufgaben zu widmen."

Die deutschen zentralisierten Gewerkschaften verfügen im Unterschied von den Gewerkschaften Englands, Frankreichs und Belgiens über eine ausgedehnte Gewerkschaftspresse. Gerade diese ermöglicht eine tiefgehende Erziehung des deutschen Gewerkschafters für die gewerkschaftlichen und sozialen Klassenkämpfe. Daher fordert de Man die belgischen Arbeiter auf, „den Einrichtungen mehr und mehr Aufmerksamkeit zuzuwenden, die der Erziehung der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter dienlich sind, wie die sozialistische und gewerkschaftliche Presse, die Vorträge, die Schulen für die in der Arbeiterbewegung tätigen Personen, die Zeitschriften und überhaupt alle Bildungsmittel, worüber das organisierte Proletariat verfügt, seiner politischen Aktion selber nicht zu vergessen, die sein mächtigstes Erziehungsmittel darstellt, soweit sie von dem proletarischen Klassenbewußtsein geleitet ist und den Grundsätzen des modernen internationalen Sozialismus entspricht."

Umwälzung des Kapitalismus und Gewerkschaftswesen

Die kapitalistische Wirtschaftsordnung steht auf einem vulkanischen Boden, und ökonomische Revolutionen reihen sich in ihr in schneller Folge aneinander. Neue Produktionsmethoden erschüttern fortgesetzt den Bestand der sozialen Schichten

der Gesellschaft. Diese Erschütterungen treten gleichsam ohne das bewußte Wollen der Menschen ein, sie erfolgen ganz automatisch, und in ihren Wirkungen widerstreben sie nur zu oft den eigentlichen Absichten ihrer Urheber. Der Kapitalist, der einen Handwerksmeister expropriiert, will in dem Enteigneten durchaus nicht einen revolutionären Proletarier erzeugen. Er wirkt gegen seine Absicht revolutionär. Und er handelt nicht nur revolutionär, sondern auch sozialistisch, da er durch die Erweiterung seines den Kleinbetrieb auffaugenden Großunternehmens zugleich die Grundlagen der künftigen sozialistischen Produktion ausdehnt.

Neben den unbewußten Sozialisierungstendenzen laufen aber bewußte, planvolle Bestrebungen, um die kapitalistische Gesellschaft in die sozialistische zu wandeln. Kein Geringerer als der Revolutionär Karl Marx hat diese Tendenzen offen anerkannt. Marx betrachtete z. B. die Arbeiterschutzgesetzgebung als einen wurzeltiefen Eingriff in das Wesen der kapitalistischen Wirtschaft. In der von Marx abgefaßten Inauguraladresse der Internationale wird mit besonderer Wärme des Kampfes der englischen Arbeiterschaft um den gesetzlichen Zehnstundentag gedacht. Er rühmt die bedeutenden physischen, moralischen und intellektuellen Vorteile, die der englischen Arbeiterschaft aus dem zehnstündigen Arbeitstag erwüchsen. Die englische Arbeiterschutzgesetzgebung machte Geschichte in der sozialen Gesetzgebung

der Welt: sie zwang die kontinentalen Regierungen, ähnliche Wege zu betreten, wie sie England eingeschlagen hatte. Aber nicht nur von praktischer Bedeutung war nach Marx „der wundervolle Erfolg dieser Arbeitermaßregel". Er enthüllte sich als grundsätzlicher, ein neues soziales Prinzip gebärender gesetzgeberischer Akt. Der Kampf für die gesetzliche Beschränkung der Arbeitszeit war eben „ein direkter Eingriff in den großen Kampf zwischen der blinden Regel der Gesetze von Angebot und Nachfrage, welche die politische Ökonomie der Bourgeoisie ausmachen, und der durch soziale Fürsorge geregelten sozialen Produktion, dem Inbegriff der politischen Ökonomie der Arbeiterklasse. Und deshalb war die Zehnstundenbill nicht bloß ein großer praktischer Erfolg, sie war der Sieg eines Prinzipes: zum erstenmal am hellen lichten Tag unterlag die politische Ökonomie der Bourgeoisie der politischen Ökonomie der Arbeiterklasse."

Die sozialistische Seele, die gleichsam in der Arbeiterschutzgesetzgebung lebt, wurde bereits 1869 in ihrer vollen Bedeutung von dem ersten sozialdemokratischen Arbeiterschutzgesetzentwurf anerkannt, der unter anderem den zehnstündigen Arbeitstag für alle erwachsenen Arbeiter und die Einsetzung von Fabrikinspektoren forderte. Dieser von den sozialdemokratischen Abgeordneten von Schweitzer, Hasenclever und Fritzsche eingebrachte Arbeiterschutzgesetzentwurf sollte, von dem allgemeinen Gesichtspunkte beherrscht, die ökonomische

Entwicklung überhaupt „in der Richtung des Sozialismus fördern". Als Grundprinzip des Sozialismus aber wurde in Kürze die Idee bezeichnet: „daß, wie die Staats- und Gesellschaftsverhältnisse des Mittelalters durch das Element des Grundbesitzes bestimmt würden, und wie die modernen Verhältnisse durch das Element des beweglichen Kapitals bestimmt werden, so in Zukunft alle Verhältnisse durch das Element der Arbeit bestimmt werden sollen."

In der sozialen Entwicklungslinie des Arbeiterschutzes betätigt sich nun nicht allein die sozialdemokratische, sondern auch die gewerkschaftliche Bewegung. Während sich nun die staatliche Gesetzgebung in Deutschland nicht einmal zu einem Elfstundentag für erwachsene Arbeiter und Arbeiterinnen aufraffte, führte die deutsche Gewerkschaftsbewegung den Zehn- und Neunstundentag für große Gruppen der deutschen Arbeiterschaft durch. Im Baugewerbe wurde z. B. durch den „großen Kampf" im Jahre 1910 der Zehnstundentag allgemein gesichert. Nach einer Statistik des Verbandes der Brauer und Mühlenarbeiter für 1912 arbeiteten 44 959 Brauer in 1048 Betrieben unter 10 Stunden, davon 16 059 Personen 9 Stunden und 21 220 9½ Stunden. Dieser Verband verkürzte z. B. für seine Mitglieder die Arbeitszeit 1907 um 4,2 Stunden pro Person und Woche, 1908 um 3,7 Stunden usw., 1909 um 3,2 Stunden usw., 1910 um 3,3 Stunden, 1911 um 3,8 Stunden.

Also wurde in dem Jahrfünft von 1917 bis 1911 die Arbeitszeit pro Person und Woche um 18,2 Stunden herabgesetzt.

In der Gewerkschaftsbewegung arbeitet überhaupt ein bewußtes sozialistisches Moment. Die Gewerkschaftsbewegung will grundsätzlich das bestehende ökonomisch-soziale Arbeitsverhältnis zwischen dem kapitalistischen Unternehmer und dem Lohnarbeiter umgestalten. Sie bestrebt sich, den auf totaler Unterordnung des Proletariers ruhenden individuellen Arbeitsvertrag zu einem Kollektivvertrag zu gestalten, in dem sich die Unternehmer und Arbeiter als gleichberechtigte Teile anerkennen. Aber die „konstitutionelle" Fabrik ist nicht das Endziel der Gewerkschaftsbewegung, sondern die genossenschaftlich-sozialistische. Die Gewerkschaftsbewegung sucht dem Unternehmertum zuerst bestimmte soziale und hygienische Minimalforderungen abzutrotzen, die schließlich dem Arbeiter eine gewisse „menschenwürdige" Existenz verbürgen, sie sucht ihn vor den Folgen ungesunder, gefährlicher Arbeit und vor denen der Arbeitslosigkeit zu schützen. Diese letzten Forderungen münden vor allem in einen wirksamen Arbeiterschutz und in eine die ganze Existenz des Arbeiters umspannende Arbeiterversicherung aus.

Die Entwicklung der deutschen Arbeiterversicherung hat nun namentlich die deutschen Gewerkschaften in eine ganz bestimmte, von den englischen Trade-Unions stark abweichende Richtung

gedrängt. Die Trade-Unions schufen sich große, die proletarische Existenz versichernde Unterstützungseinrichtungen: Kranken-, Unfall-, Alterspensionskassen. Sidney und Beatrice Webb sprechen daher einmal von den englischen Gewerkvereinen als von gegenseitigen Versicherungsgesellschaften. „Insofern der Gewerkverein," so schreiben sie in ihrer „Theorie und Praxis der Gewerkschaften", „eine gegenseitige Versicherungsgesellschaft ist, die Krankenunterstützung, Begräbniskosten, Alterspensionen zahlt, vollzieht sich seine Verwaltung wie die einer Hilfskasse, nach festen Satzungen und bestimmten Unterstützungsskalen, die heute wie ein Gesetz durch den Gesamtverein festgesetzt werden... Die gedruckte Verfassung des typischen modernen Gewerkvereins bestimmt bis in die kleinsten Einzelheiten, welche Summen als Krankheits- oder Arbeitslosenunterstützung zu zahlen sind, und sucht für jeden einzelnen Fall Vorsorge zu treffen." In Deutschland hatte der Staat bereits umfassende öffentlich-rechtliche Versicherungseinrichtungen gegen die existenzuntergrabenden Folgen von Krankheit, Unfall, frühzeitiger Invalidität geschaffen, als sich die Gewerkschaften allmählich und widerstrebend zum Ausbau ihrer Unterstützungseinrichtungen anschickten. In England rief erst Lloyd George kurz vor dem Ausbruch des Weltkrieges die englische Arbeiterversicherung ins Leben.

Die deutschen öffentlich-rechtlichen Versicherungseinrichtungen eröffneten den deutschen

Gewerkschaften eine vielseitige sozialpolitische Tätigkeit. Die deutschen Versicherungseinrichtungen bauten sich zum Teil auf beruflich-lokalen oder erweiterten territorialen Grundlagen auf. Die deutschen Krankenkassen waren vielfach Ortskrankenkassen für die Gewerbe der Maurer, Schneider, Metallarbeiter, Gastwirtsgehilfen usw. Auf lokaler beruflicher Basis wuchsen nun auch die Gewerkschaften empor. Die feste gewerkschaftliche Organisation der Berufsgenossen wurde von selbst der Ausgangspunkt für die Organisation der Wahlen zu den Versicherungskörperschaften. Die Gewerkschaften wurden damit zu wichtigen Hilfsorganen unserer deutschen Arbeiterversicherung. Die Elite der Gewerkschaften rückte in die Versicherungsinstitute: in die Krankenkassen, Landesversicherungsanstalten, in die Rechtsprechungskörperschaften für Arbeiterversicherung usw. ein. Diese Elite übernahm infolgedessen ganz neue Aufgaben der sozialen Versicherung und Sozialhygiene. Die deutschen Versicherungseinrichtungen berührten sich eng mit den Institutionen, die sich die Gewerkschaften zur Durchführung ihrer gewerkschaftlichen Schutzeinrichtungen geschaffen hatten. Nur der widerstandsfähige, gegen bestimmte soziale Schicksalsschläge geschützte Arbeiter kann auf die Dauer einen erfolgreichen Kampf für die Verbesserung seiner Arbeits- und Lebensverhältnisse aufnehmen. Deshalb errichteten ja die englischen Arbeiter schon frühzeitig in ihren Gewerkschaften leistungsfähige

Versicherungseinrichtungen für kranke, invalide, arbeitslose Arbeiter. Die Steigerung der Leistungsfähigkeit der sozialen Versicherungskassen wird eine Lebensfrage für den kämpfenden gewerkschaftlichen Arbeiter. Finden nun die Gewerkschaften schon staatlich organisierte soziale Fürsorgeeinrichtungen gegen Krankheit, Unfall, Invalidität vor, so kommen ihnen diese schon bei der praktischen Durchführung ihrer gewerkschaftlichen Aufgaben auf halbem Wege entgegen: sie ersparen ihnen Geldmittel für notwendig werdende Unterstützungszwecke und geben große Summen für den eigentlichen Gewerkschaftskampf frei. Ein vitales Interesse hat daher der deutsche Gewerkschafter an der Fortentwicklung der deutschen Arbeiterversicherungsinstitutionen, namentlich an der Erweiterung der Selbstverwaltung dieser Einrichtungen.

Frei-gewerkschaftliche Arbeiter hatten fast auf allen deutschen Krankenkassenkongressen die Führung. Hier regten sie eine Vertiefung der sozialhygienischen Wirksamkeit der deutschen Arbeiterversicherungskörperschaften an. Auf diesen Kongressen kamen vielfach hervorragende bürgerliche Theoretiker und Praktiker der Arbeiterversicherung und bedeutende Sozialhygieniker zum Wort, die mit Nachdruck die Bestrebungen der Krankenkassen zur Festigung der Selbstverwaltung der Kassen und zur Vertiefung der sozialhygienischen Aufgaben der Arbeiterversicherungsinstitute unterstützten. Auf den Krankenkassenkongressen wurden

stets mit überwiegender Mehrheit folgende Forderungen aufgestellt: die Vereinigung der zersplitterten Arbeiterversicherungseinrichtungen, eine wesentliche Erweiterung der sehr unzureichenden Leistungen dieser Institute und der planmäßige Ausbau der Selbstverwaltungskörperschaften.

Das Prinzip der staatlichen sozialen Fürsorge ist also ständig von den Vertretern der deutschen Gewerkschaften unterstützt worden.

Sehr intensiv förderte die deutsche Arbeiterbewegung in den letzten zwei Jahrzehnten das Genossenschaftswesen.

Marx spricht einmal von der englischen Kooperativbewegung (Genossenschaftsbewegung) als von einem Sieg der politischen Ökonomie der Arbeit über die politische Ökonomie des Besitzes. Diese Kooperativbewegung hatte in den sechziger Jahren des verflossenen Jahrhunderts genossenschaftliche Fabriken in großem Stile geschaffen. „Der Wert dieser großen sozialen Experimente," so führt Marx in seiner Inauguraladresse aus, „kann nicht hoch genug veranschlagt werden. Durch die Tat, statt der Gründe, haben sie bewiesen, daß Produktion in großem Maßstabe und in Übereinstimmung mit den Geboten moderner Wissenschaft stattfinden kann ohne die Existenz einer Klasse von Arbeitgebern, die einer Klasse von Arbeitnehmern zu tun gibt, daß die Arbeitsmittel, um Früchte zu tragen, nicht als ein Werkzeug der Herrschaft über und die Ausbeutung gegen die Arbeitenden selbst monopolisiert zu werden

brauchen, und daß Lohnarbeit, wie Sklavenarbeit, wie Leibeigenschaft, nur eine vorübergehende und untergehende Form ist, die, dem Untergange geweiht, verschwinden muß vor der assoziierten Arbeit, welche ihre schwere Aufgabe mit willigem, leichtem Sinn und fröhlichem Herzen erfüllt."

Die genossenschaftliche Arbeit wird aber nach Marx nicht imstande sein, die Arbeitermassen zu befreien oder auch nur die Wucht ihres Elends merklich zu erleichtern, wenn sie nur auf den engen Kreis gelegentlicher Versuche einzelner Arbeiter beschränkt ist. Marx hatte in den sechziger Jahren des verflossenen Jahrhunderts nur die Anfänge der englischen Kooperativbewegung vor Augen. Im Jahre 1914 gab es in Großbritannien im ganzen 1137 industrielle Produktionsgenossenschaften. Die Cooperative Wholesale Society in Manchester für England stellte in großen Fabriken allein für 162 Millionen Mark Waren her. Davon entfielen auf Nahrungs- und Genußmittel nicht weniger als 101 Millionen Mark (hiervon 71 Millionen Mark Umsatz in den Mühlen). Die Webereien produzierten 4,3 Millionen Mark, an fertigen Kleidungsstücken wurden für 10,8 Millionen Mark hergestellt. Dazu kommt eine Stiefelproduktion von 12 Millionen Mark, eine Seifenproduktion von 24,6 Millionen Mark, die Druckereien stellten für 4,7 Millionen Mark Waren her, Möbel wurden angefertigt für 1,7 Millionen Mark, Haushaltungsartikel für 2 Millionen Mark.

Das englische Genossenschaftswesen hat sich zu einem umwälzenden Faktor der Kapitalwirtschaft entwickelt.

Deutsche Gewerkschaftsführer, wie von Elm, studierten nun mit besonderem Eifer das englische Genossenschaftswesen. Seinen Bemühungen vor allem verdankt die Hamburger Genossenschaft „Produktion" ihren märchenhaft schnellen Aufstieg. In 18 Jahren entwickelte sich diese Genossenschaft zu der größten Konsum- und Produktivgenossenschaft Deutschlands, die im Jahre 1916 einen Warenumsatz von 46,43 Millionen Mark aufwies.

In der gewerkschaftlichen und sozialdemokratischen Presse, auf den sozialdemokratischen Konferenzen suchten vor allem deutsche Gewerkschafter das Verständnis für die wirtschaftliche Bedeutung des Genossenschaftswesens zu wecken.

Auf dem sozialdemokratischen Parteitag in Magdeburg waren es Gewerkschaftsführer, die energisch mit dem letzten Reste rückständiger Ansichten über das Genossenschaftswesen, die ja da und dort, von Altersstaub reichlich überdeckt, in den Köpfen einiger Sozialdemokraten noch lagerten, aufräumten, und die das neue soziale, die Kapitalwirtschaft umgestaltende Moment in den genossenschaftlichen Assoziationen stark in ihren Reden herausarbeiteten. Den Genossenschaften und Gewerkschaften entströmt eben der gleiche, die Wirtschaft sozialisierende und demokratisierende Geist. Ein genossenschaftliches

Prinzip will die Gewerkschaft in die kapitalistischen Unternehmungen hineintragen, die Unternehmerdespotie soll gebrochen und die organisierte Arbeiterschaft zu einem gleichberechtigten, im Unternehmen mitratenden und mittatenden Faktor erhoben werden. Ein recht greifbares Stück der industriellen Demokratie sahen schon Sidney und Beatrice Webb in den Gewerkschaften, und der demokratische Zug dieser Assoziationen machte sie eben den Genossenschaften wesensverwandt. Auf die gewerkschaftliche Parole: Demokratisierung und Sozialisierung der Produktion, antwortet die genossenschaftliche: demokratisch-sozialistische Umgestaltung der Konsumtion. Der Kampf gegen den sozialen Parasitismus ist ebenso messerscharf in der Gewerkschaft wie in der Genossenschaft. Das Masseninteresse ringt in beiden Organisationen um die ihm zukommende Anerkennung, und es schafft sich von unten auf die gleichen breiten demokratischen und repräsentativen Verfassungsformen für seine vielseitige Betätigung.

Seitdem sich die soziale Zusammensetzung der deutschen Konsumvereine von Grund auf verändert hat, seitdem der Typus des organisierten Konsumenten der Arbeiter geworden ist, hat sozialer Arbeitergeist den engherzigen Kleinbürgergeist in den Konsumvereinen abgelöst. Das Prinzip sozialer Fürsorge für alle Angestellten der Konsumvereine zog damit in die Läden, Speicher und Werkstätten der Genossenschaften ein. Für

eine weitsichtige gewerkschaftliche Politik der Angestellten war jetzt eine breite und feste Basis in den Konsumvereinen gefunden. Die Genossenschaft wurde in einzelnen Branchen ein nicht unwichtiger Stützpunkt für die Durchsetzung gewerkschaftlicher Forderungen. Namentlich in den Branchen, in denen die Genossenschaft durch ihre Eigenproduktion auf die Preisbildung und den Massenabsatz einer bestimmten Gruppe einwirkte, wurde sie eine gute Wehr und Waffe für kämpfende Gewerkschaften. In den Bewegungen der organisierten Bäcker konnte die Konsumgenossenschaft mit hochentwickelter eigener Brotproduktion leicht eine Entscheidung zugunsten der Bäcker herbeiführen.

Die deutschen Gewerkschaften und Genossenschaften haben nun bereits ein Tarifamt geschaffen, das die Arbeitsverhältnisse der in den Konsumvereinen angestellten Arbeiter regelt. Auf der Münchener Tagung des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine 1910 berichtete Lorenz-Hamburg, daß von den technischen Arbeitern der Genossenschaften des Zentralverbandes etwa 90 Prozent zu tariflichen Lohn- und Arbeitsverhältnissen arbeiteten.

Eng aneinander rücken die deutschen Gewerkschaften und Genossenschaften. In der Resolution des Münchener Genossenschaftstages, die den Gewerkschaftsmitgliedern ihre „genossenschaftlichen Pflichten" vor Augen führte, wurden die Gewerkschafter erneut auf den Beschluß des

Gewerkschaftskongresses des Jahres 1905 verwiesen, der die Gewerkschaftsmitglieder aufforderte, die Genossenschaftsbewegung in Deutschland durch ihren Beitritt zu den Konsumvereinen sowie durch Propagierung der genossenschaftlichen Ideen aufs tatkräftigste zu unterstützen. Von großer Bedeutung ist es auch, daß der Münchener Genossenschaftstag die örtlichen Gewerkschaftskartelle durch den Gewerkschaftskongreß verpflichten lassen will, Kommissionen, die zu gleichen Teilen aus Genossenschaftern und Gewerkschaftern gebildet werden, einzusetzen, um durch geeignete Maßnahmen die genossenschaftliche Propaganda zu fördern.

Die Richtlinien der sozialen Politik der Gewerkschaften und Genossenschaften fallen durchweg zusammen. So wurde in München den Gewerkschaften und Genossenschaften dringend empfohlen, auf den Ausschluß von Strafanstaltserzeugnissen gemeinsam hinzuwirken.

Der enge Anschluß der deutschen Gewerkschaften an die Genossenschaften ist für die wirtschaftliche Machtpolitik der deutschen Gewerkschaften von grundlegender Bedeutung. Immer weiter greifen die Genossenschaften auf das Gebiet der Produktion durch Herstellung der Waren für den genossenschaftlichen Bedarf hinüber. Im Bunde mit den sich machtvoll ausdehnenden Genossenschaften können die Gewerkschaften nun auch die Produktion beeinflussen, sie können die Herstellung der unter geordneten gewerkschaftlichen Bedingungen erzeugten Waren

tatkräftig unterstützen und die Produkte sozialminderwertiger, Schmutzkonkurrenz treibender Arbeitsstätten vom Warenbetriebe ausschließen, sie können produktive Musterbetriebe ins Leben rufen, kurz, sie sind imstande, einen großen Teil der für den Arbeiterkonsum schaffenden Produktion auf eine sozial-fortschrittliche Basis zu stellen. Der Einfluß der Gewerkschaften auf einen Bruchteil der gesellschaftlichen Güterproduktion wirkt aber unter Umständen entscheidend auf die Machtkämpfe der organisierten Arbeiter mit den organisierten Unternehmern ein. Für die Erweiterung der machtpolitischen Sphäre der Gewerkschaften ist daher das Bündnis der Gewerkschaften mit den Genossenschaften ein Ereignis von entscheidender sozialpolitischer Tragweite.

Vielen gewerkschaftlichen Forderungen haftet nun die Eigenart an, daß sie nicht allein durch gewerkschaftliche, sondern auch durch politische Tätigkeit verwirklicht werden können. Der zielklare Gewerkschafter hat daher die Möglichkeit, die Lösung der ihm aus dem ökonomisch-sozialen Arbeitsverhältnis aufgezwungenen Aufgaben auf zweifachem Wege zu lösen, und es können sich weiter die gewerkschaftliche und die politische Tätigkeit gegenseitig harmonisch fördern. Die Förderung der gewerkschaftlichen Tätigkeit durch den Staat hat aber zur Voraussetzung eine gewisse politische und ökonomische Machtstellung des Arbeiters im Staat. Als Macht kann sich die Arbeiterschaft nur in einem demokratischen Staat

äußern, in dem sie durch ein demokratisches Wahlrecht ihre ökonomisch-sozialen Forderungen zum Ausdruck bringen kann. Die Demokratie wird somit zu einer Lebensfrage des modernen Gewerkschafters. Die moderne Gewerkschaftsbewegung ist ihren ganzen Zielen nach demokratisch und muß es sein, wenn sie die aus dem Arbeitsverhältnis stammenden Arbeiterforderungen ökonomisch und politisch zur Geltung bringen will. Aber die politische Tätigkeit der modernen Gewerkschaftsbewegung ist begrenzt: denn sie fließt lediglich aus dem Lohnarbeitsverhältnis. Ganz anders die Tätigkeit der Sozialdemokratie, denn diese ist nicht allein eine politische Arbeiterpartei, sondern eine politische Kulturpartei. Sie greift auf die Gesamtheit der ökonomisch-politischen und kulturpolitischen Gebiete über und umfaßt alle Bildungs- und Erziehungsfragen, alle Fragen der Entwicklung der produktiven Kräfte überhaupt.

Wenn also die Gewerkschaftsbewegung in sich von vornherein ein politisches Moment enthält, weshalb denn, so fragt man sich, der lange erbitterte Hader in der deutschen Sozialdemokratie und Gewerkschaftsbewegung über die Frage, ob die Gewerkschaften denn überhaupt Politik treiben sollen? Nun, dieser Streit erklärt sich aus der langjährigen Ohnmacht der jungen deutschen Gewerkschaftsbewegung. Diese wußte selbst noch nicht, was sie aus sich machen sollte, und erklärte bescheiden, daß sie entweder ganz unpolitisch oder eine brauchbare

„Vorschule" der Partei sei. Als die Gewerkschaftsbewegung dann erstarkte, kam ihr sofort ihre Macht und ihre eigene, aus dem Arbeitsverhältnis folgende Gewerkschafts- und Staatspolitik zum Bewußtsein. Und nun trieb sie ungestört ihre „Politik", und alle Diskussionen über diesen Gegenstand verstummten in der sozialdemokratischen Partei von selbst.

Vielfach unbewußt setzte die Gewerkschaftsbewegung die Theorie der allmählichen ökonomischen und politischen Machterweiterung in Praxis um, und sie redete dabei oft zu wenig theoretisch. Wohlverstanden, sie faßte ihre theoretischen Gedanken, von denen sie ja eine ganze Fülle aufzuweisen hat, nicht zu einem theoretischen System zusammen. Und das erklärt sich wohl zum Teil aus dem wahren Automobiltempo der Entwicklung der gewerkschaftlichen Praxis. Die rührigen Gewerkschafter, die inmitten einer riesig um sich greifenden Praxis stehen, erobern sich nicht so viel Muße, um ihre massenhaft erlebten und gesammelten Erfahrungen für die gewerkschaftliche Theorie fruchtbar zu machen. Die gewerkschaftliche Literatur verfügt eigentlich nur über ein großes theoretisches Standardwerk, das ist die „Theorie und Praxis der englischen Gewerkschaftsvereine" von Sidney und Beatrice Webb. Und dieses Werk, in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre des verflossenen Jahrhunderts entstanden, spiegelt eigentlich nur Gewesenes, Totes wider, denn seit dem Jahre 1897 hat sich eine totale Umwälzung

im Wesen der englischen Gewerkschaften vollzogen. Sie wurden „politisiert" und „radikalisiert", und sie sind mitten in die Sturmflut politischer Kämpfe geworfen worden und haben den hervorragendsten Anteil an der Machtentfaltung der unabhängigen Arbeiterpartei, einer ausgesprochenen Arbeiterklassenpartei, gehabt. Die staatliche Arbeiterversicherung Englands hat ferner der Lösung des Problems der „Arbeitsunfähigen" eine ganz neue Richtung gegeben, und das gleiche gilt von dem Prinzip der staatlichen Lohnfixierung, wie es in dem letzten großen Bergarbeiterstreik staatlich anerkannt wurde. Gewiß, die Webbs erblicken schon in den Gewerkschaften wirksame Kampforganisationen zur Fort- und Umbildung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, aber eine tiefgehende Untersuchung über den politisch-sozialistischen Charakter der Gewerkschaften lag ihnen dennoch fern. Vor eine derartige Untersuchung haben uns erst die Ereignisse gestellt, die die alte Industrieverfassung Englands total erschütterten. Sie bewiesen, in welchem Maße schon die Gewerkschaftsprobleme wirkliche Gemeinschaftsprobleme geworden sind, weil eben eine moderne große Gewerkschaft weit über den Rahmen einer nur berufs-, ja klassengenossenschaftlichen Organisation hinauswirkt und das nationale, ja internationale Wirtschaftsleben ergreift. Und die charakteristischste Seite der gewerkschaftlichen Massenbewegung unserer Zeit ist, daß diese Bewegung sofort ins Politische

überspringt und erhebliche, das Wesen der kapitalistischen Wirtschaftskonstitution berührende gesetzliche Aktionen anregt, ja mitunter schon durchsetzt. Das Prinzip des mit Hilfe des Staates gesetzlich bestimmten nationalen Minimallohnes erhoben nach der erfolgreichen Beendigung des englischen Bergarbeiterstreiks viele Streikende englischer Organisationen zu ihrer Forderung.

Die theoretischen Auseinandersetzungen über das Gewerkschaftswesen in sozialistischen Kreisen nahmen vielfach ihren Ausgang von ganz bestimmten Grundanschauungen über den Charakter und die Entwicklung der heutigen Gesellschaft. Wer z. B. der Ansicht huldigte, die kapitalistische Gesellschaft sei in ihrem Grundwesen unwandelbar und gehe mit Naturnotwendigkeit an ihren sich ständig zuspitzenden Widersprüchen, und zwar mit rapider Schnelligkeit, zugrunde, mußte selbstverständlich hart mit dem zusammenstoßen, der eine gewisse Anpassungs- und Wandlungsfähigkeit der kapitalistischen Gesellschaft zuschrieb und ihr damit eine gewisse Lebensfähigkeit einräumte (Revisionist). Unleugbar drängt nämlich die Vorstellung von dem „naturnotwendigen", durch unlösbare Widersprüche bedingten wirtschaftlichen Zusammenbruch leicht dem Anhänger dieser Vorstellung einen gewissen Fatalismus auf, wenigstens kannten wir ganze Gruppen in der Bewegung der sozialdemokratischen „Jungen", die fest im Banne eines ökonomischen Fatalismus standen. Die Wirksamkeit bewußter Eingriffe in den sogenannten

„Gang der Entwicklung" erscheint dann leicht als unbedeutend, ja zwerghaft. Wer den kapitalistischen Zusammenbruch als nahebevorstehend betrachtet, kann natürlich nichts Besseres und Zweckmäßigeres tun, als die Arbeiterschaft direkt auf diese ökonomische Katastrophe vorzubereiten. Das Sozialrevolutionäre in den Entwicklungstatsachen muß ja nach radikaler Ansicht in dem sozialrevolutionären Denken der Menschen zum Ausdruck gebracht und ihr Handeln diesen Tatsachen angepaßt werden. Die Organisation politischer sozialrevolutionärer Vereinigungen wird damit zur Haupttätigkeit der Arbeiterschaft. Und nur im Dienste dieser kommenden sozialen Revolution stehen die Gewerkschaften. Damit schrumpfen die besonderen gewerkschaftlichen Aufgaben eigentlich in ein Nichts zusammen. Diese Anschauungen sind in gewissen radikal-„marxistischen" Kreisen zu Hause. Mit diesen Anschauungen berühren sich — wohlverstanden berühren sich — die Ansichten bestimmter „unabhängig-sozialistischer" oder syndikalistischer Gruppen. Diese übernehmen wohl von den Marxisten den Gedanken von dem nahen Zusammenbruch der kapitalistischen Wirtschaft. Aber in ihren Ideengängen tritt die Vorstellung von der „Naturnotwendigkeit" der nahen wirtschaftlichen Katastrophe zurück, und sie schreiben der Initiative der revolutionären gewerkschaftlichen Arbeiterschaft eine große Bedeutung für den kapitalistischen Umwälzungsprozeß zu. Die deutsche sozialistisch-unabhängige Bewegung

der Jahre 1892 bis 1894, die nachher die anarcho-sozialistische Richtung in Deutschland stark beeinflußt hat, schlägt syndikalistische Bahnen ein und kennzeichnet klar den Generalstreik als das grundstürzende, den Kapitalismus umwälzende Mittel. Von dem französischen Syndikalismus unterscheidet sich der unabhängige Sozialismus durch eine starke Anlehnung an die marxistische ökonomische Zusammenbruchstheorie. Durch ihn geht der Atemzug des Marxismus, durch den französischen Syndikalismus dagegen der des Bakuninismus.

Den sozialistischen Charakter einer Gewerkschaft erblicken wir nicht in der bloßen Zusammenfassung von Lohnarbeitern zu wirtschaftlich kämpfenden Gruppen und in der gemeinsamen Regelung ihrer Arbeits- und Lebensverhältnisse durch Organe dieser Gruppen. Eine gewerkschaftliche Gruppe ist gewiß schon ein kollektivistisches Gebilde, aber sie kann auch höchst monopolistischen Zielen zusteuern, die sie in Widerspruch zu den übrigen organisierten Gewerkschaftsmassen bringen. Dann aber lebt in ihr alles andere, nur nicht ein sozialistischer Geist. Das, was eine Gewerkschaft anstrebt, muß für die gesamte Lohnarbeiterschaft eines Landes als wünschenswert gelten, wenn es den Anspruch auf den Ehrentitel einer sozialistischen Bestrebung erheben will. Der sozialistische Grundzug der modernen Gewerkschaften offenbart sich nun in dem großen gemeinsamen Ziele, den Absolutismus des kapitalistischen Herrentums

zu brechen und die individualistische Betriebsverfassung in eine genossenschaftlich-kollektivistische zu wandeln. Es ist nun in allen Ländern, in denen die Gewerkschaft wirklich eine wirtschaftliche Macht ist, die Tatsache klar in Erscheinung getreten, daß diese Umbildung der kapitalistischen Organisation unter der planmäßigen Mitwirkung des Staates vor sich geht und gehen muß. Arbeitete von vornherein in den Bestrebungen der Gewerkschaften ein Moment, das den Staat zu Eingriffen in die bestehende Wirtschaftsverfassung drängte, z. B. zur gesetzlichen Fixierung der Arbeitszeit usw., so macht sich dieses Moment heute in potenzierter Form geltend. Die Versicherungsprobleme der Gewerkschaften, die Probleme der Kranken-, Invaliden- und Arbeitslosenversicherung, haben aufgehört, bloße Gewerkschaftsfragen zu sein: sie sind zugleich staatliche und kommunale Versicherungsprobleme geworden.

Die bewußte oder auch unbewußte „politische" Richtung des heutigen Gewerkschaftslebens kann einem unbefangenen Sozialpolitiker nicht entgehen. Und sie wird auch durchweg von den Gewerkschaftspolitikern Deutschlands und Englands anerkannt und tatkräftig gefördert.

Die sozialdemokratische Arbeiterbewegung und die Intellektuellen

Die weitsichtige Förderung der Wissenschaft als des wirksamsten Faktors der Steigerung der Produktivkräfte steht mit an der ersten Stelle des praktischen Programms der deutschen Sozialdemokratie. Diese Forderung ist allerdings kein einseitiges Postulat einer zur politischen Partei organisierten Klasse, sie ist darum nichtsdestoweniger der wesentlichste Programmpunkt der Sozialdemokratie als der führenden Kulturpartei Deutschlands. Diese Forderung ist aus dem weiten Kopfe und dem großen Herzen des Mannes herausgeboren worden, der schon vor mehr als einem halben Jahrhundert in glühender Begeisterung die hohe und wirklich heilige Allianz der Wissenschaft mit der Arbeit verkündete: des Begründers der deutschen Sozialdemokratie, Ferdinand Lassalle. Der allgemeine Wohlstand wird sich erst dann auf Erden etablieren können, wenn die angewandte Wissenschaft mehr und mehr die gewaltigen Kräfte der Natur in den Dienst der Menschen stellen und unseren Reichtum an materiellen und geistigen Gütern verdoppeln und verdreifachen wird. Die planmäßige Förderung der Wissenschaft durch die sozialdemokratische Arbeiterbewegung wird die große Masse wissenschaftlich arbeitender

Köpfe, die in dem säbelrasselnden Zeitalter zur Untätigkeit verdammt sind, in den Bannkreis des sozialdemokratischen Gedankens ziehen.

Wenn schon in den Tagen der französischen Revolution die relativ kleine Gruppe der Intellektuellen zu einem umwälzenden Faktor in der Entwicklungsgeschichte der modernen Gesellschaft wurde, in wieviel höherem Maße kann heute die große Welt der Intellektuellen bestimmend auf den Gang der historischen Ereignisse einwirken. Ja, die Intellektuellen umfassen heute schon ihrer Zahl nach eine kleine Welt. Um die Mitte des letzten Dezenniums des 19. Jahrhunderts gab es in Deutschland allein über 7200 Zeitungen und Zeitschriften. Die Intellektuellen der Feder füllen heute mit ihren Namen und Werken einen dicken Band. Die Zahl der deutschen Ärzte betrug 1901 27 734. Wahre Riesenarmeen Intellektueller sind in private, kommunale und staatliche Betriebe eingestellt. Im Anfang unseres Jahrhunderts zählte der Verein deutscher Ingenieure allein 19 000 Mitglieder.

In behaglicher Muße lebten unter dem alten Regime in Frankreich die Intellektuellen, die so witzig und geistreich parlierenden Marquis und Abbés ihre Tage dahin. Aus der Welt schaffender körperlicher und geistiger Arbeit fielen sie fast völlig heraus. Man kann ohne Übertreibung sagen: unter dem alten Regime wäre das wirtschaftliche Leben völlig seinen gewohnten Gang gegangen, auch wenn sämtliche Intellektuelle der privilegierten

Klassen mit einem Schlage vom Erdboden verschwunden wären. Der moderne Intellektuelle ist kein vornehmer Müßiggänger mehr, er ist ein emsig schaffender Arbeiter geworden. In dem großen ökonomischen Triebwerk unserer Tage sind ganze Systeme der feinsten, notwendigsten Räder ausschließlich von Intellektuellen gebildet. Die ganze komplizierte moderne Wirtschaftsmaschine steht still, sobald diese Systeme von Rädern ausgeschaltet werden. Der Intellektuelle ist ein notwendiger Bestandteil der Wirtschaftswelt selbst geworden. Und diese Tatsache hat den Intellektuellen des zwanzigsten Jahrhunderts weit über die Schultern des Intellektuellen des achtzehnten Jahrhunderts hinauswachsen lassen. Der Intellektuelle des achtzehnten Jahrhunderts gründete seine Existenz zumeist auf feudaler Ausbeutung höriger Arbeitskräfte. Die Einkünfte der Marquis und Abbés schossen aus harter Fronarbeit. Der Intellektuelle war auf das engste an die Erhaltung unfreier Arbeit gebunden. Seine Existenz mußte ihn eigentlich zum einseitigen Fürsprecher des Bestehenden, zum ausgesprochenen Verteidiger der Interessen der Besitzenden machen. Der Intellektuelle des zwanzigsten Jahrhunderts dagegen schöpft seinen Unterhalt durchweg nicht aus unbezahlter Arbeit, er ist kein müßiger Rentenempfänger. In harter Arbeitsfron erwirbt er sich meist nur eine schmale Existenz. Auf die Schultern der Intellektuellen werden ferner zum Teil die ungeheuren Bildungskosten für die Erziehung

der kommenden Generation Intellektueller geladen. Kein Pfennig Kapitalgewinn strömt gewöhnlich dem Intellektuellen aus seiner wirtschaftlichen Stellung zu. Seine Existenz ist zumeist vom Kapitalgewinn, vom arbeitslosen, auf Ausbeutung beruhenden Profit abgetrennt. Diese Tatsache findet ihren klarsten Ausdruck in der beginnenden Verselbständigung großer Gruppen der Intellektuellen, in dem Zusammenschluß dieser Intellektuellen zu sozialen und beruflichen Interessenverbänden.

Zwei Momente beleuchten tageshell die im Wesen der Sache selbst liegende Stellung der Intellektuellen zum Befreiungskampf der arbeitenden Klasse: das Wurzeln der Intellektuellen des zwanzigsten Jahrhunderts in der Welt der Arbeit und ihre Loslösung von den Interessen des Kapitals. Beide Momente machen die Intellektuellen zu natürlichen Verbündeten der Sozialdemokratie. Die Sozialdemokratie ist recht eigentlich die Vertreterin des Prinzips der Arbeit gegenüber dem Kapitalprinzip: sie will auf produktivem Gebiete eine genossenschaftliche Organisation der Arbeit unter Leitung der Befähigtesten und auf konsumtivem Gebiet eine Güterverteilung nach den Arbeitsleistungen der Individuen begründen. Sie erklärt der Herrschaft der Kapitalsmonopolisten über die Produktionsmittel den Krieg und stellt an die leitenden Posten der genossenschaftlichen Betriebe die geistig hervorragenden Individuen hin. Die Arbeit gibt

in zweifacher Hinsicht den Maßstab für die Bewertung der Menschen ab: sie bestimmt die Stellung der Individuen im Produktions- und im Konsumtionsprozesse. Ein aristokratisches Arbeitsprinzip, eine besondere Wertschätzung der geistig-körperlichen Arbeit hat die Sozialdemokratie auf ihre Fahne geschrieben. Der Kapitalismus verteilt die Rollen im gesellschaftlichen Produktions- und Konsumtionsprozesse nach der Ausrüstung der Individuen mit Kapitaleigentum, mit dem Eigentum an Produktions- und Zirkulationsmitteln usw., und nicht nach den geistig-körperlichen Arbeitsleistungen. Die Sozialdemokratie dagegen ist die Partei des Arbeitsadels, der Neuwertung der Arbeit. Und gerade im Interesse einer wirksamen Propaganda der sozialistischen Ideen in den Kreisen der Intellektuellen hat die Sozialdemokratie das von ihr vertretene Arbeitsprinzip stark zu unterstreichen.

Die ungeheure Bedeutung der Intellektuellen für die Umgestaltung der kapitalistischen Wirtschaft dürfte unsere kurze Betrachtung der quantitativen Ausdehnung der intellektuellen Schicht in der modernen Gesellschaft und ihrer produktiven Arbeit im heutigen ökonomischen und sozialen Leben erschlossen haben. Die Sozialdemokratie ergreift gleichsam ein wichtiges, notwendiges Stück der ganzen sozialwirtschaftlichen Maschinerie, wenn sie die schöpferischen Intellektuellen für sich gewinnt.

Die bisherigen Ausführungen sind zunächst nur von dem Gedanken getragen: Wie zieht die

Sozialdemokratie die Intellektuellen in den Bannkreis ihrer sozialistischen Prinzipien? Diese Ausführungen erörtern noch gar nicht die wichtige Frage der Einstellung der Intellektuellen in den Parteidienst. Über den Intellektuellen als Parteigenossen, als Parteiagitator, als Parteiorganisator, als Parteitheoretiker haben wir noch mit keinem Worte geredet. Und gerade diese Frage entflammte den großen Begründer der Sozialdemokratie, Ferdinand Lassalle, zur intensivsten Tätigkeit. Es ist fast rührend, zu sehen, wie Lassalle theoretisch in seiner Agitation um jeden einzelnen für seine Prinzipien maßgebenden Intellektuellen ringt, wie er sich unausgesetzt bemüht, in die Parteipraxis Intellektuelle als Bevollmächtigte seines Vereins einzustellen. Die Lösung der Frage, welche Bedeutung der Intellektuelle für den Parteidienst hat, ist vielfach dadurch erschwert worden, daß in der Parteidiskussion der Intellektuelle stets ohne weiteres mit dem sogenannten „Akademiker" identifiziert wurde, und die Abneigung gegen unsere höheren „Klassen"schulen verwirrte dann die ruhige Betrachtung. Indes, jene Gleichsetzung ist schon für sich unrichtig. Der Intellektuelle geht über den „Akademiker" hinaus, er ist der Träger wissenschaftlicher und künstlerischer Ideen, und es ist im Prinzip durchaus gleichgültig, ob er diese durch den regelmäßigen akademischen Unterricht oder durch das Selbststudium vermittelt erhielt. In der Parteidiskussion suchte man nun vielfach einer vermeintlichen Überschätzung der Intellektuellen, der

Akademiker für den Parteidienst mit dem Hinweis auf die stattliche Zahl der „Arbeiter" entgegenzuwirken, die eine geistig führende Stellung in der Partei eingenommen haben oder noch einnehmen. Man zeigte mit dem Finger auf den Drechsler Bebel und auf den Sattler Auer. Nun wohl, diese Arbeiter wurden geistige Leuchten, weil sie das Handwerkszeug völlig oder wenigstens während großer Zeiträume an den Nagel hingen und in jahrzehntelanger geistiger Schulung und im eifrigen Studium der zeitgeschichtlichen und staatswissenschaftlichen Literatur für ihre intellektuelle Ausbildung eine solche Spanne Zeit gewannen, wie sie selbst manchen akademisch Gebildeten, die nach schneller Absolvierung ihrer Studien sofort in anstrengende, sie ganz ausfüllende Brotberufe eintreten mußten, nicht gegeben war. Es ist daher völlig verkehrt, die „Arbeiter" Bebel und Auer gegen die „Akademiker" alias Intellektuelle auszuspielen. Man zähle nun zu den Marx, Lassalle, Engels, Liebknecht alle die Arbeiterintellektuellen, die seit einigen Dezennien ausschließlich oder vorwiegend philosophischen, historischen, volkswirtschaftlichen und staatswissenschaftlichen Studien obliegen und ganz in den Dienst der Propaganda des sozialistischen Gedankens und der staatlichen und kommunalen Sozialreform getreten sind, und man wird endlich richtig die Großmacht des Intellektualismus in der Sozialdemokratie einschätzen.

Seinen ganzen Vorstudien und seinem inneren Berufe nach ist der Intellektuelle nun zum Lehrer

und Verfechter der sozialistischen Theorien bestimmt. Die Sozialdemokratie bedarf gerade bei ihrem Riesenwachstum in die Breite und Tiefe unbedingt der Kräfte der Intellektuellen. Die planmäßige Erziehung der Arbeiter zu wissenschaftlich unterrichteten geistigen Führern, zu „Intellektuellen", erfordert manches Jahrzehnt. Die Partei kann sich diese Wartezeit nicht auferlegen, sondern sie muß sofort die Posten, deren richtige Ausfüllung langwierige historische und staatswissenschaftliche Studien notwendig macht, mit gut informierten Personen besetzen. Und aus diesem Grunde muß sie vielfach zu den Elementen greifen, deren ganze Jugenderziehung schon einen wissenschaftlichen Zuschnitt erhält: zu den akademischen Kreisen. Faßt man diese Tatsache ins Auge, so begreift man die Schädlichkeit mancher sozialdemokratischen Akademikerdebatte auf die Entwicklung des sozialistischen Nachwuchses aus den Reihen der Studierten.

Von seinen Kindesbeinen an präsentiert sich der deutsche Sozialismus als eine wissenschaftlich begründete Theorie. In Marx und Lassalle arbeitet gleichstark der Gedanke, dem Sozialismus ein tragfähiges wissenschaftliches Fundament zu geben. Der Sozialismus als eine die Zukunft völlig beherrschende Gesellschaftsverfassung kann bei seiner Werbearbeit der wissenschaftlichen Grundlage nicht entbehren.

Im Interesse einer wirksamen Propaganda seiner Grundgedanken hat der Sozialismus in engster Lebensgemeinschaft mit der Wissenschaft zu stehen.

Gerade zum Aufbau seiner Theorie sind die schöpferischen Intellektuellen berufen, und sie werden freudig dem Rufe zur aufbauenden Arbeit folgen, wenn im Sozialismus der Geist freier wissenschaftlicher Forschung waltet.

Aber die Intellektuellen müssen ihrerseits die sozialistische Arbeiterschaft als einen Hauptfaktor der auf die völlige Befreiung des Menschen lossteuernden Kulturentwicklung begreifen. Der Zustand der Unkultur ist stets ein Zustand der Gebundenheit, der Unterdrückung durch natürliche und soziale Zwangsverhältnisse. Die sich selbst bestimmenden, sich frei zu wirtschaftlichen und sozialen Verbänden zusammenschließenden Menschen sind in unseren Tagen in das Blickfeld der Geschichte getreten. Keine wahre menschliche Selbstbestimmung aber ohne die Bändigung der Natur- und der sozialen Herrschaftsgewalten. Daher Beherrschung der Natur durch die Wissenschaft und Beherrschung der wirtschaftlichen Machtmittel durch freiorganisierte sozialistische Arbeiter!

Die mit wirtschaftlichen Gütern gesättigten Klassen werden oft träge, passiv und schalten sich als bewegende, die Kultur vorwärtstreibende Kräfte selbst aus.

Die Kulturentwicklung ist daher vor allem an die Klassen gebunden, deren Existenzerweiterung mit dem Kulturfortschritt selbst zusammenfällt. Kulturfragen werden damit zu sozialen Existenzfragen. Heute sind die Kulturfragen zu wirklichen Lebensfragen der sozialdemokratischen

Arbeiterschaft geworden. Lassalle hatte den tiefsten Sinn der proletarischen Emanzipationsbewegung getroffen, als er mit prächtigem Pathos den Berliner Arbeitern zurief: „Sie sind in der glücklichen Lage, daß dasjenige, was Ihr wahres persönliches Interesse bildet, zusammenfällt mit dem zuckenden Pulsschlag der Geschichte, mit dem kreisenden Lebensprinzip der sittlichen Entwicklung."

Der nationale und internationale Gedanke in der Arbeiterbewegung

Von der 1848er Revolution bis zum Jahre 1866

Seit der Revolution von 1848 versucht der demokratische Sozialismus in allen Kulturländern übereinstimmende politisch-ökonomische Prinzipien aufzustellen und durch deren Verwirklichung eine tatsächliche Vereinigung der Kulturländer herbeizuführen. Jeder, selbst der der Sozialdemokratie fernstehende politische Denker und Praktiker, wenn er den Anspruch auf den Ehrentitel eines europäischen Kulturpolitikers erhebt, dürfte ein lebendiges Interesse an Bestrebungen nehmen, die ein planmäßiges harmonisches Zusammenarbeiten aller Kulturländer zur Entfaltung aller schöpferischen geistigen und materiellen Kräfte anbahnen. Die weltökonomischen und weltpolitischen Gedanken des Sozialismus sind zwar schon vor der Revolution von 1848 von Männern wie St. Simon, Charles Fourier, Robert Owen in vagen Umrissen angedeutet worden, zu politischen Grundsätzen einer Partei sind sie jedoch erst von Karl Marx und Friedrich Engels in dem berühmten „Kommunistischen Manifest" erhoben worden. Dieses Manifest ruft zuerst das organisierte Weltproletariat zur Begründung

einer sozialistischen klassenlosen Gesellschaft auf, in der „die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist". Nach der Theorie der Verfasser des Manifestes entwickeln sich in der heutigen kapitalistischen Gesellschaft bereits die Grundlagen einer sozialistischen Weltproduktion: eine massenhafte kolossale Entfaltung der Produktivkräfte, planmäßige Anwendung der Wissenschaft in Industrie und Landwirtschaft, gesellschaftliches Zusammenarbeiten von Hunderten, von Tausenden von Arbeitern in den Großbetrieben, ein die ganze Welt umfassendes Verkehrs- und Industriesystem. Die neuentstandenen ungeheuren kollektiven Produktivkräfte können sich nicht mehr in dem engen individualistischen Rahmen der kapitalistischen Gesellschaft bewegen: sie müssen diese zersprengen und für die gesellschaftliche Produktion eine gesellschaftliche — sozialistische — Eigentumsform schaffen. Die grandiose, die ganze Welt umfassende Umwälzung der Produktion in kollektivistischem Sinne läßt überall die gleichen sozialen Klassen entstehen: bourgeoise und proletarische Klassen, und sie ballt das Proletariat zusammen, organisiert es zu einer politischen Partei und zwingt es unter dem furchtbaren Druck wachsender Verelendung zur Eroberung der politischen Macht und zur Sozialisierung der gesamten Produktion. Da nun in allen Ländern mit kapitalistischer Wirtschaft die gleichen kollektiven Produktionsformen, die gleichen gesellschaftlichen Typen, die gleichen wirtschaftlichen und politischen

Organisationen der Arbeiterschaft emporschießen, so ist in allen diesen Ländern eine einheitliche Politik, kurz eine Weltpolitik möglich. Diese sich durch die ökonomischen Tatsachen selbst anbahnende Weltpolitik wollten nun Marx und Engels bewußt ausgestalten, sie suchten deshalb das Weltproletariat zu organisieren und erließen an dieses das „Kommunistische Manifest" mit dem weithin schallenden Schlachtruf: „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!"

Das weltproletarische Programm von Marx und Engels steuerte also auf eine geradezu fundamentale Umgestaltung der ganzen Weltwirtschaft und Weltpolitik hin: auf eine internationale sozialistische klassenlose Gesellschaft. Dieses Programm schwebte, wie wir oben andeuteten, nicht in der Luft, sondern wollte nur bereits in der bürgerlichen Gesellschaft vorhandene weltwirtschaftliche Sozialisierungstendenzen zielklar verstärken und vertiefen. Und auf festem historischen Boden suchten beide sozialistischen Denker und Politiker stets bei der Verwirklichung ihres großen weltsozialistischen Gedankens zu fußen. Das Proletariat konnte seine Massenkraft nur in großen demokratischen Staaten einheitlich entfalten. Diese großen zentralisierten Einheitsstaaten gaben überdies erst die Grundlage für eine großzügige Massenproduktion ab, die dann weit auf den Weltmarkt hinübergreifen konnte. Im Jahre 1848 unterstützten daher Marx und Engels vor allem die demokratischen Parteien aller Länder und

wirkten auf die Entwicklung großer Einheitsstaaten oder großer übernationaler politischer Gebilde hin. Sie forderten 1848 zunächst die „widerspruchslose Einheit Deutschlands", und in diesem Sinne führten sie in der „Neuen Rheinischen Zeitung" unterm 6. Juni 1848 aus: „Deutschland verfiel in ein verbürgerlichtes Feudalwesen in demselben Augenblick, wo sich die großen Monarchien im Westen bildeten, aber es wurde auch von dem Weltmarkt ausgeschlossen in demselben Augenblick, wo dieser sich dem westlichen Europa eröffnete. Es verarmte, während sie sich bereicherten. Es verbauerte, während sie großstädtisch wurden. Klopfte nicht Rußland an die Pforten Deutschlands an, die nationalökonomischen Verhältnisse allein würden es zur straffsten Zentralisation zwingen. Selbst nur vom bürgerlichen Standpunkt aus betrachtet, ist die widerspruchslose Einheit Deutschlands die erste Bedingung, um es aus der bisherigen Misere zu erretten und den Nationalreichtum zu erschaffen. Und wie nun gar die modernen sozialen Aufgaben lösen auf einem in neununddreißig Länder zersplitterten Terrain!" Und die Einheit Deutschlands ist ihnen eine notwendige Vorbedingung für die Föderation Europas, und sie sprechen einmal den Gedanken aus: „Die Vereinigten Staaten von Nordamerika, abgesehen davon, daß sie alle gleichartig konstruiert sind, erstrecken sich über eine Fläche so groß wie das zivilisierte Europa. Nur in einer europäischen Föderation könnten sie eine Analogie finden.

Und damit Deutschland sich mit anderen Ländern föderiert, muß es vor allem ein Land werden."

Dort, wo sich in Europa ein übernationales, mehrere Nationen umfassendes zentralisiertes Staatswesen gebildet hat, da denken Marx und Engels keineswegs an dessen Auflösung: denn im Geiste schreiten sie schon zum übernationalen Staate fort. So ziehen sie leidenschaftlich gegen die panslawistischen Bestrebungen zu Felde, nicht allein, weil die slawischen Völkerschaften im Jahre 1848 vielfach Stützen und Förderer reaktionärer Bestrebungen waren, sondern weil sie ein Staatswesen wie das österreichisch-ungarische zerspalten wollten. Der revolutionäre Panslawist Bakunin hatte in seinem Aufrufe an die Slawen von einer verbrecherischen, fluchwürdigen deutschen Politik gesprochen, weil sie im österreichisch-deutschen Gefüge die Slawen festhielt und nicht „losließ". In ihrem Aufsatz gegen den demokratischen Panslawismus in der „Neuen Rheinischen Zeitung" vom 14. Februar 1849 betonen Marx und Engels mit ganzem Nachdruck, daß sich Deutschland und Ungarn nicht durch die Slowenen und Kroaten vom Adriatischen Meere abschließen lassen können. Der Anschluß an dieses Meer sei eine Lebensfrage für Deutschland und Ungarn. „Und wo es sich um die Existenz, um die freie Entfaltung aller Ressourcen großer Nationen handelt, da wird doch eine solche Sentimentalität, wie Rücksicht auf ein paar versprengte Deutsche und Slawen, nichts entscheiden." Große zentralisierte Wirtschafts- und

Staatsverbände sind eben nach Marx und Engels ein wichtiger Schritt zur Ausgestaltung der Weltwirtschaft, und an dieser waren sie als sozialistische Weltpolitiker im Tiefinnersten ihres Denkens und Seins interessiert. Auf den Vorwurf Bakunins, die Deutschen und Magyaren hätten in ihren wirtschaftlichen und staatlichen Zentralisationsbestrebungen eine verbrecherische und fluchwürdige Politik getrieben, antworten sie mit kühler Überlegenheit: „Und endlich, welches Verbrechen, welche fluchwürdige Politik, daß die Deutschen zu der Zeit, als überhaupt in Europa die großen Monarchien eine ‚historische Notwendigkeit' wurden, alle diese kleinen, verkrüppelnden, ohnmächtigen Nationchen zu einem großen Reiche zusammenschlugen und sie dadurch befähigten, an einer geschichtlichen Entwicklung teilzunehmen, der sie, sich überlassen, gänzlich fremd geblieben wären! Freilich, dergleichen läßt sich nicht durchsetzen, ohne manches sanfte Nationenblümchen gewaltsam zu zerknicken ... Jetzt aber ist die politische Zentralisation infolge der gewaltigen Fortschritte der Industrie, des Handels, der Kommunikationen noch ein viel dringenderes Bedürfnis geworden als damals im fünfzehnten und sechzehnten Jahrhundert. Was sich noch zu zentralisieren hat, zentralisiert sich. Und jetzt kommen die Panslawisten und verlangen, wir sollten diese halbgermanisierten Slawen ‚freilassen', wir sollten eine Zentralisation aufheben, die diesen Slawen durch alle ihre materiellen Interessen aufgedrängt wird!"

Staatliche und wirtschaftliche Zentralisation, Bildung großer einheitlicher demokratischer Staatswesen, das sind für Marx und Engels notwendige Durchgangspunkte zu einer sozialistischen Weltwirtschaft und Weltpolitik. Und dieses große Ziel vor Augen, schrecken sie nicht vor einer gründlichen Veränderung der Landkarte, vor einer Umwälzung der vorhandenen dynastischen Verhältnisse und vor einem revolutionären Krieg gegen Rußland und Dänemark, ja vor einem Weltkrieg gegen England zurück. Als eine Lebensfrage der deutschen Demokratie betrachten sie die Wiederherstellung eines freien, einheitlichen Polens. Nur die Unabhängigkeit Polens befreie Deutschland vom russischen Druck und schaffe die Basis für ein freies Deutschland. „Der Krieg mit Rußland," so schreiben sie in der „Neuen Rheinischen Zeitung", „war der vollständige, offene und wirkliche Bruch mit unserer ganzen schmachvollen Vergangenheit, war die wirkliche Befreiung und Vereinigung Deutschlands, war die Herstellung der Demokratie auf den Trümmern der Feudalität und des kurzen Herrschaftstraumes der Bourgeoisie. Der Krieg mit Rußland war der einzig mögliche Weg, unsere Ehre und unsere Interessen gegenüber unseren slawischen Nachbarn und namentlich gegenüber den Polen zu retten."

Aber nicht mit dem Kriege gegen Rußland ist die Befreiung Europas, die Erhebung der unterdrückten Nationen beendet und die Bahn für den Aufstieg der europäischen Arbeiterklasse eröffnet.

England erscheint unseren sozialistischen Denkern und revolutionären Politikern als „der Fels, an dem die Revolutionswogen scheitern, das die neue Gesellschaft schon im Mutterschoße aushungert". Und sie fahren dann wörtlich fort: „England beherrscht den Weltmarkt. Eine Umwälzung der nationalökonomischen Verhältnisse in jedem Lande des europäischen Kontinents, auf dem gesamten europäischen Kontinent ohne England, ist der Sturm in einem Glase Wasser. Die Verhältnisse der Industrie und des Handels innerhalb jeder Nation sind beherrscht durch ihren Verkehr mit anderen Nationen, sind bedingt durch ihr Verhältnis zum Weltmarkt. England aber beherrscht den Weltmarkt, und die Bourgeoisie beherrscht England. Die Befreiung Europas, sei es die Erhebung der unterdrückten Nationalitäten zur Unabhängigkeit, sei es der Sturz des feudalen Absolutismus, sind also bedingt durch die siegreiche Erhebung der französischen Arbeiterklasse. Aber jede französisch-soziale Umwälzung scheiterte notwendig an der englischen Bourgeoisie, an der industriellen und kommerziellen Weltherrschaft Großbritanniens. Jede partielle soziale Reform in Frankreich und auf dem europäischen Kontinent überhaupt ist und bleibt, soweit sie definitiv sein soll, ein hohler, frommer Wunsch. Und das alte England wird nur gestürzt durch einen Weltkrieg, der allein der Chartistenpartei, der organisierten englischen Arbeiterpartei, die Bedingungen zu einer erfolgreichen Erhebung gegen ihre riesenhaften

Unterdrücker bieten kann ... Und der europäische Krieg ist die erste Folge der siegreichen Arbeiterrevolution in Frankreich."

Die Erhebung der unterdrückten Nationalitäten, die Emanzipation der englischen Arbeiterschaft usw., also große innere Umwälzungen, werden von Marx und Engels in die allerengste Abhängigkeit von einer gewaltigen äußeren Umgestaltung gebracht: von der Erschütterung der Weltherrschaft Englands durch einen Weltkrieg. Dieser Krieg allerdings entzündet sich aus einer inneren Revolution; aber der Krieg selbst erscheint hier als ein politischer Völkerbefreier, als ein sozialer Kettenbrecher, als ein Geburtshelfer der neuen sozialistischen Gesellschaft. England wird von Marx und Engels als eine durchaus kontrarevolutionäre Macht betrachtet, die ihre Armeen gegen die soziale Erhebung Frankreichs sendet. Aber dieser Krieg zieht England in die Revolution hinein und stellt es an die Spitze der sozialen Bewegung.

Das kriegerische Feuer des Revolutionsjahres 1848 brennt in den Adern unserer sozialistischen Weltpolitiker. Ihr Sozialismus ist alles andere, nur nicht pazifistisch. Und dieser Sozialismus steckt durchaus nicht das Schwert mit den Jahren 1848—1849 in die Scheide, sondern zieht es wiederholt, wenn national- und weltpolitische Lebensinteressen der aufstrebenden Gesellschaft in Frage kommen. So in der Einheitsfrage Italiens im Jahre 1859.

In dem Jahre 1859 veröffentlichte nämlich Friedrich Engels die Flugschrift: „Po und Rhein", eine wesentlich militärwissenschaftliche Arbeit, in der er nachwies, daß Deutschland kein Stück Italiens zu seiner Verteidigung brauche. Sie würdigte in vollem Umfange die Bedeutung der italienischen Einheitsfrage und versuchte es, „den Deutschen möglich zu machen, mit reinen Händen in den erwarteten Kampf zu gehen". Louis Napoleon mischte sich nun in höchst verdächtiger Weise in die italienische Einheitsfrage ein und suchte sich als „Befreier" Italiens gegenüber Österreich aufzuspielen und mit der ziemlich unverhüllten Absicht der Annexion italienischer Landesteile. Bei dieser Lage der Dinge kommt nun Engels zu dem Schluß, „daß die Frage um den Besitz der Lombardei eine Frage zwischen Italien und Deutschland ist, nicht aber zwischen Louis Napoleon und Österreich sei". „Gegenüber einem Dritten, der um seiner eigenen, in anderer Beziehung antideutschen Interessen willen sich einmischt, handelt es sich um die Behauptung einer Provinz, die man nur gezwungen abtritt, einer militärischen Position, die man nur räumt, wenn man sie nicht mehr halten kann. Die politische Frage tritt in diesem Falle sogleich hinter die militärische zurück; werden wir angegriffen, so wehren wir uns." Engels weist dann auf die Tatsache hin, daß fast jede größere europäische Macht Teile anderer Nationen mit ihrem Gebiet vereinigt hat. Er stellt die Grundzüge einer

weitsichtigen europäischen Völkerpolitik auf und verteidigt mit warmer deutscher Empfindung die deutschen Interessen bei einer Neugestaltung der europäischen Karte. Er führt nämlich aus: „Daß die Karte von Europa definitiv festgestellt sei, wird kein Mensch behaupten. Alle Veränderungen, sofern sie Dauer haben, müssen aber im ganzen und großen darauf hinausgehen, den großen und lebensfähigen europäischen Nationen mehr und mehr ihre wirklichen natürlichen Grenzen zu geben, die durch Sprache und Sympathien bestimmt werden; während gleichzeitig die Völkertrümmer, die sich hier und da noch finden und die einer nationalen Existenz nicht mehr fähig sind, den größeren Nationen einverleibt bleiben und entweder in ihnen aufgehen oder sich nur als ethnographische Denkmäler ohne politische Bedeutung erhalten. Militärische Erwägungen können nur in zweiter Linie gelten. Soll aber die Karte von Europa revidiert werden, so haben wir Deutschen das Recht, zu fordern, daß es gründlich und unparteiisch geschehe, und daß man nicht, wie es beliebte Mode ist, verlange, Deutschland allein solle Opfer bringen, während alle anderen Nationen nur ihren Vorteil haben, ohne das geringste aufzugeben... Das Endresultat aber dieser ganzen Untersuchung ist, daß wir Deutschen einen ganz ausgezeichneten Handel machen würden, wenn wir den Po, den Mincio, die Etsch und den ganzen italienischen Plunder vertauschen könnten gegen die Einheit, die uns vor einer Wiederholung von

Warschau und Bronzell schützt, und die allein uns nach innen und außen stark machen kann. Haben wir diese Einheit, so kann die Defensive aufhören." Die Einheit Deutschlands, das hieße aber für Marx und Engels kein Preußen-Deutschland, sondern ein Großdeutschland. Daher befehden sie leidenschaftlich die auf die Demütigung und Schwächung Österreichs gerichtete „kleindeutsche" Bewegung. Und damit wandten sie sich zugleich gegen die Taktik Ferdinand Lassalles, der in seinem „Italienischen Krieg" unverhohlen einer Zertrümmerung Österreichs das Wort redete. Diese Zertrümmerung bedeutete eben nach Marx und Engels eine gewaltige Machterweiterung Rußlands in Europa. Lassalle forderte offen die Neutralität Preußens und Deutschlands in dem Konflikt Österreichs mit Napoleon. Das veranlaßte Karl Marx in einem Briefe an Engels, „Lassalles Pamphlet" als „einen ungeheuren Fehlschluß" zu charakterisieren, und er entscheidet sich für folgende Haltung in dem französisch-italienisch-österreichischen Konflikt: „Die Position der revolutionären Partei in Deutschland ist allerdings in diesem Moment schwierig, indes doch bei einiger kritischer Analyse der Umstände klarer. Was ‚die Regierungen' angeht, so muß offenbar, von allen Standpunkten aus, schon im Interesse der Leistung Deutschlands, die Forderung an sie gestellt werden, nicht neutral zu bleiben, sondern wie Du richtig sagst, patriotisch zu sein. Die revolutionäre Pointe ist der Sache einfach dadurch zu geben, daß der Gegensatz gegen

Rußland noch stärker betont wird als der gegen Bouftrapa (Napoleon III.)."

Engels aber brachte gerade diesen „Gegensatz gegen Rußland" mit aller Schärfe in seiner Flugschrift: „Savoyen, Nizza und der Rhein" heraus. Er wies auf die fortgesetzten Bündnisse hin, die Rußland mit Frankreich zur Demütigung und Teilung Deutschlands abgeschlossen hatte; und er führte dazu aus: „Die natürliche wie die traditionelle Politik Rußlands gegenüber Frankreich ist: Frankreich den Besitz des linken Rheinufers zu versprechen oder ihm dazu im gegebenen Falle zu verhelfen gegen die Gestattung und Unterstützung russischer Eroberungen an der Weichsel und an der Donau; und dann Deutschland, das zum Dank die russischen Eroberungen anerkennt, in der Wiedereroberung des an Frankreich verlorenen Gebietes zu unterstützen. Zur Ausführung dieses Programms kann es natürlich nur in großen geschichtlichen Krisen kommen, was aber durchaus nicht verhindert, daß solche Eventualitäten 1859 ebensogut vorgesehen waren wie 1829. Daß die Eroberung Konstantinopels das unverrückbare Ziel der russischen auswärtigen Politik, daß ihm zur Erreichung dieses Zieles jedes Mittel recht ist, das heute noch zu beweisen, wäre lächerlich."

Engels zählt nun alle die gegen Deutschland geführten politischen Aktionen Rußlands auf. Zum Schluß (1859) den Vertrag mit Louis Napoleon: den Angriff Frankreichs auf Österreich mit russischer Bewilligung und Unterstützung und das Zirkular

Gortschakoffs, um den Deutschen jede Hilfeleistung an Österreich in der unverschämtesten Weise zu untersagen. Und Engels zieht aus der drohenden politischen Situation diese Konsequenz: „In diesem Augenblicke noch droht uns die russisch-französische Allianz. Frankreich kann uns nur in einzelnen Momenten gefährlich werden, und dann nur durch die Allianz mit Rußland. Aber Rußland bedroht und insultiert uns stets, und wenn Deutschland sich dagegen erhebt, dann setzt es den französischen Gendarmen in Bewegung durch die Aussicht auf das linke Rheinufer. Sollen wir uns noch länger gefallen lassen, daß dies Spiel mit uns getrieben wird? Sollen wir fünfundvierzig Millionen es noch länger dulden, daß eine unserer schönsten, reichsten und industriellsten Provinzen fortwährend zum Köder dient, den Rußland der Prätorianerherrschaft in Frankreich vorhält? Hat das Rheinland keinen anderen Beruf, als von Krieg überzogen zu werden, damit Rußland freie Hand an der Donau und Weichsel bekommt? Das ist die Frage. Wir hoffen, daß Deutschland sie bald mit dem Schwerte in der Hand beantwortet. Halten wir zusammen, dann werden wir den französischen Prätorianern und den russischen Kapuschtschiks schon heimleuchten."

Eine deutsch-patriotische Gesinnung durchglüht diese Zeilen Engels'. Und mit einer gewissen Genugtuung erinnert er sich des damals recht aufsässigen russischen Leibeigenen als eines brauchbaren Bundesgenossen. Und wieder läßt er die

antirussische Politik der Revolutionsjahre aufleben, indem er mit folgenden klaren Worten den Russen förmlich den Krieg erklärt: „Mit dem Rußland, das von Peter dem Großen bis Nikolaus bestand, fällt auch die auswärtige Politik Rußlands. Wie es den Anschein hat, ist es Deutschland vorbehalten, diese Tatsache den Russen nicht nur mit der Feder, sondern auch mit dem Schwerte klarzumachen. Kommt es dahin, so ist das eine Rehabilitation Deutschlands, die die Jahrhunderte politischer Schmach aufwiegt."

In der gründlichen Abrechnung Deutschlands mit Rußland erblicken die beiden revolutionären Denker eine historische Notwendigkeit für die wirkliche Begründung eines freien Europas.

Es ist eine unerhört törichte Entstellung der sozialistischen Bestrebungen, wenn man ihnen eine grundsätzliche Abkehr von den nationalen Ideen der Zeit nachsagt, wenn man sie von vornherein als antinational, als „vaterlandslos" charakterisiert.

Vom Bruderkrieg bis zur zweiten Internationale

Der nationale Gedanke ist die geschichtsbildende „Idee" einer ganzen Zeitepoche. So ist denn der deutsche Einheitsgedanke in den revolutionären Theoretikern Marx und Engels, in dem großen Agitator Lassalle, in dem kleinbürgerlichen Patrimonialrichter Schulze-Delitzsch lebendig. Großdeutsche Patrioten mit Leib und Seele waren

in den Tagen der Bismarckschen Revolution von oben Liebknecht und Bebel, die nachher als deutschlandfeindliche Internationale von einer hurrapatriotischen Presse schmählich verleumdet wurden.

Der großdeutsche Gedanke hatte namentlich in den Arbeiterkreisen, die unter dem bestimmten Einfluß dieser beiden tatkräftigen Politiker standen, flammende Begeisterung geweckt. (1866.)

Die großdeutsche Bewegung warf ihre Feuerbrände über ganz Deutschland. Namentlich in Frankfurt am Main und in Leipzig tagten riesige Volksversammlungen, die im Interesse einer großzügigen Lösung der deutschen Frage ein aus dem allgemeinen gleichen und direkten Wahlrecht hervorgegangenes Volksparlament forderten. Frankfurt am Main war der Mittelpunkt der großdeutschen demokratischen Propaganda. Um sie zu durchkreuzen, hatte der Sechsunddreißiger-Ausschuß des Preußischen Abgeordnetenhauses einen Abgeordnetentag einberufen. Aber auch hier vernahm man aus dem Munde einiger preußischer Abgeordneten ganz großdeutsche Reden. So rief der preußische Abgeordnete Julius Freese unter stürmischem Beifall der Minorität in den Saal: „Nur dann wird Preußen frei, wenn es in Deutschlands Dienst tritt, wenn Sie aber Deutschland in Großpreußen aufgehen lassen, dann sei Gott denen gnädig, die das Regiment sehen, welches dann über Preußen und Deutschland ergehen wird."

Am Tage der Frankfurter Abgeordnetenkonferenz fanden sich über dreitausend Personen ein, die gegen den Vorschlag Bismarcks auf Einberufung eines Parlaments und gegen dessen Unterhandlungen mit Frankreich, Italien und Ungarn zum Zwecke einer Lösung der deutschen Frage im „kleindeutschen" Geiste protestierten. Bismarck arbeitete nämlich systematisch auf den Krieg mit Österreich hin und suchte sich Napoleons Neutralität durch Versprechungen auf eventuelle Abtretung deutschen Gebietes an Frankreich zu sichern. Die Rheinpfalz und das preußische Saarrevier standen hier in Frage. In der gleichen Weise knüpfte Bismarck Verbindungen mit Italien an, und am 3. Juni 1866 konnte der italienische Gesandte in Berlin, Govone, seiner Regierung berichten, Bismarck habe ihm gegenüber geäußert: „Ich bin viel weniger Deutscher als Preuße und würde kein Bedenken tragen, die Abtretung des ganzen Landes zwischen dem Rheinufer und der Mosel an Frankreich zu unterschreiben: Pfalz, Oldenburg und einen Teil des preußischen Gebietes ..." „Sorge macht ihm der König, der das religiöse, ja abergläubische Bedenken habe, er dürfe die Verantwortung für einen europäischen Krieg nicht auf sich laden."

Die großdeutschen Delegierten in Frankfurt am Main, zu denen Bebel, Goegg-Offenburg, K. Grün-Heidelberg, K. Mayer-Stuttgart, August Röckel und Gustav Struve zählten, wandten sich daher mit leidenschaftlicher Erbitterung gegen die

„preußische Kriegspolitik". Der Ausschuß dieser Delegierten verfaßte folgendes großdeutsche Programm:

1. demokratische Grundlage der Verfassung und Verwaltung der deutschen Staaten,

2. föderative Verbindung derselben auf Grund der Selbstbestimmung,

3. Herstellung einer über den Regierungen der Einzelstaaten stehenden Bundesgewalt und Volksvertretung. Keine preußische und keine österreichische Spitze. Sie forderten weiter: „Kein Fußbreit deutscher Erde darf an das Ausland abgetreten werden. Die Gefahr des Verlustes von deutschem Gebiet und die Schmach einer Einmischung des Auslandes in deutsche Angelegenheiten werden nur dann von uns abgewendet, der Widerstand wird nur dann erfolgreich, die Gefahr eines Sieges an der Seite Österreichs nur dann beseitigt sein, wenn die Bundesgenossen im Kampfe keine dynastische, sondern eine nationale Politik verfolgen und ihren Bund auf die volle Wehrkraft sowie auf die parlamentarische Mitwirkung des Volkes stützen. Die gesetzliche Einführung des Milizsystems ist vor allen Dingen zu verlangen. Der preußische Parlamentsvorschlag ist zu verwerfen; nur eine aus dem Volke hervorgegangene, in voller Freiheit gewählte Nationalversammlung, mit entscheidender Stimme und ausgestattet mit der nötigen Macht, kann über die Verfassung des Vaterlandes endgültig entscheiden."

Die großdeutsche Bewegung strebte schon ein föderatives Mitteleuropa an.

Es kam anders: ein „Kleindeutschland" trat ins Leben.

Die nationalen Kämpfe des Jahres 1866 trennten die deutsche sozialdemokratische Arbeiterschaft in zwei sich heftig befehdende Lager. Bebel und Liebknecht sprachen als großdeutsche Patrioten dem von Bismarck geschaffenen Norddeutschen Bunde direkt das Existenzrecht ab. Im Bundesparlament protestierte Liebknecht in leidenschaftlicher Weise gegen die Zertrümmerung Deutschlands durch den Norddeutschen Bund. Er erklärte unter der stürmischen Unruhe des ganzen Hauses, daß der Nordbund weiter nichts als die Teilung, Knechtung und Schwächung Deutschlands bedeute.

Die Anhänger Ferdinand Lassalles, die Lassalleaner, waren dagegen zum Teil überzeugte preußische Patrioten, die dem Norddeutschen Bund ihre wärmsten Sympathien entgegenbrachten. Mit nationaler Leidenschaft verbreitete sich der Lassalleaner Fritz Mende über die „nationalen Aufgaben Preußens". Der deutsche Einheitsgedanke verschlang in diesen Tagen patriotischer Erhebung vielfach in deutschen Arbeiterkreisen den deutschen Freiheitsgedanken. So begeisterte sich der Lassalleaner Försterling vor allem für die Parole: „Durch Einheit zur Freiheit." In der Reichstagssitzung vom 24. September 1867 nahm er das Wort und äußerte sich zur deutschen Frage folgendermaßen: „In der deutschen Frage lautet

unser Prinzip: die gänzliche Beseitigung jeder Konföderation, jedes Staatenbundes, unter welcher Form es auch sei, Vereinigung aller deutschen Stämme zu einer innerlich und organisch durchaus verschmolzenen Staatseinheit, durch welche allein das deutsche Volk einer glorreichen nationalen Zukunft fähig werden kann; und unsere Parole: ‚Durch Einheit zur Freiheit!' Die Parole, die man der entgegenstellt: ‚Durch Freiheit zur Einheit', halten wir unserer Ansicht nach für eine trügerische und für eine solche, die das Volk irreführt."

Im norddeutschen Parlament maßen sozialdemokratische Groß- und Kleindeutsche direkt ihre Kräfte. Hitzige Debatten entspannen sich namentlich zwischen Liebknecht und v. Schweitzer. Am 18. Oktober 1867 hielt der hochbegabte Führer v. Schweitzer eine Rede, in der er unter anderem ausführte: „Wir unsererseits wollen den Norddeutschen Bund freiheitlich gestalten, aber, meine Herren, wir wollen nicht in Gemeinsamkeit mit Herrn Liebknecht und seinen Freunden, den depossedierten Fürsten und dem neidischen Auslande, dahin trachten, Preußen und den Norddeutschen Bund zu ruinieren und zu zerstören. Wir haben erkannt, daß der preußische Machtkern unser deutsches Vaterland, das so lange mißachtet war, dem Ausland gegenüber endlich zur Geltung und zur Ehre gebracht hat und dies auch künftig tun wird, und es liegt uns fern, mit jenen selbst diejenigen Eigenschaften an Preußen zu leugnen oder bemänteln zu wollen, welche im vorigen Jahre eine feindliche

Welt bewundernd anerkennen mußte. Wir, mit einem Worte, obwohl unzufrieden mit den inneren Zuständen und dahin strebend, dieselben gründlich zu ändern, stehen innerhalb des neu sich bildenden Vaterlandes, jene aber stehen außerhalb desselben, wollen außerhalb desselben stehen. Das ist es, was uns von ihnen trennt, und das mußte hier bestimmt gesagt werden."

Im norddeutschen Parlament nahmen also deutsche Vertreter der sozialdemokratischen Partei eine ausgesprochen nationale Haltung zu den großen politischen Fragen ein, die mit der Begründung des Norddeutschen Bundes das deutsche Volk in Atem hielten. Auf nationalem Boden entfalteten die sozialdemokratischen Parteien zuerst ihre jungen Kräfte. Im Rahmen des norddeutschen Bundesstaates strebte v. Schweitzer die Verwirklichung seiner Arbeiterschutzanträge an, im Rahmen dieses Bundes erfocht August Bebel seinen ersten parlamentarischen Erfolg: die Abschaffung des Arbeitsbuches.

Es war eben ein richtiger und entscheidender Schritt des Proletariats auf der Bahn nationaler Kämpfe, daß es sich in den vorgeschrittenen Ländern überall an dem Ringen um die Einführung eines staatlichen Maximalarbeitstages beteiligte. Und dieser Schritt wurde zuerst in England getan. Seine grundsätzliche Bedeutung trat zunächst den Köpfen, die bewußt an der Gestaltung der ersten Entwicklungsphase der internationalen Idee arbeiteten, nicht klar ins Bewußtsein. Sicher ging

eine Wandlung in der Wertung des gesetzlichen Maximalarbeitstages in Marx und Engels in dem Zeitabschnitt von 1848 bis 1864 vor. Im „Kommunistischen Manifest" heißt es noch kurz vom englischen Zehnstundentag, daß die Organisation des Proletariats die Anerkennung einzelner Interessen der Arbeiter in Gesetzesform erzwingt, „indem sie die Spaltungen der Bourgeoisie unter sich benutzt: so die Zehnstundenbill in England". Marx und Engels betrachteten in dieser Zeit noch die Zehnstundenbill als eine reaktionäre Maßregel, die den industriellen Fortschritt, die Entwicklung der Produktivkräfte hemmt. Sechzehn Jahre später sah aber Marx in dem staatlichen Zehnstundentag den Sieg eines neuen sozialen Prinzips.

Der Lassalleanismus ist eine ausgesprochene nationale proletarische Bewegung, die zielklar die politische Organisation der arbeitenden Klasse, die Bildung einer Arbeiterklassenpartei ins Auge faßt. Aber der Lassalleanismus ist trotz seines stark nationalen, auf die Lösung der deutschen Arbeiterfragen eingestellten Charakters dennoch eine internationale Bewegung. Lassalle will die „Idee des Arbeiterstandes", ein neues allgemeines weltgeschichtliches Prinzip, zur Herrschaft bringen. Da der Lassalleanismus trotz seiner scharfen nationalen Prägung doch die weltproletarische Idee zum Ausdruck brachte, so fand er auch, als die Internationale zum zweitenmal das Proletariat zur Vereinigung seiner Kräfte rief, so

schnellen Anschluß an die internationale Bewegung. Der Lassalleanismus ist uns der greifbarste Beweis für die Möglichkeit einer fruchtbaren Vereinigung der nationalen und internationalen Idee des Proletariats. Indem er die deutsche Arbeiterbewegung mitten in die politischen Kämpfe der Nation stellte und sie von den antipolitischen Bahnen des romanischen, stark anarchistisch gerichteten Proletariats fernhielt, gelang es ihm, diese nationale Bewegung zur stärksten internationalen Bewegung zu gestalten.

Die internationale Bewegung trat sichtbar in der Begründung der internationalen Arbeiterassoziation ins Leben. Sie nahm ihren Ausgang von London, dem Zentrum der Weltwirtschaft und Weltpolitik. Hier hatten sich am 28. September 1864 englische und französische Arbeiter zu einem großen Meeting in St. Martins Hall zusammengefunden, um gegen die brutale und blutige Niederkämpfung des polnischen Aufstandes zu demonstrieren. Mit dieser Auflehnung gegen die tückische zaristische Unterdrückungspolitik verbanden die Arbeiter zugleich einen leidenschaftlichen Protest gegen die despotische Macht des Kapitals. Nach dem Meeting wählten die Arbeiter ein Komitee, das mit der Entwerfung des Programms für eine internationale Gesellschaft beauftragt war. Das Komitee setzte dann ein Subkomitee ein, das diese schwierige Aufgabe zu lösen hatte. Diesem lag im wesentlichen die Entscheidung über zwei Entwürfe vor, die der Feder von Marx

und Mazzini entstammten. Das Subkomitee nahm einstimmig die Inauguraladresse von Marx an. Ebenfalls fanden die von Marx verfaßten Statuten die volle Billigung dieses Komitees. In der Inauguraladresse von Marx wird des berauschenden Reichtums gedacht, dessen sich die besitzenden Klassen in der Zeitspanne von 1848 bis 1864 zu erfreuen hatten, während die große Masse des Proletariats in immer tieferes Elend versank, „mindestens in demselben Maße, wie die oberen Klassen auf der sozialen Leiter" emporstiegen. Die riesenhaftesten Fortschritte der Produktion hätten die soziale Not der Arbeiterschaft nicht zu beseitigen vermocht, denn selbst in dem Mittelpunkt des Welthandels, der Weltwirtschaft erhob sich der Hungertod „auf den Rang einer sozialen Institution". Furchtbarer denn je wütete sich nach Marx in diesem Zeitabschnitt die „soziale Pest" aus, die man Handels- und Industriekrisen nennt.

Die Inauguraladresse begrüßte dann in begeisterten Worten zwei neue soziale Erscheinungen in der wirtschaftlichen Entwicklung: die gesetzliche Einführung des Zehnstundentages und die Begründung genossenschaftlicher Fabriken. Der Zehnstundentag wird von Marx als der Sieg eines neuen sozialen Prinzips, als der Sieg der politischen Ökonomie der Arbeiterklasse über die politische Ökonomie der Bourgeoisie gefeiert. Die genossenschaftliche Produktion wird als ein großartiges soziales Experiment von Marx charakterisiert, das glänzend beweist, daß die Arbeitsmittel

nicht als Werkzeuge der Herrſchaft und Ausbeutung zu dienen brauchen, daß die Lohnarbeit ſelbſt nur eine vorübergehende Form der Arbeit iſt, eine Form, die vor der aſſoziierten, der vergeſellſchafteten Arbeit zu verſchwinden hat. Die Genoſſenſchaften könnten aber nach Marx ihre befreiende Kraft im großen Stile nur dann entfalten, wenn ſie ſich im nationalen Rahmen auswirkten und mit ſtaatlichen Mitteln gefördert würden. Dagegen werden ſich aber in den Parlamenten die Herren des Grundbeſitzes und des Kapitals auflehnen. Der Widerſtand dieſer Klaſſen ſei nur durch die von der Arbeiterſchaft eroberte Staatsgewalt zu brechen. Marx gab mit dem Wort, „es ſei Pflicht der arbeitenden Klaſſen, politiſche Macht zu erobern", die große Kampfesparole für die Arbeiter der ganzen Welt aus. „Sie ſcheinen," ſo fügte Marx hinzu, „dies begriffen zu haben, denn in England, Deutſchland, Italien und Frankreich hat ein gleichzeitiges Wiederaufleben ſtattgefunden und ein gleichzeitiges Streben nach einer politiſchen Reorganiſation der Arbeiterpartei."

In der Marxſchen Inauguraladreſſe leuchtete ſchon ein Gedanke auf, der ein halbes Jahrhundert ſpäter in den Mittelpunkt der Weltpolitik der großen Völker getreten iſt: der Gedanke der Überwindung der Geheimdiplomatie und der Verrechtlichung und Verſittlichung der internationalen Beziehungen. Marx wendet ſich mit flammender Entrüſtung gegen die barbariſche zariſtiſche Macht, deren Haupt in

St. Petersburg ist, und deren Hände in allen Kabinetten Europas sind. „Die Übergriffe dieser Macht," so betonte Marx, „haben die arbeitenden Klassen die Pflicht gelehrt, selber die Mysterien der internationalen Staatskunst zu bemeistern, die diplomatischen Streiche ihrer Regierungen zu überwachen, ihnen nötigenfalls mit aller ihnen zu Gebote stehenden Macht entgegenzuarbeiten und, wenn außerstande, den Streich zu verhindern, sich zu gleichzeitiger öffentlicher Anklage zu verbinden und die einfachen Gesetze der Moral und des Rechtes zu proklamieren, welche ebensowohl die Beziehungen einzelner regeln, als auch die obersten Gesetze des Verkehrs der Nationen sein sollten." Der Kampf für solch eine Politik bildet einen Teil des allgemeinen Kampfes für die Emanzipation der arbeitenden Klassen. Abermals erneuerte Marx den weithin schallenden Ruf des Kommunistischen Manifestes: „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!"

Die Grundzüge der Weltpolitik der Internationale sind in diesen kurzen Sätzen niedergelegt. Sie zielen klar auf die Verdrängung des Gewaltprinzips durch das Rechtsprinzip und auf die grundsätzliche Bekämpfung des Krieges. In der Tat steht diese in dem Vordergrund der Bestrebungen der internationalen Arbeiterbewegung. Sobald der blutige Schein eines Krieges am politischen Horizonte aufstieg oder aufzusteigen drohte, wandte sich die Internationale gegen die friedenstörende Politik der europäischen Kabinette.

Die erste Internationale faßte auf dem Kongreß zu Lausanne 1867 und zu Brüssel 1868 scharfe Beschlüsse gegen die Kriegstreibereien der gegeneinander konspirierenden Regierungen.

Namentlich sah die „sozialistische Internationale" in den stehenden Heeren eine ständige Gefahr für die Ruhe Europas. Die Anhängerschaft der Internationale in den einzelnen Ländern drängte und drängt daher fortgesetzt auf den Ersatz der stehenden Heere durch die Volkswehr, durch die Miliz, hin. Nach internationaler sozialdemokratischer Lehre muß das Wehrsystem an Haupt und Gliedern umgestaltet werden. Dieses Wehrsystem hält die Sozialdemokratie für äußerst bedrohlich für den Völkerfrieden. Überdies erblickte sie in dem Militärsystem eine ungeheuerliche, die Kulturaufgaben der Völker niederhaltende Bedrückung. Wiederholt charakterisierte sie das herrschende Militärsystem als das vornehmste Instrument für die politische Niederhaltung der Arbeiterklasse. Sie legte sich deshalb für ein demokratisches, auf der Erziehung zur allgemeinen Wehrhaftigkeit beruhendes Milizsystem ein, um den Nationen eine starke Wehrmacht für Verteidigungszwecke zur Verfügung zu stellen, eine Wehrmacht, in der der Klassengeist gebrochen, und die nicht gegen das Volk, gegen dessen Freiheiten und Rechte zu verwenden ist.

Die „Internationale" gab in ihren Statuten, die auf ihrem ersten Kongreß 1866 sanktioniert wurden, den proletarischen Parteien ein Kampfprogramm.

So gingen z. B. einige Absätze dieser Statuten direkt in das Eisenacher, ja, in das Erfurter Programm der sozialdemokratischen Partei Deutschlands über. In den Statuten der Internationale wird die Emanzipation der arbeitenden Klassen durch die arbeitenden Klassen gefordert. Der Emanzipationskampf wird als ein Kampf für gleiche Rechte und Pflichten und für die Abschaffung aller Klassenherrschaft erklärt. Die Statuten bezeichnen die ökonomische Abhängigkeit des Mannes der Arbeit vom Monopolisten der Werkzeuge der Arbeit und der Quellen des Lebens als die Grundlage der Knechtschaft in jeder Form, des sozialen Elends, der geistigen Herabwürdigung und der politischen Abhängigkeit. Die ökonomische Emanzipation der arbeitenden Klasse muß deshalb das große Ziel sein, dem sich jede politische Bewegung als bloßes Hilfsmittel unterzuordnen hat. Alle auf dieses große Ziel gerichteten Anstrengungen sind nach den Statuten bisher an dem Mangel an Solidarität zwischen den vielfachen Zweigen der Arbeit jeden Landes und an dem Mangel eines brüderlichen Bandes der Einheit zwischen den arbeitenden Klassen der verschiedenen Länder gescheitert. Die Statuten schärfen den Arbeitern ein, daß die Emanzipation der Arbeit weder ein lokales noch ein nationales, sondern ein soziales Problem ist, das alle Länder umfaßt, in denen die moderne Gesellschaft existiert — ein Problem, dessen Lösung von der praktischen Mitwirkung der vorgeschrittensten Länder abhängt. Wahrheit,

Recht und Sitte will die internationale Arbeiterassoziation als die Grundlage ihres Betragens untereinander und gegen alle ihre Mitmenschen, ohne Rücksicht auf Farbe, Bekenntnis oder Nationalität, anerkennen. Das Statut der Internationale verkündete laut den Grundsatz: Keine Rechte ohne Pflichten, keine Pflichten ohne Rechte.

Die Internationale hat durch ihre Kongreßdebatten den führenden Köpfen der Arbeiterschaft viele Anregungen gegeben. Die Beteiligung der Arbeiter an der Politik ist auf den internationalen Kongressen sehr eindringlich diskutiert worden, und schließlich hat diese Frage gerade die internationalen Arbeiter auseinandergetrieben, denn die anarchistischen, durch den russischen Revolutionär Bakunin gegründeten Sektionen der Internationale rannten in der Frage der politischen Aktion hart gegen die Anhänger von Karl Marx an.

Heute ist es fast vergessen, daß die vielgeschmähte Internationale den Anstoß zur internationalen Arbeiterschutzgesetzgebung gab. Sie proklamierte nämlich schon 1866 das Prinzip des internationalen Arbeiterschutzes und forderte ganz allgemein den Achtstundentag auf gesetzlicher Grundlage. Auf dem Genfer Kongreß der Internationale im Jahre 1866 wurde folgende Instruktion für die Delegierten des provisorischen Generalrates beschlossen:

„§ 3 der Instruktion betrifft die Beschränkung der Arbeitszeit. Dies sei eine Präliminarbedingung,

ohne welche alle weitgehenden Verbesserungs- und Emanzipationsversuche fehlschlagen müßten. Sie sei notwendig, einmal um die Gesundheit und natürliche Energie der Arbeiterklasse, der großen Masse jeder Nation, wiederherzustellen, sodann um dem Arbeiter die Möglichkeit geistiger Fortentwicklung, gesellschaftlichen Verkehrs, sozialer und politischer Tätigkeit zu gewähren. Deshalb möge der Kongreß sich zugunsten einer gesetzlichen Beschränkung der Tagesarbeit auf acht Stunden pro Tag erklären. Diese Forderung sei in den Vereinigten Staaten von Amerika bereits das allgemeine Feldgeschrei der arbeitenden Klassen, und das Votum des Kongresses werde dazu dienen, sie zur allgemeinen Forderung aller Arbeiter der Welt zu machen, Nachtarbeit dürfe nur ausnahmsweise für gewisse gesetzlich spezifizierte Geschäftszweige gestattet werden, mit dem Bestreben, allmählich alle Nachtarbeit zu unterdrücken. Dieser Vorschlag beziehe sich indes nur auf Erwachsene im Alter von achtzehn Jahren und darüber, gleichviel ob männlichen oder weiblichen Geschlechtes, doch müßte letzteres streng von der Nachtarbeit irgendwelcher Art und von jeder Arbeit, welche der Zartheit des Geschlechtes schädlich sei oder den Körper giftigen oder verderblichen Einwirkungen aussetze, ausgeschlossen werden."

Dank der propagandistischen und gesetzlich parlamentarischen Tätigkeit der internationalen Arbeiterschaft gewann der internationale Arbeiterschutzgedanke nach und nach die öffentliche Meinung

und wurde als allgemeiner, das Bewußtsein der Gesellschaft beherrschender Gedanke ein „Stück Verfassung". Im Jahre 1876 betonte bereits der schweizerische Nationalrat Frey die Notwendigkeit internationaler Verträge zur möglichst gleichmäßigen Regelung der Arbeiterverhältnisse in allen Industriestaaten. Im Dezember 1880 ließ dann der schweizerische Bundesrat bei den nationalen Staaten Europas anfragen, ob sie geneigt seien, in die Beratung über die internationale Regelung der Fabrikverhältnisse einzutreten. 1889 richtete die Schweiz abermals ein Rundschreiben an sämtliche Industriestaaten. Im gleichen Jahre tagte in Paris ein internationaler Arbeiterkongreß, der stürmisch die „Schaffung einer wirksamen Arbeiterschutzgesetzgebung für alle Länder mit moderner Produktion" forderte. Im Jahre darauf, am 15. März 1890, vierundzwanzig Jahre nach dem denkwürdigen Bekenntnis des Genfer internationalen Arbeiterkongresses zur internationalen Arbeiterschutzgesetzgebung, trat auf die Initiative des Deutschen Kaisers die erste internationale Arbeiterschutzkonferenz in Berlin zusammen. Obwohl sie nur sehr gemäßigte Forderungen im Hinblick auf die allgemeine Sonntagsruhe und auf den Kinder- und Frauenschutz aufstellte, anerkannte sie doch in vollem Umfang die Notwendigkeit der internationalen gesetzlichen Regelung der Arbeiterverhältnisse, und sie verhalf damit einem neuen internationalen Prinzip zur Geburt.

Die allgemeine Politik der Internationale stellte sich völlig auf die Begründung eines freien demokratischen und sozialistischen Europas ein. Dieses freie Europa sahen Marx und Engels später durch die Annexion von Elsaß-Lothringen bedroht. Die Bismarcksche Gewaltpolitik betrachteten sie als das unfehlbarste Mittel, Deutschland und Frankreich durch wechselseitige Selbstzerfleischung zu ruinieren. Und sie wiesen auf die alte Bündnispolitik Frankreichs und Rußlands hin und befürchteten als Folge der Annexion eine feste französisch-russische Allianzpolitik, eine Störung der friedlichen Entwicklung Westeuropas und die schließliche Diktatur des moskowitischen Rußlands.

Die Marxschen Gedanken über die Notwendigkeit eines ehrenvollen Friedens mit Frankreich sind 1870 in das Manifest des Ausschusses der sozialdemokratischen Partei gegen die deutsche Annexionspolitik übergegangen. In den durch den Krieg neugestalteten Verhältnissen Deutschlands begrüßt Marx die Eröffnung einer neuen weltgeschichtlichen Epoche. „Die Verhältnisse werden sich auf großem Maßstab entwickeln und vereinfachen. Wenn die deutsche Arbeiterklasse dann nicht die ihr zukommende Rolle spielt, ist es ihre Schuld. Dieser Krieg hat den Schwerpunkt der kontinentalen Arbeiterbewegung von Frankreich nach Deutschland verlegt. Damit haftet größere Verantwortlichkeit auf der deutschen Arbeiterklasse." Die deutsche Annexionspolitik

hat wesentlich den Abschluß der russisch-französischen Allianz gefördert und damit dem Weltkrieg gewaltig vorgearbeitet.

Nach dem Tode von K. Marx führte Friedrich Engels wiederholt im Geiste seines großen Freundes einen erbitterten Feldzug gegen das französisch-russische Bündnis. So vor allem nach den Tagen der lärmenden russisch-französischen Verbrüderung in Kronstadt in seinem Aufsatz im Almanach der „Parti ouvrier" 1892.

Zu allen brennenden Fragen der äußeren Politik nahmen Marx und Engels stets eine sehr bestimmte und klare Stellung ein. Sie, die mit ganzer Seele auf eine grundstürzende Umgestaltung der inneren Struktur des Staats- und Wirtschaftslebens lossteuerten, verloren niemals die lebendige Verknüpfung zwischen Außen- und Innenpolitik aus dem Auge. Ihre Innenpolitik suchte durch die Aufstellung gleicher Kampfesziele für die arbeitenden Klassen aller Länder die Kulturnationen einander zu nähern, und ihre Außenpolitik wollte auf die inneren Zustände dieser Nationen im sozialistischen Sinne umgestaltend wirken. Ihre Außen- und Innenpolitik strebte dem gleichen Ziele zu: der Anbahnung der sozialistischen Weltwirtschaft.

Von der zweiten Internationale bis zum Weltkrieg

Bei unserem Streifzug durch die Geschichte des internationalen Arbeiterschutzgedankens haben

wir schon die zweite Internationale erwähnt, die zur Jahrhundertfeier der großen Französischen Revolution ins Leben trat. Die zweite Internationale schuf die Maifeier des internationalen Proletariats, suchte nach Kräften die internationale Arbeiterschutzgesetzgebung zu fördern und lief Sturm gegen den Militarismus und das Wettrüsten. Die zweite Internationale übernahm von der deutschen Sozialdemokratie den politischen Kampf als Propagandamittel und als politisches Machteroberungsmittel. „Das deutsche Beispiel der Wahlrechtsbenutzung, der Eroberung aller Posten," so führte einmal Engels in seiner Einleitung zur Marxschen Schrift: „Die Klassenkämpfe in Frankreich" aus, „das deutsche Beispiel wurde überall nachgeahmt." Das ist ein geschichtlicher, sich über mehrere Jahrzehnte erstreckender Prozeß.

Im wesentlichen stellte sich die Taktik der zweiten Internationale auf politische und soziale Kämpfe ein, die sich im Rahmen der Nation vollzogen. Das erklärt unumwunden der wütende Gegner der sozialdemokratischen Taktik im Weltkrieg, der russische Revolutionär L. Trotzki. Er schreibt nämlich in seiner Broschüre: „Der Krieg und die Internationale":

„Die gesamte Tätigkeit der deutschen Sozialdemokratie war auf die Erweckung der rückständigen Arbeiterschichten mittels eines planmäßigen Kampfes für ihre unmittelbaren Bedürfnisse gerichtet. Auf Anhäufung der Kräfte, Erhöhung der Mitgliederzahl, Füllung der Kassen, auf Entwicklung

der Presse, Eroberung aller sich bietenden Positionen, ihre Ausnutzung, Erweiterung und Vertiefung. Das war die große geschichtliche Arbeit der Erweckung und Erziehung der bisher ‚unhistorischen' Klasse. Unmittelbar an die Entwicklung der nationalen Industrie angelehnt, ihren Erfolgen auf dem nationalen und Weltmarkt angepaßt, die Bewegung der Preise für Rohmaterialien und Fertigfabrikate kontrollierend, bildeten sich die mächtigen zentralisierten Berufsverbände Deutschlands. Dem Wahlrecht angepaßt, örtlich den Wahlkreisen angeschmiegt, ihre Fühler in die städtischen und ländlichen Gemeinden ausstreckend, errichtete sie das einzigartige Gebäude der politischen Organisation des deutschen Proletariats, mit ihrer vielverzweigten bureaukratischen Hierarchie, mit einer Million zahlender Mitglieder, vier Millionen Wählern, 91 Tageszeitungen und 65 Parteidruckereien. Diese ganze vielseitige Tätigkeit von unermeßlicher Bedeutung war praktisch durch und durch erfüllt vom Geiste des Possibilismus. In viereinhalb Jahrzehnten hat die Geschichte dem deutschen Proletariat nicht eine einzige Gelegenheit geboten, mit stürmischem Vorstoß ein Hindernis zu stürzen, in revolutionärem Anlauf irgendeine feindliche Position zu erobern. Infolge der wechselseitigen Beziehungen der sozialen Kräfte war es gezwungen, Hindernisse zu umgehen oder sich ihnen anzupassen. In dieser Praxis war der Marxismus als Denkmethode ein wertvolles Werkzeug politischer Orientierung.

Aber er konnte nicht den possibilistischen Charakter der Klassenbewegung ändern, die ihrem Wesen nach in dieser Epoche in England, Frankreich und Deutschland gleichartig waren."

Also historisch-ökonomische und soziale Bedingungen haben streng notwendig das eigenartige Wesen der Arbeiterbewegung in allen Kulturländern Europas und damit das Wesen der zweiten Internationale bestimmt. Die Internationale schmiegte sich fest den gegebenen Formen des ökonomischen und politischen Lebens der Nationen an und wuchs an diesen Formen zu einer national gegliederten Organisation empor. Hält man sich diesen realistischen, wirtschaftlich-sozialen Charakter der zweiten Internationale fest vor Augen, so begreift man, daß diese beim Kriegsausbruch gar nicht anders handeln konnte, als sie handelte, daß eben die fortgeschrittenen international-sozialistischen Arbeiter Europas, als sie in den Parlamenten die Kriegskredite bewilligten, nur das aussprachen, was ist: daß die zweite internationale Arbeiterbewegung tatsächlich in ganz bestimmten Lebensbedingungen der einzelnen Nationen wurzelte.

Gewiß, einzelne Führer der Internationale, konnten sich, indem sie sich theoretisch über die Grundlagen der zweiten Internationale erhoben, praktisch gegen diese wenden und die Kriegskredite verweigern. Aber damit blieb das Wesen der zweiten Internationale unverändert. Jede Erklärung der Führer, die sich gegen die nationalen

Lebensinteressen der Arbeiter auflehnte, wäre ohne tiefe revolutionäre Wirkungen geblieben, auch wenn sie noch so lärmend nach außen getreten wäre. Und Trotzki täuscht sich selber auch gar nicht über die Wirkung einer derartigen revolutionären Erklärung der Führer am Beginn des Krieges. Er weiß, sie kann den ehernen Gang der Mobilisierung nicht wirklich hindern. Ja, selbst eine direkte Aufforderung zum Massenstreik würde an der eigenartig seelischen Verfassung der Masse im Augenblick der Kriegserklärung elend Schiffbruch erlitten haben. Die Mobilisierung erweckt nach Trotzki bei der Masse „neue Erwartungen, neue Hoffnungen auf Umschwung zum Besseren". In den nationalen Strom werden weite Kreise der vom Sozialismus berührten Arbeiterschaft hineingezogen:

„Die sozialdemokratische Vorhut fühlt sich in der Minderheit, ihre Organisationen sind zur Ergänzung der Heeresorganisation verwüstet. Unter solchen Umständen kann keine Rede sein von revolutionären Aktionen seitens der Partei."

Gerade der Revolutionär L. Trotzki beweist uns überzeugend, daß sich die zweite Internationale gemäß ihres „politischen Charakters", der sich auf die eigenartigen politischen und wirtschaftlichen Kampfesbedingungen der Nationen einstellte, gar nicht anders betätigen konnte, als sie sich praktisch geäußert hat.

Die zweite Internationale war im wesentlichen eine nationale sozialistische Arbeiter-

bewegung. Mit Unrecht sah man vielfach in dieser „Internationalen" eine sich über alle Länder erstreckende und in allen Ländern gleich wirksame Großmacht. Sie schien allgegenwärtig zu sein; ihr Wesen wirkte sich im äußersten Ostasien wie im westlichen Europa aus, und sie verschmolz im Bruderkuß den Stockrussen mit dem waschechten Gelben.

Aber gar hart und brutal rebellierten leider die realen wirtschaftlichen und politischen Tatsachen gegen diese Vorstellung von einer alles umfassenden internationalen Wundermacht. Die tief einschneidendsten Unterschiede klafften in der politischen und wirtschaftlichen Struktur der einzelnen Nationen. Hier der Industriestaat Deutschland, dort der Agrarstaat Rußland, hier die wirtschaftlich und politisch organisierte Berliner Arbeiterschaft, die ganz mit der großstädtischen Kultur verwachsen ist, dort ein rückständiger russischer Ganz- oder Halbanalphabet, der noch von bäuerlichen Anschauungen beherrscht wird.

Spinnfäden, fürwahr, verknüpften die internationalen Arbeiter vielfach miteinander. Auf den Kongressen der Internationale erschienen nur Bruchteile des Weltproletariats, und die Meinungen dieser Vertreter gingen oft in den wesentlichsten Fragen auseinander. Mit Mühe und Not brachte man auf den internationalen Kongressen nach langwierigen Kommissionssitzungen einige sehr allgemeine Resolutionssätze über Kolonialpolitik, über die Ein- und

Auswanderung fremder Arbeiter, über die Frage des Ministerialismus und die Haltung der Arbeiter beim Kriegsausbruch zusammen. Und wie hart stießen gerade in der Frage des militärischen Massenstreikes die Repräsentanten des französischen und deutschen Sozialismus zusammen! Wurde auf einem internationalen Kongreß die Gleichberechtigung aller Rassen theoretisch ausgesprochen, so tobte praktisch der Rassenkampf in den erbittertsten Formen unter den Arbeitern der Alten und der Neuen Welt. Da lehnten sich z. B. sozialistische und gewerkschaftlich organisierte Amerikaner stürmisch gegen die Einwanderung der gelben Rasse auf, weil diese durch ihre Lohndrückerei das Kulturniveau des amerikanischen Proletariats ernsthaft zu gefährden drohte.

Am stärksten und nachhaltigsten berührten sich die Gruppen des international-sozialistischen Proletariats in der Idee des Weltfriedens; aber deren praktische Verwirklichung riß wieder unüberbrückbare Klüfte in der Arbeiterschaft auf. Die Frage des Massenstreikes zur Abwendung des Krieges trennte hier die Arbeiterschaft in zwei völlig geschiedene Welten. Und diese Trennung legte zum Teil die Macht brach, die bereits in den wirtschaftlichen und politischen Organisationen der Arbeiterschaft verkörpert war. Die Methoden der friedlichen Lösung der Weltkonflikte befanden sich noch in statu nascendi, aber sie waren immerhin schon im Werden. Der sozialistische Friedensgedanke

war erst ein unbedeutendes „Stück Verfassung". Zu seiner Fleischwerdung bedurfte er noch mehr Macht. Internationales Handeln offenbarte sich am wirksamsten noch in der Gewerkschaftsbewegung. Aber auch in der internationalen Gewerkschaftsbewegung taten sich noch die klaffendsten Gegensätze zwischen den verschiedenen Kulturnationen auf. Es waren vielfach recht dünne Bänder, die deutsche Gewerkschaften mit den Trade-Unions Englands und mit den gewerkschaftlichen Syndikaten Frankreichs verknüpften. Im Weltkriege zerfaserten sie daher leicht. Das ist wirklich kein ruckweises katastrophales Zerreißen eines vielmaschigen stählernen Netzes zu nennen.

Wohl waren im Jahre 1912 7334900 Gewerkschaftsmitglieder zu einer Internationale äußerlich zusammengereiht, aber diese hohe Ziffer darf uns nicht über die Geringfügigkeit der Gesamtleistungen dieser Internationale täuschen. Die internationalen Sekretariate waren im wesentlichen deutsche Produkte, von 32 Sekretariaten betätigten sich allein 27 in Deutschland. Die Berichterstattung der Sekretariate selbst war sehr bruchstückartig, weil die Gewerkschaften Englands und Frankreichs vielfach nur dürftige Mitteilungen über ihre Tätigkeit lieferten. In dem Verzeichnis der Einnahmen und Ausgaben der internationalen Berufssekretariate für 1912 fehlt bei 13 Sekretariaten jede Angabe über deren finanzielle Verhältnisse. Nicht einmal die Hälfte dieser

Sekretariate buchte regelmäßige Jahresbeiträge. Für internationale Streiks und Aussperrungen flossen nicht einmal 80000 Mark zusammen. Das ganze Ausgabenbudget der Sekretariate bezifferte sich auf nur 168 203 Mark. Sehr betrübend waren die Erfahrungen, die die deutschen Gewerkschaften mit dem Abschluß von Gegenseitigkeitsverträgen mit den Trade-Unions machten, die zur Begründung einer internationalen gewerkschaftlichen Freizügigkeit von ausschlaggebender Bedeutung sind. Man ziehe zu diesem Punkte die Erfahrungen der deutschen Metallarbeiter und deutschen Buchdrucker heran. Dr. Ad. Braun spricht einmal mit Recht von den außerordentlichen Leistungen der deutschen Gewerkschaften für die Lohnkämpfe der Internationale. Und er fügt hinzu: „Vielfach wird dabei mit einer starken Dosis von Tadel bemerkt, daß die deutschen Gewerkschaften ganz unverhältnismäßig große Summen für internationale Zwecke geleistet haben, während die anderen Gewerkschaften sich mehr mit billigen Sympathiekundgebungen als mit in die Augen fallenden und praktisch noch wirksameren materiellen Leistungen bemerkbar gemacht haben. Die tatsächliche Feststellung ist durchaus richtig, und wer an moralischen Wertungen besonderen Gefallen findet, wird hieraus naheliegende Schlüsse ziehen." Braun sieht in diesen Leistungen der deutschen Gewerkschaften mit Recht ein Zeichen ihres Entwicklungsganges zur Reife, ihrer finanziellen Kraft und ihrer höheren Einsicht wie der besseren Durchbildung. Und

diesem moralischen, die Qualitäten der deutschen Gewerkschaften abschätzenden Urteil schließt er noch ein weiteres an: „An Stärke und finanzieller Kraft waren in Europa mit den deutschen Gewerkschaften bloß die Trade-Unions vergleichbar, aber sie haben noch einen weiten Weg zu machen, bis sie zu der Zentralisation der deutschen Gewerkschaften gelangen werden. Wie weit die geistige Beeinflussung ihrer Mitglieder von denen der deutschen Gewerkschaften entfernt ist, zeigt ein Vergleich des Inhaltes und der Art der gewerkschaftlichen Fachorgane in deutscher und englischer Sprache. Das Verständnis für die Verhältnisse des Auslandes und für die wirtschaftlichen Zusammenhänge der eigenen Arbeiterklasse mit der Lage und mit den Entwicklungstendenzen der Arbeiterklasse anderer Länder ist in Deutschland, wenn auch absolut sicherlich nicht genügend, so relativ sehr gut in den Gewerkschaften entwickelt, während es in der englischen Arbeiterschaft, deren geistiges Leben zuletzt infolge des Sportes sehr ungenügend geweckt ist, nur spurenhaft zu finden ist."

Deutschland allein hatte vor dem Weltkriege eine *international gerichtete sozialistische Arbeitermassenbewegung*, und hier war deshalb der internationale Gedanke eine Macht — allerdings auch erst eine *werdende* Macht.

Vom Weltkrieg bis zur dritten Internationale

Bewußtes international sozialistisches Leben äußerte sich vor dem Weltkrieg nur in begrenzten Kreisen. Während der Arbeiter oft nur durch Spinnfäden mit diesem Leben verknüpft war, wurzelte er mit tausend Fasern in seinem nationalen Wirtschafts- und Gesellschaftsleben. Als daher dieses nationale Wirtschaftsleben und mit ihm die ökonomische und soziale Situation des Arbeiters ernsthaft bedroht wurde, da flammten in ihm nationale Leidenschaften auf, da eilte er zu der Fahne seines Vaterlandes. Die deutsche sozialdemokratische Reichstagsfraktion bewilligte die Militärkredite, die englischen Arbeiterführer schlugen die Werbetrommel für das englische Freiwilligenheer, van der Velde wurde Wanderredner für die Tripelentente, der Antiministerielle Guesde wurde Ministergenosse der „Parteiverräter" Millerand und Briand, der Todfeind des Zaren, Burzew, bot sich der Armee Väterchens an, und der Marxist Plechanow kämpfte mit marxistischen Argumenten für den Sieg Rußlands.

Die Bewilligung der Kriegskredite bedeutete nun für die deutsche Sozialdemokratie noch keineswegs, daß sie sich mit Haut und Haaren der Regierung verkaufte. Welche Kräfte auf beiden Seiten immer den Krieg entbunden haben mochten, Deutschland stand im August 1914 vor der stärksten

Koalition von Verbündeten, die bisher den deutschen Boden bedrängte. Wir Deutsche hatten alle ein Lebensinteresse daran, daß der Krieg nicht in die deutschen Gaue getragen wurde.

Die deutsche sozialdemokratische Fraktion verfiel von vornherein nicht in die Einseitigkeit der deutschen Regierung und schob allein die Schuld am Kriege den fremden Mächten zu. Die Sozialdemokratie sprach in ihrer Erklärung vom 4. August von der Kollektivschuld aller imperialistisch gerichteten Mächte. „Die Folgen der imperialistischen Politik, durch die eine Ära des Wettrüstens herbeigeführt wurde und die Gegensätze unter den Völkern sich verschärften, sind wie eine Sturmflut über Europa hereingebrochen. Die Verantwortung hierfür fällt den Trägern dieser Politik zu, wir lehnen sie ab ... Uns drohen die Schrecknisse der feindlichen Invasion. Nicht für oder gegen den Krieg haben wir heute zu entscheiden, sondern über die Frage der für die Verteidigung des Landes erforderlichen Mittel." Im Gegensatz zur Regierung erklärte die Sozialdemokratie sofort ihr Kriegszielprogramm: Sie verwarf jeden Eroberungskrieg und proklamierte das Recht jedes Volkes auf Selbständigkeit und Selbstverteidigung.

Bei der zweiten Kriegskreditbewilligung hielt die sozialdemokratische Reichstagsfraktion im Gegensatz zur Reichsregierung an der Ansicht fest, daß ein Unrecht an Belgien und Luxemburg begangen sei, und daß die territoriale

Integrität und Unabhängigkeit Belgiens nicht angetastet werden dürfe. Abermals betonte die Partei, daß Deutschland nur einen Verteidigungskrieg führen und ihn durch einen Frieden beendigen wolle, der die Freundschaft mit den Nachbarvölkern ermögliche.

In der Kriegspolitik hatte sich also ein greifbarer Unterschied zwischen der deutschen Sozialdemokratie und der Regierung herausgearbeitet.

Bei jeder Kriegskreditbewilligung ist von der deutschen Sozialdemokratie der Gedanke der Landesverteidigung betont, aber niemals das Vertrauen zur Politik der Reichsregierung ausgesprochen worden. Bei der dritten Kriegskreditbewilligung bekannte sich die Sozialdemokratie sofort als grundsätzliche Friedenspartei, als Vertreterin des internationalen Sozialismus, und sie forderte direkt die Regierung schon zu einem Friedensangebote auf.

Die Partei machte sich also durchaus nicht in der Kriegsfrage zur Trägerin der Regierungspolitik, sondern stand im ausgesprochenen Gegensatz zur Regierung, die sich immer und immer wieder weigerte, einen Frieden ohne Annexionen als Kriegsziel zu verkündigen. Fortgesetzt wurde die Regierung von der Partei gedrängt, nun endlich offen mit einem Friedensangebot hervorzutreten, und als schließlich Deutschland und seine Verbündeten dieses Angebot an die kriegführenden Mächte erließen, gab sich die Partei mit diesem Zugeständnis der Regierung nicht

zufrieden, sondern erzwang in der Julikrise des Jahres 1917 die Anerkennung des Verständigungsfriedens von der Regierung.

Als sich die deutsche Reichsregierung im Brest-Litowsker Vertrag gegen den Geist des Verständigungsfriedens versündigte, kennzeichneten die sozialdemokratischen Fraktionsredner den Brest-Litowsker Frieden als einen Gewalt- und Schwertfrieden, und die Fraktion enthielt sich, da sie diesen Frieden in keinem Falle billigen konnte, der Abstimmung. Da sich die Kriegspolitik der Regierung nun weiter in der Bahn des Brest-Litowsker Friedens bewegte, verweigerte ihr die Sozialdemokratie das Budget, um damit in schärfster Form ihren Gegensatz zu dieser Politik zum Ausdruck zu bringen.

Als ausgesprochene Gegnerin der Regierungspolitik bekundete sich die sozialdemokratische Mehrheit in den Lebensmittelfragen, in der Steuerfrage, in den Fragen der Zensur und des Belagerungszustandes. Die Regierung kehrte sich nicht an die Eingaben der Sozialdemokratie gegen die Erhöhung der Höchstpreise für Getreide, sie regelte nicht im Sinne der Partei die Preisgestaltung auf dem Lebensmittelmarkte, sie griff nicht zu einer Politik der Beschlagnahme und des Verkaufszwanges.

Als die Regierung mit einem Steuerprogramm aufmarschierte, in dem der Massenkonsum einseitig belastet wurde, verweigerte die Sozialdemokratie ihr das Budget.

Nicht kleiner war übrigens die Kluft, die sich zwischen der Regierung und der sozialdemokratischen Mehrheit in der Beurteilung der Massenstreikbewegung des Januars 1918 auftat. Die Regierung und zum Teil die bürgerlichen Parteien brandmarkten förmlich diesen Streik als Landesverrat, während die Abgeordneten der sozialdemokratischen Fraktion in die Streikleitung eintraten. Die Sozialdemokratie anerkannte die Berechtigung der tiefen Mißstimmung der streikenden Arbeiterschaft, eine Mißstimmung, die durch die Ernährungsschwierigkeiten, durch den Druck des Belagerungszustandes, durch die Verschleppung der Wahlreform und nicht zuletzt durch die unklare Haltung der Regierung in der Friedensfrage hervorgerufen war.

Im Frühling 1915 ging eine Minderheit der deutschen Sozialdemokratie selbständig in der Friedensfrage vor, und sie stimmte bei der fünften Kriegsanleihe gegen die Kriegskreditbewilligung. Die Minderheit schloß sich dann 1917 zur Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei zusammen, der bald sich die radikale Spartakusgruppe gegenüberstellte.

Der Weltkrieg brachte den äußeren Zusammenbruch der Internationale. Alle Bemühungen der deutschen Sozialdemokratie, die auseinanderfallende Internationale zusammenzufügen, scheiterten zunächst. Der angestrebte Stockholmer Kongreß kam nicht zustande, und die internationalen Kundgebungen der deutschen und österreichischen

Sozialdemokratie weckten kein Echo in Frankreich und England.

In Deutschland und Österreich entstand unter dem Einfluß des Weltkrieges eine anregende international-sozialistische Literatur, aus der besonders die Arbeiten von Max Adler, Karl Kautsky, Rudolf Goldscheid, Eduard Bernstein, Dr. David, Konrad Häniſch und Karl Renner in den Vordergrund der sozialistischen Bewegung traten. Wir heben hier nur die Schrift des zuletzt genannten österreichischen Sozialdemokraten: „Marxismus, Krieg und Internationalismus" hervor, weil sie in weiten Kreisen ein tiefes Verständnis für den neuen geschichtsbildenden Gedanken des Völkerbundes weckte. Das Buch Renners ist reich an geistvollen Versuchen, den Marxismus fortzubilden, und zwar an der Hand der Tatsachen, die uns besonders in den letzten Sturmjahren wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung ins Bewußtsein getreten sind. Fast mit der Nase wurden wir namentlich auf die wachsende Durchstaatlichung und Sozialisierung der Wirtschaft gestoßen — und diesem das Wesen der heutigen Ökonomie umformenden Prozeß widmet Dr. Renner viele Seiten seiner gedankenreichen Schrift. Die Idee der „Durchstaatlichung" läuft nach ihm durch die ganze Geschichte der Menschheit, sie wandelt frühere Kampfesformen um und zeigt uns den aus der Kriegsepoche herausführenden Weg zu einem gesellschaftlichen Zustand des Dauerfriedens. Dr. Renner ist kein phantastischer Friedensschwärmer, der die reale,

von blutigen Kämpfen durchtobte Welt aus den Augen verliert und sich in die Herrlichkeiten des ewigen Friedensreiches einfach hineinträumt, nein, er forscht streng und ernst nach den wirklichen Entwicklungstendenzen der menschlichen Gesellschaft und sucht wissenschaftlich zu ergründen, ob diese uns allmählich zu einer kriegslosen Phase der menschlichen Gesellschaft leiten. Dr. Renner überschaut die Geschichte der menschlichen Gesellschaft und verfolgt das Werden der staatlichen Gewalt und ihrer rechtlichen Funktionen. Vor der eigentlichen Entfaltungsepoche des Staates liegt die Rechtspflege in den Händen der Geschlechter, der Großfamilienverbände. Jeder Mord an dem Mitgliede eines Geschlechtes wird noch durch regelrechte Fehde der Verbände entschieden. Für den Mord haftet nicht der einzelne Mörder, sondern das ganze Geschlecht, dem der Mörder angehört. Ein Mord zieht den Massenmord ganzer Familienglieder nach sich. Das Strafsystem der Blutrache herrscht. Mit der Entstehung des Staates zieht dieser die Verfolgung der einzelnen Verbrechen an sich: er schaltet den Krieg der Geschlechter aus, regelt das Strafverfahren und bedenkt nur den individuellen Verbrecher noch mit Strafe.

„Während jedes Rechtsverhältnis vordem," so führt Dr. Renner aus, „durch beständigen Kampf und ständige Kampfesbereitschaft jedes einzelnen aufrechterhalten werden mußte, hält nunmehr der Staat eine allgemeine und einfache Zwangsorganisation für jedermann bereit: jeder einzelne,

der sein Recht gekränkt erachtet, setzt sie durch Anzeige oder Klage für sich in Bewegung. Wir genießen durch diese Sozialisierung und Ökonomisierung des Zwanges den unermeßlichen Vorteil, daß jetzt Zwang erst dann bereitgestellt wird, wenn der Spruch eines objektiven Dritten, des Richters, die Rechtsverletzung bekundet hat ... Der Kampf ist eine ewige soziale Kategorie, der kriegerische Kampf jedoch nicht ... Der Fortschritt vom Faustrecht zum Zivilprozeß, von der Blutrache zum Strafprozeß stellt eine Evolution der sozialen Mittel dar, die auf die Ökonomie natürlich die größte Rückwirkung hat. Sie hat den Klassenkampf nicht einen Augenblick aufgehoben, wohl aber verrechtlicht. Der Kampf ist nicht unerläßlich ein Kampf mit allen und besonders mit blutigen Mitteln. Die Rechtsordnung hebt den Kampf nicht etwa auf, sie schränkt nicht etwa bloß seine Mittel ein, indem sie gewisse Waffen verbietet, sie organisiert vielmehr den Kampf positiv, indem sie ihre besonderen Kampffelder einrichtet (Gerichte, Vertretungskörper, auch auf Märkten, Börsen), das Kampfverfahren regelt (Prozeßordnung, Wahlordnungen, parlamentarische Geschäftsordnungen, aber auch Marktvorschriften, Mietsordnungen) und den Sieg im Kampfe als erworbenes Recht des Subjekts auf die Dauer außer Streit setzt. Eine hervorstechende Seite der menschlichen Zivilisation ist diese Verrechtlichung des Kampfes, sie kann als kennzeichnendes Unterscheidungsmerkmal der Zivilisation

von der Barbarei gelten. Um nichts anderes handelt es sich bei der Organisation der Welt. Weder der Antagonismus der Klassen noch jener der Völker soll oder kann durch sie aufgehoben werden, beide aber sollen nicht länger durch das blinde Gottesurteil der Eigenmacht, sondern durch geordnetes Rechtsverfahren ausgetragen werden. Die theoretischen Nationalisten und Militaristen, die die Friedensbewegung aus dem Grunde bekämpfen, weil sie angeblich die Kampfnatur des Menschen verkenne, weil sie dem Menschen alle Kraft und der Gesellschaft allen Antrieb nehme, begreifen nicht, worum es sich handelt, und reden so albern wie einer, der behaupten möchte, die wirtschaftliche Konkurrenz sei verkümmert, seitdem der Eigentümer nicht mehr sein Besitztum selbst jede Stunde mit der Waffe zu verteidigen habe, sondern feige mit dem Gegner zusammen das Recht vor dem Richter sucht. Das Gegenteil ist vielmehr richtig: Seitdem den Eigentümern der harte Zwang, Person und Sache durch Eigenmacht zu behaupten, durch die Staatsordnung abgenommen ist, sind sie erst in der Lage, ihre ganze Tatkraft auf den wirtschaftlichen Wettkampf zu verlegen. Ähnlich gilt es auch für die Völker. Erst wenn sie der furchtbaren Last und Verantwortung der Selbstbehauptung mit den Waffen ledig sind, können sie kraft ihrer Tüchtigkeit wirtschaftlich und kulturell wetteifern, allerdings nur mit rechtlichen Mitteln, in rechtlich geordneter Verfahrensweise."

Der Staat, der im Straf- und Zivilprozeß ein rechtlich geordnetes Verfahren schuf, dehnt im Laufe der sozialen Entwicklung seine Funktionen räumlich beträchtlich aus. Im Mittelalter stößt noch im Rahmen der gleichen Nation selbständiges Stammesherzogtum gegen selbständiges Stammesherzogtum und später Landesherrschaft gegen Landesherrschaft. Die zentrale deutsche Staatsgewalt ist noch völlig verkümmert und müht sich erfolglos an der Schaffung eines allgemeinen Landfriedens ab. Und später, ja bis zu der Schwelle unseres Zeitalters, bekriegen sich die deutschen Einzelstaaten untereinander, und die „Bruderkriege" stehen in Hochblüte. Die sich gewaltig ausreckende Wirtschaft wirft dann die Grenzschranken um, organisiert den Deutschen Zollverein und ruft den größeren preußisch-deutschen Staat, in dem nun der Krieg der Einzelstaaten gegeneinander ausgeschlossen ist, ins Leben. Das Kriegsrecht der einzelnen Landesväter wird beseitigt, der allgemeine Landfrieden gesichert. Und die nationale Wirtschaft und der nationale Staat setzen sich bei allen großen Kulturvölkern im neunzehnten Jahrhundert durch.

Aber die Wirtschaft sprengt bald den engen nationalen Rahmen und schreitet zur Weltwirtschaft fort. Die Weltwirtschaft aber wird den Weltstaat nach sich ziehen. Nach Renner wird die Organisation der Welt erst dann vollendet sein, „wenn eine öffentliche Gewalt aufgerichtet ist, die imstande ist, die Eigenmacht des

Friedensstörers mit der größeren Gesamtmacht der Gemeinschaft niederzuhalten. Solange diese Gesamtmacht nicht besteht, ist die Ordnung der Welt prekär und der Friede nicht zu sichern."

Wie wird diese „Gesamtmacht" entstehen? Entweder auf kriegerisch-revolutionärem oder auf dem Verständigungswege. Es ist nach Renner nicht ausgeschlossen, daß sich im weltgeschichtlichen Ringen der Völker eine souveräne Macht über alle bestehenden Gewalten erhebt und sich so die politische Organisation der Welt vollzieht, aber auch der Weg der Verständigung, der Vereinbarung öffnet sich nach dieser Richtung hin. So schlossen sich die englischen Kolonien Nordamerikas, die rechtlich selbständige Staaten waren, zu einer Gemeinschaft zusammen und schufen eine einheitliche Gesamtgewalt. Und in Versailles vereinigten sich die deutschen Einzelstaaten zum Deutschen Reiche. „Der Weg der Vereinbarung," so betont Renner, „war schon vor dem Kriege auf siegreichem Vormarsch. Der Haager Schiedshof, die zahlreichen internationalen Verwaltungsämter und rechtsschöpfenden Staatskongresse vom Berliner Kongreß bis zur Londoner Balkankonferenz haben die ersten Ansätze zu einer höchsten richtenden, verwaltenden und gesetzgebenden Gewalt gezeitigt. Auch Fälle gemeinsamer internationaler Exekution können angeführt werden (gegen China, um Kreta, in Mazedonien)."

Der Weg der freien Vereinbarung ist vor allem der Weg der Sozialdemokratie.

Auf ihm will der demokratische Sozialismus eine Gesamtmacht und damit eine sichere Bürgschaft eines dauernden Friedens schaffen.

Die Bahn, auf deren Beschreiten die Sozialdemokratie so ungestüm drängte, ist leider nicht von der Geschichte eingeschlagen worden. Sie hat den kriegerisch-revolutionären Weg betreten.

Bezeichnenderweise haben immer wieder große Kriege den Gedanken des Weltbundes geweckt. Dr. Renner erinnert daran, daß der Dreißigjährige Krieg mit dem Westfälischen Frieden zum Schöpfer des europäischen Völkerrechtes wurde und mit dem ersten Staatenkongreß aller Mächte Europas abschloß. Hier, in einem allerdings nur sehr kurzläufigen Bunde, ein erster Versuch, die aus den Fugen geratene Welt wieder einzurenken! Die Völkerkriege der napoleonischen Zeit wurden durch den Wiener Kongreß beendet. „Auf ihm entstand jenes reaktionäre Zerrbild einer neuen Weltordnung, die sogenannte ‚heilige Allianz'. Am 26. September 1815 wurde zwischen den Herrschern von Rußland, Österreich und Preußen, und zwar auf Bestreben des Zaren Alexander, ein Bund geschlossen, dem auch fast sämtliche Fürsten Europas beitraten, und der den ausgesprochenen Zweck verfolgte, den Frieden des Weltteiles aufrechtzuerhalten. Ein engeres Bündnis zwischen Rußland, England, Preußen und Österreich (20. November 1815), das sich zur Aufgabe machte, Europa einverständlich den äußeren und den — inneren

Frieden zu diktieren. Eine Pentarchie schuf sich ein Organ in den wiederkehrenden Kongressen, zu Aachen 1818, Troppau 1820, Laibach 1821, Verona 1822. Alle auftauchenden Streitigkeiten zwischen irgendwelchen Mächten sollten auf diesen Kongressen geschlichtet werden nach dem Grundsatz des status quo (Legitimationsprinzip) und die Entscheidung durch die beauftragte bewaffnete Intervention einer der Großmächte durchgeführt werden. So kam eine große Zukunftsidee zum erstenmal zur Erscheinung in reaktionärer Verballhornung." (Dr. Renner.)

Der Berliner Kongreß des Jahres 1878 stellte sich, bei Licht besehen, als eine geradezu unerhörte „Bevormundung" eines sehr selbstbewußten Volkes, des im türkischen Kriege siegreichen russischen Volkes, dar. Die Balkanfrage wurde nicht als eine Frage zwischen streitenden Nationen, sondern als eine ganz Europa gemeinsam interessierende Frage behandelt. Die rechts- und staatsschöpferische Bedeutung dieses Berliner Kongresses stellt folgende Bemerkung Dr. Renners in das rechte Licht: „Zum erstenmal mußten sich die Kriegführenden, die untereinander zum Frieden gelangt waren, der Berufung an einen Staatenkongreß unterwerfen, Rußland mußte einen beträchtlichen Teil seiner Eroberungen herausgeben, der Balkan wurde anders, nach dem Willen der Großmächte geordnet, und Österreich-Ungarn behielt das europäische Mandat, Bosnien in seine Verwaltung zu

nehmen. Damit wurde mit höchster Deutlichkeit eine oberhoheitliche Instanz über die Kriegführenden aufgerichtet, welche die Staatsgrenzen festsetzte und nicht nach den Machtverhältnissen oder dem Belieben der Nachbarn, sondern nach dem vorgestellten Gesamtinteresse der Welt, eine Instanz, die ohne Krieg Länder zu- und absprach, über Staatsteile fremde Mächte als Verwalter berief, gewisse Schlüsselstellungen neutralisierte und so fort. Wer für die Fortschritte von Rechtsgedanken ein Organ besitzt, fühlt deutlich, daß die Kongreßidee fortgeschritten sei zu der Praxis internationaler Gesetzgebung und Verwaltung, international nicht bloß in dem Sinne der ‚Zwischenstaatlichkeit', sondern im Sinne der Aufrichtung einer internationalen höchsten Gewalt, der jeder sonst souveräne Staat Unterwerfung zu leisten hat."

Die Kriege der nur halb absolutistischen napoleonischen Zeit brachten uns einen europäischen Fürstenbund zur Sicherung des Friedens. Der Weltkrieg der aufstrebenden, sich politisch und wirtschaftlich befreienden Völker: wird er einen Weltbund zur Lösung der großen Menschheitsfragen ins Leben rufen?

So hat der Weltkrieg der internationalen Idee einen ganz neuen riesenhaften Wirkungskreis geschaffen — geschaffen allerdings auf „kriegerisch-revolutionärem" Wege. Diesen Weg hatte Friedrich Engels 1891 schon vorgezeichnet, als er

den internationalen Sozialismus aus den Trümmern eines Weltkrieges aufsteigen sah.

Mit dem Weltkriege wurde der Gedanke an die Weltrevolution wieder lebendig.

Schon kurze Zeit nach dem Ausbruch des Weltkrieges im Herbst 1914 hat der russische Revolutionär Trotzki in einer Schrift: „Der Krieg und die Internationale" das Kommen der Weltrevolution und der dritten revolutionären Internationale vorausgesagt, die auf ehernen Sandalen mit wild wehenden Locken einherschreiten werde. Blutig rot wird sie dem furchtbaren Weltkrieg entsteigen, der dem kampferprobten Proletariat den gesetzlichen Geist genommen und es zu kühner Gewalttat erzogen hat. Trotzki schreibt nämlich: „Das Proletariat, das durch die Schule des Krieges gegangen ist, wird beim ersten ernsten Hindernis innerhalb des eigenen Landes das Bedürfnis empfinden, die Sprache der Gewalt zu gebrauchen. Not kennt kein Gebot! wird es demjenigen zurufen, der versuchen wird, es durch die Gebote bourgeoiser Gesellschaft zurückzuhalten. Und die Not, jene furchtbare wirtschaftliche Not, die im Laufe dieses Krieges und nach seiner Einstellung herrschen wird, wird geeignet sein, die Massen zur Verletzung so mancher Gebote zu drängen. Die allgemeine ökonomische Erschöpfung Europas wird am unmittelbarsten und schärfsten auf das Proletariat einwirken. Die materiellen Hilfsquellen des Staates werden durch den Krieg erschöpft sein, die Möglichkeit einer Befriedigung der Forderung der

Arbeitermassen wird sich als äußerst begrenzt erweisen. Dies wird zu tiefgehenden politischen Konflikten führen müssen, die, sich immer erweiternd und vertiefend, den Charakter einer sozialen Revolution annehmen können, deren Gang und Ausgang zur Zeit selbstverständlich niemand vorausbestimmen kann."

Abstreifen wird nach Trotzki diese Internationale alles, was ihr der ein Vierteljahrhundert währende, friedliche Geschichtsprozeß an sanftlebendem „possibilistischem" Fleisch angesetzt hatte. Auf dem Scheiterhaufen des Weltkrieges verbrannte die zweite Internationale, das mußten wir den bewegten Worten Trotzkis entnehmen; aber diese Internationale ist ein Phönix, der sich aus seiner Asche erhebt und mit neuem Lebensgeist erfüllt: „Die Geschichte arbeitet," schreibt Trotzki, „mit titanischer Erbarmungslosigkeit. Was bedeutet ihr die Kathedrale von Reims? Und was einige hundert oder tausend politische Reputationen? Und was ist ihr Leben oder Tod von Hunderttausenden oder Millionen? Das Proletariat hat sich zu lange in der Vorbereitungsklasse aufgehalten, viel länger, als seine großen Vorkämpfer es sich gedacht haben: die Geschichte nahm den Besen zur Hand, warf die Internationale der Epigonen auseinander und führte die schwerfälligen Millionen ins Feld, wo ihnen mit Blut die letzten Illusionen abgewaschen werden." Trotzki, der Bolschewist, wurde mit Lenin der Künder der „Diktatur des Proletariats", und er warf in der zweiten

russischen Revolution des Jahres 1917 die Demokratie nieder und richtete mit beiden Händen die „Räte-Republik" auf. Mit dieser russischen Räte-Republik erklärte sich in Deutschland die kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands, der Spartakusbund, solidarisch.

Der Bolschewismus will mit Hilfe der despotisch gehandhabten Regierungsgewalt die bestehenden Machtverhältnisse einfach aus der Welt hinaussprengen, er strebt die gewaltsame Vernichtung des Privateigentums und des Staates an. Der Staat wird zu einem Staat bewaffneter Arbeiter, Bauern und Soldaten. Der Staatszweck Lenins besteht im wesentlichen in der Unterdrückung der „Ausbeuter". Das „Volk" hält die Ausbeuter nach Lenin „durch die einfache Organisierung der bewaffneten Massen" nieder, etwa, wie er ausdrücklich bemerkt, „in der Art der Arbeiter- und Soldatenräte". Mit bewaffneten Massen denkt er vor allem die sozialistische Gesellschaftsordnung zu schaffen. Der Grundton seiner despotischen Maßnahmen ist das Knattern der Maschinengewehre, mit Gewalt will er den Sozialismus überhaupt dekretieren. Und Lenin wagt es, sich auf Marx zu berufen, wenn er von der Diktatur des Proletariats spricht. Hat Marx denn je an Räte der Bauern, Arbeiter und Soldaten gedacht, wenn er von der „Diktatur des Proletariats" sprach?

Ihre Idee der Diktatur des Proletariats wollen die Bolschewisten dem Begründer des modernen

Sozialismus Karl Marx entnommen haben. In der Tat hat Lenin aus einzelnen Marxschen Ausführungen sein theoretisches bolschewistisches Lehrgebäude aufgeführt. Man richtet selbstverständlich einen groben Unfug mit dem Marxismus an, wenn man aus einigen Kraftsprüchen Marxscher revolutionärer Broschüren ein theoretisches System der Umgestaltung des Kapitalismus in den Sozialismus aufbaut. Wenn in Marx revolutionäres Feuer flammt, dann entzündet sich in ihm kein ruhiges Aufklärungslicht, sondern ein mächtig roter, aber qualmender Feuerbrand. In seinen Pamphleten verliert Marx häufig das seelische Gleichgewicht. Er übertreibt, verspottet, ja schimpft in diesen Schriften. Man lese die Marxschrift: „Herr Vogt", man unterrichte sich über die Marxschen Ausfälle gegen Bakunin — und man wird unser Urteil zutreffend finden. Es ist erfreulich, daß Franz Mehring in seinem Marxwerk endlich mit den merkwürdigen Überlieferungen gebrochen hat, die vielfach über den Streit Marx-Bakunin in großen sozialdemokratischen Kreisen in Umlauf waren.

Marx als Sozialwissenschaftler ist eine andere Person als Marx der revolutionäre Politiker. Dieser Politiker wittert ständig soziale Katastrophenluft und prophezeit bereits 1848 den inneren Zusammenbruch der kapitalistischen Gesellschaft. Denn nach seiner Ansicht waren 1848 schon in England die sich gesellschaftlich organisierenden Produktivkräfte über die

kapitalistische Eigentumsform (Produktionsform) hinausgewachsen.

Marx als Politiker ist nicht zu verstehen, wenn man ihn nicht ganz historisch auffaßt, wenn man ihn nicht als Zeitgenossen der völligen Verelendung des englischen Proletariats wertet. Das England der kapitalistischen Oligarchie des Jahres 1848 schien auf den reinen Umsturz gestellt zu sein. Für dieses analphabetische, zum Teil degenerierte Proletariat schien sich keine Möglichkeit zu einem allmählichen wirtschaftlichen und politischen Aufstieg zu eröffnen. Daher jäher revolutionärer Zusammenstoß des Proletariats mit der Bourgeoisie und baldige Krönung des revolutionären Klassenkampfes durch die Diktatur des Proletariats. Das England, das seinen Bauernstand in einem sich durch mehrere Jahrhunderte hindurchziehenden Enteignungsprozesse förmlich aus der Welt geschafft hatte, kannte allerdings nur noch zwei geschichtlich aktionsfähige Klassen: die oligarchische Bourgeoisie (verbürgerlichter Landadel und großindustrielle Klasse) und das Proletariat.

Der große Kritiker der bürgerlichen Gesellschaft war in keinem Augenblicke seines Lebens in dem Utopismus befangen, daß das Proletariat den Sozialismus dekretieren, daß die Gesellschaft mit beiden Füßen in den Sozialismus hineinspringen könnte. Die Gesellschaftsform, die aus der kapitalistischen Wirtschaft herausgeboren ist, verleugnet nach Marx ihre Abstammung nicht,

sie ist behaftet „ökonomisch, sittlich und geistig mit den Muttermalen der alten Gesellschaft, aus deren Schoß sie herkommt".

Marx als Historiker sieht die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Zustände der Gegenwart und Zukunft in engster äußerer und innerer Verknüpfung. Er weiß, daß die Gesellschaft nicht plötzlich eine funkelnagelneue ideale sozialistische Güterverteilung einführt, sondern daß diese sich an die frühere Verteilung fest anschließt. In seinem Hauptwerk, dem „Kapital", macht er einmal die bezeichnende Bemerkung, daß die Art der Verteilung mit der besonderen Art des gesellschaftlichen Produktionsorganismus selbst und der entsprechenden geschichtlichen Entwicklungshöhe der Produzenten zusammenhängt. Der Wohlstand für alle setzt eben einen hohen Grad der Ergiebigkeit der gesellschaftlichen Arbeit voraus, der eine möglichst vollkommene Sättigung aller gesellschaftlichen Bedürfnisse ermöglicht. Daher ist der Sozialismus wirtschaftlich an einen hochentwickelten „Produktionsorganismus" gebunden. Die Verteilung dieser Erträgnisse richtet sich aber nach der sittlichen und geistigen Entwicklungshöhe der Produzenten.

Marx, der als Revolutionär in seinen Propagandaschriften und Pamphleten absichtlich eine scharf aufreizende Sprache redet und der despotische Eingriffe in die kapitalistische Gesellschaft befürwortet, ist sich als sozialistischer Entwicklungstheoretiker völlig über die Tragweite dieser Eingriffe

im klaren. Er weiß, daß man den Sozialismus nicht einfach von oben beschließen kann. Ständig mit dem Gedanken beschäftigt, das ökonomische Bewegungsgesetz der modernen Gesellschaft zu enthüllen, erklärt er im „Kapital", daß man „naturgemäße Entwicklungsphasen weder überspringen noch wegdekretieren kann". Die Gesellschaft kann aber die Geburtswehen abkürzen und mildern. Die Gesellschaft selbst ist „kein fester Kristall, sondern ein umwandlungsfähiger und beständig im Prozeß der Umwandlung begriffener Organismus" (Marx).

In der deutschen fortgeschrittenen sozialen Revolution des Jahres 1918 rechnete nur der Spartakusbund mit der Diktatur des Proletariats. In Deutschland hebt sich nämlich wirtschaftlich machtgebietend noch die Bauernschaft hervor. Keine verelendende, untergehende, sondern eine sieghaft und schnell emporschießende Klasse! In der Novemberrevolution tauchte sofort das Wort von den Bauernräten auf. Diese Bauern sind keine sozialistischen Proletarier, sondern eigentumsfrohe und leistungsfähige selbständige Produzenten.

Den Tatsachen nach erkennt man durch die Forderung der Bauernräte die politische Bedeutung der Bauernschaft an, in dem Schlagwort dagegen redet man ruhig von der „Diktatur des Proletariats" weiter. Man setzt in der Theorie den marxistischen Irrtum von dem untergehenden selbständigen Bauernstand fort, in

der Praxis jedoch wertet man bereits den Bauernstand als eine bestimmende politische Macht. Neben das Proletariat als den Träger des Sozialismus stellt sich der Bauernstand als Vertreter einer Privatwirtschaftsweise. Keine ausschließliche Herrschaft einer Klasse mehr, sondern Teilung der politischen Gewalt zwischen zwei Klassen. Das prägt sich in der neuen Parole von den Arbeiter- und Bauernräten aus. Wie kann man da noch weiter von der „Diktatur des Proletariats" reden?

In der neuen politischen Forderung von der Herrschaft der Arbeiter- und Bauernräte scheint sich die Einsicht Bahn zu brechen, daß das sozialistische Proletariat bestehende wirtschaftliche Machtverhältnisse durch politische Beschlüsse nicht aus der Welt schaffen kann. Die politische Gewalt einer sozialen Klasse hat ihre Grenzen. Vorhandene wirtschaftliche und politische Machtverhältnisse lassen sich auch nicht mit Maschinengewehren zusammenschießen.

Die Novemberrevolution trug neues Feuer in die internationale Bewegung hinein. Die bolschewistisch-terroristischen Elemente Deutschlands und Rußlands verbündeten sich aufs engste, und die Bannerträger des demokratischen Sozialismus fanden sich in der Propaganda des Völkerbundgedankens und der internationalen Arbeiterschutzgesetzgebung zusammen. Und wenige Monate nach der Novemberrevolution, in den denkwürdigen ersten Februartagen 1919, regte sich wieder die „Internationale".

Die „Internationale" als Verständigungsorgan des national organisierten Proletariats für dessen internationale und soziale Interessen hat wieder ihre Tätigkeit aufgenommen. Sie ist eben für die Arbeiterschaft der Kulturnationen zu lebensnotwendig. Denn die gleichen Arbeitslohn-, Arbeiterschutz- und Arbeiterversicherungsprobleme ergreifen mit gleicher Kraft den Proletarier des Kontinents wie den Englands. Und nach dem Krieg packt die Frage der politischen Demokratie stärker denn je die Arbeiter der europäischen Kulturwelt. Unzweifelhaft konnte die ungeheuere Katastrophe dieses Weltkrieges nur so zerstörend hereinbrechen, weil der in den Volksmassen lebende Friedenswille noch zu ohnmächtig war, und die Demokratie weltpolitisch vor einer Frage stand, zu deren Lösung ihr die politischen Organe noch fehlten.

Am 3. Februar 1919 wurde in Bern ein internationaler Sozialistenkongreß eröffnet, der zu drei großen Problemen Stellung nahm: zum Völkerbunde, zur territorialen Frage und zu den Arbeiterschutzbestimmungen, die in den Friedensvertrag aufgenommen werden sollen.

Mit dem internationalen sozialistischen Kongreß tagte zugleich in Bern eine internationale Gewerkschaftskonferenz, zu der sich gemeldet hatten: aus Deutschland 4 Delegierte, aus Deutsch-Österreich 3, aus Ungarn 1, aus Böhmen 1, aus Frankreich 13, aus Griechenland 2, aus Kanada 1, aus der Schweiz 9, aus Schweden 3, aus Norwegen 3 und aus Dänemark 2.

Die Beschlüsse und Proklamationen beider Tagungen werden für die beginnende Neuorganisation der internationalen Beziehungen und für die künftige Gestaltung des Arbeiterrechtes von grundlegender Bedeutung sein. In den Zeiten vor dem großen Weltkrieg konnten die Regierungen es noch wagen, mit einer selbstbewußten Geste über die Forderungen internationaler Arbeiterkongresse hinwegzugehen. Damals hatten viele Beschlüsse dieser Arbeitertagungen leider nur einen papiernen Wert. Heute stehen ganz andere machtbewußte politische und gewerkschaftliche Verbände hinter den Beschlüssen der Arbeiterkongresse. Eine grundstürzende politische und soziale Revolution hat sich in Mittel- und Ostdeutschland vollzogen. In den west- und südeuropäischen Staaten hat die Position der arbeitenden Klasse ebenfalls eine tiefgreifende Änderung erfahren. Was heute machtgebietende Arbeiterverbände beschließen, das wird sicher bald Leben, kraftstrotzendes Leben gewinnen. In den Beschlüssen der internationalen Kongresse regt sich nicht mehr eine ferne Zukunft, sondern unmittelbarste Gegenwart. Wenn wir den Geist unserer neuschaffenden Zeit erkennen wollen, dann müssen wir wenigstens in die grundlegenden Beschlüsse der beiden Kongresse eindringen.

So fand sich z. B. in der Völkerbundfrage der internationale sozialistische Arbeiterkongreß in folgendem Beschluß zusammen:

Die Vereinigung der Völker zu einer innigen Gemeinschaft gehörte von jeher zu den vornehmsten

Idealen der Sozialisteninternationale. Dieses Ideal entspringt der Solidarität der Proletarier aller Länder und aus dem sozialistischen Endziel, das sich nicht national, sondern nur international verwirklichen läßt. Der Weltkrieg machte das sozialistische Ideal der Gesellschaft der Nationen zu einer dringenden Aufgabe der Gegenwart auch für die nichtsozialistischen Elemente. Er zeigte, daß bei der heutigen Höhe der militärischen Technik und des Verkehrs jeder Krieg die Tendenz hat, die ganze Welt in zwei feindliche Heerlager zu entzweien, die sich gegeneinander mit den grauenvollsten Mitteln der Kriegführung bis zur völligen Erschöpfung bekämpfen. Der jüngste Krieg brachte die Welt an den Rand des Abgrundes, der nächste würde sie völlig vernichten. Schon die Vorbereitungen zu einem neuen Krieg würden die Welt zugrunderichten. Das Unheil kann nur gehemmt werden durch die Herbeiführung einer Gesellschaft der Nationen. Sie soll von den Volksvertretungen der verschiedenen Länder gebildet werden. Sie muß ausgehen von einem Rechtsfrieden, der keinen neuen internationalen Konfliktsstoff hat. Die auf dem Grundsatz der Selbstbestimmung der Völker aufgebauten Staaten müssen in die Gesellschaft der Nationen aufgenommen werden. Alle Mitglieder der Gesellschaft haben die gleichen Rechte und die gleichen Pflichten zur Durchführung ihrer Aufgaben, und die Völkerschaften, die noch nicht zum Selbstbestimmungsrecht gelangt sind, sollen von der

Gesellschaft der Nationen geschützt und dahin entwickelt werden, daß sie die Fähigkeit erlangen, Mitglieder der Gesellschaft freier Völker zu werden. Die erste Aufgabe der Gesellschaft ist, neue Kriege und Kriegsrüstungen zu verhindern. Sie muß Einrichtungen schaffen, die durch Vermittlung und Schiedsspruch alle Streitigkeiten zwischen den Völkern entweder verhüten oder beilegen können, auch solche Fragen, die als Lebens- und Ehrenfragen bezeichnet werden. Dieses Schiedsgericht muß die Möglichkeit haben, jederzeit Grenzbereinigungen unter Befragen der Bevölkerung vorzunehmen, wenn solche notwendig werden. Die Gesellschaft der Nationen hat alle stehenden Heere aufzuheben und schließlich die völlige Abrüstung herbeizuführen. Solange eine bewaffnete Macht durch die internationalen Verhältnisse notwendig ist, soll sie unter dem Befehl der Gesellschaft der Nationen stehen. Sie muß über das Mittel des ökonomischen Druckes verfügen, um die Durchführung ihrer Entscheidungen erzwingen zu können, wenn es notwendig wird. Wo Zolltarife bestehen, sollen sie abhängen von der Zustimmung der Gesellschaft der Nationen, und die Gesellschaft soll internationale Verkehrswege und Verkehrsmittel direkt in ihre Verwaltung übernehmen. Die Gesellschaft der Nationen muß Befugnisse bekommen, die ihr gestatten, sich zu einem Organ zu entwickeln welches die Erzeugung und Verteilung der Lebensmittel und Rohmaterialien der Weltmärkte und ihre Produktion im höchsten Grade

zu entwickeln in der Lage ist. Zu den gemeinschaftlichen Funktionen der Gesellschaft der Nationen gehört auch die Herstellung, Weiterentwicklung und Durchführung eines internationalen Arbeiterrechtes. Die Bildung der Gesellschaft der Nationen wird jetzt erfolgen unter dem Druck der Nachwirkungen des Krieges. Die Gesellschaft wird sich indessen später, wenn die Nachwirkungen an Kraft verlieren, günstig entwickeln und ihren großen Aufgaben gerecht werden können, wenn das internationale Proletariat mit voller Macht hinter ihr steht und sie vorwärtsbringt. Je kräftiger die proletarische Bewegung ist in anderen Ländern, je mehr Möglichkeiten der Entwicklung der internationalen Aufgaben, je entschlossener das Proletariat in jedem Lande jede Machtbefugnis der eigenen Regierung bekämpft, je mehr (vom Sozialismus) an der kraftvollen Durchführung der internationalen sozialistischen Ideale gearbeitet wird, um so kräftiger und lebensreicher werden die Wirkungen der Gesellschaft der Nationen sich gestalten.

Zur territorialen Frage nahm der Berner Sozialistenkongreß eine Entscheidung an, die gegenüber den zutagetretenden Bestrebungen, die durch den Krieg geschaffenen Mißverhältnisse für annexionistische Ziele auszubeuten, folgende grundsätzliche Forderungen erhob:

„1. Zweifellose Geltung des Rechtes der Völker, ihr Schicksal und ihre Staatszugehörigkeit innerhalb der Vereinigung des Völkerbundes selbst zu bestimmen.

2. In den umstrittenen Gebieten Entscheidungen über ihre Zugehörigkeit durch Volksabstimmung unter Aufsicht des Völkerbundes, der in letzter Instanz entscheidet.

3. Das Recht der Nationen wird gesichert durch ein vom Völkerbund ausgearbeitetes und von ihm hinsichtlich seiner Anwendung verbürgtes Mindestmaß von Rechten.

4. Bei der Neubildung von Staaten oder Neuangliederung an schon bestehende Staaten muß der Völkerbund darüber wachen, daß allen von der Neugestaltung berührten Völkern ihre wirtschaftlichen und Lebensinteressen auf Handel und Verkehr gesichert werden.

5. Die Möglichkeit, auch in Zukunft Grenzänderung auf Wunsch von Völkern oder Volksteilen nach vorhergehender Abstimmung und Entscheidung des Völkerbundes vorzunehmen.

6. Schutz der Bevölkerung von unabhängigen Gebieten, Kolonien und Schutzgebieten durch die Gesellschaft der Nationen, die dahin zu wirken hat, daß Einrichtungen getroffen werden, die deren eingeborene Bevölkerung möglichst rasch zur staatlichen Selbstbestimmung entwickelt durch Gründung von Schulen, Gewährung einer zunächst örtlichen Selbstverwaltung, Presse-, Vereins- und Versammlungsfreiheit sowie anderer politischer Rechte.

Die Konferenz widerspricht jedem Versuche, diese Grundsätze zu verfälschen, und verwirft deshalb erstens das Recht des Siegers auf Beute und alle Bündnisverträge, die ihm gestatten, für seinen

Eintritt in einen Krieg einen Gebietszuwachs auf Kosten fremder Völker zu suchen. Zweitens: Festsetzung der Grenzen nach strategischen Gesichtspunkten. Drittens: Gewaltsame oder verschleierte Annexion auf Grund sogenannter historischer Ansprüche oder angeblicher wirtschaftlicher Notwendigkeiten. Viertens: Schaffung von vollendeten Tatsachen durch vorgreifende Besetzung strittiger Gebiete mit Heeresmacht. Fünftens: Schaffung von Gebieten wirtschaftlichen Einflusses."

Die internationale Gewerkschaftskonferenz gab am 8. Februar 1919 der Arbeiterschaft ein völlig neues Arbeiterschutzprogramm. Das Programm unterstreicht zunächst den Gedanken, daß das kapitalistische Streben nach Degradierung der Arbeiterschaft nur durch Aufhebung der kapitalistischen Produktion aufgehoben werden könne. Die Ausgleichungen der nationalen Unterschiede des Arbeiterschutzes durch ein System internationaler Arbeiterschutzgesetzgebung sei doppelt notwendig nach den ungeheuren Umwälzungen und den entsetzlichen Verwüstungen an Volkskraft, die der Krieg und seine Wirkungen gebracht haben.

Die internationale Gewerkschaftskonferenz beauftragte dann die Gesellschaft der Nationen mit der Schaffung und Durchführung eines internationalen Arbeiterschutzes, indem unter anderem gefordert wird: Kindern unter fünfzehn Jahren ist jede Erwerbstätigkeit zu verbieten. Jugendliche im Alter von fünfzehn bis achtzehn Jahren dürfen nicht länger als sechs Stunden täglich

beschäftigt werden. Die Arbeitszeit der Arbeiterinnen darf an Samstagen vier Stunden nicht überschreiten, die Beschäftigung von Arbeitern während der Nacht ist verboten. Die Einführung einer Mutterschaftsversicherung ist mit einer Mindestentschädigung in Höhe der gesetzlichen Krankenversicherung in allen Staaten zur Pflicht zu machen. Für gleiche Arbeitszeit ist den Frauen der gleiche Lohn wie den Männern zu geben. Die Arbeitszeit darf für Arbeiter acht Stunden täglich oder achtundvierzig Stunden wöchentlich nicht überschreiten, Nachtarbeit zwischen acht Uhr abends und sechs Uhr früh ist gesetzlich verboten für alle Betriebe, die nicht ihrer Art nach oder aus technischen Gründen auf Nachtarbeit angewiesen sind. Der freie Samstagnachmittag ist in allen Ländern anzustreben. Den Arbeitern ist generell wöchentlich eine zusammenhängende Ruhepause von mindestens sechsunddreißig Stunden zu gewährleisten. Zum Schutze der Gesundheit und zur Verhütung von Unfällen ist die Arbeitsdauer in gesundheitsschädlichen Betrieben je nach dem Grade der Gefahr auf weniger als acht Stunden festzusetzen. (Verbot der Verwendung giftiger Stoffe.) Alle Gesetze und Regelungen auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes sind sinngemäß auf die Heimarbeiter der Industrie anzuwenden. Den Arbeitern ist in allen Ländern freies Koalitionsrecht zu gewähren. In diesem Punkte ist die gründliche Umgestaltung der Gesetze und Verordnungen (Gesindeordnung usw.), die bisher für

einzelne Arbeitergruppen eine Ausnahmestellung vorsahen, gefordert. Gesetze und Verordnungen (Gesindeordnung, Koalitionsverbot), die einzelne Arbeitergruppen in eine Ausnahmestellung gegenüber den anderen bringen oder ihnen das Recht der Koalition, der Vertretung ihrer wirtschaftlichen Interessen usw. und das Mitbestimmungsrecht bei der Festsetzung der Lohn- und Arbeitsbedingungen vorenthalten, sind als ungesetzlich zu beseitigen. Es ist eine Versicherung gegen Arbeitslosigkeit zu schaffen. Die Arbeiter sind von Staats wegen gegen Berufsunfälle zu versichern. Der Erlaß von Auswanderungsverboten ist unzulässig, ebenso der Erlaß genereller Einwanderungsverbote.

Die internationale Gewerkschaftsbewegung beschloß dann einstimmig, eine Proklamation an die Arbeiter aller Länder zu richten. In dieser Proklamation heißt es unter anderem: „Die Arbeit soll als soziale Funktion betrachtet werden, und kein arbeitsfähiger Mann darf sich der nützlichen Produktion entziehen ...

1. Die gewerkschaftliche Internationale erklärt, daß die menschliche Arbeit nicht eine Ware sein soll, und daß sie die edelste Funktion der modernen Gesellschaft ist. In dieser Erwägung streben die Arbeiter die Beseitigung der Lohnarbeit an, ebenso die Beseitigung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, jenes Überrestes einer Auffassung, die durch die Entwicklung der Menschheit überholt ist. Ferner

soll die Leitung und Bestimmung der Produktionsformen in die Hand der produktiven Klassen gelegt werden. Gegenwärtig hält die Arbeiterklasse dafür, daß die Kulturmenschheit eine rationelle Verteilung der Produktion bedingt, indem die Bedürfnisse und die Leistungsfähigkeit der menschlichen Arbeit in Übereinstimmung gebracht werden. Sie erfordert die Beseitigung der Mißverhältnisse, welche die kapitalistische und politische Herrschaft aus der Vorkriegszeit fast durchwegs bestehen ließ; mit einem Wort verlangt sie eine nationale und internationale Organisation der Arbeit, die eine auf Grund methodischer Prozedur durchgeführte Anpassung der individuellen Leistungen an die für die gemeinsamen Bedürfnisse der Menschheit erforderliche Verwendung gestattet.

2. Durch die Erfahrungen des Krieges und langandauernden Leiden gewitzigt und angesichts der durch den Krieg verursachten Zerstörungen muß die Arbeiterschaft sich außerhalb der Wirkungen der kapitalistischen Konkurrenz stellen, indem sie sich ein Mindestmaß von Garantien moralischer und materieller Ordnung sichert.

3. Die internationale Gewerkschaftskonferenz erklärt, daß das Bestreben, soziale Reformen zu verwirklichen, nicht bedeutet, daß man sein Ideal aufgibt, im Gegenteil, es ist die Vorbereitung der neuen Ordnung, der die Arbeiterwelt zustrebt.

Indem sie die von den Gewerkschaftskonferenzen in Leeds 1916 und Bern 1917 angenommenen

Programme aufnimmt, verlangt die gegenwärtige Konferenz Sicherungen für das Recht auf Freizügigkeit, Koalitionsrecht, Recht auf Mindestlohn, auf Sozialversicherung, Kinderschutz, Arbeiterinnenschutz und Arbeitshygiene.

Die internationale Gewerkschaftskonferenz stellt fest, daß die ununterbrochene Wirksamkeit der internationalen Arbeitergesetzgebung nur durch die Schaffung eines internationalen Arbeitsamtes als Bestandteil der Völkerliga gesichert werden kann. Dieses Amt soll sich auf ein internationales Arbeiterparlament, in dem Delegationen aller Länder und aller Berufe sitzen sollen, stützen können.

Aus diesem internationalen Parlament sollen nicht nur internationale Konventionen ohne Rechtskraft, sondern internationale Gesetze hervorgehen, die vom Augenblick ihrer Annahme an dieselbe Wirksamkeit (Rechtskraft) haben wie die nationalen Gesetze.

Diese Auffassung der Rolle des internationalen Arbeitsparlamentes bedingt eine internationale gesetzgebende Gewalt, die zum Wohl der Völkerliga geschaffen wird, das heißt einer übernationalen Souveränität.

Diese Neuerung wird den Beginn einer neuen Ära bedeuten, in der die Arbeiterklassen aller Länder sich sowohl in ihrer Kraft wie im sozialen Bewußtsein, in der Richtung des Fortschrittes und der Besserstellung für alle entwickeln können."

Das neugewonnene Machtbewußtsein der Arbeiterklasse kündet sich in der Forderung der Einberufung eines internationalen Arbeiterparlamentes an, dem sogar gesetzgebende Kraft verliehen werden soll.

Der internationale sozialistische Kongreß schob viele der Scheidewände, die bisher die Arbeiter der kriegführenden Länder getrennt hatte, beiseite. Eine versöhnende Stimmung brach in Bern mit elementarer Kraft durch — eine Stimmung, die nach der Meinung zahlreicher Kongreßteilnehmer ihre einnehmende Wärme aus den Reden Eisners empfing. Das Niveau der Reden war von erfreulicher Höhe. So hielt am 6. Februar Henderson eine bedeutsame staatsmännische Rede, aus der die Forderungen einer neuen Zeit den Zuhörern entgegenströmten. Die Ausführungen Hendersons waren vor allem an die Friedenskonferenz in Paris gerichtet. Er begrüßte lebhaft die völlige Absage der deutschen Mehrheitssozialisten an den Militarismus und erklärte, die Abrüstung sei auch das Ideal der britischen Demokratie. Er rief das Wort in die Versammlung hinein, daß die Welt nicht nur genug vom Krieg der Waffen habe, sondern auch vom Krieg des Hasses und vom Krieg auf wirtschaftlichem Gebiete.

Der internationale Sozialistenkongreß ernannte eine Kommission, die den Vollzug der Kongreßbeschlüsse überwachen soll. Zur Friedenskonferenz wird in Paris eine Kommission erscheinen, um dort die Wünsche und Beschlüsse des Kongresses

zu überbringen. Eine ständige Kommission wird in Paris verbleiben, um die Ausführung der Beschlüsse der Konferenz sowie den Fortgang der Friedensverhandlungen zu überwachen. Zu dieser Kommission gehören Renaudel, Branting, Huysmans, Longuet, Bunning, Macdonald.

Zugleich wurde das Sekretariat, das von Huysmans geführt wird, provisorisch nach Amsterdam verlegt. Ferner bestimmte die Konferenz eine Kommission für Rußland. Die Kommission nahm darauf in ihrer ersten Sitzung eine Resolution an, die sich gegen die Pogrome in Polen und in der Ukraine wendet und die Aufmerksamkeit aller Länder auf diese Pogrome hinlenkt.

In der internationalen sozialistischen Arbeiterschaft regt sich ein höheres Menschentum, das die Hüllen eines engherzigen Nationalismus abwirft und eine neue internationale Rechtsordnung schaffen will. Werden die sich jetzt in der Arbeiterschaft regenden Rechtsgedanken und sittlichen Gefühle wirklich Lebensmächte, so brechen in der Tat die nationalistischen Verknechtungs- und Ausbeutungstendenzen der noch einflußreichen Machthaber der Entente in sich zusammen. Dann schwindet die Ausbeutung der Individuen, der sozialen Gruppen, ja der Nationen, kurz die Ausbeutung in jeder Form, dann ist kein Raum mehr für herrschende und beherrschte Nationen vorhanden.

Die Pflege der internationalen Ideen der Berner Konferenz ist heute in Deutschland vielleicht die nationalste Pflicht jedes rechtlich denkenden

Deutschen geworden. Nur dadurch, daß der Deutsche sich mit ganzer Inbrunst der Begründung des neuen sozialen Menschenrechtes hingibt, schafft er die Lebensbedingungen wieder für ein freies, von fremder Herren Macht völlig erlöstes Deutschtum. Der nationale und internationale Gedanke vereinigen sich dann zu einem Strome, der vielleicht unwiderstehlich alle Trümmer einer autoritären Zeit mit hinwegspült. Daß er eine reinigende, aufräumende Kraft werden kann, das verdankt er wohl nicht zuletzt der deutschen Arbeiterbewegung, die stets eine schöpferische Harmonie zwischen den nationalen und internationalen Bestrebungen anzustreben suchte.

Die Quinteſſenz des Sozialismus

Unbewußte Sozialisierungstendenzen

Nach Hunderten zählen die Broschüren, die den vermeintlich völlig utopistischen Sozialismus mausetotschlagen wollen. Diese Schriften, die der Tag gebar, hat der Tag verschlungen. Die „Spar-Agnes" Eugen Richters ist heute vergessen, und die Schrift Franz Mehrings, die das brave, betriebsame Mädchen meucheln wollte, liegt im tiefen Bücherstaube vergraben.

Gegen den Sozialismus ist vielfach die bürgerliche Nationalökonomie mit ihrem wissenschaftlichen Geschütz zu Felde gezogen. Aber dieses Geschütz hat oft genug ins Blaue geschossen, da es gar nicht auf die eigentlichen Kernziele des Sozialismus gerichtet war. Die bürgerliche Wissenschaft bildet sich eben bis auf unsere Tage noch sehr willkürliche Begriffe von dem Sozialismus. Man verfolge z. B. nur einmal die Einzelzüge, mit denen Schmoller in seinem „Grundriß der allgemeinen Volkswirtschaftslehre" den modernen Sozialismus zeichnet, um sich davon zu überzeugen, wie wenig scharf er die theoretischen Grundgedanken des modernen Sozialismus auffaßt. Was hat im Ernste der Sozialismus eines Marx und Engels mit einem utopistischen Kasernen- und

Anstaltssozialismus zu tun? Und dennoch schreibt Schmoller, der Sozialismus träume von einem Leben der Verehelichten in Hotels und Logierhäusern, von der Unterbringung der gebärenden Frauen in Gebärhäusern und der Kinder in Kinderbewahranstalten. Die schiefe Idee, als ob die Handarbeit allein oder hauptsächlich alle Produkte schaffe, sei, so führt Schmoller aus, von Thompson auf Marx und Rodbertus übergegangen. Und doch hat Marx in seinem „Kapital" eingehend die Notwendigkeit und Bedeutung der Direktionsarbeit im Produktionsprozesse auf allen historischen Stufen der menschlichen kooperativen Arbeit nachgewiesen. Und — last not least — welch ein gröbliches Mißverständnis läuft Schmoller bei seiner Darstellung der sozialistischen Klassentheorie von Marx und Lassalle mit unter! Alle Menschen, so lehren diese Sozialisten nach Schmoller, sind von Natur gleich, und nur die sozialen Einrichtungen haben die Ungleichheiten geschaffen. Wie heftig stürmt nun gerade Engels in seinem „Anti-Dühring" gegen den trivialen Gedanken von der Gleichheit der Menschen an. Nach ihm ist die Vorstellung, daß die Menschen völlig gleich seien, nicht nur kein Axiom, sondern eine starke Übertreibung. Die proletarische Gleichheitsforderung ist ihrem wirklichen Inhalte nach nicht die Forderung einer allgemeinen Nivellierung tiefgehender individueller Unterschiede, sondern die Forderung der Abschaffung der Klassen.

Mit anerkennenswerter Aufrichtigkeit und großer Tapferkeit trat bereits vor vierundvierzig Jahren der Soziologe Schäffle in seiner „Quintessenz des Sozialismus" den im Bürgertum viel verbreiteten Irrtümern über den Sozialismus entgegen. Er rückte den Ignoranten oder Böswilligen, die fortgesetzt das Märchen vom „sozialistischen Teilen" verbreiteten, heftig zu Leibe, und er wies im einzelnen nach, daß die Vergesellschaftung der Produktionsmittel keineswegs die Aufhebung der individuellen freien Bedarfswahl, des freien Haushaltes, des geordneten Familienlebens und der freien Privatgeselligkeit bedeutete. Mit scharfen Strichen zeichnete Schäffle die Korruption des Spekulationshandels der Börse und der Presse.

Unser Soziologe ist auch tief in die soziale Entwicklungstheorie des Marxschen Sozialismus eingedrungen. Er würdigte deshalb eingehend den berühmten Schlußabschnitt des Marxschen Hauptwerkes: „Die geschichtliche Tendenz der kapitalistischen Akkumulation".

Es ist nämlich eine Grundlehre des modernen Sozialismus, daß alle wirtschaftlichen und politischen Institutionen und mit ihnen die intellektuellen und moralischen Eigenschaften der Menschen in einem ewigen Wandel begriffen sind. Marx widerspricht daher der „Kinderfabel", daß die Scheidung der Gesellschaft in Reiche und Arme auf bestimmte, ursprüngliche menschliche Charaktereigenschaften zurückzuführen sei. Nach dieser Kinderfabel gab es in einer längst verflossenen

Zeit auf der einen Seite eine fleißige, intelligente und vor allem sparsame Elite und auf der anderen faulenzende, ihr Alles und mehr verjubelnde Lumpen. Die Schar der lebenstüchtigen Auserlesenen sammelte in ihren Händen Reichtümer, die träge Masse dagegen versank in Not und Elend und mußte schließlich sich selbst auf dem Arbeitsmarkte verkaufen.

Marx spürt nun sorgfältig der Geschichte der Entstehung des modernen kapitalistischen Reichtums nach und enthüllt die tatsächlichen politisch-wirtschaftlichen Ursachen, die mit brutaler Unerbittlichkeit die Menschheit in Kapitalisten und Proletarier schied. Marx skizziert zunächst die Wirtschaftsform, die der kapitalistischen voranging. Die vorkapitalistische Wirtschaftsform beruhte auf dem Privateigentum der Produzenten, der Arbeiter an den Produktionsmitteln. Der Produzent war im Besitz seiner Produktionsmittel in der Form seines Handwerkszeuges, seiner kleinen Betriebsstätte. Der Bauer bestellte seinen eigenen Acker, der Handwerksmeister arbeitete in eigener Werkstatt. Diese Produktionsweise schloß das Zusammenarbeiten vieler Produzenten, die Teilung der Arbeit aus. Eine gesellschaftliche Beherrschung der Natur und eine freie volle Entwicklung der Produktivkräfte, der wirtschaftlich schöpferischen Kräfte war unmöglich. In feste Schranken war die Produktion, war die Gesellschaft hineingebannt. Diese Struktur der Wirtschaft schloß eine gewisse Zwerghaftigkeit, eine atemraubende Enge der

Wirtschaft überhaupt ein. „Sie verewigen wollen, hieße," wie Pecqueur mit Recht sagt, „die allgemeine Mittelmäßigkeit dekretieren." Aber diese Produktion läßt trotzdem Kräfte aufschießen, die den beschränkten Rahmen der bisherigen Wirtschaft auseinandertreiben müssen. „Von diesem Augenblick regen sich Kräfte und Leidenschaften im Gesellschaftsschoße, welche sich von ihr gefesselt fühlen. Sie muß vernichtet werden, sie wird vernichtet." (Marx.)

Marx schildert im „Kapital" im einzelnen das Ausbrechen dieser „Leidenschaften" und den Werdeprozeß der gewaltsamen vorkapitalistischen Enteignungsmethoden. Die Produzenten werden massenhaft ihrer Produktionsmittel beraubt. In England wird der Bauer von seinem Besitztum, von seinem Acker, von dem Gemeineigentum, auf dem sich seine Wirtschaft aufbaute, getrennt. Ackerland wird in Schaftrift verwandelt. Die Enteigneten werden dann durch eine Blutgesetzgebung in die entstehende Industrie hineingepeitscht. Staatliche Gesetze drücken den Lohn gewaltsam herab. Auf dem von Produzenten reingefegten Boden ersteht der kapitalistische Pächter. Der Boden für den industriellen Kapitalisten wird dann durch die Periode der Entdeckung der Gold- und Silberländer in Amerika, durch die Periode der Versklavung der schwarzen Bevölkerung Afrikas und der Ausplünderung Ostindiens geschaffen. Handelskriege der europäischen Völker schließen sich an die Ausraubung der Kolonialländer an.

Alle Methoden der Bildung kolonialer Reichtümer beruhen auf brutaler Gewalt. „Die Gewalt ist der Geburtshelfer jeder alten Gesellschaft, die mit einer neuen schwanger geht. Sie selbst ist eine ökonomische Potenz." Auf dem einen Pol häuft eine neue emporkommende Klasse die Produktionsmittel, die Umsatz- und Lebensmittel als Kapital auf, und auf dem anderen Pol gruppieren sich die „freien" Arbeiter, die von ihren Arbeitsmitteln und Arbeitsbedingungen gewaltsam getrennten Arbeiter. Die Trennung erfolgt teilweise unter grauenvollen Formen. „Wenn das Geld nach Augier," so schreibt K. Marx, „mit natürlichen Blutflecken auf einer Backe zur Welt kommt, so das Kapital von Kopf bis Zeh', aus allen Poren, blut- und schmutztriefend."

Marx, der in seinem „Kapital" mit seinen moralischen Urteilen über ökonomische Ereignisse vielfach zurückhält, klagt den Frühkapitalismus förmlich wegen seiner Verbrechen an den Völkern der Kolonialländer an. Die grausame mörderische Enteignung der arbeitenden Produzenten bewertet er so: „Die Expropriation der unmittelbaren Produzenten wird mit schonungslosestem Vandalismus und unter dem Trieb der infamsten, schmutzigsten, kleinlichst gehässigen Leidenschaften vollbracht. Diese Enteignung setzt an die Stelle eines Privateigentums, das fest das einzelne und unabhängige Arbeiterindividuum mit seinen Arbeitsbedingungen verkettet, das kapitalistische, auf fremder Arbeit beruhende Eigentum." Das

kapitalistische Eigentum vergesellschaftet nun in riesigem Umfange die Arbeit: Riesenbetriebe mit peinlich geregelter Arbeit organisieren sich. Das Prinzip der gesellschaftlichen Produktion arbeitet sich immer schärfer heraus. Die Produktionsmittel werden gemeinschaftlich angewandte Arbeitsmittel. Das vollkräftig entwickelte Kapital bedarf nun nicht mehr der früheren, sich oft auf Raub und Mord stützenden Methoden zu seiner Ausbreitung. Das Großkapital verschluckt das Kleinkapital, der Großbetrieb den Kleinbetrieb. Der Großkapitalismus treibt im Eiltempo einer sozialistischen, auf der Kooperation der Arbeit (auf einem gesellschaftlichen Zusammenarbeiten „freier" Arbeiter) basierenden Produktion zu. Die neue gesellschaftliche Arbeitsweise stellt bewußt die technische Wissenschaft in ihren Dienst. Das Kapital vergesellschaftet, zentralisiert und ökonomisiert in riesigen Dimensionen die Arbeitsmittel. Es wandelt sich der Kapitalismus gleichsam von selbst in den Sozialismus. Durch die Enteignung der Kleinproduzenten ersteht die gesellschaftliche Großproduktion. Nach Marx spielt das bewußte Element in der Menschheitsgeschichte noch eine verhältnismäßig geringe Rolle. Marx betrachtet nach dem zutreffenden Urteil eines russischen Kritikers die gesellschaftliche Bewegung als einen naturgeschichtlichen Prozeß, den Gesetze lenken, die nicht nur von dem Willen, dem Bewußtsein und der Ansicht der Menschen unabhängig sind, sondern vielmehr umgekehrt deren Wollen, Bewußtsein und Ansichten bestimmen. Den

unbewußten gesellschaftlichen, zum Sozialismus führenden „Prozeß", der automatisch gesellschaftliche Betriebe und gesellschaftlich handelnde, kapitalistisch ausgebeutete und gegen ihre Knechtschaft rebellierende Arbeiter schafft, hat Marx in folgenden, immer und immer wieder zitierten Sätzen dargestellt: „Je ein Kapitalist schlägt viele tot. Hand in Hand mit dieser Zentralisation oder der Expropriation vieler Kapitalisten durch wenige entwickelt sich die kooperative Form des Arbeitsprozesses auf stets wachsender Stufenleiter, die bewußte technische Anwendung der Wissenschaft, die planmäßige Ausbeutung der Erde, die Verwandlung der Arbeitsmittel in nur gemeinsam verwendbare Arbeitsmittel, die Ökonomisierung aller Produktionsmittel durch ihren Gebrauch als Produktionsmittel kombinierter, gesellschaftlicher Arbeit, die Verschlingung aller Völker in das Netz des Weltmarktes und damit der internationale Charakter des kapitalistischen Regimes. Mit der beständig abnehmenden Zahl der Kapitalmagnaten, welche alle Vorteile dieses Umwandlungsprozesses usurpieren und monopolisieren, wächst die Masse des Elendes, des Druckes, der Knechtschaft, der Entartung, der Ausbeutung, aber auch die Empörung der stets anschwellenden und durch den Mechanismus des kapitalistischen Produktionsprozesses selbst geschulten, vereinten und organisierten Arbeiterklasse. Das Kapitalmonopol wird zur Fessel der Produktionsweise, die mit und unter ihm aufgeblüht ist. Die Zentralisation der

Produktionsmittel und die Vergesellschaftung der Arbeit erreichen einen Punkt, wo sie unverträglich werden mit ihrer kapitalistischen Hülle. Sie wird gesprengt. Die Stunde des kapitalistischen Privateigentums schlägt. Die Expropriateure werden expropriiert."

Der Marxsche Gedanke, der seine ganze Geschichtsauffassung beseelt, kommt hier wieder zum Ausdruck: Es ist ein charakteristisches Gesetz der geschichtlich-ökonomischen, sozialen und politischen Entwicklung, daß die Produktivkräfte über die Eigentumsverhältnisse hinausstreben, unter denen sie entstanden und gewachsen sind. Die Eigentumsverhältnisse werden für die sich mächtig ausreckenden Produktivkräfte zu eng. Diese sprengen die alte Eigentumsform auseinander. Die neue Produktion gestaltet sich immer in ihren Grundlagen fest aus, bevor sie sich klar in den Eigentumseinrichtungen ausprägt. „Eine Gesellschaftsform geht nie unter, bevor alle Produktivkräfte entwickelt sind, für die sie weit genug ist, und neue höhere Produktionsverhältnisse (Eigentumsverhältnisse juristisch ausgedrückt) treten nie an die Stelle, bevor die materiellen Existenzbedingungen derselben im Schoße der alten Gesellschaft selbst ausgebrütet worden sind. Daher stellt sich die Menschheit immer nur Aufgaben, die sie lösen kann, denn genau betrachtet wird sich stets finden, daß die Aufgabe selbst nur entspringt, wo die materiellen Bedingungen ihrer Lösung schon vorhanden oder wenigstens im Prozeß ihres Werdens begriffen sind."

Diese Sätze, die Marx in der geschichtsphilosophischen Einleitung: „Zur Kritik der politischen Ökonomie" ausspricht, erläutert er an der kapitalistisch-sozialistischen Entwicklung. Die neue sozialistische Produktionsweise bildet sich in schnellem Fortschreiten heraus. Der Sozialismus ist nichts künstlich Gemachtes, er ist eine gleichsam der Menschheit aus einer unbewußten ökonomisch-sozialen Entwicklung aufgedrängte Aufgabe.

Marx beleuchtet stets besonders grell die sich in der kapitalistischen Gesellschaft entwickelnden Gegensätze, weil diese den Kapitalismus aus den Fugen treiben. Friedrich Engels hat sie gleichfalls stark in seiner Schrift: „Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft" umrissen. Die Produktion ist nach Engels ein gesellschaftlicher Akt geworden, während der Austausch und die Aneignung der Produkte einen individuellen Charakter bewahrt haben. Aus diesem Grundwiderspruch sprießen alle anderen Widersprüche dann hervor. Es scheidet sich der Produzent von seinem Produktionsmittel. Diese Scheidung verurteilt den Produzenten, den Arbeiter, zur lebenslänglichen Lohnarbeit. Der Gegensatz von Proletariat und Bourgeoisie ist damit gegeben. Rücksichtslos entbrennt der Konkurrenzkampf in der bürgerlichen Gesellschaft. Er führt zur gesellschaftlichen Anarchie in der Gesamtproduktion, während in schreiendem Widerspruch zu ihm die gesellschaftliche Organisation in der Fabrik emporkommt. Es vervollkommnet sich die Maschinerie,

und sie setzt in steigendem Maße Arbeiter außer Dienst: Soldaten der industriellen Reservearmee. Die Produktivkräfte dehnen sich in einem unerhörten Umfange aus, und klar springt der Gegensatz ins Auge: Überfluß von Produktionsmitteln und Produkten hier — und Überfluß von beschäftigungslosen Arbeitern dort. Der Gegensatz spitzt sich bis zum Widersinn zu. Die Produktionsweise rebelliert gegen die Austauschform. Die Bourgeoisie erweist sich nun ungeeignet zur Leitung der gesellschaftlichen Produktion. Die Produktivkräfte haben eine kollektivistische Form erhalten, und sie nötigen schließlich die Kapitalisten, den gesellschaftlichen Charakter dieser Produktivkräfte anzuerkennen. Die Großunternehmungen mit ihren riesenhaften Produktivkräften ballen sich zu Trusten zusammen. „In den Trusten schlägt die freie Konkurrenz um ins Monopol, kapituliert die planlose Produktion der kapitalistischen Gesellschaft vor der planmäßigen Produktion der hereinbrechenden sozialistischen Gesellschaft. Allerdings zunächst noch zu Nutz und Frommen der Kapitalisten. Hier aber wird die Ausbeutung so handgreiflich, daß sie zusammenbrechen muß." Wieder tritt ein unhaltbarer Gegensatz zutage: Höchste Produktionsleistung und höchster Grad gesellschaftlicher Ausbeutung. Ein auf die Dauer unhaltbarer Zustand, der den Sozialismus, das heißt den gesellschaftlichen Besitz der Trustunternehmungen, erzwingt. „Der Staat, als offizieller Repräsentant der kapitalistischen Gesellschaft,

übernimmt die Leitung der Produktion. Die Post, die Telegraphen, die Eisenbahnen werden zuerst Staatseigentum. Kapitalistisches Staatseigentum hebt nun zunächst nicht das Lohnverhältnis auf. Der Arbeiter bleibt ausgebeuteter Proletarier. Ja, seine Ausbeutung wird teilweise auf die Spitze getrieben." Aber auf der Spitze schlägt es um: „Das Staatseigentum an den Produktivkräften ist nicht Lösung des Konflikts, aber es birgt in sich das formelle Mittel, die Handhabe der Lösung." Das Proletariat ergreift die politische Macht und veranlaßt den Übergang der den Händen der Bourgeoisie entgleitenden Produktionsmittel in öffentliches Eigentum. Mit dem wachsenden Staatseigentum schrumpft aber der Staat als Machtmittel der Klassenherrschaft mehr und mehr zusammen.

Hier deutet Engels bereits die Rolle des Staates in der Entwicklung des Kapitalismus zum Sozialismus an.

Der Staat und der Sozialismus

Nur einen lückenhaften Begriff vom Sozialismus würde der erhalten, der seinen Blick ausschließlich auf die wirtschaftlichen Ideengänge des Sozialismus einstellt. Der Marxismus hat eine eigenartige Staatstheorie aufgestellt, die sich über zahlreiche Broschüren von Marx und Engels verteilt. (Kommunistisches Manifest, Karl Marx: Der Bürgerkrieg in Frankreich, Friedrich Engels: Der

Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates.)

Der Sozialismus wird von seinen Gegnern beschuldigt, den Staat zu einem alles beherrschenden Zwangsapparat gestalten zu wollen, der die wirtschaftlichen Funktionen der Gesellschaft fast diktatorisch regelt. Demgegenüber betonen die Sozialisten die allmähliche Auflösung des staatlichen Zwangscharakters. Der Staat wird nach Engels aus der Notwendigkeit der Unterdrückung ausgebeuteter Klassen heraus geboren. Der Staatszweck erschöpft sich aber nicht nur in der Niederhaltung unterdrückter Klassen, er erfüllt auch positive allgemeine, gesellschaftliche Aufgaben.

In der Regel ist der Staat der öffentliche Machtapparat der herrschenden Klasse. „So war der antike Staat vor allem Staat der Sklavenbesitzer zur Niederhaltung der Sklaven, wie der Feudalstaat Organ des Adels zur Niederhaltung der Leibeigenen und hörigen Bauern und der moderne Repräsentativstaat Werkzeug der Ausbeutung der Lohnarbeit durch das Kapital" (Engels). Nur in den Zeiten, in denen kämpfende Klassen einander das Gleichgewicht halten, kann der Staat als scheinbarer Vermittler zwischen diesen Klassen eine gewisse Selbständigkeit ihnen gegenüber behaupten. In den historischen Staaten charakterisiert sich der Staat als eine öffentliche Organisation der besitzenden Klassen schon darin, daß er die politischen Rechte den Staatsbürgern nach

ihrem Vermögen zumißt. Als höchste Staatsform erscheint in der politischen Entwicklung die demokratische Republik. In dieser Form wird nach Engels der letzte Entscheidungskampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie ausgefochten.

Der Staat entstammt nicht der Ewigkeit; er ist eine verhältnismäßig späte geschichtliche Schöpfung. Vor ihm erfüllten Familienverbände viele Aufgaben, die wir ihm heute auferlegen. In den Zeiten Julius Cäsars lebte und webte der Deutsche vor allem in seiner Sippe. Die Sippe ahndete alle Rechtsverletzungen, die Sippe organisierte die militärische Gewalt. Erst mit der Entstehung der Klassen wird der Staat eine geschichtliche Notwendigkeit. Von diesem Augenblick an muß er zur Unterdrückung der gegen ihre Herren aufbegehrenden ausgebeuteten Klassen auf dem Kampfplatz: auf dem Klassenkampfplatz erscheinen. Nach Engels nähern wir uns jetzt mit raschen Schritten einer Entwicklungsstufe der Produktion, auf der das Dasein dieser Klassen nicht nur aufgehört hat, eine Notwendigkeit zu sein, sondern ein positives Hindernis der Produktion wird. Sie werden fallen, ebenso unvermeidlich, wie sie früher entstanden sind. Mit ihnen fällt unvermeidlich der Staat. „Die Gesellschaft, die die Produktion auf Grundlage freier und gleicher Assoziation der Produzenten neu organisiert, versetzt die ganze Staatsmaschine dahin, wohin sie dann gehören wird: ins Museum der Altertümer, neben das Spinnrad und die bronzene Axt."

Der Staat funktioniert nicht mehr als Unterdrückungs- und Ausbeutungsapparat. Wesentliche Zwangsaufgaben kommen für ihn in Wegfall. Ein Eingreifen des Staates in gesellschaftliche Verhältnisse wird auf einem Gebiete nach dem anderen überflüssig. Freie Verbände für alle möglichen wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Zwecke bilden sich in größtem Umfange. Das Herrscheramt des Staates: die Beherrschung von Klassen und Personen wird mehr und mehr ausgehöhlt. „An die Stelle der Regierung über Personen tritt" — nach Engels — „die Verwaltung von Sachen und die Leitung von Produktionsprozessen. Der Staat wird nicht abgeschafft, er stirbt ab." Der Staat baute sich auf einer wirtschaftlichen Existenzunterlage auf, die der Oberschicht der herrschenden Klassen ein gutes und luxuriöses, den beherrschten Klassen aber nur ein ärmliches Auskommen sicherte. Diese Unterlage erhielt aber eine ganz andere Breite und Festigkeit mit der fortschreitenden Ergiebigkeit der menschlichen Arbeit. Die Produktivität der Arbeit beseitigt die Notwendigkeit einer nur in harter Fron schaffenden und der Kultur entfremdeten Arbeiterklasse. Damit beginnt die wirtschaftliche Berechtigung einer Teilung der Gesellschaft in herrschende und ausbeutende und in beherrschte und ausgebeutete Klassen zu schwinden. Das wirtschaftliche Fundament der Klassen und damit des positiven Machtapparates der Klassen, des Staates, hat keinen inneren Daseinsgrund mehr. Der erbitterte Kampf um die

Einzelexistenz hört auf, und mit ihm wird eine ganze Reihe von Konflikten ausgeschaltet, die den Staat auf den Plan riefen. Auch hier wird er überflüssig.

Mit prophetischem Blick erschaut Friedrich Engels einen hochentwickelten sozialen Zustand planmäßig vergesellschafteter Arbeit und allgemeiner technischer Beherrschung der Natur. Die Produktion steht dann nicht mehr als tyrannische Macht über dem Menschen, sondern sie ist völlig seiner Kontrolle unterstellt. Das bewußte Element in der Kulturgeschichte wirkt sich selbständig schaffend und gestaltend aus. Die gesellschaftliche Bewegung gehorcht dem „Willen, dem Bewußtsein und der Absicht der Menschen". Die gesellschaftliche Bewegung ist eben dann die Bewegung sich zweckvoll zusammenschließender, sich bewußt vergesellschaftender Menschen. Diesen neuen gesellschaftlichen, aus dem Sozialismus heraus geborenen Zustand hat Friedrich Engels mit diesen Worten schwungvoll gefeiert: „Die Gesetze ihres eigenen geschichtlichen Tuns, die ihnen bisher als fremde, sie beherrschende Naturgesetze gegenüberstanden, werden dann von den Menschen mit voller Sachkenntnis angewandt und damit beherrscht. Die eigene Vergesellschaftung der Menschen, die ihnen bisher als von Natur und Geschichte aufgenötigt gegenüberstand, wird jetzt ihre freie Tat. Die objektiven, fremden Mächte, die bisher die Geschichte beherrschten, treten unter die Kontrolle der Menschen selbst. Erst von da an werden die Menschen ihre Geschichte

mit vollem Bewußtsein selbst machen, erst von da an werden die von ihnen in Bewegung gesetzten gesellschaftlichen Ursachen vorwiegend und in stets steigendem Maße auch die von ihnen gewollten Wirkungen haben. Es ist der Sprung der Menschheit aus dem Reiche der Notwendigkeit in das Reich der Freiheit."

Die Frau und der Sozialismus

Das Ziel des Marxismus leuchtet aus diesen Ausführungen auf: die innere Notwendigkeit des Sozialismus aus der wirtschaftlichen Entwicklung zu erweisen. Aus dieser Entwicklung liest der Marxismus auch die vollständige Neugestaltung der Lage der Frau in der werdenden Gesellschaft heraus. Die Großindustrie weist den Frauen und jungen Personen eine entscheidende Rolle in gesellschaftlich organisierten Produktionsprozessen zu, und zwar jenseits der Sphäre des Hauswesens. Die Frauen und jungen Personen werden frühzeitig ökonomisch selbständig, und damit erfährt die hausväterliche Gewalt des Ehemanns und Vaters eine beträchtliche Einschränkung. Die wirtschaftliche Befreiung der Frau vollzieht sich, und an diese kettet sich ihre politische Emanzipation. Ein neues Fundament für eine höhere Form der Familie und des Verhältnisses beider Geschlechter steigt auf. „Es ist natürlich ebenso albern," so schreibt Marx im „Kapital", „die christlich-germanische Form für absolut zu

halten, als die altrömische, oder die altgriechische, oder die orientalische, die übrigens untereinander eine geschichtliche Entwicklungsreihe bilden. Ebenso leuchtet ein, daß die Zusammensetzung des kombinierten Arbeitspersonals aus Individuen beiderlei Geschlechts und der verschiedensten Altersstufen, obgleich in ihrer naturwüchsig-brutalen, kapitalistischen Form, wo der Arbeiter für den Produktionsprozeß, nicht der Produktionsprozeß für den Arbeiter da ist, Pestquelle des Verderbens und der Sklaverei, unter entsprechenden Verhältnissen umgekehrt zur Quelle humaner Entwicklung umschlagen muß."

Diese Marxschen Gedanken hat August Bebel in seiner tapferen Streitschrift: „Die Frau und der Sozialismus" aufgenommen und sie in alle Volkskreise getragen. Bebel hat das große Verdienst, in den achtziger Jahren des verflossenen Jahrhunderts für die Idee der Frauenemanzipation die sozialdemokratischen Massen gewonnen zu haben. Im Jahre 1875 verwarfen noch auf dem sozialdemokratischen Parteitag zu Gotha 62 Delegierte mit 14 142 Stimmen gegen 55 Delegierte mit 10 970 Stimmen die Einfügung des Frauenwahlrechtes in das sozialdemokratische Programm. Am Beginn der achtziger Jahre setzte nun der Eroberungszug der Bebelschen Propaganda für die Emanzipation der Frau ein, und 1891 stellte das Erfurter Programm fast ohne jeden Widerspruch als Postulat der Sozialdemokratie das Frauenwahlrecht für

alle Wahlen auf. Und achtundzwanzig Jahre später verhalf die Sozialdemokratie in der Novemberrevolution dem Frauenwahlrecht, das selbst noch im Weltkriege dem heftigen Widerstand der bürgerlichen Parteien begegnete, zum Siege.

Bewußte Sozialisierung, Staats- und Gemeindesozialismus

Unleugbar drängen mit Elementarkraft bestimmte wirtschaftliche Tendenzen auf die Verwirklichung wesentlicher sozialdemokratischer Forderungen hin. Aber für diese Tendenzen haben bisher nur wenige bürgerliche Schriftsteller offene Augen gehabt.

Eine große Ausnahme bildet der Soziologe Albert Schäffle, der sich im allgemeinen als ein weitsichtiger, in großbürgerliche Klassengedanken nicht verrannter Sozialpolitiker dokumentiert. Er sieht in der kapitalistischen Wirtschaftsweise Tendenzen hervorbrechen, die sie über sich selbst hinaustreiben werden. In der 13. Auflage seiner „Quintessenz des Sozialismus" legt er 1891 folgendes offene Bekenntnis ab: „Je mehr die private kapitalistische Organisation der Volkswirtschaft vom Standpunkt der Gesellschaft aus, auf der Spitze ihrer Entwicklung in Großmonopole auslaufend, die Garantien der Konkurrenz für die Gesamtheit einbüßt und abwirft, desto mehr mag dieser ‚praktische' Sozialismus an äußerer Verbreitung und innerer Durchbildung gewinnen." Sein

praktischer Sozialismus läuft nämlich in den Satz aus, daß die sozialistische Hauptidee öffentliche Grundorganisationen der Güter hervorbringe, daß der Güterumsatz auch eine nicht radikale, nicht demokratische, nicht die ganze Volkswirtschaft verschlingende Ausgestaltung zulasse. Schäffle ist ein konservativ gerichteter Mann, in dessen Weltanschauung nicht der radikal demokratische Sozialismus Platz findet. Immerhin neigt Schäffle durchaus zu einer Sozialisierung monopolistisch-kapitalistischer Betriebe im großen Umfange. Er schreibt daher wörtlich in der erwähnten Vorrede: „Meines Dafürhaltens ist eine noch stärkere Hinüberbildung der Volkswirtschaft der Zukunft aus der kapitalistischen Organisation in die Formen des Vereinswesens (Konsumvereine) und in die Form des öffentlichen Rechtes (Körperschafts-, Gemeinde- und Staatsanstalten) — eine Eventualität, welcher der Staatsmann mit der größten Ruhe entgegensehen kann, sofern nur bei dieser teilweisen und schrittweisen Umbildung die Erreichung höchster Wirtschaftlichkeit und die ewig notwendige ‚Trennung der Volkswirtschaft' vom Staat bzw. die ‚Dezentralisation verstaatlichter Betriebe' als maßgebende Gesichtspunkte von der Gesetzgebung und Verwaltung behandelt werden."

Seitdem Albert Schäffle diese Zeilen schrieb, ist Deutschland mit beiden Füßen in den Staats- und Gemeindesozialismus hineingesprungen. Diese eigenartige Entwicklung hat Karl Marx noch nicht beobachten können. Sie ist ein neues

Moment in dem Werdeprozeß der gesellschaftlichen Arbeit, des wirtschaftlichen Sozialismus. Es erweiterten sich z. B. in Preußen neben den Staatseisenbahnen mächtig die staatlichen Bergwerke, Hütten- und Salinenbetriebe. Sachsen errichtete ein staatliches Elektrizitätsmonopol, für das große Kohlenfelder und Gruben vom Staate erworben worden sind. Auch Steinbrüche kaufte nach Ed. Fischer (Das sozialistische Werden) der sächsische Staat an, um sich für die Pflasterung seiner Landstraßen von der Privatindustrie unabhängig zu machen. Bis zum Jahre 1914 betrugen die Roheinnahmen aus den staatlichen Betrieben in Deutschland mehr als die Hälfte aller Staatseinnahmen. In Preußen machten sie 1913 sogar 75,27 Prozent der staatlichen Staatseinnahmen, in Bayern 68,51, in Sachsen 68,17, in Württemberg 65,31 Prozent aus (Ed. Fischer). Man kann fast von einer sprunghaften Entwicklung der Staatsbetriebe in dem letzten Jahrzehnt vor Ausbruch des Krieges sprechen. In den Jahren 1906 bis 1913, also in 7 Jahren, stiegen die Roheinnahmen aus den staatlichen Erwerbsanstalten in den Bundesstaaten um fast $1^1/_2$ Milliarden, im Reich und in den Bundesstaaten zusammen um fast 2 Milliarden.

Mit Siebenmeilenstiefeln stürmten, seitdem Albert Schäffle seine Bedenken gegen die großen, die Garantien der Konkurrenz ausschaltenden Monopole erhob, die Kartelle und kartellartigen Vereinbarungen in Deutschland vorwärts. Die Zahl der Kartelle und kartellähnlichen Vereinbarungen

schoß von 385 im Jahre 1905 auf 502 im Jahre 1909 empor. Heute gibt es aber nach Ed. Fischer kaum noch einen Zweig der Großindustrie, in dem nicht irgendwelche Vereinbarungen über die Preise oder die Produktion getroffen würden.

Kollektivistische Bildungen in der privaten Großindustrie überall — kollektivistische Bildungen aber auch in hervorragender Weise auf dem Boden der Gemeinde. Und doch reicht bewußter, planvoller kommunaler Sozialismus nach Ed. Fischer kaum dreißig Jahre zurück. „Die moderne kommunale Entwicklung," so schreibt er, „hat wenig mehr als ein Vierteljahrhundert hinter sich. Ihren Beginn kann man in das Jahr 1890 legen. Im Jahre 1911 waren allein in Deutschland 703 Elektrizitätswerke im Besitze von Gemeinden, gegen 470 Werke im Jahre 1907 und 195 im Jahre 1901. Nach einer Zusammenstellung der gewerblichen Gemeindebetriebe in Deutschland (Wasserwerke, Gasanstalten, Elektrizitätswerke, Trambahnen, Schlacht- und Viehhöfe) hatten im Jahre 1907 von 2590 Gemeinden mit mehr als 5000 Einwohnern 1823 eigene Betriebe (Gewerbebetriebe), und zwar besaßen 800 einen dieser Betriebe, 556 zwei, 311 drei, 111 vier und 37 fünf Betriebe" (Ed. Fischer).

Mit Automobilgeschwindigkeit schritt schon vor dem Kriege der Kollektivismus in allen Formen: der staatliche, kommunale, syndizierte, genossenschaftliche fort. Und nun erst in — und nach dem Kriege!

Heute rechnet kein Politiker und kein Volkswirt von Bedeutung mehr mit dem Fortbestande der „freien Wirtschaft". Durch Bildung von Zwangskartellen erhielten viele Industrien einen völlig monopolistischen Charakter. Es wurden Schuhfabriken, Seifenfabriken, Margarinefabriken unter dem Zwange des Hilfsgesetzes syndiziert. Das ganze „Volksvermögen" und Volkseinkommen ist in der „kriegssozialistischen Zeit" durch den märchenhaften Geldbedarf des Reiches, der Staaten und Gemeinden neu verteilt worden. Das fiktive „Volksvermögen" hat sich nämlich in eine tatsächliche Volksverschuldung gewandelt.

Schon am Beginn des Jahres 1918 schätzte Dr. W. Rathenau die deutschen, durch den Weltkrieg entstehenden öffentlichen Lasten auf zirka 170 Milliarden Mark — Lasten, deren Deckung eine vollständige Umwälzung unserer Staats- und Privatwirtschaft einschließen.

Selbst ein so grundsätzlicher, überzeugter Anhänger der „freien Wirtschaft", der liberalen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, wie Professor Leopold von Wiese, anerkennt heute offen die „Tendenzen, die nach Erweiterung und Verstärkung der öffentlichen Wirtschaftsorganisationen drängen", und er spricht von dem wahrscheinlichen Wachsen der Unternehmertätigkeit der Gemeinden und Kommunalverbände. Diese Tätigkeit, ein „sehr wesentliches Element des weiteren Staatssozialismus", findet nach von Wiese „eine Stütze in dem nach dem Kriege zu erwartenden großen

Finanzbedarf der Staaten und Gemeinden". Unzweifelhaft werden sich die stärksten Eingriffe in das kapitalistische Privateigentum als unumgängliche Notwendigkeit erweisen. Das räumen heute selbst liberale und konservative Volkswirte und Sozialpolitiker ein. So führt der freisinnig-volksparteiliche Abgeordnete Schulze-Gävernitz einmal aus: „Der Krieg hat uns einen mächtigen Anstoß für Gemeinwirtschaft gegeben, so daß selbst Marx' Katastrophentheorie, freilich anders, als ihr Urheber sie sich vorstellt, einige Wahrheit zu gewinnen scheint." (Freie Meere. Deutscher Krieg. Heft 32.) Professor Ballod meint, daß nur noch einige ältere Herren gegen den Gedanken, daß das privatwirtschaftliche System abgewirtschaftet habe, sich zur Wehr setzten. Aber auch sie würden schließlich ihren individualistischen Standpunkt revidieren müssen, wenn erst die Schäden des Weltkrieges verrechnet und auf die Schultern der Steuerzahler gelegt würden.

Selbst der führende Kopf des Hansabundes, Professor Rießer, sieht sich zu folgender Erklärung gedrängt: „Während im Kriege die staatlichen Organisationen unter Mitwirkung der Industrie die maßgebenden Normen geschaffen haben, wird im Frieden die Regel sein: Industrielle Organisationen unter Mitwirkung des Staates." Rießer will durch Einrichtung von Einkaufssyndikaten und Zusammenstellung dieser Syndikate zu einer einzigen großen Organisation der staatssozialistischen Richtung entgegenwirken, glaubt

aber nicht des staatlichen Zwanges entbehren zu können. Für eine staatliche Mitwirkung zum Zusammenschluß der Betriebe, zur Überwindung innerer Reibungen und zur Vervielfältigung der Leistungen und Tatkraft der Betriebe legt sich auch Dr. W. Rathenau ein. Georg Bernhard, leitender Redakteur der liberalen Vossischen Zeitung, fordert für die Übergangszeit direkt die Einführung von Rohstoffmonopolen. „Sie werden," so schreibt er, „dem Staate Nutzen abwerfen, und in der Besteuerung pflegt der Staat beharrlich zu sein. So müssen wir uns mit dem Gedanken vertraut machen, daß die Monopolwirtschaft dauernd bleiben wird. Für diese Monopole müssen neue Formen gesucht werden, Formen einer Zwangsgemeinschaft mit privatwirtschaftlichen Methoden. Wir müssen in irgendeiner Form die Initiative des Unternehmers durch einen allerdings regulierten Unternehmergewinn aufrechterhalten."

In der Tat, wir leben nicht mehr in der sogenannten „freien Wirtschaft", in der dem Liberalismus entsprechenden „freien" Unternehmungsform, deren schmale handwerkliche Grundlage noch den Aufstieg zahlreicher Unselbständigen zuließ.

Staatskapitalismus und Staatssozialismus schreiten im sausenden Galopp fort: und selbst liberale „Individualisten" wie Professor Rießer haben sich, wie wir sahen, mit der Rolle des tatkräftig eingreifenden Staates zufriedengegeben. Die Sozialdemokraten nehmen aber diesen Staat nicht ohne

weiteres in Kauf, sondern betreiben grundsätzlich dessen Umgestaltung an Haupt und Gliedern. Keinen kapitalistischen Zwangsstaat mehr, sondern einen freidemokratischen Staat planvoller genossenschaftlicher Kulturarbeit auf allen Gebieten und Wandlung des Staatssozialismus in einen freien genossenschaftlichen Sozialismus. Dieser Sozialismus muß vor allem von unten aufsteigen.

Der Sozialismus von unten auf und die Güterverteilung

Von unten auf kommt die wirtschaftliche Macht der organisierten Arbeit empor und beseitigt mit Hilfe der politischen und wirtschaftlichen Demokratie die kapitalistische Herrschaft in der Werkstatt und im Staate und damit das „Herdendasein" unselbständiger, von kapitalistischen Unternehmern und staatlichen Bütteln gegängelter Arbeiter.

Die gerechte Verteilung der gesellschaftlichen Produkte organisiert sich ebenfalls von unten. Auch hier müssen wir die Augen für die sich anbahnende neue Verteilung der Güter weit offen halten.

Albert Schäffle setzte noch voraus, der Sozialismus würde rein mechanisch die Verteilung der Gebrauchs- und Genußgüter nach dem Arbeitsstundenprinzip durchführen, das er von Karl Marx empfohlen glaubte. Schäffle bemühte sich mit großem Eifer nachzuweisen, daß sich eine gesellschaftlich genau geregelte staatliche Produktion

und eine exakte Verteilung der Lebens- und Bedarfsmittel nur schwer verwirklichen lasse. Er vergaß, daß sich die neue sozialistische Produktion zunächst organisch an die letzte Form der kapitalistischen Produktion und Güterverteilung anschließt. Diese Form ist aber schon durch feste Ansätze organisierter Regelung charakterisiert. Die Kartelle und Syndikate produzieren nicht mehr ins Blaue hinein, sondern nach eingehender Bedarfsfeststellung. Die Gemeinden treiben eine sich über große Teile der Gesellschaft erstreckende gemeinnützige Regelung der Wasser-, Licht-, Elektrizitätsversorgung, des Lebensmittelverschleißes, des Verkehrs-, ja des Wohnungswesens. Die öffentlichen Zwangsgenossenschaften schaffen eine Organisation großer Gruppen der Bevölkerung, um diese mit Unterhaltsmitteln während der Krankheit (Krankengeld), mit ärztlichen Diensten und Heilmitteln zu versehen. Die Konsumgenossenschaften verteilen schon an Millionen Konsumenten Lebensmittel und haben sich große Produktionsbetriebe angegliedert, in denen nach Feststellung des konsumgenossenschaftlichen Bedarfes die Produktion erfolgt.

An die schon vorhandenen Methoden gesellschaftlicher Produktionsregelung und gesellschaftlicher Bedarfsdeckung knüpft nun der Sozialismus an. Er bedeutet durchaus nicht die Verstaatlichung der Produktion in Bausch und Bogen. Neben dem verstaatlichten Betrieb wird der Gemeinde-, der Genossenschaftsbetrieb stehen. Vergesellschaftung

der Produktion heißt durchaus nicht deren allgemeine Verstaatlichung.

In der heutigen Gesellschaft brechen schon machtvoll bestimmte gesellschaftliche Tendenzen zur Regelung der gesellschaftlichen Arbeitszeit, zur Sicherung der Existenz der Produzenten, zu deren Versorgung mit ausreichenden Lebens- und Genußgütern durch. Einmal wird ein ganzes System von Unentgeltlichkeit geschaffen, ein, sagen wir, kommunistisches System, das nur den Bedarf gesellschaftlicher Gruppen ins Auge faßt. Es schafft die Unentgeltlichkeit des Unterrichtes, der Lernmittel, der Versorgung mit ärztlichen Diensten und Medikamenten. Es hilft dem Bedürftigen, ohne nach dessen Leistungen zu fragen. Der Gesunde hat den Kranken, den Unfallverletzten und den Invaliden, der Beschäftigte den Unbeschäftigten zu versorgen. Hier ist der Gedanke: Jedem nach seinem Bedarfe, verwirklicht.

Auf der anderen Seite arbeiten gesellschaftliche Tendenzen auf eine Verteilung der Produkte nach den Arbeitsleistungen hin. Große gesellschaftliche Verbände, Gewerkschaften schließen Tarifverträge ab, in denen auf die Leistungen der qualifizierten, der ungelernten, der jugendlichen Arbeiter Bezug genommen wird.

Marx hat nie an eine rein mechanische Verteilung des Arbeitsertrages nach den Arbeitsstunden gedacht. Er sagt einmal im „Kapital" mit Recht, daß die Verteilung mit der besonderen Art des gesellschaftlichen Produktionsorganismus selbst

und der entsprechenden geschichtlichen Entwicklungshöhe der Produzenten wechseln wird. Die Arbeitsertragsverteilung ist also veränderlich, und nur zur Parallele setzt er einmal voraus, daß der Anteil jedes Produzenten an den Lebensmitteln durch seine Arbeitszeit bestimmt sei. Wohlverstanden, es handelt sich nur um eine Parallele, nicht um einen praktischen Vorschlag für die Verteilung der Gebrauchsgüter.

Die Güterverteilung selbst hängt eben von der Leistungsfähigkeit der Produktion und der kulturellen Entwicklung der Produzenten ab.

Heute gehört das in einem Großunternehmen, in einem gesellschaftlichen Betriebe erzeugte Produkt nicht den Gesamtproduzenten, sondern den einzelnen Unternehmern oder einer Unternehmergruppe. Aus der heutigen Zwangsgesellschaft kann erst eine freie Genossenschaft werden, wenn sich die Arbeiter die Betriebsordnung selbst geben. Der Sozialismus strebt eine genossenschaftlich geregelte gesellschaftliche Produktion an. Hier werden Gewerkschaftsverbände und Arbeiterbetriebsräte, die mit öffentlichrechtlichen Funktionen ausgestattet sind, einer gesellschaftlichen Neuordnung der Produktion Bahn brechen. Die Demokratisierung und Vergenossenschaftlichung des Betriebes, der Betriebsgruppen, der nationalen Betriebsverbände steigt von unten auf. Sie ist nicht nur eine Schöpfung von oben, ein Produkt von Staatsdekreten.

Der Sozialismus steuert auf die Beseitigung der Lohnknechtschaft und auf die Wandlung des gesellschaftlich-kapitalistischen Zwangsbetriebes in eine gesellschaftliche Genossenschaftsorganisation hin. Er erreicht das teilweise durch die staatliche Arbeiterschutzgesetzgebung: durch Kontrolle des kapitalistischen Massenbetriebes, durch die Begrenzung der Arbeitszeit, durch die Einführung sozialhygienischer Bestimmungen und durch die Überführung kapitalistischer Betriebe in staatliches Eigentum.

Im staatlichen Arbeiterschutz wirkt sich eine sozialistische Idee aus: die Idee, der organisierten Gesellschaft eine bestimmende, gesetzgebende Gewalt über die industriellen Verhältnisse überhaupt zu verleihen. Im staatlichen Zehnstundentag Englands sah daher Marx einen Eingriff in die kapitalistischen Gesetze von Nachfrage und Zufuhr, einen Sieg des Prinzips der Kontrolle sozialer Produktion durch soziale Ein- und Vorsicht. In diesem Sinne wertete auch die junge Sozialdemokratie im Reichstage den staatlichen Arbeiterschutz.

Der Sozialismus verkündete eine neue weltgeschichtliche Idee: den Aufbau der Gesellschaft auf der Grundlage der genossenschaftlichen Arbeit. Diese Idee soll den Staat nach wurzeltiefer Ausmerzung seiner Klassenverfassung beseelen, ihm seinen starren autoritären Herrschaftscharakter nehmen und ihn zu einem Organ der sozialwirtschaftlichen und sozialkulturellen Gemeinschaftsarbeit ausgestalten. Als Werkzeug der

Gemeinschaft, der Gesellschaft, soll ihn aber heute schon die Arbeiterschaft zu benutzen suchen.

Der Gedanke von der neuen weltgeschichtlichen Sendung der genossenschaftlichen Arbeit erfüllt nun in vollem Umfange auch das Gewerkschaftswesen. Die Gewerkschaften erstreben den vollen Ersatz des Herrentums in der Fabrik durch eine Fabrikverfassung (durch die „konstitutionelle Fabrik"), durch die allmähliche Einführung einer genossenschaftlichen Organisation der Arbeit. Sie begrenzen das freie Verfügungsrecht des Kapitalisten über die Bestimmung des Arbeitslohnes und der Arbeitszeit, sie verdrängen den individuellen Arbeitsvertrag durch den kollektiven, durch den Tarifvertrag. Sie steuern auf eine die ganze Nation umfassende Organisation der Arbeit los. Die sozialistische Idee der Arbeit wird durch die Gewerkschaften auf eine organisatorische Grundlage gestellt.

Die Gewerkschaft ist ihrem Wesen nach ein über den Rahmen der Einzelbetriebe hinauswirkender freier Verband: sie fördert nicht die Sonderinteressen irgendeines Betriebes und pflegt nicht einen gewerkschaftlichen Gruppenmonopolismus. Den Gewerkschaften leuchtet als Ideal die Wahrung der Gesamtinteressen des Berufes voraus. Der gewerkschaftliche Gedanke, indem er in der Praxis die enge Sphäre eines Betriebes, einer lokalen und provinzialen Gruppe überschreitet, wächst sich zu einem ordnenden und gestaltenden Träger der nationalen Organisation des ganzen Betriebes

aus. Der gewerkschaftlich-nationale Zentralverband enthält im Keime eine Art demokratisch-genossenschaftliche Regelung der Arbeits- und Lebensverhältnisse einer nationalen Arbeitsbranche. Im Zentralverband arbeitet sich klar das große gewerkschaftliche Ziel heraus, allen Mitgliedern der nationalen Arbeitsbranche, der nationalen Industrie eine menschenwürdige Existenz, auskömmlichen Lohn, eine nach hygienischen Gesichtspunkten bestimmte Arbeitszeit, eine gesunde Werkstätte zu gewährleisten. Ein greifbares Stück des sozialistischen Existenzrechtes ist in den gewerkschaftlichen Verbänden im Werden.

Zwei große, in der Richtungslinie des Sozialismus liegende Ziele sind somit im Wesen der zentralen Gewerkschaften eingeschlossen: die nationale Organisation der Produzenten eines Industriezweiges zum Zwecke der Erringung einer menschenwürdigen, sich mit den wirtschaftlichen Fortschritten der Gesellschaft kulturell ausweitenden Arbeiterexistenz und die Umgestaltung der kapitalistischen Einzelbetriebe in genossenschaftlich-demokratische Betriebe. Sozialisierung von unten auf!

Die Sozialisierung der Produktion von oben und von unten ist das Programm der Novemberrevolution geworden! Verstaatlichung von oben und Vergesellschaftlichung von unten durch Gewerkschafts- und Berufsräteorganisationen.

Arbeiterbewegung, Führertum und Persönlichkeitskultur

Wir leben in einem Zeitalter brausender Triumphe des Kollektivismus! Unsere wirtschaftliche Existenz scheint auf das engste an alle Lebensäußerungen eines Verbandes geknüpft zu sein, und unser politisches Bewußtsein kettet sich fest an das Sein einer millionenköpfigen politischen Parteiorganisation. Steht neben diesem kollektivistischen Ungeheuer nicht der Einzelmensch da wie ein winziges Ziegelsteinbruchstück neben einer gigantischen Pyramide? Aber nein, nicht neben, sondern in der Organisation steht ja der Mensch. Sein heißer Atem strömt vollkräftig in das Leben der kollektiven Menschenschöpfung ein, und in dem Recken der gewaltigen Gliedmaßen der Organisation strecken sich zugleich seine Muskeln und Sehnen. Eine intensive Steigerung seiner eigenen Lebensenergie bedeutet die Bewegung der organisierten Massen, und nur für den Außenstehenden scheint das individuelle Sein völlig in dem Massensein der Verbände und Vereine untergegangen zu sein.

Vor den Tagen der Arbeiterbewegung, gehörte sich da etwa der Arbeiter selbst? O nein, da gehörte er den äußeren wirtschaftlichen, sozialen und politischen Mächten, mit denen er notgedrungen in Beziehung treten mußte. Er war in seiner

ganzen Existenz noch ein Höriger. Nach ihm griffen zahlreiche Hände, und als isolierter Mensch war er ihnen völlig ausgeliefert. Eine beschämende, demütigende Isolierung ist stets die Isolierung des Schwachen! Sein Wille ist in der kapitalistischen Gesellschaft ökonomisch nur ein Teil des kapitalistischen Unternehmerwillens, seine politischen Ideen sind traurige Abfälle einer ihm fremden Presse, seine Vergnügungen und Zerstreuungen erhalten Richtung und Ziel von skrupellosen Geschäftsleuten, die ihn körperlich und geistig „verfuseln". In Rausch lösen diese sein Dasein auf: in den Schnapsrausch der „Destille" und in den Blutrausch des Kolportageromans.

Ein hervorragendes Moment der modernen Gewerkschaftsbewegung ist ihre veredelnde Wirkung auf die Gestaltung der materiellen Bedürfniswelt der Arbeiterklasse. Vor zwanzig Jahren herrschte noch in den Holzarbeiterwerkstätten, wie Karl Legien im Korrespondenzblatt der Generalkommission einmal anschaulich geschildert hat, die Unsitte des „Einstandes". Jeder neu eintretende Geselle mußte eine relativ erhebliche Summe für Schnaps und Bier zur Bewirtung seiner Mitgesellen opfern. „Daß dieser Unfug beseitigt worden ist, danken wir der gewerkschaftlichen Organisation. Desgleichen den Erfolg, daß heute fast auf keinem Bau mehr eine Kantine zu finden ist, in der auf Kredit Schnaps und Bier in Massen verabfolgt werden, so daß ein Teil des Wochenlohnes hierfür draufgeht... 1893 kam ich zum

erstenmal nach Königsberg i. Pr., um im Auftrage der Generalkommission für Einsetzung einer Agitationskommission zu wirken... Zur Sitzung der Gewerkschaftsfunktionäre waren dreißig bis vierzig Personen erschienen. Von diesen hatten fünf bis sechs ein Glas Bier in dem Sitzungssaal verlangt. Ein nicht unbeträchtlicher Teil der Sitzungsteilnehmer regte seine geistigen Kräfte aus dem „Schaftbuddel" an, der, aus der Tasche gezogen, ohne Vermittlung eines Glases an den Mund gesetzt wurde. Nach zwei Stunden war dieser Teil der Funktionäre in einem Zustand, der es geraten erscheinen ließ, die Sitzung abzubrechen, um Krakeel zu vermeiden. Zehn Jahre später, 1903, fand eine gleiche Sitzung statt. Die Beteiligten, etwa fünfzig, hatten in der Sitzung ein Glas Bier oder eine Flasche Mineralwasser vor sich stehen. Im gleichen Jahre, 1893, war ich in Oberschlesien zu dem gleichen Zwecke. In Beuthen lief der Vertrauensmann der Tischler mit mir von einer Destille zur anderen, den dreckigsten und stinkigsten Buden, die ich in meinem Leben kennengelernt habe. Dort sollten wir die Arbeiter finden, welche Interesse für die Gewerkschaften hatten. Im Jahre 1907 nahm ich an einer Sitzung der Gewerkschaftsfunktionäre in Beuthen teil. In dem von den Arbeitern gemieteten Lokal wurde Schnaps nicht verschenkt. Bier oder Mineralwasser wurden von etwa zwei Dritteilen der Teilnehmer konsumiert, während der Rest das Trinken für entbehrlich hielt."

Die Gewerkschaftsbewegung hat den Arbeiter aus seiner isolierten Stellung herausgerissen und ihm die Kulturbedürfnisse einer gehobenen organisierten Gesellschaftsschicht anerzogen.

Wer den isolierten Arbeiter einer vergangenen Zeit noch einmal erleben will, der vertiefe sich in die Seele des Arbeiters, dessen „Denkwürdigkeiten und Erinnerungen" Paul Göhre herausgegeben hat. Äußeren sozialen und geistigen Mächten ist dieser an sich intelligente Mensch noch völlig preisgegeben. Dem „Isolierten" gebricht es eben an Kräften, um sein Leben wenigstens in etwas selbst gestalten zu können. Diese Kräfte zur Selbstformung seiner Seele fließen dem Arbeiter erst aus dem wirtschaftlichen und sozialkulturellen Zusammenschlusse.

Der politische und wirtschaftliche Kampf, in den der isolierte Mensch durch die ersten Stürmer und Dränger seiner sozialen Umgebung gerissen wird, ist immer ein Kulturkampf. Dieser politische Kampf dreht sich um die ganze Stellung des Arbeiters in der Gesellschaft. Aus den politischen Schlagworten dieses Kampfes steigen deutlich die Umrisse einer neuen geistigen Existenz des Streiters auf. Nicht nur für eine Messer- und Gabelfrage setzt der Arbeiter seine Existenz auf das Spiel, sondern für die Frage des körperlichen und geistigen Vollmenschentums. In dieser Hinsicht hat uns die Arbeiterbewegung Frankfurts ein höchst charakteristisches Histörchen überliefert. Da erzählt uns eine Eingabe der noch halb- oder

ganzzünftigen Gewerbekammer der alten Mainstadt von französischen Umsturzagenten, die im Völkerfrühling in deutschen Arbeitern eine ganz unerhörte und höchst tadelnswerte Begehrlichkeit nach Theaterbesuchen zu wecken suchten. Die läuternde und befreiende Wirkung des Theaters muß nach der Weltanschauung des Frankfurter Kleinbürgers den oberen Zehntausend vorbehalten bleiben. Nur Umsturzagenten können den verwegenen Gedanken nach Öffnung der Theater für die arbeitende Menschheit hegen. In dieser Geschichte spiegelt sich eine untergehende und eine aufsteigende soziale Welt. Die „verfluchte Bedürfnislosigkeit" eines engen Spießbürgertumes will sich mit dem banausischen Verzicht auf erhebenden Kunstgenuß bescheiden, der sich als Kulturmensch fühlende Arbeiter rüttelt aber derb an den Pforten des Theaters und heischt dort stürmisch Einlaß. In den Tagen der Märzrevolution ist also schon der Ruf nach einer Teilnahme am Kulturleben der Nation in Arbeiterkreisen erschollen, und dieser Ruf, der den aufstrebenden Arbeiter Frankfurts adelt, klingt in den Ohren eines absteigenden beschränkten Kleinkrautertums wie wüstes „französisches" Umsturzgeschrei. So schließt uns dieser erste Schritt ins Freie einer politisch gestimmten Arbeiterschaft sofort die Tatsache einer allgemeinen kulturellen Befreiungsbewegung auf, einer Bewegung für die freie Entfaltung der menschlichen Persönlichkeit.

Und einige vierzig Jahre später nach diesem denkwürdigen Kulturereignis sind politisch kämpfende Arbeiter auf künstlerischem Gebiete nicht nur empfangende, sondern auch bereits gebende Teile. Sie leiten von Berlin aus eine förmliche Umwälzung des Bühnenlebens ein und arbeiten mit einer wundervollen Planmäßigkeit an einer grundtiefen ästhetischen Erziehung der Massen. Sie brechen nicht nur der jungdeutschen naturalistischen Bewegung Bahn, sondern sie heben die Schätze der ganzen Weltliteratur und weiten die Seele für das differenzierte Kunstleben der großen Zeitalter der Kultur. Nie hat wohl bisher in der Weltgeschichte eine aufsteigende soziale Klasse ein so großzügiges Kunstprogramm verkündet als die Freie Volksbühnenbewegung der Berliner Arbeiterschaft.

Und doch liegt fast etwas Selbstverständliches in dieser eigenartigen Entwicklung der deutschen Arbeiterbewegung, denn in ihr prägt sich nun klar der Gedanke Ferdinand Lassalles von der Arbeiterbewegung als von einer großen, die Menschheit befreienden Kulturbewegung aus. Die Arbeiter sollten eben nach Lassalle „persönlich" nicht das bleiben, „was sie in der großen Masse heute sind". Die zur Ware entmenschten Arbeiter wollte der große Agitator erst vermenschlichen, verpersönlichen. Und daher sucht er sie der Unbedeutendheit und der Gedankenlosigkeit der alltäglichen Vergnügen zu entreißen und von der ganzen Größe ihrer weltgeschichtlichen Befreiungsmission zu erfüllen.

Die Sprache Lassalles tönt wider in dem gedankenreichen Aufruf zur Begründung der Berliner Freien Volksbühne im März 1890. Dort wird im heiligen Zorn über das Herabsinken des Theaters auf den niedrigen Standpunkt der faden Salonschöngeisterei, der Witzblättchenliteratur, des Kolportageromans gewettert und auf die große Kulturtatsache hingewiesen, daß die Wortführer der modernen Weltliteratur, Tolstoi, Zola, Ibsen, einen Resonanzboden im arbeitenden Volke Berlins gefunden haben. Ästhetische Erziehung und ethisch-kulturelle Hebung der Massen!

Und in diesem Punkte setzte die große Volksbildungsbewegung der Sozialdemokratie mit ihren Parteischulen, ihren Bildungsausschüssen, ihren Jugendorganisationen ein. Im Jahre 1911 verausgabten sozialdemokratische Organisationen von 244 Orten 618 390,52 Mark für Bildungszwecke.

Bürgerliche Gelehrte und Ungelehrte stellen sich heute noch vielfach die Sozialdemokratie als eine Art plattdrückender Gleichheitswalze vor, deren stupide Schieber die tiefgründigen Unterschiede unter den Menschen nicht kennen. In den Köpfen dieser Gelehrten und Ungelehrten verzerrt sich das sozialistische Postulat der Aufhebung der sozialen Klassen zu der Forderung der rücksichtslosen Beseitigung aller Höhen in der individuellen, geistigen und moralischen Veranlagung der Menschen. Sie sehen nicht das sich historisch wandelnde Moment in der Standes- und Klassenorganisation der Gesellschaft und werfen die Standesunterschiede

kurzerhand mit den Differenzen in der persönlichen Charakter- und Verstandesbildung der Menschen zusammen. Die früheren Gesellschaften fabrizierten Massenmenschen, aber formten keine Individuen. Im Herrschaftscharakter der früheren Gesellschaften liegt wohl der vornehmste Grund für die massenhafte Vernichtung führender Individuen. Eine herrschende Klasse las aus ihrer Mitte nur die Köpfe aus, die ihren Herrschaftszwecken dienten. Die überwältigende Mehrheit der Gesellschaft kam für die Auslese der Führenden gar nicht erst in Frage, da sie in harte Knechtschaftsverhältnisse gebannt war und gar nicht aufsteigen konnte. Der Sklave, der Leibeigene, der Zunftgeselle, sie konnten selbst bei größter genialer Begabung nicht hoch auf der gesellschaftlichen Stufenleiter emporklimmen. Die Klassengliederung der Gesellschaft bedeutete also gerade eine Massenvernichtung begabter Individuen. Nur Herrschende wurden von Herrschenden, und zwar zur Erfüllung ganz bestimmter Herrschaftsaufgaben, ausgelesen. Und selbst diese Auswahl erfolgte noch sehr willkürlich und launisch, und es ist fast wunderbar, wie bei aller Regellosigkeit der Auswahl dennoch die Menschheit vorwärtskam. Den darwinistischen Soziologen, die mit vollen Backen die Wirksamkeit des Prinzips der Auslese in der Gesellschaftsgeschichte preisen, muß man immer wieder vor Augen halten, daß selbst nach den Aufzeichnungen der im Interesse der Herrschenden schönfärbenden Geschichte oft die

ungeeignetsten Männer leitende Positionen einnahmen. Die Historie ist bei ihrer kritischen Prüfung der intellektuellen und moralischen Eigenschaften der führenden Persönlichkeiten früherer Zeiten durchweg bescheiden genug, sie erkennt diesen meist schon überragende Talente zu, wenn sie nur klug, geschickt, rücksichtslos die selbstsüchtigen Interessen der Herrschenden förderten. Und doch: wie wenige „Staatsmänner" selbst in diesem Sinne des Wortes weiß die Geschichte zu nennen? Wie geschah die Auslese der Führenden im Staatsleben? Die Souveräne wurden überhaupt nicht auserlesen, sondern direkt in ihre Stellung hineingeboren. Und ihre Geburt wiederum kam unter Ausschaltung aller Prinzipien einer gesunden Zuchtwahl zustande. Ihre Erzeuger hatten ja durchweg ihre Ehen nur im Hinblick auf eine tatsächliche oder mögliche Machterweiterung abgeschlossen. Das sich zu großer politischer Bedeutung emporheiratende Österreich ist nur ein typisches Beispiel für die Art der Eheschließungen in den Fürstenhäusern. In die Stellungen der hohen geistlichen Würdenträger rückten fast ausnahmslos Söhne der kleinen souveränen oder halbsouveränen Häuser ein. Zu den diplomatischen Stellungen stiegen meist nur die Abkömmlinge der alten adeligen Familien empor, es mußte denn ein Staatsmann gerade seine Auslese dem prüfenden, in Liebesaffären gewiß sachkundigen Blick einer fürstlichen Mätresse verdanken. Über die Herkunft der leitenden Staats- und

Hofbeamten schöpfen wir wertvolle Details aus der „Geschichte der Höfe" von Vehse. Die gleichen Adelsgeschlechter besetzen durch Jahrhunderte die leitenden Staatsstellungen. Wenig Abwechslung, wenig Auslese!

Die Brauchbarkeit der Auserkorenen für die führenden Posten der Gesellschaft hängt nun in hohem Maße von der Qualität der Wählenden ab. Mit der Geistesverfassung und dem Charakter der Erkürenden war es aber in bestimmten Stadien der menschlichen Entwicklung gar trübe und armselig bestellt. Weit unter dem geistigen Mittelmaß standen vielfach die Herrschenden, und von Mittelmäßigen darf man wahrlich nicht die Entdeckung führender, genialer Persönlichkeiten erwarten. Man versteht die unsägliche Mißwirtschaft in den deutschen Kleinstaaten des achtzehnten Jahrhunderts, wenn man die Masse gewissenloser Herrscher, entarteter Halb- und Ganzidioten und geborener Verbrecher unter den deutschen Souveränen Revue passieren läßt. Bekannt ist ja das aus einer intimen Kenntnis des deutschen Hoflebens geschöpfte Urteil des Grafen von Manteuffel über Deutschlands Souveräne: „Deutschland wimmelt von Fürsten, von denen drei Vierteile kaum gesunden Menschenverstand haben und die Schmach und Geißel der Gesellschaft sind. So klein ihre Länder, so bilden sie sich doch ein, die Menschheit sei für sie gemacht, um ihren Albernheiten als Gegenstand zu dienen. Ihre oft sehr zweideutige Geburt als Zentrum alles Verdienstes betrachtend,

halten sie die Mühe, ihren Geist oder ihr Herz zu bilden, für überflüssig und unter ihrer Würde.“ Man sieht, daß das Prinzip der Auslese für die führenden politischen Stellungen im achtzehnten Jahrhundert direkt auf den Kopf gestellt war. Aber weshalb gedeihen da und dort bei aller despotischen Mißwirtschaft in diesem Jahrhundert sozial und wirtschaftlich fortschrittliche Institutionen? In einem Punkte verschlang sich nämlich das Selbstinteresse des Herrschenden mit den Interessen des Beherrschten: in der Zunahme der zahlungsfähigen Bevölkerung. Die „Vielzuvielen“, die Zahllosen, haben nur als Zahlende Bedeutung für den absoluten Fürsten. In ökonomisch aufstrebenden Menschen sieht er nur wertbringende einträgliche Objekte, nicht an sich wertvolle Subjekte. Populationspolitik treiben die aufgeklärten Despoten des achtzehnten Jahrhunderts mit besonderem Eifer.

Bisher kam in der Geschichte der Gesellschaft das Prinzip der Auslese immer in sehr verstümmelter, ja verzerrter Form zum Ausdruck: kleine Minoritäten von Herrschenden wählten eben die Führenden aus ganz begrenzt kleinen Kreisen für ihre kleinlich egoistischen Interessen. Das Prinzip der Auslese kann sich erst dann vollkommen durchsetzen, wenn nicht weniger, nein, wenn gleichsam alle zum Wettkampf zu den führenden Posten berufen sind und wenn es sich nicht um das Machtinteresse einiger bevorrechtigter Volksgruppen, sondern um die Kulturinteressen

des ganzen Volkes handelt. Mit diesen Sätzen werden zunächst nur die Möglichkeit und die äußeren Bedingungen einer wirklichen Volkskultur angedeutet. Mit der Beseitigung der herrschenden Klassen werden die Führenden nicht in die leitenden Posten hineingeboren, sie werden zur Verwirklichung der Volkskulturgedanken vom Volk selbst auf den Schild gehoben. Aber diese Schilderhebung der Führenden durch das Volk umschließt eine ganze Reihe sozialpädagogischer Probleme: die Erziehung der früheren Massenmenschen zu vielseitig entwickelten Persönlichkeiten, die ihre kulturellen Ziele erfassen und die führenden Individuen zu diesen Zielen richtig auswählen. Die individuelle Erziehung der Masse ist an eine wirtschaftliche Entwicklung, die dem Volk genügende Muße für eine allseitige menschliche Bildung läßt, gebunden. Drei Hauptforderungen stellt Paul Natorp in seinem Buch: „Volkskultur und Persönlichkeitskultur" im Anschluß an Pestalozzi an die Erziehung des Volkes: „1. die energische Selbstbeteiligung des Volkes an seiner gemeinsamen Höherbildung; 2. die unmittelbare, nächste Beziehung der Erziehungsaufgabe auf die produktive Arbeit und damit auf die wirtschaftlichen Grundlagen des Menschendaseins als den Naturboden, auf dem alles weitere sich aufbauen muß; 3. und dennoch strengste Unterordnung der Berufs- und ferner der Bürgerbildung unter die Menschenbildung: denn wirtschaftliche Arbeit wie politische Ordnung sind nur um des Menschen,

nicht der Mensch um ihretwillen da." Keine müßiggängerische Herrenklasse, sondern ein schaffendes, durch gemeinsame und zu gemeinsamer Arbeit erzogenes Volk soll eben erstehen. Und aus gemeinsamer Tätigkeit erwächst die sozialistische Gemeinschaftsethik.

Nur hochstehende, individualisierte Massen können eine richtige Auslese der führenden Persönlichkeiten treffen. In der Gemeinschaftserziehung sondern sich sicher öffentlich die Köpfe und Charaktere ab, die zu leitenden Stellungen in der Gesellschaft berufen sind. Das Prinzip, daß das Individuum, das auf der Stufenleiter führender Posten emporsteigen will, sich in theoretischen Prüfungen und in beruflicher Praxis wohl bewährt haben muß, ist schon heute allgemein anerkannt. Wesentlich vervollkommnet kann es einen brauchbaren Auslesefaktor bilden, namentlich dann, wenn in öffentlicher, sorgfältiger Erziehung schon frühzeitig die Entwicklung der Menschen, der intellektuellen Qualitäten der Individuen beobachtet worden ist. Die zu Vollmenschen erzogenen Massen verbürgen erst eine richtige Auslese der Führenden. Also Erziehung der Massen, der Wählenden, und Erziehung der Gewählten, der Führenden: das ist das große pädagogische Problem der Zukunft. Aber ist mit der Lösung dieser großen sozialen Erziehungsaufgabe nicht auch der Begriff der Masse aufgelöst worden?

Die moderne Arbeiterbewegung hat dem Arbeiter einen Persönlichkeitswert gegeben. Der

Ullstein & Co
Berlin

14 DAY USE
RETURN TO DESK FROM WHICH BORROWED

LOAN DEPT.

This book is due on the last date stamped below, or on the date to which renewed.
Renewed books are subject to immediate recall.

19 MAR'60RT

MAY 6 1967 6 6

JUL 11 1967 I 8

REC'D
JUN 27'67-12 M
LOAN DEPT.

LD 21A–50*m*-4,'59
(A1724s10)476B

General Library
University of California
Berkeley

YC172023